

Bernau, 21.7.1944
0⁰⁰ 44.

DER 20. JULI 1944

Im Fall, daß sich die Infanteriebrigade meines Onkels in
Kollon, das ist die 2. Infanteriebrigade, soll ich fröhe Nachrichten
schicken über das Schicksal der letzten Angehörigen der Brigade.

Am 21⁰⁰ 44 am Samstag, den 20.7.44 soll mich die Nachricht aus
Kollon, fröhe Nachrichten zu meiner Mutter in Wien in die Hande.
Dieser zu kommen. Ich habe dieselbe Journal v. Arthelien mit meiner Mutter, die
ist die Chef des Hauses, das sie auch hat, nicht nur meine Mutter. Journal von
d. Befehlshaber selbst geschickte die Mutter hier bei Kollon. Ich schreibe auf
an die Infanteriebrigade Kollon, Arthelien aber mich sollte mich auch hier
O. v. B. schreiben. Das ist die, daß die Chef mit dem Tiroz gründe sei. Ich
ist mich bei der schreiben sollte, mit dem mit dem der Journal bei alle

Peter Steinbach
SIEDLER

Der 20. Juli hat viele Gesichter, der Widerstand greift vielfältige Impulse auf, nimmt unterschiedliche Gestalt an und hat doch einen Feind: den nationalsozialistischen Totalitarismus. Peter Steinbach, der Leiter der Berliner Gedenkstätte, zeigt in einer Reihe von Porträts das Verbindende wie Trennende des deutschen Widerstands gegen Hitler.

»In den letzten Jahren ist deutlich geworden, welche zentrale Rolle persönliche Beziehungen, gemeinsames religiöses und sittliches Herkommen beim Aufbau der Verschwörung gespielt haben.«

WINFRIED HEINEMANN in der FAZ

2004 jährt sich die Wiederkehr des 20. Juli 1944 zum sechzigsten Mal. Peter Steinbach folgt den Lebensläufen von Graf Stauffenberg, Generalmajor Henning von Tresckow, des Gewerkschaftlers Wilhelm Leuschner, von Carlo Mierendorff und Adam von Trott zu Solz.

Er stellt den Lesern Dietrich Bonhoeffer vor, der in Berlin predigte, den Pfarrer Harald Poelchau, der den in Plötzensee inhaftierten Widerständlern Kassiber und Lebensmittel in die Zellen brachte. Er zeigt die Entstehung des Kreisauer Kreises und ihres konservativen Gedankenguts und schildert, wie Menschen sich zum Widerstand entschlossen, die ursprünglich die politischen Ziele Hitlers geteilt hatten.

Es gab nicht einen Widerstand, sondern zahlreiche Widerstände. Sie waren die Konsequenz einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Staates. Sie verliefen niemals geradlinig, sondern sind durch viele Brüche und neue Anfänge gekennzeichnet. Beschreiben lässt sich der Weg in den Widerstand exemplarisch: als Geschichte von Menschen, die ihre Empörung über das Unrecht nicht verloren, die für Mitmenschlichkeit und die Ideale eines anderen Staates einstanden. Der Nachwelt hat sich ein Datum eingepägt: der 20. Juli, der Tag des versuchten Attentats auf Hitler.

Peter Steinbach,

1948 in Lage (Lippe) geboren, leitet die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe.

UMSCHLAGGESTALTUNG:

Nina Rothlos und Patrick Gabler, Hamburg, unter Verwendung eines Briefes von Major Friedrich Georgi über das Treffen mit seinem Schwiegervater General Friedrich Olbricht am Abend des 20. Juli 1944 © Deutsches Historisches Museum, Berlin

Peter Steinbach

Der 20. Juli 1944

Gesichter des Widerstands

Siedler

Für Anneliese Knoop-Graf

© 2004 by Siedler Verlag, München, ein Unternehmen
der Verlagsgruppe Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten, auch das der fotomechanischen
Wiedergabe.

Schutzumschlag: Rothfos + Gabler, Hamburg

Lektorat: Ferdinand Schwenkner, Berlin

Satz: Ditta Ahmadi, Berlin

Reproduktionen: Mega-Satz-Service, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media, Pössneck

Printed in Germany 2004

ISBN 3-88680-155-1

Erste Auflage

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader](#)

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 7 |
| «Nach Hitler kommen wir» Primat der Politik – zivilisiertes Militär | 15 |
| «Was ethisch nicht zu verantworten ist, kann nicht entschuldigt werden» Helmuth James Graf von Moltke | 55 |
| «Den Geist kann man uns nicht nehmen» Peter Graf Yorck von Wartenburg | 79 |
| «Der Staat schlägt den Menschen» Wilhelm Leuschner | 111 |
| «Wer wagt es noch, sich von den Dingen treiben zu lassen?» Carlo Mierendorff | 129 |
| «Ein Leben ohne Kapitulation» Adolf Reichwein | 155 |
| «Die Welt mit den Augen des anderen sehen!» Adam von Trott zu Solz | 187 |
| «Preis des Sieges – die Zerstörung der Zivilisation!» Hans von Dohnanyi | 215 |
| «Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt» Die Weisse Rose | 235 |

| | |
|--|-----|
| «Jenseits von Staat und Markt» Otto Heinrich von der Gablentz | 259 |
| «Mensch geht vor Prinzip» Für die Wiederherstellung des Rechts | 283 |
| «Die vielen Morde ...» Das Ende vor dem Volksgerichtshof und in Plötzensee | 303 |
| «Wer hält stand?» | 319 |
| | |
| Literatur | 341 |
| Nachweise | 345 |
| Personenregister | 347 |

Vorwort

Vor mehr als zwanzig Jahren wurde ich vom damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin Richard von Weizsäcker eingeladen, gemeinsam mit dem Theologen Eberhard Bethge die Gedenkstätte Deutscher Widerstand neu zu konzipieren. Damals ahnte ich nicht, dass sich mir im Zuge dieser Arbeit ein Thema erschliessen sollte, das mich seitdem begleitet. In der Tat erfüllt sich, was Ralph Giordano einmal sinngemäss gesagt hat: Durch die Beschäftigung mit der Geschichte des Widerstands gerät man in einen Kreis, den man nicht verlassen kann.

Gemeinsam mit Johannes Tuche, heute Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, und Professor Hans Peter Hoch, dem Gestalter der Gedenkstätte und ihrer zahlreichen Ausstellungen, unterstützt von einem Beirat, konnte die neu konzipierte Ausstellung im Sommer 1989 eröffnet werden. Manche Kontroversen um die Bewertung des Widerstands waren vorausgegangen. Diese hatten sich an der Absicht entzündet, eine bereits in den fünfziger Jahren begründete und in den sechziger Jahren erweiterte Gedenkstätte so auszubauen, dass die Breite, Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Widerstands in seiner zeitlichen Entwicklung und graduellen Steigerung sichtbar werden konnte.

Die «Gedenkstätte 20. Juli 1944», die im Westen von Berlin lag, sollte sich als gesamtdeutsche Erinnerungsstätte begreifen und zur «Gedenkstätte Deutscher Widerstand» entwickeln. Um diesem Ziel gerecht zu werden, orientierten wir uns konsequent an einem «integralen Widerstandsverständnis». Es kam uns darauf an, das Selbstverständnis

der Regimegegner ernst zu nehmen, nach ihren Zielen und Motivationen zu fragen und so höchst unterschiedliche Erfahrungen, Motive und Ziele des gesamten Widerstands miteinander zu verbinden.

Die Ausstellungs-Dokumentation sollte Bewertungen vermeiden, weil dies wichtige Bereiche definitorisch ausgeschlossen hätte. Als Widerstand sollte jede Aktivität gelten, die sich gegen die Herrschaft Hitlers gerichtet hatte und die Übernahme eines Risikos für Leib und Leben, aber auch für die Angehörigen bedeutet hatte. Fragen der Neuordnung nach der Beseitigung der Diktatur sollten zunächst in den Hintergrund treten, weil es vordringlich um den Sturz des Regimes ging. Die Regimegegner wussten, dass nach der Befreiung der politische Kampf um die Gestaltung neuer Strukturen einsetzen würde. Bis dahin galt: «Hitlermussweg!».

Fünf Jahre nach Eröffnung der neuen Ausstellung brachen noch einmal heftige Konflikte um die Wertung von Widerstand auf, die wie eine Wiederholung längst vergangener Kontroversen anmuteten. Übersehen wurde bei den erneuten Diskussionen, dass sich das integrale Widerstandsverständnis nicht zuletzt im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands bewährt hatte, der unterschiedliche Geschichtsbilder zusammenführte und einander gegenüberstellte. Zehn Jahre später sind die Wogen der Erregung geglättet. Heute sind die Erinnerungen der Mitleidenden in den Hintergrund getreten; Zeitzeugen stammen, wie jede Fernsehdokumentation zeigt, überwiegend aus nachgewachsenen Generationen, die zunehmend Angelesenes und Gehörtes als unmittelbares Erlebnis auszugeben bestrebt sind und nur durch die Höflichkeit der Interviewer kritiklos bleiben.

Viel entscheidender für die Würdigung des Widerstands sind neue Widerstandserfahrungen. Sie speisen sich nicht aus Protesterklärungen politischer Bewegungen, wie im Kampf gegen die Ostverträge, gegen Abtreibungsregelungen oder im Konflikt um die Nachrüstungsbeschlüsse, sondern verweisen auf Widerstandserfahrungen der Opposition im SED-Staat.

Als die Gedenkstätte Deutscher Widerstand eröffnet wurde, hatten sich bereits Proteste oppositioneller DDR-Bürger gegen die SED-Führung zum Widerstand gegen die zweite Diktatur gesteigert. Die manipulierten Kommunalwahlen vom Mai 1989 lagen nicht einmal drei Monate zurück. Was sich in der DDR ereignete, war überraschend und wurde kaum angemessen verstanden. Hierzu trug bei, dass die Öffentlichkeit gelähmt war durch die Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, die im Frühsommer 1989 stattgefunden und sich nur im politischen Unterbewusstsein mit der polnischen Oppositionsbewegung der Solidarnosc verbunden hatten. Im Sommer 1989 war deutlich geworden, dass die Dokumentation des Widerstands der nationalsozialistischen Zeit sich nicht in sich selbst erschöpfen konnte, vielmehr beispielhaft stehen würde für Selbstbehauptung und Widerständigkeit in den Diktaturen des 20. und wohl auch noch des 21. Jahrhunderts.

Keine vier Monate nach Ausstellungseröffnung tanzten in Berlin Menschen auf der Mauer. In die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, unmittelbar dem Berliner Kulturforum benachbart, strömten Besucher aus Ost-Berlin und der DDR. Die Menschen gaben uns das Gefühl, dass eine gesamtdeutsche Erinnerungsstätte an den Widerstand entstanden war.

In den folgenden Monaten besuchten mehrere tausend Angehörige der Nationalen Volksarmee auf Befehl des ehemaligen Ministers für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann die Gedenkstätte in der Stauffenbergstrasse. Die Bewahrung der Gedenkstätte im Prozess der Vereinigung liess vorangegangene Streite um die Bewertung des Widerstands vergessen.

Wer sich mit dem Widerstand beschäftigt, sieht sich nicht nur mit Ereignissen konfrontiert, sondern vor allem mit Motiven, die Haltungen rechtfertigen können. Er konfrontiert sich mit Menschen, Verhaltensweisen und Gedanken, die den Zeithistoriker weit über das For-

schungsinteresse hinaus in den Bann ziehen. Denn er spürt, dass es bei der Auseinandersetzung mit Widerstand gegen diktatorische Systeme um mehr geht als um Geschichte: Es geht um Weitsicht, um Welt- und Politikverständnis, um Orientierung in der Gegenwart.

Dieses Gefühl verstärkt sich, je mehr man versucht, die gemeinsamen Bezugspunkte sehr unterschiedlicher, geradezu gegensätzlicher Regimegegner zu erfassen. Bald schälen sich Gemeinsamkeiten heraus, die sich auf die Erfahrung der Verfolgung, den Respekt vor der Unterschiedlichkeit der Menschen und ihrer Zielvorstellungen, die Orientierung am Recht als der grundlegenden Gestaltung politischen und menschlichen Zusammenlebens gründen. Recht wurde beschworen von denen, die die Erfahrung der Rechtlosigkeit machten. Es wurde aber auch begründet von Menschen, die über die notwendige Neuordnung zur Überwindung von Willkür und Unfreiheit nachdachten.

Ein Teil der Regimegegner untermauerte seine Kritik an der nationalsozialistischen Politik; andere formulierten einen Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Staatsverständnis. Auf einige dieser zielgerichtet Nachdenkenden soll im Folgenden der Blick gelenkt werden. Sie beschäftigen mich seit vielen Jahren, weil sie Recht und Ordnung als grundlegenden Gestaltungsauftrag begriffen haben. Sie wissen, wie unverzichtbar es ist, individuelle Verantwortung zu übernehmen und sich nicht kritiklos der Staatsgewalt zu unterwerfen.

Meine Auseinandersetzungen mit Widerstandskämpfern haben seit dem Jahre 1984 immer wieder um folgende vier Fragen gekreist: Wie wird die Wirklichkeit der Diktatur, die Verfolgung und Diffamierung des Mitmenschen, der als Gegenmensch gezeichnet wird, wahrgenommen? Wie reagiert der Einzelne auf die Erfahrung kollektiver Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung des anderen? Welche Bedeutung kommt Traditionen, Milieus, Überzeugungen und Glaubensgewissheit zu, um sich den Sogströmungen der Anpassung und Unter-

werfung zu entziehen? Welche Rolle spielt die Frage nach der Bedeutung des Rechts im Widerstand?

Im Gefühl für «Rechtllichkeit und Redlichkeit» bündelten sich die Kraft und die Bereitschaft zur Verweigerung, zur Distanzierung und zur Auflehnung. Dabei ging es nicht nur um den Massstab des Rechts, der in der Kritik bestehenden und beobachteten Unrechts beschworen wurde, sondern auch um das Recht als entscheidenden Faktor für die Bestimmung des Verhältnisses zwischen verfassungsstaatlicher Neuordnung und jener Initiierung des Umsturzes durch Militärs, die sich dem Recht unterwerfen, also nicht nach einer Militärherrschaft streben. Dies macht die Modernität und die Zukunftsorientiertheit des Widerstands gegen den Nationalsozialismus aus.

Im Folgenden wird die Darstellung von Annäherungen an Ziele und an Menschen versucht, deren Gedanken im Widerstand um das Recht und seine Neubegründung kreisen. Dieses Ziel prägte auch den Umsturzversuch, dessen Schwierigkeit es war, sich auf Menschen verlassen zu müssen, denen Ziel und Zweck des Umsturzversuches vielfach nicht mitgeteilt werden konnten. Der Umsturz sollte politische Spielräume eröffnen und zivilisierend auf das Militär wirken. Insoweit handelte sich nicht um einen militärischen Umsturzversuch, sondern um einen Staatsstreich, der Grundlagen für die Schaffung einer neuen rechtsstaatlich orientierten Verfassungsordnung schaffen sollte.

Die Verschwörer setzten, wie im ersten Kapitel gezeigt wird, zwar im Zuge der Operation Walküre auf die Bereitschaft zum Gehorsam gegenüber Befehlen, die nach der erhofften Beseitigung Hitlers ausgegeben worden wären. Aber sie zielten auf ein System, das Willkür aufheben sollte. Dies kann nur auf rechtlicher Grundlage geschehen. Im vorletzten Kapitel wird deshalb der Rechtsbezug des Staatsstreiches betont. Diese beiden grundsätzlich angelegten Arbeiten umrahmen biografische Studien, die das Denken einzelner Regimegegner in das Spannungsfeld der Überlieferungsgeschichte rücken.

Auf diese Weise soll deutlich gemacht werden, in welchem Masse unser Urteil von Massstäben abhängt, die Nachlebende in ihrer Gegenwart entwickeln. Neben Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg, die man als Kopf und Herz des Kreisauer Kreises bezeichnet hat, treten Carlo Mierendorff und Wilhelm Leuschner, die aus der demokratischen Arbeiterbewegung hervorgehen, und Hans von Dohnanyi und die Weisse Rose, die ein starker Rechtsbezug antreibt.

Das Eingangskapitel arbeitet heraus, in welchem Masse sich die militärischen Verschwörer dem Primat des Politischen unterstellten und so versuchten, politische Spielräume zu schaffen, die ihnen auch Verantwortung für die Entwicklung der «deutschen Dinge» eröffnet hätten. Den Preis des Scheiterns macht das letzte Kapitel deutlich. Hier wird auch sichtbar, welcher Aderlass den Regimegegnern abverlangt wurde. Die Nationalsozialisten wollten mit der Vernichtung des Widerstands auch eine Gegen-Elite ausschalten, die mit Sicherheit die Entwicklung nach der Befreiung vom Nationalsozialismus auf einschneidende Weise hätte positiv beeinflussen können.

Vielleicht tragen die biografischen Annäherungsversuche dazu bei, die immer wieder gestellte Frage nach der Verstrickung einzelner Regimegegner in Politik und Praxis des nationalsozialistischen Herrschaftssystems aufzunehmen. In einem diktatorischen System gibt es keine Schuldlosen. Entscheidend bei der Beurteilung von Widerstandskämpfern ist, dass trotz Verstrickung und Schuld eine Bereitschaft zur Verantwortung erwächst, die auf die Überwindung des Unrechtssystems zielt, auch um den Preis des eigenen Lebens.

Ich bedanke mich bei Johannes Tucheit für eine langjährige freundschaftliche Zusammenarbeit in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, bei Ferdinand Schwenkner nicht nur für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts, sondern auch für die kräftige Ermutigung, nicht nachzulassen, bei Thomas Sparr vom Siedler Verlag für die nicht er-

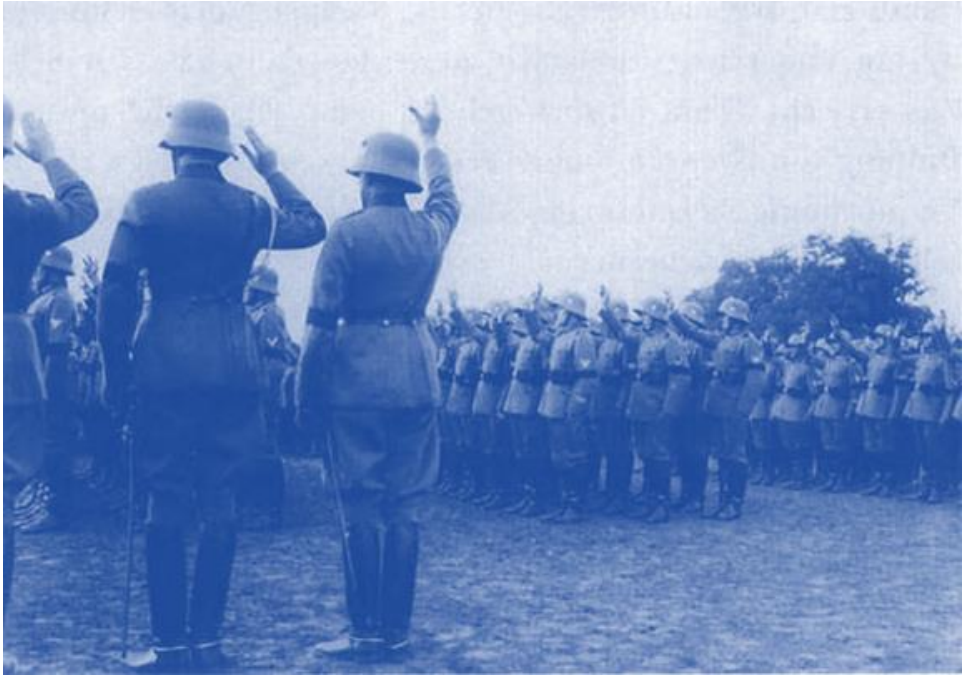
lahmende und zuweilen grossmütige Geduld bei der Realisierung dieses Versuchs, nicht von der Ereignisgeschichte, sondern von Deutungen auszugehen. Alle Fehler und Missverständnisse habe ich zu verantworten. Wenn aber verständlich würde, dass die Geschichte des Widerstands eine Herausforderung für die Nachlebenden bleibt und wert ist, immer neu durchdacht zu werden, dann hätte ich mein Ziel erreicht. Denn letztlich geht es beim Widerstand um die Prüfung von Grenzen und Zwecken eines Staates, der sich zur Verpflichtung bekennt, eine menschenwürdige Ordnung zu schaffen und zu sichern.

Ich widme dieses Buch Anneliese Knoop-Graf. Sie ist mehr als eine Zeitzeugin und wurde mir und meiner Familie zur guten Freundin. Sie hat den Auftrag und die letzte Bitte ihres Bruders Willi Graf angenommen, das Denken und Wollen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in das Bewusstsein der Nachlebenden zu rücken.

Willi Graf stand im Zentrum der Münchner Widerstandsgruppe Weisse Rose und rückt uns nahe durch die Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen durch Anneliese, seine «kleine Schwester». Er bat sie vor seiner Hinrichtung um eines: «Weitertragen». Sie hat diesen Auftrag angenommen und zugleich ein Beispiel gültiger historischer Vergegenwärtigung gegeben.

Peter Steinbach

Baden-Baden und Berlin, im April 2004



Vereidigung einer Berliner Wachtruppe, 2. August 1934

Es ist unendlich viel leichter, in Gehorsam gegen einen menschlichen Befehl zu leiden als in der Freiheit eigenster verantwortlicher Tat. Es ist unendlich viel leichter, in Gemeinschaft zu leiden als in Einsamkeit. Es ist unendlich viel leichter, öffentlich und unter Ehren zu leiden als abseits und in Schanden.

DIETRICH BONHOEFFER

«Nach Hitler kommen wir»

Primat der Politik – zivilisiertes Militär

Zu den Gescheiterten des Attentatsversuchs vom 20. Juli 1944 gehörte der gesamte Widerstand. Ein gelungener Umsturz hätte die Zahl der Opfer des Krieges mehr als halbiert, die Auslöschung der ungarischen Juden verhindert, Todesmärsche der Gefangenen unmöglich gemacht, viele Städte vor ihrer Zerstörung im Bombenhagel bewahrt und die Kriegsgefangenschaft der «Endkampfgefangenen» verhindert. Hitlers Beseitigung wäre nicht nur eine wichtige Zäsur des Zweiten Weltkriegs, sondern auch eine Chance für die europäische Geschichte gewesen.

Umso überraschender ist, dass sich die Deutschen viele Jahre sehr schwer taten, die Leistung des Widerstands anzuerkennen, die Energie der Verschwörer zu würdigen und die Vorbereitung der Operation Walküre als eine militärische Leistung zu bewundern, die nicht am Unvermögen der Beteiligten, sondern an der abwartenden und schliesslich ablehnenden Haltung höchster Militärs scheitern sollte. Immer wieder wurde von den Nachlebenden die angeblich aussichtslose Vorbereitung des Anschlags kritisiert.

Manche standen Jahrzehnte im Bann ihrer damaligen Gefühle, die nicht zuletzt von der nationalsozialistischen Führung vergiftet worden waren. Es hätten Militärs im letzten Moment geputscht, um ihre Haut zu retten, war zu hören. Rechtsextremisten lasteten dem Widerstand den Zusammenbruch des Mittelabschnitts der Ostfront an, behaupteten, Regimegegner hätten systematisch durch Verrat die Front geschwächt,

und erklärten ihre angebliche Eidtreue und ihre Bereitschaft, bis zum letzten Tag des Krieges zur Hakenkreuzfahne zu stehen, zur Tugend.

Doch hatte es sich keineswegs allein um einen Militärputsch gehandelt. Vielmehr ging es um den Versuch, rassenideologische Verhärtungen abzubauen, militärische Flexibilität zu erleichtern und der Politik neue Handlungsspielräume zu schaffen. Militärische Widerstandsgruppen und «zivile» Widerstandskreise waren eng aufeinander bezogen. Dabei kam es dem Militär nicht darauf an, im Falle eines Gelingens des Anschlags eigene Macht zu sichern.

Das aus dem Umsturz hervorgehende Kabinett war zu keinem Zeitpunkt durch eine Übermacht der Offiziere charakterisiert, sondern verkörperte eine denkbar grosse Koalition – von Wilhelm Leuschner und Julius Leber auf der einen bis zu Carl Friedrich Goerdeler und Ulrich von Hassell auf der anderen Seite. In der Zusammensetzung der Regierung, die mit der Operation Walküre politische Verantwortung übernehmen sollte, wird eine Zivilität sichtbar, die den 20. Juli 1944 zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Verhältnisses von bewaffneter Macht und politischer Führung gemacht hätte.

Diese Entwicklung zeichnete sich frühzeitig ab. Am 6. Juni 1940, einen Tag nach dem Beginn der «Schlacht um Frankreich», die die deutschen Truppen bis nach Paris führte, schrieb Hermann Kaiser, der Anschluss an die militärische Opposition um Ludwig Beck und Goerdeler gefunden hatte, an seine Schwester: «Vielleicht kommt es doch so, dass eine siegreiche Armee dann auch innenpolitisch durchgreift und alle unreinen Elemente aus der Verwaltung wieder beseitigt, Schulen und Universitäten wieder aufbaut, die Wirtschaft reinigt, die Kirche achtet als höchste Instanz eines gläubigen Volkes, das durch ein tiefes Tal musste, um geläutert zu werden.»

Kaiser, der die nationalsozialistische Regierungsübernahme zunächst begrüsst und an der Machtergreifung keinen Anstoss genommen hatte, distanzierte sich in einer Zeit, die uns heute als Höhepunkt der

Faszination nationalsozialistischer Herrschaft erscheint, entschieden von der Ordnung, die er ursprünglich innerlich gewollt haben mochte, die er aber lange Zeit vor der Niederlage der deutschen Wehrmacht in sich überwunden hatte. Seine klaren Bemerkungen sind aber nicht nur von biografischer, sondern von exemplarischer Bedeutung, denn sie belegen, dass der sich im Oberkommando der Wehrmacht formierende Widerstand nicht primär militärisch motiviert war.

So wird in diesem eher beiläufig überlieferten Zitat ein bis heute nicht hinreichend wahrgenommenes Problem angesprochen, obwohl sich gerade in der Begründung eines neuen Verhältnisses zwischen Militär und Zivilisten, zwischen Wehrmachtsführung und Politik die Entwicklung andeutet, die mit dem Konzept der «Inneren Führung» prägend für die Nachkriegsgeschichte wurde.

Darum ist es an der Zeit, das populäre Bild des militärischen Widerstandes als «Militärputsch» zu korrigieren, indem sich die Nachlebenden bei ihrer Bewertung der Taten eines Tresckow, Stauffenberg, Oster oder Beck auf die Frage konzentrieren, inwieweit es der «Militäropposition», die sich zum «letzten» und entscheidenden «Wurf» des Anschlags auf Hitler durchrang, um die Verfolgung spezifisch militärischer Ziele angesichts der drohenden Katastrophe ging oder ob die Widerstandskämpfer nicht stellvertretend für alle Gegner des Nationalsozialismus handelten, weil sie sich ihrer allein erfolgversprechenden Möglichkeiten bewusst waren, Vertretern der Arbeiterbewegung, des Liberalismus und des politischen Katholizismus, der Gewerkschaften und der Kirchen den Weg für die Neuordnung nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Erfahrung einer «modernen» Diktatur frei zu machen?

Diese Frage zu beantworten bedeutet, Übereinstimmungen der aktuellen Ziele, aber auch der Perspektiven unterschiedlicher Widerstandskreise aufzuzeigen, Kontakte zwischen den Gruppierungen und Widerstandskämpfern darzustellen und zu überprüfen, wie weit die

Ähnlichkeiten des politischen Willens und der persönlichen Verbindungen auch nach dem 20. Juli 1944 trugen. Dass es Verbindungen gab, die überkommene ständische Grenzen überwandten, war auch den Nationalsozialisten klar.

So findet sich in Berichten des Chefs des Reichssicherheitshauptamts, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, an den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, die Behauptung, «eine immer vermutete Opposition innerhalb der Wehrmacht und eine Clique reaktionärer Generale» hätten versucht, sich in den «Besitz der Macht» zu bringen. Einen Tag später fällt das Urteil über die «Verschwörerclique» unter Berufung auf die «Wut der Volksgenossen» noch schärfer aus. Die Stimmung richte sich gegen die «Feinde im eigenen Lande», gegen die «Verräter unter den Offizieren und vor allem gegen die Reaktion».

Bereits in den ersten Tagen nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde deutlich, dass sich die Stossrichtung der Ermittlungen von Gestapo und Sicherheitsdienst in Übereinstimmung mit den hohen nationalsozialistischen Führern nicht allein gegen die militärische «Verschwörerclique», die Hitler bereits in seiner nächtlichen Rundfunkansprache als Verantwortliche ausgemacht hatte, richtete. Vielmehr sollte die gesamte Gegen-Elite des Regimes beseitigt werden. Nicht nur im Offizierskorps, sondern auch an der «gesamten Heimatfront» müsse durchgegriffen werden, um alles «auszumerzen», was den militärischen Sieg behindern könne. Ein derartiger Schritt war gut vorbereitet: Listen mit Namen vermuteter oder potenzieller Gegner waren erstellt, und man rechnete mit der Furcht der Bevölkerung vor einem Umsturz.

Der nationalsozialistischen Führung wurde bald bewusst, dass der Anschlag auf Hitler keineswegs das «Komplott» einer «ganz kleinen Clique» ehrgeiziger, «gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere» war. Denn die systematische Ausforschung des

Hintergrundes des Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg machte die vielfältigen, langen und intensiven Verbindungen zwischen den zum Handeln entschlossenen Militärs und den zivilen Widerstandskreisen sichtbar. Erst diese Verbindungen machten den Umsturzversuch derart bedrohlich, dass die Weiterungen der Tat an die Substanz des nationalsozialistischen Systems selbst zu gehen drohten. Bald zeigte sich nämlich, dass von einem «Putsch militärischer Kreise» nicht gesprochen werden konnte, sondern dass viele Bemühungen und Traditionen brennspiegelgleich in der Tat Stauffenbergs zusammenliefen.

Hans Rothfels hat bereits 1948/49 diese Verbindungen zwischen militärischen und bürgerlichen Gruppen als Charakteristikum des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 herausgestellt. Das bis heute gültige Ergebnis seiner Deutung lautet, die «Motive der militärischen Opposition» seien weder von «rein beruflicher noch von klassenbedingter Art» gewesen. Diese Feststellung hat eine grundlegende These zum Verhältnis zwischen Opposition der Militärs und zivilen Trägern des Widerstands zur Folge. Beim Attentat auf Hitler habe es sich «in gar keiner Weise [...] um ein rein militärisches Vorgehen» gehandelt, stellt Rothfels mit Blick auf die Beteiligten und Eingeweihten fest: «Es hatte seine Motive sowohl als seine Ziele im politischen und moralischen Bereich.»

Die Übereinstimmung politischer und moralischer Ziele prägte auch die unterschiedlichen Gruppierungen des Widerstands, die in der Regel nach Persönlichkeiten benannt werden. So steht einer Goerdeler-Gruppe die Gruppe um Beck, der Stauffenberg-Leber-Gruppe die kommunistische Saefkow-Gruppe, dem Kreisauer Kreis etwa die Rote Kapelle gegenüber. Bezeichnenderweise gehören diese Gruppen in fast gleiche Zeiträume: Nach Kriegsbeginn und frühen Siegen spiegeln sie die Abkehr vom nationalsozialistischen System und die Notwendigkeit, die Zeit «danach», also die Herausforderungen einer von ihnen erwarteten

ten, den deutschen Nationalstaat bedrohenden Niederlage, vorzubereiten und im Vorausdenken zu gestalten.

Die Gruppen standen damit aber am Ende einer Entwicklung, die unterschiedliche Widerstandsmotivationen und -traditionen zusammenführte. Jede Gruppe vereinigte ganz unterschiedliche Individuen, die kulturelle und politische, weltanschauliche und pädagogische, schichten- und gruppen-, generations- und regionalspezifische Traditionen verkörperten. Die Betonung nur einer Motivation, die Isolierung eines Zieles mussten die Komplexität, die Vielfalt und Breite des Widerstands verfehlen und seine Pluralität reduzieren.

Als im Laufe des 30. Januar 1933 Gerüchte bestätigt wurden, Reichspräsident Paul von Hindenburg habe Hitler, der augenscheinlich den Zenit seines Erfolges überschritten hatte, zum Reichskanzler ernannt, meinten selbst politisch wache Menschen, damit sei lediglich eine neue Präsidialregierung berufen worden. Ohne sich zu erregen, traten die Führungsgremien von SPD und Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen.

In ersten Aufrufen warnten sie ihre Anhänger vor den Nationalsozialisten; eine Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaat, von Grundrechten und republikanischer Verfassung lag jenseits politischer Fantasie. Auch die Führung der KPD liess jene Klarsicht vermissen, die ihr enge Parteigeschichtsschreibung gern zubilligte. Sie erwartete die Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise, nicht aber ihre scheinbare Bewältigung, deshalb rief die KPD zum Generalstreik gegen die «brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen» auf. Kaum jemand leistete diesem Aufruf Folge; lediglich in einem württembergischen Industrieort namens Mössingen standen alle Räder still.

Die Reichstagsfraktion der SPD bekannte sich zur Weimarer Reichsverfassung, musste aber hinnehmen, dass die politische Initiative von der Stunde der Reichskanzlerschaft Hitlers an auf die wenigen na-

tionalsozialistischen Minister übergegangen war. Die Übernahme der preussischen Polizei durch Hermann Göring, die Position Heinrich Himmlers in Bayern waren entscheidend, mochte die SPD auch «Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit» beschwören.

Nur in wenigen Städten waren Sozialdemokraten in der Lage, sich in der Konfrontation mit den nationalsozialistischen Sturmtruppen zu behaupten. So blieb nur die Hoffnung, die bevorstehenden Reichstagswahlen würden Hitler eine Niederlage bringen. Angesichts der Rechtsbrüche, der Zerstörung der föderativen Ordnung und des Grundrechtssystems durch die Februarverordnung der Reichsregierung stellte sich eine Stimmung der Lähmung ein. Das Bekenntnis zur Legalität der geschändeten Verfassungsordnung war eher ein beschwörender Appell und Hilferuf als Ausdruck von Zukunftshoffnung und Vertrauen in Humanität und Rationalität.

Offenen Widerstand leisteten die Parteien der Linken ebenso wenig wie die Gewerkschaften: Mit Wandschriften und Flugblättern, mit Gesinnungspflege und politischem Bekenntnis liess sich die nationalsozialistische Machtergreifung umso weniger verhindern, als die Führung die ihr übertragene Exekutivgewalt zur Festigung ihrer Herrschaft nutzte und überdies grosse Teile der Bevölkerung Hitler feierten und die Zerstörung des Weimarer Systems begrüsst.

Die republikanische Ordnung mobilisierte kaum mehr Anhänger. Nicht allein der Makel ihrer Entstehung aus einer militärischen Niederlage und Revolution, ihrer aussenpolitischen Belastung durch Versailler Friedensvertrag und Reparationsverpflichtungen, ihrer Erfolglosigkeit bei der Überwindung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Schwierigkeiten bestimmten das Bild der Republik in Kreisen der politischen Mitte und national konservativer Flügel, sondern das Unverständnis für die Notwendigkeit von politischem Ausgleich durch Diskussion, Entgegenkommen und Kompromiss.

Das entscheidende politische Defizit der Weimarer Zeit war die Unfähigkeit von Parteien und Staatsbürgern, von Presse und Verwaltung, politische Kontroversen in einer grundsätzlich verfassungsbezogenen Weise auszutragen, die Minderheiten schützte und den politischen Gegner respektierte. Ein grundlegender Dissens in der Sache braucht keine negativen Folgen für den politischen Alltag zu haben, ebenso wenig, wie er den Konsens über die Grundwerte ausser Kraft setzen muss.

Wo immer absolute Feindschaftsverhältnisse proklamiert werden, fragmentiert und automatisiert sich die Gesellschaft und wird das Individuum in der Vereinzelung hilflos staatlichen und gesellschaftlichen Kräften ausgeliefert, sofern sie die Mehrheit erringen. Die Tragik vieler der später von den Nationalsozialisten Verfolgten und Unterdrückten war, dass sie zunächst den totalen Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten nicht erkannten oder sogar als wünschenswert empfanden.

Diese Illusionen fanden sich nicht zuletzt bei vielen Offizieren der Reichswehr, die keine republikanischen Traditionen hatten ausbilden können und wollen. Allerdings verharrte eine nicht geringe Anzahl der Offiziere in einer konservativ motivierten Distanz gegenüber den neuen Bewegungen und Bestrebungen und bewahrte sich wenn schon keine bewusste Nonkonformität, so doch eine latente Resistenz. Ihr Gesellschaftsbild war durch den deutschen Obrigkeitsstaat, nicht aber durch die nationalsozialistische Bewegungsdiktatur geprägt worden.

Vor allem jüngere Offiziere begrüßten das Ende des verachteten Weimarer Systems freudiger und erwartungsvoller als viele ihrer älteren Kameraden, die sich aus einer Wertschätzung sozialer Distanz zur nationalsozialistischen Ideologie, gegenüber der «Bewegung der Gasse», reserviert verhielten. Vielleicht erklärt dieses Gefühl die heute vielfach unverstündlich anmutende Teilnahmslosigkeit angesichts der Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Pazifisten und Gewerkschaftsmitgliedern, schliesslich auch des Verbots der

KPD, der SPD und der Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen. Die Selbstaflösung der liberalen Mittelparteien und der Zentrumspartei, des Christlichen Volksdienstes und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) atmeten hingegen augenscheinlich weniger den Geist der Unterdrückung als der Freiwilligkeit, darum weckte der Untergang dieser Parteien kaum die Empörung bei bewusst politikfernen Offizieren.

Am Ende des Jahres 1933 hatten die Nationalsozialisten schließlich ohne nennenswerten Widerstand ihre politische Herrschaft konsolidiert. Hitler hatte in den ersten Monaten seiner Herrschaft die Stellung und das Selbstwertgefühl der Reichswehr strikt beachtet. Gerade dadurch hatte er ein «systemkonformes Verhalten» vieler Offiziere ermöglicht und sie, wenn nicht gewonnen, so auch nicht zum Gegner gemacht. Eine Ausnahme bildete lediglich der «rote General» und Chef der Heeresleitung Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord. Ihm trauten vor 1933 und nach seiner kurzfristigen Reaktivierung 1939 viele zu, Hitler aktiv zu bekämpfen oder zumindest zu arretieren. Nach seinem Abschied 1934 verharrte Hammerstein in klarer Distanz zum System; und nach 1939 war kaum damit zu rechnen, dass Hitler ausgerechnet den Truppenführer besuchen würde, der als vergleichsweise republiktreu galt.

Hitler berücksichtigte die Stimmung hoher Reichswehroffiziere und beeilte sich, schon wenige Tage nach der Regierungsübernahme die Respektierung der politikfernen Stellung der Truppe anzuerkennen. Das Selbstverständnis der Truppenführung hatte der Reichswehrchef Hans von Seeckt ausgedrückt, als er während des Kapp-Putsches von 1920 erklärte, Truppe schösse nicht auf Truppe. Militärs empfanden sich als Staat im Staate. Politik schien sie angeblich nichts anzugehen. Dabei war unübersehbar, in welchem Umfang sich die Truppenführung in politische Entwicklungen einzuschalten versuchte und sie dem Denken des Obrigkeitsstaates verhaftet war. In diesen war stets die Möglichkeit gegeben, das Militär könne bei einer politischen Unruhe den

Belagerungszustand verhängen und die Funktion der Exekutive übernehmen.

Hitler zollte bei seiner ersten bedeutenden politischen Rede vor der Reichswehrführung, übrigens in demselben Raum, in dem sich Beck in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli 1944 das Leben nehmen sollte, den Vertretern der einzigen Macht im Lande, die ihm hätte Einhalt bieten können, Respekt. Er versprach ihr, pazifistische Stimmungen zu bekämpfen und die Reichswehr aufzurüsten. Sogar die Richtung einer künftigen Expansion deutscher Macht deutete er an, indem er auf den zu gewinnenden «Lebensraum» im Osten verwies. So war es nicht überraschend, dass zahlreiche Militärs eine weit gehende, wenngleich im Kern nur partielle Übereinstimmung mit politischen Zielen Hitlers empfanden. Unbestreitbar war, dass der zunehmende Respekt der Militärs vor Hitlers aussenpolitischen Erfolgen – Lösung des von den Reichskanzlern Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher beharrlich bearbeiteten Reparationsproblems, Anerkennung durch die päpstliche Kurie beim Abschluss des Reichskonkordats, Verlassen des Völkerbundes, Aufrüstung und allgemeine Wehrpflicht, Besetzung des Rheinlandes – lähmend wirkte.

Hitlers Aussenpolitik liess über manche Schatten im Inneren des Landes hinwegsehen. Hierzu gehörte neben dem Strassenterror der SA-Hilfspolizei und der Errichtung früher Konzentrationslager vor allem der Arierparagraph im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, der sich grundsätzlich auch in der Reichswehr auswirkte und lediglich wegen der verschwindend geringen Zahl der betroffenen Offiziere folgenlos blieb. Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, von Joseph Goebbels als Reaktion auf Demonstrationen gegen die «deutsche Regierung» gerechtfertigt, verstärkte bei einigen Offizieren das Unbehagen gegenüber der nationalsozialistischen Führung. Auch die Diffamierung jüdischer Soldaten

liess Nachdenklichkeit aufkommen, führte aber ebenso wenig zu Konsequenzen wie die Errichtung des Systems der Konzentrationslager.

Darum sind aus dieser Zeit kaum Äusserungen von Militärs über Verfolgung und Terror, über Entrechtung und Unterdrückung überliefert. Dies gilt auch für die Gruppen, die später die «zivile Opposition» bildeten. Eine allgemeine politische Unsensibilität gegenüber dem Schicksal von Menschen, die schutzlos der Willkür ausgeliefert waren, zog sich quer durch alle Bevölkerungsschichten. Bücherverbrennungen, Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft, Vertreibung vieler Intellektueller ins Exil oder in die innere Emigration erregten nur wenige; und das Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses wurde ebenso wenig als Schändung alles dessen, «was menschliches Antlitz» trägt, begriffen wie die Ausgrenzung und Vertreibung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Allerdings verbot die Differenzierung zwischen dem abstrakten rassenpolitischen Postulat und der tatsächlichen Auswirkung für den Einzelnen einen Weg in die Unverbindlichkeit: Bei vielen der später entschlossensten Widerstandskämpfer entstand Unsicherheit angesichts der Rechtlosmachung guter Bekannter, von Nachbarn, Familienfreunden, Vereinskameraden und Studienfreunden.

Erst der grundsätzliche Konflikt zwischen «Deutschen» und «Bekennnistreuen» Christen berührte manches bis dahin unbehelligte Mitglied der späteren militärischen und zivilen Opposition, weil die weiterhin akzeptierten politischen Kriterien nicht mehr die Auseinandersetzung um Qualitäten christlich-theologischer Existenz und die Grenzen staatlicher Weltanschauungsansprüche abdeckten.

Drückte sich im Kirchenkampf zum ersten Mal eine vergleichsweise breite Dissonanz zwischen landläufiger Meinung und nationalsozialistischer Praxis aus, so wurde diese Dissonanz bei sensibilisierten Vertretern der späteren «deutschen Opposition» durch den so genannten Röhm-Putsch Mitte 1934 noch verstärkt. Dieser Vorgang ist in be-

sonderer Weise bei den Militärs zu beobachten, die der SA stets ablehnend gegenüberstanden; und er verband sie auch mit den Angehörigen der gebildeten und wohlhabenden bürgerlichen Schichten, die die SA als Ausdruck nationalsozialistischer Pöbelherrschaft einschätzten. Die Ausschaltung der SA während des Röhms-Putsches erschreckte die von den Nationalsozialisten umworbenen Kreise, weil auch allgemein respektierte Politiker wie der Führer der Katholischen Aktion Erich Klausener und die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand Eduard von Bredow im Zuge der Mordaktion umgebracht worden waren. Schien die allgemein erwartete SA-Revolution auch abgeschmettert, so war zugleich ein erster Umsturzversuch gescheitert, den Schleicher mithilfe des Chefs der Heeresleitung Werner Freiherr von Fritsch und mit Unterstützung durch den Vizekanzler Papen angestrebt hatte.

So heftig die nachträgliche Rechtfertigung der Morde als «Staatsnotwehr» auch abgelehnt wurde, so problematisch ist es, die Abscheu erregende Tat zum Beginn einer kontinuierlichen Entwicklung zu machen, die schliesslich mit dem Attentat des 20. Juli 1944 endete. Denn die Unterdrückung richtete sich weiterhin gegen die politischen und weltanschaulichen, gegen die «rassischen» und kulturellen Gegner der Herrschenden. Organisierte Widerstandsbestrebungen der Anhänger von KPD und SPD, die sich zu kleinen Gruppen wie Neu Beginnen, Roter Stosstrupp oder Sozialistische Aktion zum Zwecke der Gesinnungspflege und Vorbereitung auf die Zeit nach dem Zusammenbruch des Regimes zusammengefunden hatten oder weiterhin, wie die kommunistischen Kader, zur Verfügung der emigrierten Parteiführung standen, wurden 1935 und 1936 fast vollständig entdeckt und von Gestapo und Sicherheitsdienst zerschlagen.

Die Exilparteien konnten nur schwer die Verbindung zu ihren Anhängern halten und mussten sich zunehmend darauf konzentrieren, die Welt über die deutsche Lebenswirklichkeit aufzuklären. Auch dieser

Kampf um die Meinung der Welt-Öffentlichkeit drohte verloren zu gehen, denn das nationalsozialistische Regime galt in Ost und West als vertragswürdig. Verträge mit Polen, mit Grossbritannien, mit dem Papst, mit den Staaten Zwischen-Europas belegten dies – trotz der Verfolgung anders Denkender und der offen verkündeten Entrechtung der deutschen Juden auf dem Nürnberger Parteitag von 1935.

Wer sich dem nationalsozialistischen Unrecht und Terror widersetzen konnte, schwieg verunsichert oder vertraute sich nur den engsten Freunden und Familienmitgliedern an. Wer aber dem Unterdrückungssystem entkommen war, der suchte vielfach bewusst jede anti-nationalsozialistische Tätigkeit zu vermeiden. Ein beeindruckendes Gegenbeispiel stellt der Lebensweg des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Militärpolitikers Julius Leber dar, der Jahre der KZ-Haft überstand und seit 1937 gemeinsam mit seiner Frau Annedore in Berlin-Schöneberg eine Kohlenhandlung betrieb. Auch der ehemalige sozialdemokratische Innenminister des Landes Hessen Wilhelm Leuschner hielt sich mit einer von ihm gegründeten Fabrik für Apparatebau über Wasser.

Immer wieder hatten sie mit Verhaftung zu rechnen, da Vorbeuge- und Schutzhaftbestimmungen jeden polizeilichen Zugriff aus den Bindungen des Rechts befreit hatten. Hunderttausende Gegner befanden sich zwischen 1933 und 1936/37 in Gefängnissen und Lagern. Ihr politischer Wille zerbrach häufig in der Haft. So fanden viele kaum den Mut, offen gegen die Diktatur zu kämpfen. Innerlich blieben sie zwar vielfach ungebrochen, nonkonform und resistent, zur Tat aber rafften sie sich nur selten auf. Für einige der verfolgten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder führte aus der Distanz der weitere Weg dann in die Nähe der militärischen Opposition. Auch die oppositionelle Haltung der Kirche konnte sich nicht auf Dauer gegen den Druck von Polizei, Justiz und Partei behaupten.

Im Unterschied zur politisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Opposition konnte die Kirche institutioneile Grundlagen ihres

Wirkens verteidigen. Darum zeichnete sich ihre Praxis in der Regel durch politische Ambivalenz und das Bestreben aus, die Institution Kirche nicht zu gefährden. Teilweise Kompromisse mit dem nationalsozialistischen Staat stiessen bei Geistlichen und Gläubigen zuweilen auf Unverständnis oder Ablehnung; teilweise machten diese Kompromisse aber gerade die Kirchen für den Staat, aber auch bei den vom Nationalsozialismus partiell beeinflussten Menschen akzeptabel.

Gerade wegen ihrer Flexibilität, die die Kirche in jedem totalitären oder diktatorischen System beweisen muss, gelang es der Kirchenführung, auf die Substanz des Christentums und des christlichen Glaubens zielende Vorstösse der Interpreten nationalsozialistischer Weltanschauung, wie Alfred Rosenberg, abzuwehren. Der machtpolitische Realismus der Kirchen forderte zuweilen einen hohen Preis: Viele Vertreter der Bekennenden Kirche hatten in den Gemeinden lediglich ein Gastrecht und waren deshalb finanziell völlig ungesichert; katholische Geistliche, Mönche und Nonnen waren überdies durch falsche Anschuldigungen wie Devisenvergehen, Homosexualität und Unzucht mit Abhängigen bedroht.

Die Geschichte des Kirchenkampfes zwischen Kreuz, Hakenkreuz und «verhakenkreuztem Kreuz» (Eberhard Bethge), zwischen Katholizität und Rassenmythos, zwischen Judenhass und Judenverfolgung hängt sehr eng mit der Entwicklung und Festigung des bürgerlichen Widerstands zusammen. Er spielte sich innerkirchlich zwischen einzelnen Nationalsozialisten und Gläubigen, zwischen kirchlichen Landesleitungen und Pfarrern, zwischen Staat und Kirche selbst, aber auch innerhalb der Kirchen zwischen den verschiedenen Strömungen und Gruppierungen ab. Viele Geistliche wurden inhaftiert oder durch stets drohende Hausdurchsuchungen verunsichert.

Auch an dieser Front des Weltanschauungskampfes erzielten die Nationalsozialisten Erfolge: Die Bekennende Kirche verlor an Einheit und schmolz schliesslich zu einem kleinen Kern von we-

nigen hundert ganz entschiedener Geistlicher zusammen, unter ihnen Dietrich Bonhoeffer und Eberhard Bethge, Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller, die Kompromisse mit den Machthabern ablehnten. Die Stellung der katholischen Kirche schien wegen ihrer institutionellen Festigkeit und Hierarchisierung günstiger zu sein; dennoch litten gerade katholische Geistliche, die individuell den Unterdrückten geholfen hatten, in den Geistlichen-Blocks der Konzentrationslager und zweifelten an der politischen Weisheit ihrer Oberen.

Die Reaktionen der Kräfte und Gruppen, die gegen den Anspruch und die Praxis nationalsozialistischer Herrschaft Widerstand leisten wollten, wirft die Frage nach dem Widerstandsbegriff selbst auf. Die Problematik dieses Begriffs liegt nicht zuletzt in der Schwierigkeit, unterschiedliche Verhaltensweisen, Sanktionsformen und Zielvorstellungen in gruppenspezifischer, zeitlicher und gradueller Differenzierung zu erfassen.

Erschwerend kommen aktuelle Vorstellungen vom Widerstand hinzu: Widerstehen zur rechten Zeit, Widerständigkeit, Zivilcourage, ziviler Ungehorsam, Dissidenz und Resistenz, Nonkonformität und abweichendes Verhalten, Opposition und Obstruktion, Protest und Verweigerung, Aussteigen und Dienst nach Vorschrift, Bummelei und Demonstrationen in allen Varianten werden heute als Dimensionen des Widerstands diskutiert. Gilt heute, dass Widerstand sich nicht allein als Aktion rechtfertigt, sondern auf positive Vorstellungen bezogen werden muss, die sich nicht von den Normen der pluralistischen und rechtsstaatlich verfassten parlamentarischen Demokratie lösen sollen, so verweist der Widerstandsbegriff vor allem auf die Lebenswirklichkeit in totalitären und diktatorisch organisierten Staaten.

Widerstand unterscheidet sich von Verfolgungsein, einem Kollektivschicksal unterdrückter Gruppen und ihrer Anhänger, denn er beinhaltet das Moment der Aktivität und der Gefährdung des Systems, aber

auch der unkalkulierbaren letzten Gefährdung des eigenen Lebens. Dieser Widerstand richtete sich nicht allein gegen den Träger nationalsozialistischer Herrschaft, sondern konnte sich auch gegen jene wenden, die in der Anpassung an den Nationalsozialismus eine Möglichkeit des eigenen Überlebens erkennen wollten. Dies wird besonders deutlich an der Haltung Bonhoeffers, der sich innerhalb kirchlicher Institutionen ebenso rechtfertigen und durchsetzen musste wie später gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern.

Auch kommunistische Funktionäre, die sich einer Lenkung von aussen durch die emigrierte Parteiführung widersetzen und eigenständige, von der Sowjetunion unabhängige Gruppen aufbauten, sind hier aufzuführen. Unternehmungen gegen die Machthaber, Risiko des Handelns und Gefährdung des Systems können die Spektren des Widerstands aber nicht allein ausleuchten.

Bethge unterschied zu Beginn der Sechziger Jahre fünf verschiedene Stufen des Widerstands: Dem «einfachen passiven Widerstand» ordnete er den «offenen ideologischen Gegensatz» nach, wie er das Handeln der Theologen Niemöller, Theophil Wurm und Clemens August Graf von Galen prägte. Die nächste, dritte, Stufe stellte die Mitwisserschaft an Umsturzvorbereitungen dar. Diese Haltung konnte zur «aktiven Vorbereitung für das Danach» gesteigert werden. In diesem Zusammenhang ist etwa an die Arbeit des Kreisauer Kreises zu erinnern. Die höchste und letzte, fünfte, Stufe des Widerstandes stellte die «aktive Konspiration» dar. Konspirativ orientierter Widerstand erfolgte aus der Einsamkeit individueller Entscheidung, war mit dem grössten Risiko für Leib und Leben verbunden und erhielt weder «kirchliche Deckung» noch den Schutz durch Vorgesetzte. Was sich jedem Regelfall entzog, konnte nicht gerechtfertigt werden.

Die Vielfalt dieser Stufen lässt sich mit Konrad Repgen weiter differenzieren. Er beschrieb unterschiedliche Verhaltensformen der Wi-

derständigkeit als Steigerung von der geistigen Nonkonformität bis zum Umsturz. Der «Loyalitäts-Entzug», der sich von punktuellen über graduelle zu generellen Dimensionen steigern konnte, stellte sich als politische Konsequenz eines unbeirraren Glaubens dar, die sich aus Beharrung auf traditionellen Glaubensinhalten bis zur Verweigerung gegenüber den Anforderungen des Systems, schliesslich – etwa angesichts der Morde an Geisteskranken – zum Protest und zur Unterstützung des Attentats steigern konnte.

Unbeschadet einer grundsätzlichen Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung konnten sich die Opponenten und Widerständigen in «weltanschaulich und sittlich neutralen Bereichen» zur partiellen, begrenzten, sachlich bestimmten Zusammenarbeit mit dem System und seinen Vertretern bereit finden. Erst durch den Druck des Regimes konnte aus dem Loyalitätsentzug Widerstand werden. Dabei ist eine Dynamisierung der Repression und der von der nationalsozialistischen Führung praktizierten Widerstandsvermutung unübersehbar.

Was zunächst als Abseitsstehen galt, erschien bald als Auflehnung, schliesslich als Demonstration und Widersetzlichkeit, als Verletzung von Recht und Gesetz, als Landes- und Hochverrat. Widerstand wurde nicht von den Einzelnen definiert, die gegen das System und seine Politik standen, sondern von der Diktatur und ihren Instanzen. Deshalb bedeuteten Widerstehen und Widerstand unvermeidlich die Auslieferung an Partei und Staat, an Polizei und Justiz. Loyalitätsentzug musste angesichts des totalen Verfügungsanspruches eines totalitären Staates zum Widerstand werden.

Weil nahezu alle Lebensbereiche politisiert waren, wurden sie auch für den Staat verfügbar. In vielen Fällen verlangten Glauben und Gewissen von den Einzelnen, der Politisierung und Polarisierung zu widerstehen. Die Standfestigkeit des Verhaltens resultierte zu einem

wesentlichen Teil aus Traditionen des Christentums, der Humanität, der Aufklärung und des Liberalismus, der wissenschaftlichen Redlichkeit und der Arbeiterbewegung. Die tradierten Normen und den Einzelnen selbst bindenden Verpflichtungen bestimmten die Chance, die jeder in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen System besass.

Die Kirchen zogen auch nach 1933 eine scharfe Trennlinie zwischen dem individuellen Gewissen und dem Einfluss des Staates. Nicht immer aber konnte die ihre eigene Autonomie verteidigende Kirche dem Einzelnen in seiner Gewissensentscheidung helfen. Oftmals forderte der Kampf gegen Rassenstaat und verbrecherisches Regime von dem Christen ein existenzgefährdendes Zeugnis des Glaubens – und dieses Zeugnis schloss in vielen Fällen das Martyrium als Blutzugehörigkeit ein.

Wenn Loyalitätsentzug im Sinne von Repgen partielle Kooperation mit dem System einschloss, konnte Widerstand auch von innen, aus den Institutionen des Systems selbst, geleistet werden. Darum ist es schwierig, den diplomatischen und militärischen, in einzelnen Fällen den innerparteilichen Widerstand als solchen anzuerkennen. In besonderer Weise hat auch der Widerstand innerhalb der Wehrmacht das Misstrauen der Nachgeborenen überwinden müssen.

Der Begriff der «Militäropposition» hat in seiner Missverständlichkeit manchem Fehlurteil Vorschub geleistet, denn er legte unzutreffende Schlüsse auf die Motivation des militärischen Widerstandes nahe. Es ging dabei nicht um die Vorbereitung und Durchführung eines Umsturzes im Interesse und zum Nutzen der militärischen Führung, sondern es ging um einen grundlegenden Wandel des nationalsozialistischen Regimes aus der einzig erfolversprechenden Position der Stärke heraus.

Die Chancen für ein erfolversprechendes Handeln der militärischen Opposition waren ebenso vielfältig wie die anderer Kreise des Widerstands; sie entwickelten sich im Lauf der Zeit von einer gewaltferneren Form zum Entschluss des Attentats.

Der diplomatische Widerstand versuchte 1938 und 1939 sogar, angesichts der deutschen Absicht, einen Krieg grössten Ausmasses zu «entfesseln», die europäischen Mächte zu warnen und zu einer aktiven «Eindämpfungspolitik» zu veranlassen, die Hitlers Handlungsspielraum entscheidend eingeengt hätte. Auch hofften Kreise um den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Ernst von Weizsäcker, Hitler von seinen langfristig verfolgten Kriegsplänen abzubringen. Zu diesem Thema gibt es eine schier unüberschaubare Menge von Beeinflussungsstrategien, die sich vielfältiger Gespräche, einer unübersehbaren Zahl von Denkschriften und Umsturzplänen, zahlreicher Reisen innerhalb Deutschlands und Europas bedienten.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges veränderten sich die Bedingungen des Widerstehens grundlegend. Einerseits erreichte das Regime einen Gipfelpunkt seiner Faszination und Erfolge; andererseits verstärkten sich Repression und Terror. Tatbestände, die jahrelang vergleichsweise glimpflich und selten mit dem Tode bestraft wurden, galten nun als schwere Straftaten oder gar als todeswürdige Verbrechen. Das Risiko des Widerstandes wuchs täglich.

Alle, die ausserhalb des Regierungssystems und seiner Funktionsorgane standen, lebten gefährlich und verfügten über keinerlei interne politische Informationen. Unter diesen Umständen gewannen Oppositionelle, die teilweise oder auch, wie der stellvertretende Berliner Polizeipräsident Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, weitgehend mit dem nationalsozialistischen Staatsapparat kooperierten, für einen zu planenden Umsturz an Bedeutung.

Zur erfolgversprechenden Tat eines Umsturzes waren nur wenige fähig und bereit; weitaus mehr waren willens, im Kampf gegen das System Opfer zu bringen, um Zeichen für Mitmenschlichkeit und Anstand zu setzen. Zu ihnen gehörten die Mitglieder der Weissen Rose, die vielen einzelnen Menschen, die Verfolgten und Unterdrückten halfen, in-

dem sie jüdische Mitbürger und Gegner versteckten oder über die Landesgrenzen in Sicherheit brachten.

Das Potenzial der Widerständigkeit war grösser, als es angesichts der Stabilität des Regimes vermutet werden kann. Bezogen auf die Masse der an Verbrechen Beteiligten verhielt sich eine nur geringe Anzahl von Menschen widerständig. Auch strebte der Widerstand nicht kontinuierlich und gleichmässig einem Gipfelpunkt zu, sondern war immer wieder durch Brüche und Rückschläge bedroht. Der traditionsorientierten und -verhafteten, der soziologisch bedingten und politisch geprägten Vielfalt des Widerstands entspricht ein differenziertes Spektrum an Motivationen. Die Vielfalt bezieht sich sowohl auf die Motivation zum Handeln aus Erfahrungen und Beobachtungen als auch auf Ziele und Vorstellungen für die Zeit nach dem Ende des Regimes.

Die Motivationslage spiegelte zunächst die traditionsgeprägten Ausgangssituationen: Entrüstung und Empörung über Verfolgungsmassnahmen und Unterdrückung, über Kirchenkampf und Sondergesetze waren abhängig von politischen Optionen. Diese Optionen schränkten das Wahrnehmungsvermögen ebenso ein wie die Fähigkeit zur moralischen Entrüstung oder mitmenschlichen Solidarität. Insofern hatte gerade der militärische und zivile Widerstand in den Jahren 1933 und 1934 noch eine ungünstige Ausgangslage.

Als «eigentlich kritischer Zeitpunkt», zu dem eine Distanzierung vom Regime einsetzte, gilt die Ermordung Schleichers im Zuge des Röm-putsches 1934; dieses Verbrechen der Nationalsozialisten sensibilisierte für Übergriffe des Staates und nationalsozialistische Gewaltverbrechen. General Adolf Heusinger fasste die allgemeine Stimmung wahrscheinlich zutreffend zusammen, als er in einem Gespräch mit Guido Knopp betonte: «[...] ich würde auf die Frage, von welchem Moment an ich die Sache ausdrücklich als verbrecherisch angesehen hätte, antworten: Das begann mit der Ermordung von Schleicher und

fand ihren Höhepunkt in den Judenverfolgungen.» Allerdings handelte es sich dabei um eine rückblickende Betrachtung. Unbestreitbar ist: Die Verfolgung der Juden war kein zentrales Motiv des Widerstands – auch in dieser Hinsicht waren militärische und bürgerlich-oppositionelle Regimegegner Kinder ihrer Zeit.

Allerdings handelte es sich bei der Kritik an den Verbrechen im Sommer 1934 noch nicht um eine Einschätzung, die politisches Verhalten und militärische Führung beeinflusste, sondern eher um eine Stimmung des Unbehagens, die rückblickend die Bedeutung beginnender innerer Distanzierung erhielt. Diese Stimmung war nicht identisch mit einer regimekritischen Motivationslage, begünstigte aber deren Entstehung.

Die Röhm-Affäre hatte die Reichswehr zugleich begünstigt und schuldig werden lassen: Ihre Stellung wurde respektiert, aber zugleich war angesichts der Ermordung von Angehörigen der Reichswehr die Loyalität vieler Offiziere gegenüber ihrem Gewissen und Rechtsbewusstsein herausgefordert. Zum ersten Mal empfanden einige Offiziere die Spannung zwischen Befehl und Gehorsam, zwischen Gehorsam und Schuld.

In den folgenden Jahren mochte diese Erfahrung zunächst verdrängt werden. Als später angesichts neuer Zumutungen und offensichtlicher Verbrechen dieses Gefühl der Ohnmacht und Verstrickung erneut verantwortungsbewusste Offiziere belastete, erinnerten sich viele der Juni- und Julitage des Jahres 1934, die überdies den Eid der Wehrmacht auf Hitler nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 gebracht hatten.

Etwa vier Jahre später rührte eine weitere politisch-militärische Krise an das Selbstverständnis der militärischen Führung. Die Krise um die Ablösung des Reichskriegsministers, Generalfeldmarschalls Werner von Blomberg, und des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Werner von Fritsch, Anfang Februar 1938 zeigte, dass die Wehrmacht ihre Position im nationalsozialistischen Herrschaftssystem nicht wie selbstverständlich behaupten konnte, sondern in SS und besonders

im Sicherheitsdienst einen Gegner besass, der allein Hitler ergeben war.

Der militärische Widerstand erhielt insofern einen entscheidenden Anstoss, als die Ausschaltung Hitlers nun in die Überlegungen der Umsturzplanung ausdrücklich einbezogen wurde. Die Verpflichtung gegenüber den unrechtmässig und ehrenwidrig behandelten Kameraden empörte und motivierte. Darum machten sich vereinzelt Gedanken breit, das Regime sei zu reinigen und von Verantwortlichen zu «säubern», die das Unrecht symbolisierten. Damit tauchten Vorstellungen auf, die in der Folgezeit variiert, in ihrer Argumentationsstruktur aber auch später beibehalten wurden: Angesichts der politischen Verwicklungen um die Sudetenkrise 1937/38 und um die Verbrechen nach Ausbruch des Krieges im September 1939 vertiefte sich die moralische Dimension.

In der Ablehnung des totalen Herrschaftsanspruchs des Staates und seiner Träger trafen sich seit 1937/38 zunehmend Vertreter der militärischen und zivilen Opposition. In ihren politischen Vorstellungen, die Klaus Jürgen Müller als «nationalkonservativ» bezeichnet hat, in ihren Möglichkeiten und Zielen verfügten beide Stränge über Gemeinsamkeiten, die zwar niemals deckungsgleich waren, sich aber zu einer wesentlichen Voraussetzung praktischer Kooperation entwickelten.

Diese Lage wurde überdies durch die gleichartige Verstrickung in das System selbst mitgeprägt. Sowohl die Vertreter der militärischen Gegenströmungen als auch die Gegner des Regimes innerhalb der Verwaltung – der militärischen Abwehr, des Auswärtigen Amtes und der Justiz – handelten aus Machtpositionen heraus, als Teil des Regimes. Sie nutzten dabei Handlungsspielräume, die sich aus der Unübersichtlichkeit der in seinen nicht klar abgegrenzten Kompetenzen der einzelnen Institutionen auch untereinander und der nicht streng hierarchisch strukturierten Verwaltung ergaben.

Erst durch die wachsende weltanschauliche Unabhängigkeit der

Beamten und Offiziere, die sich angesichts der Blomberg-Fritsch-Krise auch moralisch und handlungsethisch rechtfertigen liess, konnte dem Handeln aus den Herrschaftspositionen des Regimes heraus gegen dieses System ein neuer Sinn gegeben werden. Entscheidend für die Motivationslage wie für die Handlungsfähigkeit der Opposition gegen Hitler war also die Unabhängigkeit von den politischen Zielen der nationalsozialistischen Führung, nicht die Erfahrung der Polykratie, die nur eine Handlungsvoraussetzung darstellte.

Die Motivationslage war seit 1938 durch die Kriegsgefahr geprägt. Verstärkt wurde sie durch die absolute Entrechtung der jüdischen Mitbürger. Die Fülle von Sondergesetzen, die tief in den Alltag jüdischer Mitbürger und Nachbarn, Freunde und Bekannter eingriffen, entwickelte sich zu einem System der Schikane und Entwürdigung, der Ausgrenzung und Diffamierung, die den Anstand vieler Menschen verletzen. Entzündete sich die Empörung in der Regel auch nur im «Einzelfall», so konnte sich aus diesem einen Funken eine Feuerwand von Abwehr und Kritik entwickeln.

Zunächst wurde die Opposition noch keineswegs durch einen fundamentalen Gegensatz geprägt, sondern durch den Willen zur politischen Kurskorrektur. Insofern hatte der Widerstand zwischen 1937 und 1939 charakteristische Züge eines Elitenkonflikts. Innerhalb des Spektrums der nationalkonservativen Opposition tauchte 1938/39 der Plan eines Umsturzversuchs auf, der bewusst den Tod Hitlers in sein Kalkül einbezog.

In dieser Radikalität wirkten sich Fehlentscheidungen und Übergriffe der Nationalsozialisten aus, die die Neutralität gegenüber dem Militär ebenso aufgaben, wie sie sich innenpolitisch radikalisierten und die Ziele der nationalsozialistischen Weltanschauung zum Bezugspunkt politischer Praxis machten. Immer häufiger rückten die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in den bestimmenden Umkreis der Motivationslage der Kritiker und Gegner.

Die verstärkte Ablehnung von Verbrechen entzündete sich besonders an einzelnen Ereignissen wie an den gewaltsamen Übergriffen des Novemberpogroms vom 9./10. November 1938. Überall in Deutschland brannten Synagogen, wurden Geschäfte und Wohnungen jüdischer Mitbürger zerstört, Menschen auf die Strassen getrieben, Mitbürger zehntausendfach in die Konzentrationslager eingewiesen oder zur Flucht aus Deutschland gezwungen, nicht ohne ihnen den grössten Teil ihres Vermögens abzunehmen.

Die Untaten verstärkten die Unzufriedenheit mit der Aussenpolitik Hitlers, der seit 1938 immer bewusster einen Krieg gezielt anstrebte. In der Kritik an der «Volkstumspolitik» gegenüber den deutschen Nachbarstaaten – der Eingliederung des Sudetenlandes, der «Zerschlagung der Resttschechei», der Proklamation eines «Grossdeutschland» nach der Einverleibung von Österreich, schliesslich die sich abzeichnende Herausforderung der von Grossbritannien und Frankreich garantierten Integrität Polens – formierten sich innerhalb der militärischen Opposition um General Beck, Generalstabschef des Heeres, und dessen Nachfolger im Amt, General Franz Halder, aber auch der diplomatischen Opposition im Auswärtigen Amt, innerhalb der militärischen Abwehr und schliesslich in der zivilen Opposition um Goerdeler Guppierungen, die Umsturzpläne entwarfen und näher zusammenrückten.

Nach der Entfesselung des europäischen Krieges, der sich zum Weltkrieg ausweitete, erhielt die Motivationslage durch die bereits von den ersten Kriegswochen an verübten Verbrechen eine entscheidende Prägung. Zwar zeigten sich keineswegs alle Offiziere von den Nachrichten über Übergriffe der Einsatzgruppen des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes erschüttert; bei einigen wirkten die unmittelbar beobachteten Verbrechen jedoch schockierend. In Polen rotteten Einheiten der SS, Einsatzgruppen und Wehrmacht die kulturelle und politische Elite des Landes aus, verübten Geislerschiessun-

gen ohne Beachtung des Völkerrechts und errichteten Gettos im «Generalgouvernement» .

Die weiterhin systematisch vorbereiteten und ausgeführten Verbrechen steigerten sich schliesslich zur systematischen Ermordung weltanschaulicher Gegner, wie der «Bolschewisten» und «politischer Kommissare» sowie der europäischen Juden. Einsatzgruppen töteten im Rücken der kämpfenden Truppe, aber auch unter Beteiligung einzelner Wehrmachtsverbände, Hunderttausende von Juden; viele sowjetische Kriegsgefangene verhungerten in den grossen Gefangenenlagern, und schliesslich steigerte die nationalsozialistische Führung den Völkermord an Juden und Zigeunern zur «industriemässig betriebenen Massentötung».

Die Reaktion gründete wesentlich in der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus; allerdings erfolgte die Wendung zum Widerstand nicht allein aus der Empörung über Massenmorde. Auch die sich abzeichnende Niederlage, innenpolitische Alternativen, die Kritik an der Behandlung der «fremdvölkischen» Völker Osteuropas und Bemühungen, mit Grossbritannien zum Friedensschluss zu gelangen, bestimmten die Motive.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde der verbrecherische Charakter des nationalsozialistischen Rassen- und Weltanschauungskampfes vollends sichtbar. Der Generalplan Ost bedeutete die Unterjochung der als «Untermenschen» behandelten Weissrussen und Ukrainer, die Wannsee-Konferenz im Januar 1942 koordinierte die längst beschlossene «Endlösung der Judenfrage», der Umgang mit den «Fremdvölkischen» in den besetzten Gebieten machte deutlich, dass Deutschland niemals Sympathien in den besetzten Gebieten wecken konnten. Seit 1943 schränkte die «Unconditional Surrender»-Forderung ebenso wie die «Moskauer Erklärung» die Handlungsalternativen der deutschen Opposition ein. Seit der Konferenz von Casablanca war eigentlich klar, dass es keine Verhandlungsmöglichkeit des Widerstands mit den Alliierten gab.

Angesichts der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und der unübersehbaren Folgen dieser Untaten für die deutsche Politik wurden die diplomatischen Kontakte zu den Kriegsgegnern allerdings immer wichtiger, steigerte sich aber auch der Zwang, eine politische Wende, die seit den Niederlagen an den Fronten nicht leichter wurde, aus eigener Kraft herbeizuführen.

Ein Anschlag auf Hitler sollte eine Abkehr von Verbrechen und eine Verhinderung der den Nationalstaat gefährdenden Niederlage gleichermaßen ermöglichen, aber auch den Alliierten die Ernsthaftigkeit der Oppositionsbestrebungen beweisen. Darum nahmen nicht nur die diplomatischen Kontakte zwischen der deutschen Opposition und Vertretern der britischen und schwedischen Diplomatie und Kirchen zu, sondern verstärkten sich auch die Attentatsbemühungen selbst.

Auch vor 1938/39 hatte es verschiedene Attentatsversuche gegeben, die allerdings ausnahmslos nicht die «Sicherheit des Diktators» zerstören konnten, möglicherweise sogar teilweise inszeniert worden waren, um Hitlers Unverwundbarkeitsmythos zu bekräftigen. Nach 1939 nahmen die Attentatsbestrebungen jedoch eine neue Qualität an, denn sie waren wesentliche Voraussetzung und Bestandteil von Umsturzplanungen. Wie alle Rechtfertigungen von Opposition und Widerstand waren auch die Motivationen dieser Absichten vielfältig; ebenso vielgestaltig waren die Zusammenhänge zwischen den Widerstandsgruppen und -kreisen und die Formen ihrer Arbeit.

Dadurch hatte sich die Widerstandsmotivation entscheidend verändert und die Reformorientierung und Kriegsverhinderungsabsicht der späten dreissiger Jahre verloren. Die nationalkonservative Motivation bezog sich nicht mehr auf den Willen, Entscheidungen beeinflussend zu modifizieren oder zu verhindern, denn sie reflektierte die Praxis des Regimes grundsätzlich kritisch, gleichsam von aussen kommend. Die Träger des Widerstands mochten aufgrund ihrer aktuellen Position noch Teil des Herrschaftssystems sein, weil sie innerhalb des Staates

Funktionen ausübten. Mental standen sie aber ausserhalb. Darum handelte es sich zunehmend weniger um den Kampf einer «Teileinheit» des Systems gegen übergeordnete, dominierende Herrschaftseinheiten, als um einen entschiedenen Akt von «Systemgegnern» gegen Anspruch, Rechtfertigung und Praxis des Systems und seiner Träger selbst.

Mit der Kritik an der Kriegführung, an der sinn- und verantwortungslosen Opferung von Menschen, an den dilettantischen, strategischen Entscheidungen entwickelte sich eine Distanz, die die Gewinnung einer grundsätzlichen Widerstandsposition erleichterte. Stauffenbergs Erfahrung in der Verwaltung des Heeres und beim Befehlshaber des Ersatzheeres trug durchaus zu seiner Motivation zum Widerstand bei. Trotz der Dominanz des Militärs im Widerstand bleibt unbestreitbar, dass selbst zur Zeit absehbarer Schwierigkeiten und Niederlagen die aussichtslose Stellung der Wehrmacht nicht die Primärmotivation darstellte.

Im Vorfeld des Krieges und vollends nach 1939 hätten Angehörige der Wehrmacht das Gesetz des Handels an sich ziehen müssen, weil sie allein über die Mittel verfügt hätte, um das Regime Hitlers zu stürzen. Wurde darum auch vereinzelt die These aufgestellt, erst angesichts der militärischen Niederlage, die den deutschen Nationalstaat von aussen bedrohte, nachdem die Verstrickung in Verbrechen bereits seine innere Legitimation und damit die deutsche Identität zerstört hatte, hätten die zum Umsturz bereiten Offiziere die entscheidenden Anstösse zum Handeln gefunden, so umgreift sie nicht das aufgeführte Motivbündel.

Die These spiegelt eher die Auseinandersetzungen um den Aufbau der Bundeswehr in den fünfziger Jahren, die das Verdienst Stauffenbergs und Henning von Tresckows zu schmälern suchten, weil beide – heute «Motoren» des Widerstands – primär die engen Interessen der Junker, wenn nicht sogar der Generalität vertreten hätten. Heute stehen gerade Stauffenberg und Tresckow für eine moralische Rigidität, die

nicht aus ihrer militärischen Tradition allein zu erklären ist. Vor allem aber standen Stauffenberg und Tresckow mit den Widerstandskreisen um Beck und Goerdeler, um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg in enger Verbindung.

Niemals hätten sie den Begriff der «Militäropposition» akzeptiert, sondern ihre Umsturzbemühungen immer im Zusammenhang mit politischen Plänen gesehen. Die Wehrmacht sollte die Voraussetzungen einer Befreiung vom Unrechtssystem schaffen. Sie war – in den Worten von Rothfels – ein «Sektor» der gesamten Widerstandsbewegung, «ein Teil des Ganzen». Die führenden Attentäter stellten niemals infrage, gemeinsam mit Zivilisten die «Herrschaft des Rechts» als Voraussetzung für Freiheit und «Reform» wiederherzustellen. Dies drückte Goerdelers Regierungserklärung aus, die nach dem gelungenen Anschlag auf Hitler im Rundfunk verlesen werden sollte.

Die Offiziere waren auf Ziele und Massstäbe verpflichtet, die den Geist einer Bewegung atmeten, die der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer später als «Menschenrechtsbewegung» charakterisierte. Dieser Geist kollidiert nicht mit den Prinzipien militärischen Denkens, und er bildet keinen Widerspruch zur soldatischen Moralität. Insofern greift jeder Versuch, militärischen und zivilen Widerstand zu trennen, immer dann zu kurz, wenn Ziele und Rechtfertigungen des Widerstands erörtert werden.

Seit der Sudetenkrise bildeten sich allmählich Gruppierungen und Kreise, Zirkel und Verbindungen heraus, die oberflächlich betrachtet Ausdruck einer «Vereinsmeierei» waren, aber unter schwierigen Bedingungen die Vereinzelung des Individuums unter totalitären Lebensverhältnissen zu überwinden suchten. Teilweise aktivierten diese Gruppierungen persönliche Beziehungen aus der vor-nationalsozialistischen Zeit, teilweise gerieten sie unter der nationalsozialistischen Lebenswirklichkeit in die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus.

So wandelte sich in der Kontinuität der organisatorisch verfestig-

ten Tätigkeit das Vereinsleben. Allmählich schälten sich Kontakte zwischen den einzelnen Kreisen und Gruppen heraus, sofern sie national-konservativen Werten verhaftet waren. So verhielt es sich beim Kreis um Johanna Solf und bei der traditionsreichen Mittwochsgesellschaft. Diesen Kreisen gehörten Verwaltungsbeamte, Diplomaten, Wissenschaftler, im Ruhestand lebende Offiziere, vereinzelt auch Geistliche an und waren soziologisch auf das höhere Bildungsbürgertum beschränkt; in ihnen herrschte eine eher konservative Grundströmung vor, die nicht im Widerspruch zu kritischem Denken stand, das sich zur Radikalität steigern konnte.

«Bürgerlich» stellte keinen nur sozialgeschichtlichen oder gegenwartssoziologischen, sondern einen «philosophischen Begriff» dar und verlangte die «Freiheit der Erkenntnis». Diese Freiheit war unter dem Nationalsozialismus nicht gegeben und wurde darum in der Praxis des Diskutierens und Denkens, der wissenschaftlichen Arbeit und der politischen Meinungsbildung im Alltag, im kleinen Kreis der Angehörigen und Freunde, der guten Bekannten und Kollegen, verwirklicht. Die «Unbestechlichkeit des Denkens» und die «Beschränkung des Individuums auf seine Autonomie» führten zur Berührungsfurcht gegenüber dem Nationalsozialismus und zur Ablehnung des Systems. Passivität des Verhaltens angesichts der Herausforderungen des Regimes mündeten in die innere Emigration, Nonkonformität, schliesslich in die bewusst praktizierte Dissidenz.

Einige Opponenten liessen es damit nicht genug sein. «Pflicht» und «Gesetz» wurden ihnen zur inneren Norm, zur moralischen Verpflichtung, die schliesslich die ganze Persönlichkeit forderte. Dieser Norm diene der in der «Radikalität des bürgerlichen Denkens» stehende «Bürger» aus seinem Eifer für das verpflichtende «höhere Ganze». Angesichts einer Gefährdung des Denkens, der Moral und des Gewissens konnte der Einzelne schliesslich sogar zum «moralischen Terroristen» werden: «tückisch, verräterisch an einzelnen Menschen,

grausam gegen seinen Nächsten, immer in der Verfolgung seiner Grundsätze», die mit zunehmender Unbedingtheit verfolgt wurden. Schliesslich «verbündet er sich mit der Idee des Ganzen, mit der Idee des Staates, um gegen die einzelnen Mächtigen und Glänzenden, gegen Autoritäten eine stärkere Stellung zu haben» (Dolf Sternberger).

Dieser Rigorismus traf sich in der Vorbereitungsphase des Krieges mit einem Gefühl der Widersetzlichkeit, das auf radikalen Wandel der politischen und militärischen Entscheidungsstrukturen zielte. Der moralische Rigorismus, teilweise aus Traditionen entstanden, teilweise in der aktuellen Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Bedrängnissen des Gewissens in der Konfrontation mit Verbrechen gewachsen, verband sich mit dem kritischen Bewusstsein einer Funktionselite hoher Beamter und Militärs, die sich durch das Regime beenzt und behindert wähnten, entsprechend ihrer Einsicht und ihrem Gewissen verantwortungsvoll zu handeln.

Bereits in der Sudetenkrise fand Beck den Kontakt zu Goerdeler. Diese Verbindung gründete auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten bei allen Kontroversen im Detail und auch in der Zielsetzung. Er hielt auch, als die nationalsozialistische Führung von Triumph zu Triumph stürmte und die Herrschaft fast über ganz Europa errang. Denn die Opposition liess sich auf Grund ihrer festen systemkritischen Ziele nicht vom militärischen Erfolg faszinieren.

Lediglich ihre Isolation von möglicherweise anschliessenden Kräften wurde grösser. Die daraus resultierende Begrenzung des Handelns konnte aber allmählich ausgeweitet werden, weil der ältere Kreis der Widerstandsgruppen um Beck, Hassell, Goerdeler und den Admiral Wilhelm Canaris sich um jüngere Mitglieder ausweitete, die weniger stark nationalkonservativen Vorstellungen verpflichtet waren und darum in unerschrockener Radikalität und vertraut mit den politischen Strukturen neue Ziele formulierten. Diese Zielsetzung ging mit einer

Entschlossenheit des Handelns einher, die versprach, auch die praktische Initiative im Zuge einer Tat zu erringen.

Die Vertreter einer sich radikalisierenden Opposition, die schliesslich den harten Kern des militärischen und zivilen Widerstands gegen Hitler ausmachten, kannten sich überwiegend seit vielen Jahren, waren verschwägert, hatten gemeinsam gedient – insbesondere dem Potsdamer Infanterieregiment Nr. 9 kam eine Schlüsselstellung zu – und sich seitdem niemals aus den Augen verloren. Die Kasinofreiheit und die Atmosphäre des Salons ermöglichten die Entwicklung eines unabhängigen-kritischen politischen Geistes, der auch überkommene und im strengen Sinne hinter die Weimarer Republik zurückgehende politische Vorstellungen, wie sie auch teilweise die Gesinnung Becks und Goerdelers prägten, in einer zukunftsgerichteten Weise überwand.

Diese Haltung, die in der Weimarer Verfassungsordnung keinen positiven Bezugspunkt mehr erblicken konnte, hat die Forschung in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt und Klarheit in viele Konzeptionen, aber auch Unklarheit in mancherlei Wertungen der Historiker und Publizisten gebracht. Die Ablehnung der Repräsentanten des nationalkonservativen Widerstands kann aus einer kritischen Beurteilung ihres Denkens nicht folgen, denn den in engen Zeitvorstellungen ihrer eigenen Gegenwart und in Anschauungen des Obrigkeitsstaates verhafteten Widerstandskämpfern dürfte wohl kaum «vorgehalten» werden, dass sie die innen- und aussenpolitischen Massstäbe, Werte und Ziele einer parlamentarischen Demokratie damals noch nicht gekannt hatten. Dies würde bedeuten, die politische Gedankenwelt der Widerstandskämpfer mit den für sie nicht verbindlichen und insgesamt für die damalige politische Kultur in Deutschland wohl nicht zeitgemässen Massstäben zu messen.

Der bürgerliche und militärische Widerstand verkörperte in seinen Zielen entscheidende und damals gegen breite Denkströmungen entwickelte Alternativen zur Wirklichkeit des Dritten Reiches. Diese Al-

alternativen sind auch an der Wirklichkeit zu messen, die sie ablehnten und überwinden wollten. Ihre Vielfalt auf eine einzige charakteristische Prägung der Staats- und Gesellschaftsvorstellungen zu reduzieren, würde bedeuten, die Pluralität des Widerstandes ganz unterschiedlicher Gruppen mit je spezifischen Traditionen – vom Christentum und der Tradition der Arbeiterbewegung bis hin zu unterschiedlichen Strömungen der Jugendopposition – zu übersehen oder gar zu leugnen.

Unbestreitbar lassen sich in einzelnen Stellungnahmen von Goerdeler ständische Vorstellungen, antiparlamentarische und parteienfeindliche Grundannahmen benennen. Sie spiegeln aber eher negative Erfahrungen mit der Weimarer Republik als ein starres politisches Programm. Wie sich bei überlebenden Widerstandskämpfern nach dem Kriege zeigte, konnten diese Vorstellungen rasch überwunden werden und in den Neuaufbau eines parlamentarisch verfassten Parteienstaates rechtsstaatlichen Typs einmünden. Nicht die Frage der Ziele ist entscheidend, sondern die Methode der Auseinandersetzung zwischen den Anhängern unterschiedlicher Zielvorstellungen und die Dominanz der eine grössere Gruppen übergreifende Resonanz findende Programmpunkte, die dem Widerstand ihre Richtung geben.

Die Verbindungen zwischen der sich aus den unterschiedlichen Ansätzen einer Opposition von Militärs und der sich im Umkreis von Goerdeler und von einzelnen «Ziviloffizieren» zusammenfindenden «bürgerlichen» Gruppen, die der Wunsch verband, den Krieg zunächst zu verhindern und später dann nach seinem Ausbruch zu beenden. In der Legitimierung dieses Zieles einigte man sich zunächst auf disparate Vorstellungen von einer politischen Neuordnung, führte so unterschiedliche Gruppierungen zusammen und stabilisierte sie personell über alle Gegensätze hinweg.

Den engsten Kontakt zu den Kreisen der Zivilisten hielt Beck. Al-

lerdings belastete er sich nicht selten durch Goerdeler, der keineswegs eine unangefochtene Position im Kreis der zivilen Widerstandsgruppen einnahm. Weil Becks Ausstrahlung auf seine Offizierskameraden seit seiner so prinzipiell begründeten Demission 1938 ungebrochen blieb, konnte er immer wieder neue Unterstützung mobilisieren. Entscheidend wurde schliesslich der Kontakt zum Allgemeinen Heeresamt und zu General Friedrich Olbricht. Dieser war eher der Typ des Verwaltungsoffiziers und nicht unentschlossen, sondern besonders versiert durch Kenntnis militärischer Verwaltungsstrukturen. Er traf sich immer wieder zu Gesprächen mit Goerdeler, der sich zwar über seine abwartende Haltung mehrfach erregte, aber Olbrichts Autorität nicht infrage stellte.

Gerade die Zurückhaltung, die Goerdeler beklagte, war ein Charakteristikum militärischer Dominanz innerhalb der Widerstandsbestrebungen. Auch die übrigen Offiziere der Verschwörung dachten nicht primär militärbezogen, sondern erhielten durch die Verteidigung spezifisch militärischer Prinzipien eine mitreissende Gewalt über jüngere Kameraden und auch Einfluss auf jene Offiziere, die aus ihren Zivilberufen zur Wehrmacht eingezogen worden waren. Zu ihnen zählten Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, Cäsar von Hofacker, Hermann Kaiser – sie forderten ihre vielfach länger dienenden Kameraden heraus und schärften zugleich durch ihre Kritik am Staat Hitlers deren moralisches Urteil. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen militärischem und zivilem Widerstand stellte sich für sie nicht, weil sie im Ziel übereinstimmten, politische Spielräume für die Verhinderung der erwarteten deutschen Katastrophe zu schaffen.

Die vielfältigen und im Zeitablauf schwankenden Kreise, wie Kirchen, militärische Abwehr, Oberkommando des Heeres, Heeresgruppe Mitte, Kreisauer Freunde, einbeziehende Verbindungen sind in den Kaltenbrunner-Berichten aufgeschlüsselt worden. Die Ermittlungen der Verfolger zeigten, dass die Widerstandskreise zu gemeinsamen Zielen

kamen, die sich in klarer Form in Denkschriften Goerdelers, in den Stellungnahmen des Kreisauer Kreises, schliesslich in jenen Regierungserklärungen fanden, die nach einem gelungenen Anschlag auf Hitler und die nationalsozialistische Führungsspitze verlesen werden sollten. Dabei handelte es nicht um Erklärungen, die in einer kritischen Situation Ruhe unter der Bevölkerung verbreiten sollten, sondern um Zuspitzungen einer unter Risiken herbeigeführten Krise des Systems. Die Aufrufe sollten die ersten Stunden nach dem Anschlag nutzen, um der Bevölkerung die Realität des Dritten Reiches vor Augen zu stellen.

Dass sich die zivilen Verschwörer unmittelbar nach dem von Wehrmachtangehörigen verübten Anschlag an die Öffentlichkeit wenden wollten, machte deutlich, dass die «Nichtmilitärs» im anschliessenden Umsturz die wichtigere Rolle spielen sollten. Ihr Vorgehen war durch das Vertrauen in die Öffentlichkeit geprägt, die – vorausgesetzt, die Verschwörer erhielten für wenige Stunden die Gelegenheit, die «Wahrheit» über das Regime und seine Politik zu verbreiten – nach einem gelungenen Anschlag auf die Seite der Umstürzler einschwenken müsste.

Die Verschwörer waren überdies durch den Willen geprägt, die Willkürherrschaft mit Lagern und Terroijustiz, Völkermord und Unterdrückung jeder abweichenden Meinung wieder an die Herrschaft des Rechts zu binden. Die Wiederherstellung des Rechts erschien nun als der innenpolitisch relevante gemeinsame Nenner, auf den sich alle Gruppierungen trotz bestehender Unterschiede in der Einschätzung der Kriegslage, der Neuordnung, der aussenpolitischen Prioritäten und der Machtverteilung nach Hitlers Ende einigen wollten und konnten. Die Konzentration auf das Recht schmiedete zusammen. Das war umso wichtiger, als die Richtungen des Widerstands aussenpolitisch nicht mit einer ähnlich schlüssigen Konzeption aufwarten konnten.

Die Unsicherheiten über die Möglichkeiten, die Kampfhandlungen an zumindest einer der drei Fronten – im Westen, im Süden oder

im Osten – einzustellen, die Fragen eines Friedensschlusses, eines Separatfriedens an einer der Fronten, der Sicherung eines Nationalstaates und der künftigen Friedensordnung, die angesichts der alliierten Kriegsziele ohne reale Grundlage bedacht wurden, brachten unterschiedliche Antworten hervor, von der Befestigung eines Nationalstaatskonzepts bis zu europäischen Konföderationsplänen. Einheitsbildend wirkten auf diesem Gebiet zunächst nur Absichten und die Bekräftigung, schnell Waffenfrieden zu erreichen, auch das Ende von Gewalt, die Forderung einer internationalen Friedensordnung, schliesslich auch die Befürwortung demokratischer Grundprinzipien. Bestimmend blieb aber die Verpflichtung zum Recht, zur «Rechtllichkeit und Redlichkeit».

So bestanden nicht nur Gemeinsamkeiten in der Bestimmung des Unrechts, sondern auch im Hinblick auf Zukunftsvorstellungen. Dennoch sollten die Kontroversen nicht ungebührlich harmonisiert werden. Entscheidend war, dass der Widerstand die Vielfalt von Motivationen und Zielen akzeptierte und dennoch zur Gemeinsamkeit des Handelns kommen konnte. In der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat hatten sich Grundprinzipien eines politischen Zusammenlebens herauskristallisiert, die im Kern von ganz unterschiedlichen Opponenten und Gruppen geteilt werden konnten.

Die Widerstandskämpfer gegen die Herrschaft Hitlers haben über die klassische Frage nach dem Verhältnis von Militär und Politik kaum nachgedacht. Dies belegten auch die Kabinettslisten, die Beck als provisorisches Staatsoberhaupt und auch einige Minister- und Staatssekretärsposten als Einflussgebiet der Wehrmacht auswiesen, den entscheidenden Gestaltungsbereich aber Mitglieder der zivilen Opposition unter Anerkennung einer denkbar breiten politischen, gewerkschaftlichen und weltanschaulich-konfessionellen Grundlage zuerkannten. Obwohl der Umsturz selbst ausschliesslich in die Hand von Militärs gegeben

war – vom Attentat bis zur von Olbricht gelenkten Operation Walküre –, kann er deshalb wegen seiner begrenzten und falschen Assoziationsmöglichkeiten nicht als Offizierrevolte oder «Militärputsch» bezeichnet werden.

Nicht alle Widerstandsaktionen mündeten in das Attentat vom 20. Juli 1944. Auch unabhängig von diesem Datum sind Widerstandshaltungen innerhalb der Wehrmacht bis hinunter zum einfachen Soldaten nachzuweisen. In einer Gesellschaft, die unter dem von Goebbels erklärten «totalen Krieg» lebte, waren immer wieder Uniformträger in Widerstandsaktionen integriert. Streng betrachtet, waren auch die Mitglieder der Weissen Rose zu einem erheblichen Teil Soldaten, wie sie denn auch einen wichtigen Anstoss zu ihrer Tat in der Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen erhalten hatten.

Spezifisch militärische Perspektiven und Wahrnehmungsweisen herrschten hier allerdings ebenso wenig vor wie bei den zum Militärdienst verpflichteten Mitgliedern der zivilen Oppositionsgruppen Berlins. Ihre übergreifende Gemeinsamkeit war die Ablehnung des Erfolgsprinzips. Es ging nicht primär um das Gelingen des Umsturzes, sondern um die Auflehnung gegen ein verbrecherisches Regime, um die Demonstration von Zielen, die gemeinsames Handeln rechtfertigten und bestimmten. Auf dieser Grundlage wurden ganz unterschiedliche Denkvorstellungen, Traditionsbindungen und Ziele zu einem neuen Konsens gebündelt.

Diese Gemeinsamkeit stellte einen grundlegenden und zukunftsweisenden Neuanatz des konkreten politischen Denkens der Deutschen dar und führte zur Überwindung des Weimarer Erfahrungssyndroms. Kooperation und Kompromiss, langjährige aus einem Unbedingtheitsdenken abgelehnt, bestimmte die Form der Willensbildung. Erst dieser Wille zur neuen Gemeinsamkeit erklärt die Versuche Stauffenbergs, den Kreis des Widerstandes über die Gruppe um Beck und Goerdeler, um Moltke und Yorck, um Schulenburg und seine engeren

Kameraden hinaus auszudehnen. Darum wurden Politiker der Weimarer Zeit bewusst integriert und mit wichtigen Aufgaben versehen: Liberale wie Eugen Bolz, Sozialdemokraten wie Julius Leber, Gewerkschafter wie Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser, Zentrumsvertreter ebenso wie Interessenvertreter aus dem Kreis der Industriellen waren zur Mitarbeit aufgerufen und hatten entscheidende Zukunftsaufgaben erhalten.

Militärs und Verwaltungsbeamte waren hingegen für die Sicherung des Umsturzes selbst vorgesehen worden und erhielten ihren Wirkungsbereich in den Wehrkreisen und ehemaligen Länderverwaltungen. So zeigt sich gerade im militärischen Widerstand die Selbstbegrenzung des Handelns und die Akzeptierung des Primats der Politik. Erst auf dieser Grundlage konnte der Gesamtwiderstand den politischen Konsens verkörpern, der sich nach 1945 in der Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen Hitler herausbildete und eine auf die Verfassungsinhalte bezogene, wertgeprägte und zielorientierte Widerstandsdiskussion gestattete, die bis heute das Denken über die Grenzen und Rechtfertigungen von Widerstand bestimmen.

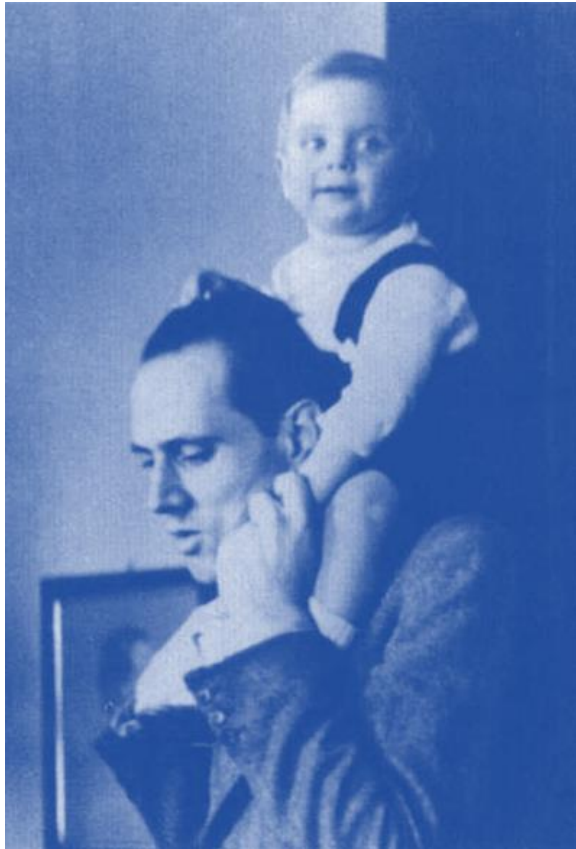
Angesichts modischer Inflationierung des Widerstandsbegriffs scheint dieses Bewusstsein in der Gegenwart verloren zu gehen. Gerade die Vielfalt der Ansätze, Traditionen und Gruppen, die insgesamt die deutsche Widerstandsgeschichte prägen, verdeutlichen den Anspruch der Pluralität, Toleranz und Nächstenliebe, die Fritz Bauer in einer historisch weit ausgreifenden Dimensionierung des Widerstandsrechts betont hat.

Widerstandshandeln genügt niemals sich selbst und diene einem Gruppeninteresse ebenso wenig wie dem Vorteil einer Funktionselite. Gerade die Beziehungen zwischen dem militärischen und zivilen Widerstand zeigen, dass er durch den Willen zum stellvertretenden mitmenschlichen Handeln geprägt war. Dies bindet den militärisch-zivilen Widerstand des nationalkonservativen Umfeldes an die alltäglichen Gebiete des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, die sich im

Kriegsalltag, in Lagern und Gefängnissen, in Nachbarschaften und Kirchengemeinden ebenso zu bewähren hatten wie in Teilbereichen des Herrschaftssystems, die nicht in unmittelbarer Verbindung zum Widerstand im Umkreis des 20. Juli standen.

So zeigt sich, dass es keine Konkurrenz zwischen militärischem und zivilem Widerstand gibt. Dass sich die Militärs als Vertreter der bewaffneten Macht den «bürgerlich-zivilen» Protagonisten des Widerstands unterwarfen, ist entscheidend gewesen und verwies in die Zukunft. Bestimmend wurde die Orientierung an den Zielen von Recht und Gesetz, von «Rechtlichkeit und Redlichkeit». Militärische Dominanz trat in den Hintergrund. Dadurch wird der von Militärs ausgelöste Umsturzversuch des 20. Juli 1944 zur Zäsur in der Geschichte des Verhältnisses zwischen militärischer Gewalt und politischen Institutionen, die von Zivilisten geprägt und verantwortet wurden. So wurde durch eine Tat von Militärs der Militarismus überwunden, der die deutsche Geschichte geprägt hatte.

Wiegt die Zivilisierung militärischer Macht im Widerstand gegen Hitlers Herrschaft nicht ungeheuer viel? Sollte darum der müßige Streit um angeblich vordemokratische und antiparlamentarische Ziele des Widerstands nicht beendet werden können?



Helmuth James Graf von Moltke mit seinem Sohn

In dem einzelnen muss das Gefühl der inneren Gebundenheit an Werte wieder erweckt werden, welches alleine ermöglicht, ihm die Freiheit wiederzugeben. Ja muss wieder Ja werden und Nein Nein. Gut muss wieder ein absolutum werden und Böse gleichfalls.

HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE

«Was ethisch nicht zu verantworten ist, kann nicht
entschuldigt werden»

Helmuth James Graf von Moltke

Helmuth James Graf von Moltke gehört zu den Regimegegnern, deren Integrität von keinem bezweifelt worden ist. Man hat ihn durch Briefmarken und durch die Gedenkstätte in Kreisau geehrt und auch viele Jahre nach seinem Tod mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet, den der Verband der bayerischen Verleger ausgelobt und für die Veröffentlichung seiner Briefe an seine Frau Freya in München verliehen hatte. Der Respekt kommt nicht überraschend. Denn Moltke verkörperte nicht nur wie manche aus seinem Freundeskreis das charakteristische Dilemma des Lebens in einer Diktatur des 20. Jahrhunderts, sondern er bewältigte es auch.

Durch Diktaturen werden die Lebensverhältnisse der Menschen, die in Freiheit leben wollen, durch schwere Belastungen geprägt: Einerseits drängt es sie, ihre moralischen Vorstellungen zu wahren; andererseits wollen sie überleben. Die meisten bewältigen dieses Dilemma nicht; sie werden schuldig. Einige ziehen sich in sprichwörtliche Nischen zurück. Andere mobilisieren zusätzliche Kräfte moralischer Selbstbehauptung und scheitern nicht selten mit den schlimmsten Konsequenzen für das eigene Leben. Ausgangspunkt für Scheitern und Bewährung ist die totalitäre Versuchung, die manche dazu verleitet, sich in eine Begeisterung für Weltanschauungen hineintreiben zu lassen, die sie schuldig macht. Oder man kultiviert eine Eigenschaft, die nicht identisch ist mit Zivilcourage: Empörungsfähigkeit als Voraussetzung eines stellvertretenden mitmenschlichen Handelns.

Vaclav Havel hat das Dilemma politischer und individueller Existenz in der Diktatur, die grossen Schwierigkeiten persönlicher Selbstbehauptung Mitte der siebziger Jahre auf eine exemplarische Weise beschrieben. Er hat – und dies ist angesichts des in Diktaturen sich vollziehenden «totalen moralischen Zusammenbruchs ganzer Gesellschaften» (Hannah Arendt) deprimierend – festgestellt, eigentlich sei «jeder auf seine Art Opfer und Stütze» eines totalitären Systems, darum verlief die Trennlinie zwischen Anpassung und Widerständigkeit mitten durch den Menschen hindurch.

Wenn die Doppelung von Opfer und Stütze zutrifft, sollte es in der Widerstandsforschung darauf ankommen, den Umschlagpunkt zwischen den beiden Formen politischer Existenz in diktatorischen Systemen – Konfrontation und Opposition – auszumachen als Angelpunkt einer bewussten politischen Entscheidung für ein «Leben in der Wahrheit» (Vaclav Havel), also als ein Leben im Widerspruch zu begreifen, das humane Orientierung voraussetzt oder nach sich ziehen kann. Das Leben eines bedeutenden deutschen Regimegegners lässt diesen Umschlagpunkt näher in Augenschein nehmen.

Helmuth James Graf von Moltke wurde am 23. Januar 1945 von seinen Widersachern, die in ihm ihren Antagonisten erkannt hatten, hingerichtet. Er verkörperte die Prinzipien, in denen die Nationalsozialisten der untergehenden Diktatur einen für sie gefährlichen Gegenentwurf zu ihren rassenpolitischen Ordnungsvorstellungen und zu ihrem Geschichtsbild sahen.

Er hatte früh, eigentlich von Anbeginn der nationalsozialistischen Herrschaft, die von Dietrich Bonhoeffer so präzise beschriebene «Maskerade des Bösen» durchschaut. Mochte er selbst auch geglaubt haben, sterben zu müssen, weil er gemeinsam «mit anderen gedacht» habe, so ist unbestreitbar: Seiner Wahrhaftigkeit im Denken trat der Wille der Nationalsozialisten entgegen. Sie wollten ausrotten, was sie fundamental infrage stellte.

Der Feind sei die an uns gerichtete Frage, so hat sich der Verfas-

sungstheoretiker und Verfassungsjurist Carl Schmitt in seiner Bestimmung des Politischen einmal sinngemäss geäussert. In der Tat galt Moltke, der Mann des Wortes, den Nationalsozialisten als Feind und verkörperte die Infragestellung des gesamten Systems.

Die Nationalsozialisten konnten Moltke, der im Oberkommando der Wehrmacht, im Zentrum der Macht, seinen Dienst verrichtete, nicht korrumpieren. Das unterschied ihn von denen, die sich zunächst einiger der Zielvorstellungen der Nationalsozialisten angeschlossen hatten. Moltke stand auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung. Er begriff sich, ebenso wie Peter Graf Yorck von Wartenburg, Adam von Trott zu Solz oder Hans-Bernd von Haefen, nicht als Angehöriger eines Standes vergangener Zeiten. Dies mag zu dem Selbstverständnis gehört haben, einer Führungsschicht anzugehören, die sich durch ethische Massstäbe bestimmte, von denen man auch um den Preis des Lebens nicht abwich.

Durch seine Position erfuhr Moltke von den ungeheuerlichen Verbrechen der Nationalsozialisten: vom Völkermord an den Juden, von der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Sogar in die Vorbereitung der Deportation wurde er im Spätherbst 1941 eingebunden, als es zwei Monate vor einer Besprechung in einer Villa am Berliner Wannsee vom 20. Januar 1942 darum ging, durch eine weitere Novellierung des Reichsbürgergesetzes die Voraussetzungen für die Enteignung der in die Lager und Gettos des Generalgouvernements deportierten Juden zu schaffen.

Moltke wehrte sich, indem er unmittelbar vor der endgültigen Koordinierung des Völkermords an den Juden, die am 20. Januar 1942 in der Wannsee-Besprechung erfolgte, in einer ausserordentlich kritischen Situation versuchte, Verbündete gegen die systematisch betriebene Entrechtung und Vertreibung der Bedrängten zu mobilisieren. Moltke wollte Widerspruch organisieren, ihn zum Widerstand steigern, was nur

mit Verantwortungsträgern gelingen konnte, die auch Macht besaßen. Entscheidend war allerdings der Mut eines einzelnen und in seiner Einsamkeit fast verzweifelnden Menschen, angesichts der nicht zu bezweifelnden und nicht zu betreitenden Verbrechen wichtigen Machtträgern aus der Wehrmacht Bedenken vorzutragen zu wollen.

Moltke ertrug das bereits nationalsozialistisch eingefärbte Referendariat widerwillig und distanziert und beobachtete den politischen Wandel kritisch. Die Nationalsozialisten zu beeinflussen, erschien ihm wenig sinnvoll; er wollte sie aktiv bekämpfen. Durch seine Erziehung brachte er wichtige Voraussetzungen mit, sich von den Zeitströmungen und deren Sogwirkungen zu distanzieren. Seine englischbürtige Mutter Dorothy, die aus Südafrika stammte, hatte die Deutschen stets kritisch und zugleich reserviert betrachtet, fast wie Angehörige einer fremden Ethnie. Sie war vom Kriegsende 1918 innerlich nicht getroffen. Der Vater, Graf Helmuth von Moltke, hatte durch seine religiösen Überzeugungen als Anhänger der Christian Science Zugang zu anderen Kulturen und Gesellschaften gefunden und überdies auch den wirtschaftlichen Abstieg bewältigen müssen, der manche seiner adligen Freunde radikalisiert und für antirepublikanische Stimmungen empfänglich gemacht hatte.

Der junge Moltke wurde politisch durch englische Vorstellungen von der Civil Society beeinflusst. Die Institution des Staates liess sich für ihn nicht von politischen Tendenzen und gesellschaftlichen Interessen trennen oder gar Überhöhen. Gute Regierungen leisteten sich nach dieser Theorie, die auf John Locke zurückging, Gesellschaften, um in guter Ordnung regieren zu können. Wichtig blieben Moltke darum die «kleinen Gemeinschaften», die Keimzelle des politischen Lebens, die auch Grundlage des solidarischen Zusammenlebens darstellen sollte.

Gerade dies aber stellten die Nationalsozialisten infrage. Sie durchdrangen, nachdem sie sich des Staates bemächtigt hatten, die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Sie machten Prinzipien des

Minderheitenschutz, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung verächtlich. Sie diffamierten, grenzten aus und schalteten gleich. Pluralität war für sie der Anfang gesellschaftlicher Zersetzung; gesellschaftliche Homogenität und zentralisierender Führerglauben eine Grundlage der von ihnen beschworenen «neuen Zeit». So zerstörten sie Traditionen und proklamierten einen neuen Menschen als Träger der Zukunft.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde es für Regimekritiker wie Moltke und seine Freunde notwendig zu handeln. Man hat lange gebraucht, dies zu erkennen. Moltkes eigene Erklärung in seinem Abschiedsbrief vom Januar 1945, er habe «gedacht», nicht aber auf den Umsturz des Regimes nach einem gelungenen Attentat auf Hitler hingearbeitet, hat man wohl viel zu wenig als den konsequenten Versuch gedeutet, diejenigen zu beeinflussen, die nach der Verhaftung seine Lebensfäden in der Hand hatten.

Auch bis 1941 hatte ihn die Gewöhnung an die nationalsozialistische Vernichtungspolitik nicht lähmen können. Angesichts dessen, dass sich die ideologisch begründete «Endlösung» bereits stufenweise immer wieder – mindestens seit den Nürnberger Gesetzen von 1935 – zu erkennen gegeben hatte, waren Moltkes Sinne hellwach. Was geschah, empörte ihn. Ihm, der in Briefen an seine Frau Freya verklausuliert von der bevorstehenden «Judensitzung» sprach, war doch klar, dass diese Konferenz am Wannsee eine sich exzessartig steigernde Vorbereitung der Judenverfolgung einleitete. «Man kämpft nicht für irgendetwas», so folgerte er im November 1942, «sondern gegen irgendetwas: Hass ist die Dominante des Krieges, nicht Liebe. Feigheit, Muckertum, Massenpsychose züchtet der Krieg.»

Moltke wollte nicht zu den Willigen und nicht zu den Angepassten gehören, zu jenen «Abenteurern des 20. Jahrhunderts», als die Hannah Arendt unmittelbar nach Kriegsende die willigen Familienväter unserer

Zeit ausgemacht hatte: «Das ist die Sorte Männer, die uns in der Welt den Ruf einträgt, dass wir nicht einmal im Stande seien, uns zu regieren, geschweige denn andere.» Tief davon überzeugt, dass im Universum keine Handlung verloren gehe, dass alles Zusammenhänge, dass ein Mord in Warschau Rückwirkungen in Calcutta und Sidney, am Nordpol und in Kurdistan habe, beachtete er bei seinem Versuch, die Deportation aufzuhalten, nicht politische, sondern moralische Gebote.

So wurde Moltke zur personifizierbaren «Frage» nicht nur an die nationalsozialistische Führung, sondern an seine eigene Zeit, denn er konnte nicht akzeptieren, dass alle Handlungen nur «von der Zweckmässigkeit bestimmt und bar jeden moralischen Fundus» seien dürften. Vierundzwanzig gestandene Männer, höhere Beamte und Offiziere, die Anfang November 1941 an einer vorbereitenden Sitzung für die Wannsee-Konferenz teilnahmen, liessen sich auf die rassenpolitischen Kriegsziele der Nationalsozialisten ein; die Teilnehmer hatten längst den Krieg gegen die Sowjetunion als eine Voraussetzung für die seit dem Sommer 1941 geplanten Deportationen von jüdischen Menschen aus Deutschland und den von Deutschen besetzten Ländern akzeptiert. Seit dieser Zeit galt die «Endlösung der Judenfrage» als ein wichtiges Kriegsziel der nationalsozialistischen Führung.

Moltke rieb sich augenscheinlich auf und verbarg seine Enttäuschung nicht. «Sie sind wie Chamäleons», schrieb er seiner Frau Freya über diese sich auf den Nationalsozialismus einlassenden Mitmenschen: «[...] in einer gesunden Gesellschaft machen sie einen gesunden Eindruck, in einer kranken, wie der unseren, machen sie einen kranken. In Wirklichkeit sind sie weder das eine noch das andere. Sie sind Füllsel.» Gewiss, auch Füllsel müsse es geben. Aber unerträglich sei es, «wenn Füllsel, der die kranken Teile vergrössert, so tut, als habe er eine moralische Berechtigung». Und in diesem Zusammenhang finden wir eine von Moltkes Grundsätzen: «Eindeutigkeit». Er wisse, schrieb er,

er sei «rasend streng und werde immer strenger». Aber es sei nötig, so zu empfinden, denn sonst gerate «man unbewusst in zweideutige Gesellschaft».

«Rasend streng» war Moltke, weil es nicht nur um Prinzipien ging, sondern um Zehntausende, die in diesen Tagen des November 1941 – der Endlösungsbefehl war, in welcher Form auch immer, im Zusammenhang mit Kommissarbefehl und Gerichtsbarkeitserlass längst erteilt – ihre Deportationsbefehle erhielten und Haltung bewahrten. «Ich kann uns nur wünschen, dass wir uns nicht schlechter benehmen, wenn wir dran sind», schrieb er in diesen Tagen seiner Frau. Er war Beobachter, Zeitdiagnostiker, Gesellschaftskritiker und ging zugleich aufs Ganze, weil er auf Eindeutigkeit setzte.

Die «Judenverordnung», wie er sie nannte, wollte er verhindern, weil er wusste, dass durch sie ein Verbrechen ohne gleichen eingeleitet werden sollte. «Wäre es nicht grossartig», so fragte er sich, «wegen einer solchen Sache aus dem Verein herausgeworfen zu werden?» Moltke ging es darum, die «anständigen Leute» zu gewinnen, zu gewinnen im «Kampf für Juden und Russen», den er als Kampf gegen die «Verwilderung militärischen Denkens» angelegt sah.

«Russische Gefangene, evakuierte Juden, erschossene Geiseln, allmähliches Übergreifen der in den besetzten Gebieten ‚erprobten Massnahmen‘ auf das Reichsgebiet, wieder evakuierte Juden, russische Gefangene, ein Nervensanatorium, wo diejenigen SS-Leute gepflegt werden, die beim Exekutieren von Frauen und Kindern zusammengebrochen sind.» So schrieb er Mitte November 1941.

Moltke scheiterte, denn er konnte die 11. Änderung des Reichsbürgergesetzes, eine wichtige Voraussetzung für die Verbrämung von Deportierung und Beraubung des Deportierten durch Partei und Staat, nicht verhindern. Dennoch war seine Auflehnung ein Erfolg. Es sei ihm «tatsächlich gelungen», schreibt er, dem «Rad der Judenverfolgung zu-

mindest hemmend ein wenig in die Speichen zu fahren». Es müsse einer eben immer erst vorangehen, von alleine wird so etwas nichts, trotz Chaos, das um ihn herum steige: «Ich sehe es kommen, und damit rückt der Krisenpunkt, der nicht verpasst werden darf, näher und näher.»

«Krisenpunkt»? Eines stehe fest, schrieb er: «Die apokalyptischen Reiter sind Anfänger gegenüber dem, was uns bevorsteht.» Moltke stand an der Grenze seiner Möglichkeiten und der moralischen Rechtfertigung seiner Nation. «Jeder Tag bringt neue grauenhafte Einblicke in die Tiefen, zu denen Menschen sinken können.»

In den Briefen an seine Frau formulierte er unmissverständlich und machte sie dadurch zur Eingeweihten, zur Mitwiserin und Mitträgerin seiner von ihm als schwer empfundenen Position. In vielen Punkten sei der Boden erreicht, und die zu lösenden Probleme seien überwältigend. «Welcher Gigant soll sie lösen?», fragte er, und man spürt, dass er an seinen Freundeskreis dachte, wenn er selbst antwortete: «Ist es denkbar, dass eine Gruppe von Durchschnittsmenschen das schafft? Oder ist nicht vielleicht wahrscheinlicher, dass eine solche Gruppe als dass ein Gigant das fertig bringt?»

Moltke bewahrte in der Situation des Spätherbstes 1941 ebenso seine Unabhängigkeit und Besonnenheit wie im Mai 1940, als er sich von der Begeisterung der Deutschen über die Niederlage der französischen Armee nicht betören liess, die Hitler nach seinen militärischen Triumphen hervorrief. Beide Daten – Sommer 1940 und Herbst 1941 – zeigen, dass jede Entwicklung, ja jeder Moment nationalsozialistischer Herrschaft seine Sinne angespannt, seine Bedenken vergrößert und seine Aktivitäten gesteigert hatte, die sich gegen das Regime richteten. Im Winter 1941/42 ging es nicht mehr um das abstrakte Durchdenken des «Danach». Es ging nicht um «Judenverfolgung und Kirchensturm», sondern es ging bei seiner «rasenden Unruhe» um den «Bruch von Ver-

sprechungen auf militärische Erfolge, auf Urlaub oder Rückkehr von Soldaten». Es ging um die Existenz: «Der Hunger naht für jeden sichtbar.»

Und es ging um Menschenleben. Moltke wusste, dass im Winter 1941, dem Kulminationspunkt des nationalsozialistischen Rassen- und Weltanschauungskrieges, Tag für Tag tausende Juden sterben mussten, er wusste, dass russische Kriegsgefangene nicht leichtfertig, sondern bewusst dem Hungertod ausgeliefert werden sollten. Auch die Erschiessungen von Geiseln im Rücken der Front waren ihm nicht verborgen; und er wusste, was man auch heute weiss: Der Kampf gegen angebliche Banden war nur eine Verbrämung des systematisch betriebenen Völkermords durch deutsche Einsatzgruppen. Moltke zog aus der Gefährdung der Kriegsgefangenen und polnischen Zwangsarbeiter ganz persönliche Konsequenzen. Er empfahl seiner Frau, für das Gut Kreisau die Zuweisung so vieler Russen und Polen wie nur möglich zu beantragen. So verhielten sich Oskar Schindler und andere, die Menschen zu retten versuchten, indem sie sie für unabhkömmlich erklärten.

Aus dem «Denken über das Danach» war ein «Kampf gegen die Wirklichkeit», gegen die Last einer neuen und täglich wachsenden Schuld geworden: «Ich kann mich gar nicht mehr von dem Gedanken trennen», schrieb er am 11. Januar 1942, «[...] wie wird dem deutschen Volk gesagt werden, was jetzt geschieht und was in den nächsten Wochen geschehen wird, und wie werden die Menschen darauf reagieren? Wenn nicht ein Wunder geschieht, dann werden selbst meine seit Kriegsbeginn geäußerten Cassandra-Rufe von der Wirklichkeit noch weit in den Schatten gestellt werden. Wird dann noch irgendein Mann imstande sein, das Chaos zu meistern? Wird jeder Einzelne seine Schuld erkennen?»

Die bisher genannten Auseinandersetzungen zeigen einen anderen Moltke als den passiven Denker, als den man ihn in den vergangenen Jahrzehnten empfunden hat. Sein Einsatz gegen die juristischen Begleitumstände der Deportation im Vorfeld der Wannsee-Besprechung

zeigt, dass er bis zur Erschöpfung zu handeln wusste. Seit dem Winter 1941 ging es Moltke augenscheinlich um mehr als um die Neuordnung nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft.

Es ging um eine Neuordnung, die mit der Last der Vergangenheit, mit der Last der Geschichte, aus dem Wissen des Leidens und aus der Kenntnis von der Unmöglichkeit der Wiedergutmachung leben würde. Moltke wurde in dieser Situation zum Sinnbild des Menschen, der im 20. Jahrhundert den modernen Diktaturen zu widerstehen versuchte. Sein Tod zeigt, dass er in diesem Widerstand erfolgreich war. Er war ein Täter des Widerstands und verkörperte eine unkorruptible Unabhängigkeit. Moltke lehnte es ab, im Zeitalter der modernen Diktaturen schuldig zu werden, weil man sich in den Schlingen verfängt, die aus dem Nebeneinander von Kooperation und Konfrontation resultieren.

Für Moltke war es ein gewisser Trost, dass er diese persönliche Kraft spürte, sich ihrer bewusst werden konnte, wie sein Abschiedsbrief vom 11. Januar 1945 zeigt, der wiederholt ins Blickfeld der Nachgeborenen und in die Sinne der Nachlebenden gerückt worden ist. Dieser Brief ist ein bedeutendes Zeugnis der Menschlichkeit, ein Zeugnis dieses Jahrhunderts, das grosse Möglichkeiten in sich getragen und jämmerlich versagt hat. In Moltkes Entscheidungen spiegeln sich alle Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts.

Moltke bietet einen Schlüssel, dieses Jahrhundert zu verstehen, und das heisst, nicht irre an ihm zu werden. Er wurzelte tief in allen Phasen seiner Zeit, in der vergangenen Weimarer Republik ebenso wie in der emporgekommenen nationalsozialistischen Herrschaft. Er setzte sich mit den grundlegenden Herausforderungen seiner Gegenwart auseinander, ohne den Zeitströmungen zu erliegen, den leichtfertigen Zumutungen, den Bequemlichkeiten. Er sehnte sich immer nach dem heilen Leben, nach der Nische, die Kreisau mit seiner Frau, seinen Kindern,

den Eltern und Geschwistern, den Sicherheiten der Gesittung und der Lebensgestaltung bedeutete. Aber er gab dieser Sehnsucht nicht durch Flucht vor den politisch-moralischen Verpflichtungen nach, die er vor sich sah. Darum steht er auch den heute Lebenden nah, ist er uns vertraut.

Trotz der ihm eigenen moralischen Eindeutigkeit ist es nicht leicht, ein Bild Moltkes zu zeichnen, der sich nicht im Gestrüpp von Kooperation und Konfrontation verding, das Diktaturen als Folge eines kollektiven Versagens ebenso ermöglicht wie ganz individuelles menschliches Versagen aus Feigheit und Angst. Karl Rahner hat einmal in einer Reflexion über «Zivilcourage» geäußert, kluge Menschen hätten es leichter, feige zu sein. Man findet zu allen Zeiten Bestätigungen dieser Fehlstellung, aber auch einige Widerlegungen in unserer Vergangenheit.

Moltke und seine Freunde aus dem Kreisauer Kreis, aus der Umsturzbewegung des 20. Juli 1944 und aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus sahen sich in die vordere Linie gerückt, und sie stellten sich deren Herausforderungen, überwand die Angst, die sie hatten, blieben konsequent und überliessen ihren Gegnern nicht die Gestaltung der Zukunft. Sie scheiterten nicht, auch wenn sie starben, denn keiner von ihnen bedauerte seine Entscheidung, haderte mit seinem Schicksal. Angesichts seines Todes konnte Moltke tröstend schreiben:

«Mein Leben ist vollendet, und ich kann von mir sagen: er starb alt und lebenssatt. Das ändert nichts daran, dass ich gerne noch etwas leben möchte, dass ich Dich gerne noch ein Stück auf dieser Erde begleitete. Aber dann bedürfte es eines neuen Auftrages Gottes. Der Auftrag, für den mich Gott gemacht hat, ist erfüllt. Darum streng dich ruhig an, mein Leben zu retten, falls ich den heutigen Tag überleben sollte. Vielleicht gibt es noch einen Auftrag.»

Moltke, den man oft als «Herz» des Kreisauer Kreises bezeichnete und den Roland Freisler sogar für den «Motor» dieser Widerstandsgruppe hielt, starb im Alter von achtunddreissig Jahren. Er hinterliess

eine junge Frau, die er liebte, kleine Kinder, um die er sich sorgte, eine Gesellschaft, die ihre präzise vorausgesehene Untergangsstunde noch vor sich hatte, eine Welt, die seiner bedurfte, und einen Staat, dessen nationalsozialistischer Erscheinungsform er sehr distanziert gegenüberstand und den er neu begründen wollte.

Es darf nicht angezweifelt werden, dass der Tod Moltkes sinnlos war, auch wenn wir ihm immer wieder einen Sinn abzugewinnen suchen. Seine Ermordung war ein Unrecht, auch wenn wir darin eine höhere Gerechtigkeit als das Recht des nationalsozialistischen Staates erkennen. Dieser Tod kann und darf nicht nachträglich durch eine geistige Operation, die der im Exil ermordete jüdische Publizist Theodor Lessing einmal «die Sinngebung des Sinnlosen» genannt hat, als angeblich «sinnvoll» angesehen werden.

Dies hatte auch Moltke nicht gewünscht, obgleich er an die Zeit nach seinem Tod dachte, weil er die Schmachlichkeit seines Todes bedachte, als er in einem seiner letzten Briefe seinen Wunsch an die Nachgeborenen in die Worte kleidete: «[...] dass die Söhnchen eines Tages» seinen Abschiedsbrief an seine Frau verstehen werden, das sei «klar», aber er wisse auch, dass dies «eine Frage der Gnade ist, nicht irgendeiner äusseren Beeinflussung».

Dadurch zielte Moltke auf eine ganz persönliche Rechtfertigung seines ganz persönlichen Todes, dem er ruhig und gefasst, geradezu im Bewusstsein seiner Erfüllung, entgegensah. Die Erklärung des bis dahin schwer Vorstellbaren, des Unaussprechlichen gibt dem Sterbenden die Ruhe und Gefasstheit, die selbst den Tod zum Ausdruck der Selbstbehauptung macht. Aber dürfen sich die Nachlebenden leichthin auf diese Seite schlagen?

Es kann darum nicht genügen, ein Lebensbild von Moltke zu zeichnen, zumal es durch die Forschung und das Wirken seiner Frau Freya bekannt ist. Moltkes Herkunft aus einer führenden preussischen Familie, seine Verwurzelung in Schlesien, aber auch in der englischen

politischen Kultur und im Christentum sind bekannt und oft zur Erklärung seiner moralischen Rigidität beschworen worden. So nahe ihm seine Familie steht, seine Eltern und Geschwister, die ihn geprägt haben, so zeigen Konflikte mit dem Vater und Entsetzen über die Haltung seines Onkels Carl Viggo von Moltke, dass seine unanfechtbare Gradlinigkeit sich nicht allein aus seiner Herkunft erklärt.

Seine Schulzeit, die ihn in Schondorf zum ersten Mal mit der Erfahrung der Einengung des Individuums durch ein Kollektiv, dem «Landheimgeist», konfrontierte, verstärkte bei ihm wohl das Gefühl der Individualisierung und Distanzierung. Dieses Gefühl wird charakteristisch für seine Lebenseinstellung, für seine Distanz gegenüber den Strömungen der Zeit. «Ich habe von Anfang an in einer Gegnerschaft zu der Masse der Mitschüler gestanden», schreibt er im Herbst 1944 und fährt fort: «Es gelang einigen Gleichgesinnten und mir, wenigstens in unserer Klasse erfolgreich gegen diesen Landheimgeist anzukämpfen.»

Zu Moltkes Unabhängigkeit trug sicher auch die Erfahrung mit Fremden bei: Er hatte immer Kontakt zu Nichtdeutschen; er sprach fremde Sprachen, wurzelte auch in ihrer Kultur und erwarb so eine weltbürgerliche Grundlage. Er suchte das Andere, die Unabhängigkeit. Dafür stand der Aufenthalt im österreichischen Grundlsee, das Ehepaar Eugenie und Hermann Schwarzwald, die Wiener Universität, wo Moltke den Rechts- und Verfassungstheoretiker Hans Kelsen gehört hatte. Und weil er stets das Fremde als eine andere Form der von aussen an jeden gerichteten Frage gesucht hatte, entwickelte er ein ausgeprägtes soziales Empfinden. Dadurch unterschied er sich von anderen Adeligen seiner Zeit, die ihn sogar als «roten Graf» empfanden, ohne allerdings Moltke dadurch zu veranlassen, sich dem Zwang zur Konvention auszusetzen.

Durch Moltkes Engagement in sozialen Reformbewegungen und -bestrebungen bildeten sich wichtige lebenslange Verbindungen und

fügten sich feste Kreise, die ihn immer in Distanz zu den Zielen und Handlungen der Machthaber brachten.

Besonders deutlich wird dies in der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft, in der junge Menschen, nicht selten Arbeitslose, Politiker, Verwaltungsbeamte oder Hochschullehrer zusammengeführt wurden, die einen als Zuhörer, die anderen als Referenten. In den Diskussionen nach den Vorträgen wurden Brücken zwischen Lebensbereichen geschlagen, die sich fremd waren und fremd geblieben wären – hätte es nicht die sich gegenseitig beeinflussenden Verbindungen gegeben. Dabei zeigt sich ein Wechselspiel zwischen Engagement und Distanz sowie politischer Praxis und geistiger, theoretischer Durchdringung in seiner Reaktion auf die gesellschaftlichen Krisenerscheinungen sowie wie auf das Versagen der politischen Führung.

Dass Moltke im schlesischen Grenzland aufwuchs, liess ihn zum Europäer und nicht zu einem nationalistisch verengten Zeitgenossen werden. Seine Verbindungen zum Westen nutzte er, um für die Lage Osteuropas Verständnis zu wecken. Hierbei empfand sich Moltke, den die Nationalsozialisten später als Motor der «Grafenrunde» titulierten und auf diese Weise Vorbehalte gegen den Adel überhaupt zu mobilisieren trachteten, als Angehöriger einer traditionellen Führungsschicht, als Angehöriger des Adels, aber nicht als Privilegierter. Zugehörigkeit zum Adel bedeutete für ihn nicht Privilegierung, sondern Verpflichtung und Bereitschaft zur Verantwortung.

Adel definierte sich für Moltke aus der Bereitschaft zum Dienst: zum Dienst an der Familie, wie es in der Sorge um den wirtschaftlichen Besitz deutlich wurde, zum Dienst in der Gesellschaft wie in der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft, zum Dienst für den Staat als Beamter, und schliesslich an der Bereitschaft, Gott zu dienen. Besonders letztgenannte Bereitschaft prägte die Phase der Auseinandersetzung Moltkes mit dem nationalsozialistischen Staat und die Erfahrung seiner Haft. Dolf Sternberger hat diese Haltung nach dem Krieg «bürgerliche

Radikalität» genannt, eine Form des Denkens und eine philosophische Dimension, die die Freiheit der Erkenntnis und Entscheidung zur «Unbestechlichkeit» voraussetzte.

Vertreter dieser «bürgerlichen Radikalität» beriefen sich auf «Gesetz und Recht» als verpflichtende Norm und begründeten so ihr Streben nach einem «höheren Ganzen». Derart konnte sich «bürgerlich radikales Denken» prinzipiell zuspitzen und schliesslich eine Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, auch gegen die eigenen Angehörigen, entfalten. Um den einmal für richtig befundenen Massstäben treu zu bleiben, verbündete sich dieses Denken und Handeln «mit der Idee des Ganzen, mit der Idee des Staates, um gegen die Mächtigen und Glänzenden, gegen die Autoritäten eine stärkere Stellung zu haben».

In der Radikalität dieses Denkens und seiner Distanzierung von den Zeiterscheinungen drückt sich ein Rigorismus aus, der geradezu idealtypisch im Freundeskreis um Moltke und Yorck sichtbar wird. Auf dem Höhepunkt nationalsozialistischer Triumphe rückten Fragen der Zukunft nach einem Ende des verhassten Regimes in ihren Blick. Sie wussten, dass Handlungsprogramme nicht das Ergebnis einer Entscheidung, sondern eines gründlichen, kontroversen Nachdenkens sein müssten. Kontroverses Nachdenken bedeutete, sich Fragen auszusetzen, im Partner nicht nur die Bestätigung, sondern die Infragestellung, die Herausforderung zu suchen. Nur so liesse sich die höhere Verantwortung begründen, die eine Alternative zum sklavischen Gehorsam gegenüber dem Regime oder zur Überwinterungs- und Überlebenshoffnung sein musste, die Moltke so bitter «als Angst vor der Verantwortung» kritisierte:

«Die ganze Frage des körperlichen Muts, die scheinbar dabei steht, ist nichts als Tarnung. Sicher ist es bequemer, sich nur für einige wenige Leute verantwortlich zu fühlen und zugleich mit Scheuklappen nicht zu sehen oder vielmehr nicht sehen zu wollen, was für Unheil durch die Art angerichtet wird, in der man sich dieser Verantwortung entledigt, nicht sehen zu wollen, dass man Mord und Raub verteidigt.

In Wirklichkeit sind diese Menschen die Crux und das Übel, nicht die Verbrecher. Verbrecher gibt es überall und hat es überall gegeben; aber es ist die unabweisbare Aufgabe aller Rechtschaffenen, die Verbrechen klein zu halten und wer sich dieser Aufgabe entzieht, der ist mehr schuld an den Verbrechen als der Verbrecher selbst.»

In den vergangenen Jahren ist vielfach von Historikern über das politische Potenzial nachgedacht worden, das sich im Kreisauer Kreis barg. Es fiel dabei zuweilen sehr schwer, über den Planspielen von potenziellen Koalitions- und Bündnismöglichkeiten die prinzipielle Bedeutung der Versuche zu erkennen, nicht nur die Grenzen der politischen Ablagerungen von Gesinnungsgemeinschaften und Parteien zu überwinden, sondern ausgehend von einem gefestigten politisch moralischen Selbstverständnis, das auch die ethischen Positionen bestimmen würde, ein neues politisches Grundverständnis zu formieren.

Es ist bemerkenswert, dass die führenden Köpfe des Kreisauer Kreises die traditionellen Standesgrenzen überwinden konnten – durch ihre Heirat ebenso wie durch ihren Freundeskreis, durch ihre politische Weltoffenheit und nicht zuletzt durch ihre Berufstätigkeit. In ihren Briefen spiegelte sich ihre soziale Verortung im Alltag, wenn sie über die täglichen Nöte reflektierten, über «gärenden Honig» ebenso, wie über die Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Im Kreisauer Kreis fanden sich Brückenmenschen, die ihre Fähigkeit verband, Distanz zu den Tendenzen ihrer Gegenwart zu entwickeln, ihre moralischen Koordinaten nicht in Anlehnung an die gängigen politischen Konventionen zu bestimmen und die Prinzipien politischer Ethik durch Reflexion und Diskussion, durch gezielte Lektüre und durch die Suche nach neuen Ufern zu gewinnen, die sie sich auch durch den Kontakt zu Menschen aus anderen Sphären, aus der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie aus dem Katholizismus, den Spielarten des Protestantismus und Sozialismus erschliessen wollten.

In Berlin, in Kreisau und anderswo stritt man um die Überwindung von Gegensätzen, um Mehrheitsbildung, um Gemeinsamkeiten, um einen Grundkonsens. Wer ein Gefühl für den Wert und die Würde des Mitmenschen besass, brauchte keine Beschwörungsrituale – persönlicher Respekt ist ebenso selbstverständliche Folge wie mitmenschliches Vertrauen. So schreibt Moltke Mitte Dezember 1941 über seinen Onkel Carl Viggo von Moltke, dem er die bequeme Anpassung an alle Zeitströmungen vorwirft:

«Es ist ein Zeichen seiner Bequemlichkeit: da er sein Schicksal so nimmt, wie es kommt, malt er sich ein Bild der Welt, in das dieses Schicksal hineinpasst. In diesem Bild ist aber alles verkehrt. Die Überschätzung der Materie und der Macht, die Überbewertung des Krieges im Verhältnis zu allen anderen Faktoren der Politik, die Missachtung des Individuums, die Unkenntnis der ersten Grundlagen aller europäischen Kultur, dass nämlich jeder Mensch als selbständiger Schöpfungsgedanke Gottes ist [...]»

Die Auseinandersetzungen, denen oftmals die Erfahrung einer geradezu als beglückend empfundenen Gemeinsamkeit vorausgingen, waren zuweilen heftig, immer anstrengend und erschöpfend. In der Bereitschaft zur Kompromissbildung unter Behauptung der eigenen Grundpositionen lag die grosse Leistung des von Moltke geprägten Widerstands.

Um seinen Freundeskreis vor Entdeckung zu schützen, war Moltke auf ein ständiges Hin und Her, zu Fuss wie mit dem Fahrrad, angewiesen. Die in seinen Briefen überlieferten fast unüberschaubaren Nachrichten von zahllosen Essen, Spaziergängen, Gesprächen und Treffen sind so kein Beleg für ein scheinbar sorgloses Leben, sondern zeigen seine rastlose Suche nach Menschen, auf die Verlass war, mit denen eine gemeinsame Basis bestand, bei denen man Zuflucht finden konnte.

Der Historiker, der diese Umstände ausser Acht lässt, wird zum nachträglichen Propheten, nicht selten auch zum politischen Oberlehrer oder gar zum Stammtischpolitiker, den nur wenig von jenen Strategen

unterscheidet, die etwa meinen, sie hätten das Attentat Stauffenbergs so viel besser geplant und durchgeführt.

Die Kreisauer Bestrebungen, durch Gedankenaustausch die Handlungsvoraussetzungen zu klären und Ziele der Neuordnung zu bestimmen, sind in ihrer prinzipiellen Bedeutung durch Kritik an Fehlern, wie sie im Nachhinein festzustellen sein mögen, nicht angemessen bewertet. Dies gilt vor allem dann, wenn man in den Vorstellungen nicht viel mehr als politische Optionen und Ziele zu sehen vermag. Denn diese Perspektive würde der Fähigkeit Moltkes und seines Freundeskreises zur unbedingten Autonomie, zur inneren Souveränität, zum Wagnis eines neuen politischen Entwurfs für eine künftige Gesellschaft, zur Bereitschaft, das politische Denken in neue Zusammenhänge einzubinden und dabei auch ständiger Kritik auszusetzen, nicht gerecht.

Die Konturen ihrer politischen Neuordnung beziehen sich auf die Würde des Menschen, auf den Rechtsstaat als Mittel, den absoluten Massnahmenstaat zu zähmen, auf die Betonung der dienenden Funktion des Staates bei der Entfaltung menschenwürdiger Verhältnisse und bei der Begründung von politischen Werten, die ein Zusammenleben von Individuen im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft, von Denken und Glauben, von Tradition und Zukunftsentwurf ermöglichen. Diese Vorstellungen haben viel mit einer politischen Grundordnung zu tun, die als liberal bezeichnet werden kann, weil sie das Individuum in die Spannung von Staat und Gesellschaft einbindet.

Aber wie sollten die Regimegegner, die dem Gedanken der Civil Society verpflichtet waren, Institutionen vertrauen, die unter dem Nationalsozialismus zum Spielball plebiszitär-demokratischer Manipulationen geworden waren? Damit war nicht über die weitere Entwicklung entschieden, die den Aufbau politischer Herrschaft von unten nach oben im Rückgriff auf die Selbstverwaltungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts nach sich ziehen musste. Die ständischen Vorstellungen,

die sich finden, lassen sich nicht als Beleg für die angeblich elitäre Gesinnung der Kreisauer anführen, sondern spiegeln vor allem den Wunsch, die Atomisierung der deutschen Gesellschaft zu verlangsamen, neue Bindungen zu schaffen.

Die politischen Grundprinzipien der Kreisauer und des Widerstands sind von Historikern vielfach hervorgehoben worden. Doch haben sie bei der Würdigung übersehen, dass die Form niemals den Inhalt konkreter Lebensgestaltung und politischer Neuordnung ersetzt. Die Monarchie war für Moltke kein Ziel, sondern bestenfalls die Variante einer sofort einsetzbaren staatlichen Form. Der Kern der Neuordnung lag woanders – in der Schaffung eines prinzipiell durchdachten Gemeinwesens, schliesslich in einem ganz persönlichen Menschenbild, das sich unter den Bedingungen der Haft immer weiter konkretisierte, sich rundete und letztlich die vollkommene Gestalt annahm, die in Moltkes Abschiedsbrief zu spüren ist:

«Denk mal, wie wunderbar Gott dies sein unwürdiges Gefäss bereitet hat: In dem Augenblick, in dem die Gefahr bestand, dass ich in aktive Putschvorbereitungen hineingezogen wurde [...] wurde ich rausgenommen, damit ich frei von jedem Zusammenhang mit der Gewaltanwendung bin und bleibe. – Dann hat er in mich jenen sozialistischen Zug gepflanzt, der mich als Grossgrundbesitzer von allem Verdacht einer Interessenvertretung befreit. – Dann hat er mich so gedemütigt, wie ich noch nie gedemütigt worden bin [...].»

In der antiken politischen Philosophie hatte sich das Gespür für die Gleichartigkeit von Polis und Mensch bewahrt. Der Mensch sei die Polis im Kleinen, die Polis der Mensch im Grossen, so wird dieses Denken in einem Dialog Platons überliefert. In der Moderne ist uns diese Art von Zusammenhang fremd geworden. Vielleicht könnte uns diese Vorstellung aber helfen, besser zu begreifen, was innerlich in Moltke vorgeht, wenn er von der Haft berichtet, die als ein sehr demütigender

Schock und ein kolossaler Zusammenstoss mit der klar durchschauten nationalsozialistischen Ordnung empfunden wurde.

Er fühlte sich ausgeliefert und zugleich stark, ausgeliefert der Macht und stark durch sein Gewissen. «Sündhaftigkeit» und «Todesfurcht», ja «Höllenangst» sind Voraussetzung für die tröstende Trias von «Glaube, Hoffnung, Liebe», für die ökumenische Erfahrungen vorwegnehmende Überwindung des bloss Konfessionellen, schliesslich auch des Interessengebundenen. In der Haft gelang Moltke der Abschluss «unendlicher Umwege» und vieler «Zickzackkurven» des Lebens, setzt sich der Gedanke vom engen Zusammenhang fest, den Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit eingehen.

Aus der Haft schreibt Moltke an Freya: «Nur wir zusammen sind ein Mensch.» Dies ist keine Liebeserklärung, sondern Ausdruck einer existenziellen Grunderfahrung, die in der Erfahrung wurzelt, dass der Mensch erst mit anderen zum Menschen wird. Eine politische Ordnung hat nach der antiken Philosophie die Aufgabe, dem Menschen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen; nur dadurch wird sie legitimiert.

In Moltkes letzten Gedanken verbindet sich das Nachdenken über das Politische mit dem über die Bestimmung des Individuums. Und deshalb taucht ein Begriff auf, über den Moltke immer wieder reflektiert: die Bestimmung des Menschen als «Schöpfungsgedanke». Hier schliesst sich der Kreis seiner Erfahrung und seines Lebens.

Für die Nationalsozialisten galten seit dem Mord an einem angeblich kommunistischen Landarbeiterin Potempa im August 1932 Grundsätze, die diametral dem Denken Moltkes entgegengesetzt waren. «Mensch sei nicht gleich Mensch, und Recht sei nicht gleich Recht», so hatte man 1932 im «Völkischen Beobachter» lesen können. Die Nationalsozialisten vermochten niemals im Gesicht des menschlichen Lebewesens das Antlitz Gottes zu erkennen. Für Moltke hingegen kam der Schöpfungsgedanke nicht nur im einzelnen Menschen zum Aus-

druck: «Nur wir zusammen sind ein Mensch. Wir sind, was ich vor einigen Tagen symbolisch schrieb, ein Schöpfungsgedanke. Das ist wahr [...]»

Die Kreisauer verständigten sich auf ein personales Menschenbild; sie kannten die Bedeutung des Glaubens; sie wussten sehr wohl die Sphären der Kirche, der Wissenschaft und der Kultur zu trennen. In ihren Diskussionen vermengten sich ganz unterschiedliche Traditionen, Menschenbilder und Staatsverständnisse. Insofern bereiteten sie den Grund für eine Neuordnung, die von der Vielfalt der Menschen und Lebensstile, von der Vielfältigkeit der Lebensziele und Zukunftsentwürfe, von der Offenheit der nicht mehr zwanghaft verengenden Geschichtsentwürfe und der Unübersichtlichkeit der Politikentwürfe ausgingen. Sie wollten sich Klarheit, aber nicht neue Verbindlichkeiten schaffen. Sie wollten integrieren, nicht ausgrenzen. Und weil jedem für sich seine ihm verpflichtende Wahrheit zuerkannt wurde, sollte keiner von ihnen dem anderen Wahrheiten vorschreiben dürfen. Dies schien möglich, weil sie sich für neue Verbindlichkeiten entschieden hatten.

Moltke war nicht nur der intellektuelle Deuter, er wusste auch zu handeln, besonders als er die Verbrechen der Nationalsozialisten durchschaute. Er konnte sich empören, weil er die Kraft hatte, sich von seiner Zeit zu distanzieren. Im Mittelpunkt des Denkens stand zunächst das Individuum, nicht die politische Ordnung. Ihn trieb das Ringen um die Widerlegung der nationalsozialistischen Vorstellung an, der Mensch sei höherer Ziele wegen da. «Du bist nichts, Dein Volk ist alles» – dies konnte nicht sein Motto sein.

Auch wenn Moltkes Geschichtsbild tief christlich geprägt war, so gab er keinem das Recht, im Namen des Christentums antibolschewistische Weltanschauungskämpfe zu führen und einen Kreuzzug zu beginnen, für welches Ziel, gegen welchen «Feind» auch immer. Weil Moltke vom Menschen her dachte, musste er in der Auseinandersetzung über das Wesen des Staates und des Rechtes, die er brieflich mit

Yorck führte, der Wirtschaft vor allem eine dienende Funktion zuschreiben. Die Wirtschaft wurde deshalb nicht primär durch Begriffe wie Markt und Plan definiert – hier neigten die Kreisauer eher einem personalen Sozialismus zu und sahen in der Ökonomie keinen Selbstzweck, sondern eine Aufgabe zur Versorgung des Menschen mit dem Notwendigen. Ob Markt- oder Planwirtschaft, der Mensch durfte auch im Wirtschaftssystem nicht zu einer Sache oder zu einer Funktionsgröße gemacht werden.

Aussenpolitisch dachte Moltke in europäischen Zusammenhängen und bekannte sich zu seiner Verantwortung für die deutsche Geschichte, auch für den Nationalsozialismus. Innenpolitisch befürwortete er kleine Einheiten, Prinzipien der Selbstverwaltung, Föderalismus sowie Autonomie von Universität und Kirche. Besonders oft kreisten die Gedanken aber um eines der schwierigsten Probleme des Übergangs von einer diktatorischen und verbrecherischen politischen Ordnung in eine befreite, nachdiktatorische.

Die mit einer zukünftigen Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen, der Wiedergutmachung des Unrechts und der Bestrafung der Rechtsschänder zusammenhängenden Probleme wurden immer wieder erörtert und banden geistige Kräfte. Dabei ging es nicht um die «Legalisierung der Rache», sondern um die Akzeptierung der Schuld durch Verantwortliche, um Sühne und Verfolgung, um die Disziplin der Strafe und die Einsicht in die Grenzen der Wiedergutmachung. Aber es ging auch um die Integration der Opfer und Täter in einer nachdiktatorischen Gesellschaft, die nicht an ihren – tief in der Diktaturgeschichte wurzelnden – Gegensätzen zerbrechen sollte. So wird deutlich, dass Moltke mit seinen Freunden mehr wollte, als nur über das «Danach» nachzudenken, wie er aus der Haft schrieb.

Im Spätherbst 1941 zeigte sich, dass Reflexion nur ein erster Schritt und nur Voraussetzung für eine aktive Auflehnung sein sollte. Seit dieser Zeit lebte Moltke aus der Sicherheit seines Wissens, dass

sich aus dem Chaos die Katastrophe entwickeln würde. Bezweifelt werden muss, dass Moltke wirklich so unpolitisch war, wie er in seinen Briefen nach der Verhaftung seiner engsten Freunde und der Ermordung von Menschen, die ihm denkbar nahestanden, glauben machen wollte.

Moltke wusste zu handeln, wie sein dramatischer Kampf gegen die kalten, formal juristischen Enteignungen der zu deportierenden Juden im November 1941 zeigte. Er versuchte diese Enteignungen zu vereiteln und schonte sich dabei nicht.

Am Dreikönigstag 1942 schrieb er, ein Jahr vor der Katastrophe von Stalingrad, die Russen würden «zwar keine wesentlichen territorialen Fortschritte machen und das Ostsee einfach an Ort und Stelle vernichten». Dies war kein Kassandrarufer oder Defätismus. Moltke urteilte hier aus der Sicherheit realistischen Denkens und stellte fest: «Und die Soldaten sehen das immer noch nicht. Sie sind eben keine Feldherren, sondern Techniker, Militärtechniker, und das Ganze ist ein gigantisches Verbrechen.»

Der Wille, auf dem Höhepunkt militärischer Triumphe über das «Danach» nachzudenken, hatte die Wahrnehmung der ungeschönten Wirklichkeit zur Voraussetzung.



Peter Graf Yorck von Wartenburg

Der Staat hat einen Sinn, soweit er sich ausrichtet nach dem Massstab des Reiches Gottes, nämlich durch den freien Menschen die richtige Ordnung der Dinge zu verwirklichen.

PETER GRAF YORCK VON WARTENBURG

«Den Geist kann man uns nicht nehmen»

Peter Graf Yorck von Wartenburg

Der Name Yorck hat in der preussisch-deutschen Geschichte einen ähnlich bedeutenden Klang wie der Moltkes. Während Helmuth von Moltke mit der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 als Ergebnis von «Blut und Eisen» verbunden ist, gehört Johann David von Yorck in die Geschichte der Befreiungskriege. Mit dem Abschluss der Konvention von Tauroggen (1812) handelte der preussische General Yorck ohne Ermächtigung seines Königs und ermöglichte dadurch das Zusammengehen der Armee des Zaren mit dem preussischen Korps. So schuf er die Voraussetzungen für den gemeinsamen Sieg über Kaiser Napoleon, den man damals nicht als den Schöpfer des modernen Europa, sondern als den grossen Zerstörer der alten Ordnung und des alten römisch-deutschen Reiches empfunden hatte. Yorcks Entscheidung war keine Selbstverständlichkeit und wurde erst durch die späteren Entwicklungen gerechtfertigt. Theodor Fontane hat im Roman «Vor dem Sturm» dem «alten Yorck» ein Denkmal gesetzt und zugleich ein Beispiel für die kluge und besonnene Würdigung des Widerstands *avant la lettre* gegeben.

Fast hundertfünfzig Jahre später rückte wieder ein Yorck in das Zentrum deutscher Geschichte, denn er stellte nach der Verhaftung seines Mitverschwoerenen Helmuth James Graf von Moltke die wichtigste Verbindung zwischen den militärischen Widerstandskreisen und der zivilen Widerstandsgruppe dar, die sich im Kreisauer Kreis zusammengefunden hatte. Am Tage des Umsturzversuchs, am 20. Juli 1944, hielt er sich im Berliner Zentrum der Verschwörung, dem Bendlerblock, auf und

gehörte zu den Regimegegnern, die am frühesten verurteilt und hingerichtet wurden. Sein Schicksal stand ihm seit der Unterstützung der Umsturzbewegung vor Augen. Er bedauerte sich nicht, sondern versuchte bis zuletzt, bei den ihm nahe Stehenden Verständnis für die Entscheidung gegen Hitler zu wecken.

«Offenbar hat man es mit der Vollstreckung des Urteils sehr eilig, deshalb haben wir schon vor der Urteilsverkündung [!] Gelegenheit, noch einmal zu schreiben.» So schrieb Peter Graf Yorck von Wartenburg am 7. August 1944 an seine Frau Marion. Auf den 7. und 8. August war der erste Prozess vor dem Volksgerichtshof gegen die Verschwörer des 20. Juli angesetzt worden. Die Verhandlungen sollten zum Tribunal werden. Yorck machte sich keinerlei Illusionen über den Ausgang; und vielleicht fühlte er sich darum so frei, dass er ungebeugt von den Verhören der Geheimen Staatspolizei vor Roland Freisler trat. Die inszenierte Entehrung traf ihn nicht: «Ich höre», schrieb er an seine Frau, «das Heer hat uns ausgestossen; das Kleid kann man uns nehmen, aber nicht den Geist, in dem wir handelten. Und in ihm fühle ich mich den Vätern und Brüdern und auch den Kameraden verbunden.»

Gemeinsam mit Moltke war Peter Graf Yorck das Zentrum des Kreisauer Kreises. Gilt Moltke bis heute bei den überlebenden Angehörigen des Kreisauer Kreises als «Herz», so wurde Yorck als der «Kopf» der Gesprächsrunden bezeichnet, die sich immer wieder in Berlin und an anderen Orten im Lande zusammen fanden, ihren Namen allerdings von Moltkes schlesischem Gut Kreisau herleiteten, weil man dort zu drei grossen Tagungen zusammengekommen war. Yorck gehört sicherlich zu den bekanntesten deutschen Widerstandskämpfern im Umkreis des 20. Juli 1944. Allerdings entzieht sich seine Lebensgeschichte weitgehend einer breiteren Dokumentation, denn nur wenige unmittelbare Lebenszeugnisse sind überliefert, unter ihnen kaum mehr als zwanzig eigenhändig geschriebene Briefe. Die meisten Lebenszeugnisse gelten als verschollen.

Aus diesem Grunde wird es wohl zu den kaum löslichen Aufgaben zeitgeschichtlicher Forschung gehören, eine Biografie Yorcks zu schreiben. Yorck ist konservativer gewesen als die meisten anderen Mitverschworenen, vor allem konservativer als Moltke selbst. Wegen der schmalen Quellenlage ähneln sich auch die meisten biografischen Skizzen, nicht zuletzt darum, weil viel zu selten versucht wurde, aus den Äußerungen anderer Kreisauer Rückschlüsse auf Yorcks Persönlichkeit, Denken und Wollen zu ziehen. Einhellig ist jedoch bei allen, die ihm begegneten, die Überzeugung, er gehöre zu den geistig überragenden Persönlichkeiten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, die unbeirrbar ihren Weg zu Ende gegangen sind.

Viele Hinweise zu Yorcks Lebensgeschichte müssen aus anderen Überlieferungszusammenhängen erschlossen werden, etwa aus Briefen Moltkes, aus den Berichten des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, an Hitler (Kaltenbrunner-Berichte), aus den schriftlich und auf Tonträgern zufällig überlieferten Protokollen der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof und aus Erinnerungen seiner Zeitgenossen. So steht seine Biografie bis heute aus. Auch verschiedene kleinere Lebensskizzen ersetzen sie nicht.

Der konservative Yorck unterschied sich wesentlich von anderen Vertretern dieser politischen Richtung, die im Konservatismus vor allem eine rückwärts gewandte Richtung vertraten. Im Gegensatz dazu verkörperte Yorck einen modernen Konservatismus, dem man Berührungen mit dem angelsächsischen politischen Denken anmerkte. Yorck stemmte sich nicht gegen die Entwicklungen der Zeit und die grundlegenden Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft. Er diagnostizierte zwar die Krise der alten Lebensordnung und sah in der Individualisierung des Menschen und der sozialen Atomisierung die Ursache einer tiefen Orientierungs- und Sinnkrise. Aber er wollte die Existenzfragen für Staat, Gesellschaft und Individuum nicht reaktionär lösen,

sondern er suchte nach neuen Konstanten politischer Gesittung. So stand Yorck für einen modernen Konservatismus, der Wandlungen der traditionellen zur modernen Gesellschaft akzeptierte.

Zugleich aber versuchte er, die Kräfte zunehmender Vereinzelung und sozialer Desintegration auszugleichen. Im Unterschied zu manchen Militärs reagierte Yorck nicht allein auf die katastrophale staatliche und militärische Situation der Jahre 1943 und 1944, sondern stellte eine ethisch begründete «Entscheidung» dar. Er baute auf Rechtsstaatlichkeit, Selbstverwaltung und band politische Führung an grundlegende Ziele einer menschenwürdigen Ordnung.

Um diese Prinzipien immer wieder zu durchdenken, gleichsam geistig in der Auseinandersetzung mit anders Denkenden zu erproben, brauchte Yorck seit den auslaufenden dreissiger Jahren das Gespräch und den ehrlichen geistigen Austausch. Er interessierte sich vor allem für die Grundfragen der staatlichen Verfassungsordnung und des politischen Menschenbildes. Sein Ziel war es, vorbereitend auf eine neue Dimension des Politischen, die das Freund-Feind-Schema überwindet und die Kategorie des Vertrauens ebenso wie die der Verantwortung betont, das Bild des Menschen im Herzen seiner Mitbürger neu zu prägen und auf diese Weise die Voraussetzungen für eine auf den Menschen gerichtete Politik zu schaffen.

Der Versuch, das Ende des Dritten Reiches durch einen Umsturz herbeizuführen, der seit 1938 immer häufiger in kleinen Kreisen entschlossener Oppositioneller erwogen wurde, bestimmte sein Denken zunächst nur wenig. Erst nach der Verhaftung seines Freundes und Vertrauten Moltke im Januar 1944 stellte er sich für den Umsturz zur Verfügung und erklärte sich bereit, Verantwortung zu übernehmen. Nach dieser Entscheidung gestattete er sich weder Schwanken noch Zweifel und überzeugte dadurch viele andere, die mit ihm in Kontakt standen und die er für den Umsturz warb.

Peter Graf Yorck von Wartenburg wurde am 13. November 1904

als fünftes Kind des schlesischen Landrats Heinrich Graf Yorck und seiner Frau Sophie in Klein Oels geboren. Das südöstlich von Breslau gelegene Klein Oels mit dreitausend Hektar Grund zählte, anders als der Name verheisst, zu den grössten schlesischen Gütern. Peters Vater war ein Urenkel jenes Generals, dessen Tat bei Tauroggen immer wieder die Gegner des nationalsozialistischen Regimes faszinierte, denn Yorck hatte bewiesen, dass verantwortungsvolles Handeln in einer gewissen Situation vor militärischen Gehorsam gehen musste.

Der zum politischen Mythos aufgestiegene «Geist von Tauroggen» prägte wohl auch das Selbstbewusstsein aller Familienmitglieder: Offenbar gab es stets Bindungen des Einzelnen an den Staat, die nicht in der personalen Verpflichtung gegenüber dem Herrscher aufgingen. Eigenständigkeit des Urteils und des Verhaltens konnte so als Voraussetzung individueller Geradlinigkeit und nationaler Selbstbehauptung, ja Wiedergeburt gedeutet werden.

Yorck verfügte über eine solide historische Bildung und war gegenüber philosophischen Fragen aufgeschlossen. Auf dem Gut fanden sich immer wieder bedeutende Gelehrte, nicht selten aus Breslau, ein, die das Gespräch mit dem Vater suchten und auch in seiner grossen Bibliothek arbeiten durften. So konnte Yorck als Kind den geistigen Austausch im Gespräch als eine Lebens- und Denkform erfahren, die auch sein Leben als Student und schliesslich seit 1938 als höherer Beamter des nationalsozialistischen Staates prägte.

Seine Kindheit verlebte Yorck nahezu ausschliesslich auf dem Gutsschloss von Klein Oels. Zu dem Besitz gehörte das Gut Kauern, dessen Wohnhaus später Yorck und seiner Frau Marion als Landsitz diente. Das ländliche Elternhaus empfanden die Kinder stets als eine Art Paradies. Die Eltern, nicht zuletzt die drei Brüder und sechs Schwestern boten dem Heranwachsenden Geborgenheit und Schutz. Bis 1920 unterrichtete sie ein Hauslehrer. Peter galt als ein stilles, in sich gekehrtes Kind.

Neben dem älteren Bruder Paul standen Yorck die beiden jüngeren Brüder Hans und Heinrich nahe. Beide fielen im Zweiten Weltkrieg, der eine bereits Anfang September 1939, eine Woche nach dem Überfall auf Polen, der Jüngere im März 1942 in Russland. Dieser Verlust prägte Yorcks Selbstverständnis und seine Weitsicht tief, ohne dass darin die Motivation für seine Entscheidung zum Widerstand zu sehen wäre. Wenige Wochen nach dem Tod des zweiten Bruders fragte Yorck in einem Brief an Martin von Katte, einen Vertrauten: «Was ist es denn, wofür sie kämpfend starben? Ist es der Geist, der unsere Heere führt? Und liegt der Sinn dieses grauenvollen Krieges wirklich nur darin, das Nationalitätenprinzip neu zu bestätigen, das 150 Jahre Europas Geschichte bestimmte, in der aber zugleich das Abendland sein Gesicht verlor?»

Die Schwester Irene, das Jüngste der Geschwister, wurde später sogar neben den Ehefrauen von Yorck und Moltke auf das Engste in den Kreisauer Freundeskreis einbezogen. Der Vater erschloss ihnen die Vergangenheit Preussens und des Reiches, vermittelte ihnen die Wertvorstellungen einer humanistisch geprägten und durchaus als bürgerlich empfundenen Bildung. Das Elternhaus lehrte sie wohl die ethischen Prinzipien des lutherisch geprägten Christentums einzuhalten, weckte Aufmerksamkeit für soziale Probleme und verstärkte in den Kindern augenscheinlich auch das Bewusstsein für die Bedeutung und Notwendigkeit der Übernahme politischer Verantwortung. Auch die Familiengeschichte blieb gegenwärtig und verstärkte offenbar die innere Selbstständigkeit, die geistige Unabhängigkeit und jenen Geist der Beharrung gegenüber den Zumutungen der Zeit, der immer wieder mit der Verpflichtung des Geistes von Tauroggen in Verbindung gebracht wurde, das politisch und vor allem ethisch als notwendig Erkannte entgegen den Zwängen einer Befehlsstruktur auch zu tun.

So erschien in gewisser Weise Zivilcourage als Bestandteil einer Familientradition, die zugleich beanspruchte, nicht Beharrung, sondern

Wandel und Bewegung in das eigene Selbstverständnis einzubeziehen. Blieb der Vater zeit seines Lebens Monarchist, so verschloss er sich nicht den Herausforderungen der Gegenwart. Dies war vielleicht die entscheidende Konsequenz eines Empfindens für Moral, das sich im Konservatismus begründete, zugleich aber die Entwicklungen der modernen Gesellschaft akzeptierte.

Der Erste Weltkrieg markierte für Peter Yorck eine entscheidende Zäsur. Die Abtretung grosser Teile Schlesiens an Polen, die Auseinandersetzung um die deutsch-polnische Grenze, die kritische Bewertung der Kaiserzeit und die Abdankung Wilhelms II. haben wohl auch ihn beschäftigt. Bedeutsam für den Vierzehnjährigen war aber weniger die Revolution 1918 als der Wechsel in eine Internatsschule gerade in dieser Übergangszeit zweier politischer Systeme. Die im Elternhaus genossene Ausbildung war vorüber. Seit 1920 besuchte Yorck das humanistische Gymnasium Rossleben an der Unstrut, eine traditionsreiche Klosterschule, an der er 1923 die Reifeprüfung ablegte. Zu seinen Mitschülern und späteren Freunden gehörten unter anderem Ulrich Wilhelm Graf Schwerin und Albrecht von Kessel, die ihm in allen Lebensphasen bis in den Widerstand hinein eng verbunden blieben. Auch während des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und Breslau verlor Yorck nicht den Kontakt zu den Freunden.

Entscheidend für seine Weitsicht und seine Aufgeschlossenheit gegenüber den sozialen Problemen seiner Zeit wurde für Yorck die Mitarbeit in der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft, in der nicht nur der Gedanke des Zusammenlebens in freiwilligen Arbeitsdienstlagern praktiziert wurde, sondern wo man auch versuchte, soziale Schranken und gesellschaftlich bedingte Barrieren zu überwinden. Der freiwillige Arbeitseinsatz stand nicht im Mittelpunkt, sondern das gemeinsame Nachdenken über Zeit- und Gesellschaftsprobleme, die durchaus als Krisen empfunden wurden. Aus dem Löwenberger Kreis gingen wei-

tere Mitglieder des Kreisauer Freundeskreises – etwa Theodor Steltzer, Carl Dietrich von Trotha, auch Hans Lukaschek – hervor, die das Interesse an den Lebensumständen anderer und die Hoffnung auf die Überwindung von sozialen Schranken einte.

Während des Studiums setzte sich Yorck mit den rechtswissenschaftlichen Staatslehren seiner Zeit auseinander. Offenbar teilte er sogar die Meinung des staatsrechtlichen Positivismus, der zufolge auch die Usurpation zum Ausgangspunkt einer neuen Legitimität werden kann. Erst später korrigierte Yorck diese Ansicht, vermutlich unter dem Eindruck der trotz anfänglicher Unterstützung der NSDAP bei Wahlen bald erkannten weit gehenden nationalsozialistischen Rechts- und Verfassungsverletzungen der Nationalsozialisten. Zunehmend bezog er nun die Rechtmässigkeit staatlicher Ordnung auf die sittliche Bindung der Macht an das Recht, besonders auf das Naturrecht.

1926 legte Yorck das Staatsexamen ab und absolvierte das Gerichtsreferendariat in Brieg. Während der Referendarzeit arbeitete er in einer Berliner Anwaltskanzlei, wechselte zum Amtsgericht Berlin-Mitte und danach an das Kammergericht. 1927 promovierte er zum Doktor der Rechte. Seine Dissertation behandelte die «Haftung der Körperschaften des öffentlichen Rechtes für die Massnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte». Diese Untersuchung belegt, dass Yorck ohne Einschränkung auf dem Boden des Weimarer Verfassungsstaates stand und sich in dieser Hinsicht von manchen Standesgenossen unterschied, die sich gerade in den Krisenjahren der Republik zur Monarchie bekannt hatten.

Vermutlich war diese positive Haltung gegenüber der Republik für die Kreisauer konstitutiv, so wenig sie auch der Wunsch einte, die Weimarer Verfassungsordnung wiederherzustellen. In der Dissertation deutete Yorck die Novemberrevolution 1918 nicht als das Ende des Deutschen Reiches wie manche seiner konservativen Zeitgenossen, sondern er verfocht die These, die Übertragung der monarchischen Ge-

walt an die neuen Machthaber sei als Geburtsstunde der Republik und als Ausgangspunkt einer neuen Legitimität zu deuten. Darum bekannte er sich zur neuen Republik, die überdies durch die Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung auf einer breiten demokratischen Grundlage ruhe. Gegner der Republik, die die Weimarer Republik als «Judenrepublik» oder als Herrschaft der «Novemberverbrecher» diffamierten, standen ihm fern. Überraschend bleibt angesichts seiner Haltung lediglich seine Sympathie für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die oft genug gegen das «System» Weimarer Republik gearbeitet hatte und schliesslich im Januar 1933 die Machtergreifung durch Hitler ermöglichte.

Yorck kritisierte zwar in dieser Zeit wie auch später politische Zeiterscheinungen, liess seine Distanz und sein Entsetzen aber auch nach 1933 nicht in Missachtung der Weimarer Verfassungsordnung münden. Vermutlich aus diesem Grunde stand er Nationalsozialisten stets mit starken Vorbehalten gegenüber, obwohl dies in der Endphase der Weimarer Republik offenbar nicht die Entscheidung für die NSDAP ausschloss, wie er am 7. August 1944 gegenüber Freisler erklärte hatte. Man sollte dieses Bekenntnis aber nicht überbewerten, denn es besagt nur, dass Yorck wie andere seiner Freunde eine Position überwand, die er ursprünglich mit den Nationalsozialisten teilte. Auch diese Entwicklung scheint zahlreichen Kreisauern ebenso wie den meisten Verschwörern des 20. Juli 1944 gemeinsam gewesen zu sein. Vermutlich faszinierte sie vor allem das aussenpolitische Ziel der NSDAP, den Versailler Vertrag zu revidieren. In dieser Hinsicht ähnelte Yorcks Haltung der anderer Konservativer, die Hitlers Ziele partiell billigten und negative Erscheinungen, die sie abstiessen, über Jahre hinweg durch angeblich positive Ergebnisse einer Politik relativierten.

Yorck suchte schon früh den Gedankenaustausch mit Freunden, die wie er selbst Kritik an einzelnen politischen Erscheinungen der na-

tionalsozialistischen Herrschaftspraxis mit einer grundsätzlichen Befürwortung einer neuen republikanischen Ordnung verbanden.

Im Jahr 1928 lernte Yorck seine spätere Ehefrau Marion Winter, die Tochter eines höheren Beamten im preussischen Kultusministerium und Studentin der Rechtswissenschaften, auf einem Klein Oels benachbarten Gut kennen. Nach gemeinsamem Studienabschluss und nach der Promotion von Marion Winter heirateten sie 1930 und wohnten zunächst in Breslau, von 1936 an in Berlin. Regelmässig verbrachten sie ihre Ferienzeit in Kauern. Yorck arbeitete 1930 für kurze Zeit in einer Anwaltskanzlei. Er wollte Verwaltungsjurist werden und wechselte nach kurzer Tätigkeit an schlesischen Gerichten in Wansen und Oppeln an das Berliner Kommissariat für die Osthilfe. 1934 arbeitete er in der Provinzialbehörde in Breslau unter dem Oberpräsidenten und Gauleiter Josef Wagner. Wagner galt vielen als einer der «umgänglicheren» Nationalsozialisten. Er wurde 1936 von Hitler als Nachfolger von Carl Friedrich Goerdeler zum Reichspreiskommissar für Preisüberwachung ernannt. Unabhängig von der Mitgliedschaft in der NSDAP versuchte er augenscheinlich gute Fachleute als Mitarbeiter zu gewinnen. Deshalb wohl auch übernahm Wagner Yorck als Referenten für Grundsatzfragen. 1938 setzte Wagner Yorcks Beförderung zum Oberregierungsrat durch, obwohl dieser nicht der NSDAP angehörte und sich auch weigerte, aus Rücksichten auf die Karriere der NSDAP beizutreten. Insofern unterschied er sich von anderen Regimegegnern, die erklärten, das Regime besser von innen her bekämpfen zu können.

Schon während der Phase der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte Yorck eine tiefe Abneigung gegen die neue politische Führung empfunden. Er verkörperte auf eine besondere Weise das Dilemma aller Regimegegner, die in Zentren der Macht Dienst taten und so auf persönliche Weise das Spannungsverhältnis von Opposition und Kooperation auszuhalten hatten. Wenn sich die zu vermutenden Stufen

wachsender Distanzierung vom nationalsozialistischen Regime auch nicht mehr schlüssig nachvollziehen lassen, so ist doch unbezweifelbar, dass Yorck selbst in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft niemals vorbehaltlos von ihr fasziniert war.

Vor dem Volksgerichtshof erklärte er, stets Anstoss an der Verfolgung und Entrechtung der Juden und überhaupt an den Rechtsverletzungen genommen zu haben. Auch in dieser Hinsicht ähnelte seine Entscheidung der anderer Regimegegner, die offenbar ihre Position im Innern der Macht nutzten, um einen Einblick in den Charakter und die Praxis des nationalsozialistischen Regimes zu gewinnen. Sie sammelten Informationen und hegten die Absicht, im Falle eines Endes der nationalsozialistischen Herrschaft Strafverfahren gegen die Verantwortlichen der Übergriffe einzuleiten.

Neben dem Konflikt von Kooperation und Konfrontation wahrte Yorck stets auch eine sittlich reflektierte Distanz, die es ihm gestattete, sich nicht von Erfolgen der nationalsozialistischen Führung beeindrucken zu lassen, Erfolge, die nicht nur die Bevölkerung, sondern selbst die Regimegegner beeindruckten und diese nicht selten, vor allem in den ersten Kriegsjahren, lähmten. Weil Yorck jedoch die nationalsozialistische Politik stets kritisch sah, suchte er bereits vor dem Krieg das Gespräch mit anderen, die so dachten wie er. Bei dieser Feststellung sind wir weitgehend auf schriftliche Zeugnisse angewiesen, die erst nach Kriegsbeginn entstanden. So ist nicht genau bekannt, wie Yorck auf Zäsuren nationalsozialistischer Politik reagierte, die gemeinhin als Anstoss für eine Wendung gegen den Nationalsozialismus gedeutet werden: die Nürnberger Gesetze von 1935, der Novemberpogrom von 1938, die Ausschaltung der politischen Opposition überhaupt.

Unter dem Eindruck des Einmarsches deutscher Truppen in das Sudetenland forderte Yorck seine Freunde auf, bewusst dem «imperialen Denken» entgegenzutreten. Seit 1938 traf er sich regelmässig mit Freunden und Verwandten, unter ihnen spätere Widerständler wie

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Nikolaus Graf Uexküll-Gyllenband, Cäsar von Hofacker, Albrecht von Kessel, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld und Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, dem Bruder des späteren Attentäters. Dieser Kreis, der erstmals Grundprinzipien einer neuen Verfassung für die Zeit nach dem Nationalsozialismus erörterte, umfasste bereits den Kern jener Regimegegner, die die Verfolger später abschätzig als «Grafenrunde» bezeichnen würden.

Moltke etwa dachte vor allem über die «kleinen Gemeinschaften» auf der Grundlage der Selbstverwaltungsprinzipien des 19. Jahrhunderts nach. Yorcks Vorstellungen zielten dagegen stärker auf Prinzipien eines Staatsverständnisses, die sich nicht primär auf die Prozesse der gesellschaftlichen Gemeinschaftsbildung konzentrierten, die bei Moltke im Mittelpunkt seines Denkens standen. Yorck dachte bei der Frage nach dem politischen Zusammenhalt vor allem an den Staat und schrieb ihm eine entscheidende Rolle zu. Um ihre unterschiedlichen Auffassungen zu klären, wandten sie sich staatsphilosophischen Fragen zu und suchten die Antworten in der abendländischen Philosophie.

Yorck hatte die Fähigkeit, immer wieder neue Bekanntschaften zu schliessen. Seine persönlichen Verbindungen griffen augenscheinlich einerseits weiter als der enge dienstliche Umkreis und führten auch dazu, dass Yorck eine ausgezeichnete Menschenkenntnis entwickelte. Hierarchisches Denken war ihm fremd. Deshalb konnte er offenen Blicks auf Menschen zugehen, die seine Wege kreuzten. Diese Fähigkeit, Kontakt zu schliessen und Menschen charakterlich zu bewerten, hat Freisler später spöttisch kommentiert und in Beziehung zu dem vergleichsweise niedrigen Rang eines Oberregierungsrates gerückt, der seinem Gegenüber auf gleicher Augenhöhe zu begegnen wusste. Freisler hatte kein Gespür für die menschliche Zuverlässigkeit und Gleichsinnigkeit, die sich im Widerstand herausgebildet hatte. Deutlich wurde dies an einem Regimegegner wie Fritz-Dietlof von der Schulenburg,

der als Oberleutnant einen niedrigen militärischen Rang bekleidete und dennoch höhere Offiziere zum Handeln auffordern konnte. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bewährte sich die Bereitschaft zu vertrauen und die Eigenschaft, Vertrauen zu begründen. Deshalb konnte der Kreis der auf eine zuverlässige Weise Gleichgesinnten eng sein.

Den Kristallisationspunkt aller Überlegungen, Klarheit zu finden und über die Zeit nach dem Ende des Regimes zu reflektieren, bildeten in den Jahren 1940/41 die Freunde Moltke und Yorck; der eine ist ohne den anderen weder denkbar noch recht zu verstehen. Für Yorcks Leben wurde die ausserordentlich enge Zusammenarbeit mit Moltke entscheidend, der seit 1940 sein Denken auf grundsätzliche Weise anregte und herausforderte. Moltke arbeitete seit Kriegsbeginn im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht und befasste sich vor allem mit Völkerrechtsverletzungen durch das Deutsche Reich. Er erhielt durch seine Tätigkeit gründliche Kenntnis von vielen Übergriffen und Verbrechen, die auf deutschen Befehl begangen worden waren, und er versuchte, gegenüber deutschen Dienststellen auf die Einhaltung des geltenden Kriegs- und Völkerrechts hinzuwirken.

Durch seine Tätigkeit war Moltke zugleich in der Lage, sich geradezu aus erster Hand über die militärische Lage und die Herrschaftspraxis der Nationalsozialisten zu informieren. Solche Kenntnisse wurden an Yorck weitergegeben, der wiederum einen guten Einblick in Funktionsweise und Leistungsvermögen der Kriegswirtschaft und die Versorgungslage hatte. Vielleicht lag es an dieser ausserordentlich guten Einsicht in wesentliche Bereiche des Regimes, dass Yorck und Moltke sich nicht von Hitlers Erfolgen blenden liessen. Denn entgegen mancher Behauptung, die Regimegegner hätten sich erst in letzter Minute zusammengefunden, um Hitler zu beseitigen und Kopf wie Stellung zu retten, ist unbezweifelbar, dass sich Yorck und Moltke in dem Augenblick fanden, als Hitler seinen Sieg der Wehrmacht über Frank-

reich feierte. Er stand 1940 endgültig unangefochten auf dem Höhepunkt seiner Macht. Yorck aber war ebenso wie Moltke unbeeindruckt von diesem Erfolg; und beide deuteten die Niederlage Frankreichs als «Triumph des Bösen».

Da zahlreiche Briefe Moltkes überliefert sind, lässt sich sein Denken und Fühlen, auch sein Wollen besser einschätzen als die innere Entwicklung Yorcks, die immer wieder aus den Reaktionen Moltkes auf Yorcks Diskussionsbeiträge, Pläne, Denkanstöße und Einwände erschlossen werden muss. Fehldeutungen des in den Briefen Gesagten können nicht ausgeschlossen werden, denn oft drängt sich die Vermutung auf, dass Yorck auch Moltke entscheidend beeinflusst haben könnte. Nicht selten ist man auf die Ermittlungen der Sonderkommission angewiesen, die nach dem Anschlag auf Hitler gebildet worden ist und deren Urteil über Yorck festgestanden hat: Er sei «stark» in «dekadenten [...] bürgerlich-christlichen Vorstellungen» befangen.

Moltke hatte bereits in der Endphase der Weimarer Republik eine wesentliche Ursache der Klassengegensätze in dem unorganischen Verhältnis von Stadt und Land erblickt, staatliche Interventionen befürwortet, immer aber den Vorrang politischer vor wirtschaftlichen Interessen betont. Er wollte Klassengegensätze durch Bildung mildern und verlangte, dass jeder Jugendliche in der Lage sein müsse, sich mit den Vertretern von anderen Gruppen und Schichten auseinander zu setzen, die seinen eigenen Lebenskreisen fremd waren. Wir wissen nicht genau, in welchem Masse Yorck dabei Moltkes Vorstellungen teilte.

Allerdings ist die Frage nach den Voraussetzungen des jeweiligen Denkens der Freunde insofern weniger bedeutend, als beide durch den intensiven geistigen Austausch eine Synthese reformistisch-staatsoptimistischer und eher prinzipiell zurückhaltender, konservativer Grundvorstellungen erreichten. Gewiss teilte Yorck Moltkes Absicht, es sei «unsere Pflicht, das Widerliche zu erkennen, es zu analysieren und es in einer höheren, synthetischen Schau zu überwinden und damit für uns

nutzbar zu machen. [...] Wer davor wegsieht, weil ihm entweder die Fähigkeit fehlt zu erkennen oder die Kraft, das Erkannte zu überwinden, der steckt den Kopf in den Sand. Ob man aber Einzelheiten in sich aufnimmt, ob man sie diskutiert», das sei gleichgültig.

Die Gespräche kreisten zunächst um Wesen, Grenzen und Ziele des Staates. Yorck, dessen Position wir auch in diesem Punkt nur indirekt aus Moltkes Briefen erschliessen können, sah die Aufgabe des Staates darin, «Hüter der Freiheit des Einzelmenschen» zu sein. Dabei betonte Yorck, diese Freiheit weise auf die «Gemeinschaft» und dadurch auf den Staat: «Die Rückbezogenheit von Einzelmensch und Gemeinschaft scheint mir bei der Erörterung das Wesentliche, und in ihr liegt die Kumulation von Recht und Pflicht, die ich als [...] Hypothek auf dem Einzelmenschen bezeichnete. Damit wollte ich die Freiheit für sich selbst umwerten zu der Freiheit für die Anderen, die nach meinem Dafürhalten nur die Grundlage staatlichen Lebens sein kann.»

Yorck ahnte, dass die bevorstehende «Zeit der Bedrängnis», die er «trotz der äusseren Erfolge kommen» sah, «die Pflicht zum gemeinnützigen Handeln, zum Dienen besonders hervortreten lassen wird». Offensichtlich verkörperte die staatliche und die rechtliche Ordnung für Yorck ein «persönliches Rechtsgut des Einzelnen, der nicht der politischen Willkür des allgewaltigen Staates ausgeliefert» sein dürfe. Hinter dieser Argumentation ist der Versuch spürbar, den «wahren Inhalt des Staates» nicht negativ aus der Tyrannei abzuleiten, sondern ihn in der protestantischen Tradition als einen «Trieb göttlicher Ordnung» zu deuten, der für den Menschen erkennbar ist.

Moltke erschienen diese Gedanken zunächst fremd. Und er wurde durch seine Absicht, sich mit Yorcks Position auseinander zu setzen, angestossen, selbst über das Verhältnis von Moralempfinden des Einzelnen und der Verantwortung des Staates nachzudenken und so das zentrale Thema der Diskussionen im Kreisauer Kreis in den Blick zu

rücken. Moltke neigte offenbar dazu, das Wesen des Staates aus der Kritik der nationalsozialistischen Tyrannis zu entwickeln, während Yorck den Staat positiv als Ausdruck einer «göttlichen Ordnung» zu begreifen versuchte.

Yorck stand unter dem Einfluss einer christlich geprägten konservativen Staatstheorie und wollte darum die Staatslehre, die er in die Gesamtzusammenhänge der europäischen Geistesgeschichte einordnete, aus der Theologie begründen. Moltke konnte diese Absicht nicht teilen, denn für ihn musste das Staatsrecht die Voraussetzungen für menschenwürdiges Handeln und Verhalten auf der Grundlage der Vernunft schaffen. Während Yorck zu der Ansicht neigte, die Staatslehre habe ihren letzten Grund in sich selbst, erblickte Moltke in ihr eher die Voraussetzung für die Verbreitung allgemein akzeptierter Geltungsgründe staatlicher Wirklichkeit und bezweifelte darum die Möglichkeit, eine Staatsethik aus der göttlichen Offenbarung abzuleiten.

Yorck hingegen beharrte auf seiner christlich-humanistischen Grundanschauung und betonte erneut, dass sich die Staatslehre nur theologisch begründen lasse. In Moltkes Verständnis von der gesinnungs- und situationsbezogenen Verantwortung des Einzelnen vermischte er hingegen die Möglichkeit zur «Hingabe».

Ausdrücklich wollte Yorck sich darum von Max Webers Staats- und Gesellschaftsverständnis absetzen, indem er sein Denken auf die «eigentliche Menschenwürde» bezog. In der Konsequenz dieses Gedankenganges lag es, wenn Yorck hervorhob, «der Staat» habe «einen Sinn, soweit er sich ausrichtet nach dem Massstab des Reiches Gottes, nämlich durch den freien Menschen die richtige Ordnung der Dinge zu verwirklichen». In dieser Überzeugung formulierte Yorck eine Staatsethik, die den Staat als eine Art «Staatspersönlichkeit» oder als «moralischen Staat» begriff und den Staatsmann verpflichtete, sich die Men-

schen nicht zu unterwerfen, sondern ihnen zu dienen. Dies bot offensichtlich die Grundlage einer Annäherung der unterschiedlichen Prinzipien. Verteidigte Moltke seine Ansicht, die Gestaltung der Wirtschaft stelle für den modernen Staat eine zentrale Aufgabe dar, die zur «Erfüllung des Staates und des Einzelnen» gehöre, so blieb für Yorck die Frage nach dem Verhältnis von Staat, Wirtschaft und christlichem Glauben von entscheidender Bedeutung.

Moltke und Yorck trafen sich etwa vier Wochen nach ihrem Briefwechsel, um ihre unterschiedlichen Auffassungen in unmittelbarem Gespräch auszugleichen, nachdem Yorck noch einmal seine Position ausführlich begründet hatte. Yorck, der das Ziel des Staates nunmehr auch aus der «Weltordnung» selbst, nicht mehr vorwiegend aus dem Glauben bestimmen wollte, stimmte am Ende dieser «Phase des Abtastens» mit Moltke weit gehend darin überein, dass der «Einzelne» der letzte Rechtfertigungsgrund und der entscheidende Bezugspunkt staatlichen Handelns sei.

Moltke fasste das Ergebnis gemeinsamen Bemühens um die zentrale Aufgabe der Politik am Ende ihrer Gespräche in den Worten zusammen: «Es gibt keinen christlichen Staat. [...] Der Sinn des Staates besteht darin, Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen.» Andererseits ging auch Yorcks Position nicht verloren, denn Moltke schrieb, für den Staat gebe es «keine ethischen Gebote». Die Aufgabe des Staatsmannes sei es, «den Sinn des Staates zu erfüllen». Sie erfordere von ihm «Erkenntnis, Selbstverleugnung und Selbstsicherheit, welche [...] nur aus der christlichen Offenbarung geschöpft» werden könne. Alle weiteren Grundfragen politischen Zusammenlebens wurden seitdem auf dieses Grundproblem einer Bestimmung des Staates bezogen, der politisch als Form des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen definiert wurde. Bemerkenswert ist weiterhin,

dass Yorck und Moltke nicht spekulierten, sondern stets versuchten, ihre Erfahrungen und Positionen mit sämtlichen Staatstheorien zu vergleichen, die im Laufe der Jahrhunderte in der europäischen Geistesgeschichte entwickelt worden waren.

Nach der Amtsenthebung des Reichskommissars Wagner im Jahr 1941 wurde Yorck 1942 zum Wehrdienst einberufen und in den Wirtschaftsstab Ost, eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin, versetzt. Die Hintergründe dieser Versetzung sind heute nicht mehr aufzuklären. Es ist aber zu vermuten, dass sie im Einklang mit den Absichten der neu belebten Opposition stand, die verschiedenen Stränge der Regimegegnerschaft, deren Kern sich seit 1938 trotz zahlreicher Rückschläge gefestigt hatte, wieder verstärkt zu verbinden. Darauf weisen die erneuten Versuche Yorcks hin, den freundschaftlichen Dialog mit Moltke auf eine neue Ebene zu führen.

Bereits Ende September 1941 hatte eine wichtige Unterredung zwischen Yorck, Moltke und Generaloberst Ludwig Beck stattgefunden, die Moltke mit der Hoffnung verband, dass sie «zum Schmieden des Eisens beiträgt». Einen Tag später trafen sich Yorck, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Moltke. Dadurch wurden nicht nur die Verbindungen zum militärischen Widerstand enger, sondern auch der Kreis der Partner erweitert, mit dem politische Kontroversen auszutragen waren. Ende Dezember vertraute Ulrich von Hassell seinem Tagebuch eine Begegnung mit Yorck an, diesem «echten Spross seiner geistig hochstehenden, aber meist theoretisierenden Familie». Die Grundstimmung dieser Begegnungen überlieferte Moltke in einem Brief an seine Frau: «Die Tage rasen dahin. Es kommt mir so schnell vor, weil ich den Verfall sehe und jeder Tag, der vergeht, ohne dass diesem Elend und Morden Einhalt geboten ist, einem verpassten Jahr gleichkommt.»

Neben der theoretisch reflektierten Entscheidung, aus der Kraft an den Entwicklungen seiner Zeit heraus Grundfragen einer nach-nationalsozialistischen Neuordnung zu entwerfen, mochte aber auch der Tod

des jüngeren Bruders Heinrich in der ersten Märzhälfte 1942, die Distanz gegenüber den Zeitverhältnissen verstärkt haben. Welch grundsätzliche Bedeutung dieser Tod für seine Weitsicht hatte, verriet ein Brief an Kessel, in dem es hiess: «Die Werte, die sie zu lieben trachteten und für die sie starben, [...] sind bedroht, das fühlen manche Kämpfer hüben und drüben, und dies Fühlen zeigt ihnen die Gefahr, von welcher das Bild des Menschen heute bedroht ist.»

Seine Überlegungen richteten sich nun nicht mehr allein an den Kreis der Freunde um Moltke, sondern bestimmten zunehmend sein ganzes Leben und Denken. Immer wieder wurden aus alltäglichen Beobachtungen und Lebenserscheinungen grundsätzliche Gedanken abgeleitet: über den Wert von Gesprächen, über den Menschen als Gemeinschaftswesen oder die Stimmungslage als einen trügerischen Schein der Wirklichkeit, nicht zuletzt über das Ziel des Lebens. Die Bedeutung der Gespräche im Freundeskreis wurde ihm zunehmend bewusster.

Prinzipielle Überlegungen und distanzierende Kritik gingen immer stärker eine enge Verbindung ein, wie schlaglichtartig eine Bemerkung aus einem Brief an Heinrich Graf von Luckner vom Frühjahr 1942 erhellt: «Die offizielle Aufgabe des Rechtes als der Ordnung des Volkslebens ist eben noch eindrucksvoller als seine Beugung und sein Bruch, den man mit Staatsräson zu entschuldigen nur zu leicht geneigt war. Es gibt auch jetzt hier nur ein klares Entweder-oder und dieses Vor-eine-Entscheidung-gestellt-Sein lässt alle Menschen, nach dem Stande ihrer Sensibilität und Geistigkeit unterschieden, sich daraufhin prüfen, inwieweit das Recht für sie doch noch ein lebendiger und integrierender Teil des Gemeinschaftslebens ist. Nutzen und Willkür sind die Pole der anderen Seite: sie werden wohl nicht attraktiver dadurch, dass man sie gemein nennt.»

Ende 1942 wurde immer erkennbarer, wie wichtig es war, den Freundeskreis gezielt zu erweitern. Vertrauensleute mussten gesucht, überzeugt und eingeweiht werden, die in der Zeit unmittelbar nach dem

Ende des nationalsozialistischen Regimes für eine Übergangszeit zur Verfügung stehen sollten. In diese Zeit des Werbens fielen auch zahlreiche Überlegungen zur Neugliederung der Verwaltungsstrukturen. Allen Beteiligten war klar, dass sie in einer konspirativen Unternehmung steckten. Yorck verwandte immer häufiger Tarnnamen für seine Gesprächspartner, um im Falle einer Entdeckung oder Unterwanderung der Gruppe durch Spitzel der Gestapo den Zugriff zu erschweren.

Nach den spärlichen Zeugnissen, die aus dieser Phase konspirativer Verschwörung vorliegen, scheint Yorck neben Schulenburg die organisatorischen Probleme nach einem gelungenen Umsturz am deutlichsten erkannt zu haben. Es ging ja nicht mehr allein um die Vorbereitung des Anschlags aus dem Kreis der regimekritischen Militärs, der unmittelbaren Zugang zur Führungsspitze hatte, es handelte sich nicht mehr allein um die Zeit nach dem Ende, sondern es ging um neue Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen und besonders um die Macht in der Stunde des Machtvakuum nach einem Anschlag auf Hitler.

Aus diesem Grunde war es wichtig, einen kleinen Kreis von «politischen Beauftragten» zu finden, die den militärischen Befehlshabern in den Wehrkreisen an die Seite treten und den Anspruch auf die Dominanz des Politischen verkörpern sollten. Erste Überlegungen kreisten darum um die Frage, welche zuverlässigen Mitstreiter die Aufgaben eines «Landverwesers» wahrnehmen könnten. Im Sommer 1943 wandten sich Yorck und Moltke über den Jesuitenpater Alfred Delp, den führenden Katholiken im Kreisauer Freundeskreis, an den ehemaligen Bayerischen Gesandten Franz Sperr, der als entschlossener Gegner des nationalsozialistischen Staates aus bayerisch-partikularistischer Überzeugung galt und in München einen eigenen Kreis um sich gesammelt hatte. Sperr, der wegen seiner Kenntnis der Umsturzpläne später zum Tode verurteilt und am selben Tage wie Moltke hingerichtet wur-

de, verschloss sich jedoch der Bitte von Yorck und Moltke. Er wird häufig als Antipode der Kreisauer bezeichnet: Katholisch, föderalistisch und monarchistisch gesonnen, schien er dort in Grundfragen festgelegt, wo die Kreisauer noch Gründe und Gegengründe abwogen und im Für und Wider zu klären suchten.

Der Versuch, die Basis der Umsturzbewegung zu erweitern, vergrösserte das Dilemma konspirativer Aktivität: Einerseits darauf angewiesen, den Kreis der Mitwisser möglichst klein zu halten, warb man andererseits zahlreiche Vertraute. Yorck ergänzte sich in dieser Hinsicht mit Moltke und den Jesuiten Delp, Lothar König und Augustin Rösch des Kreisauer Kreises. So ist überliefert, dass er den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing zu gewinnen suchte. Im Januar 1943 trafen sich Moltkes und Yorcks Freunde mit Goerdeler, Beck, Hassell, Johannes Popitz und Jens Jessen, die als Vertreter eines stärker politisch-konservativ geprägten Widerstands galten, um ihre unterschiedlichen, teilweise konträren Zukunftsvorstellungen abzuklären.

Hassell empfand die «grosse Aussprache» als Ausdruck des Gegensatzes von «Jungen» und «Alten». In den Augen der Kreisauer Freunde war es zunächst nicht leicht, die Gegensätze zwischen den Gruppen auf den Punkt zu bringen: «Es war sehr merkwürdig, weil wir [...] überhaupt nicht recht zum Konflikt kamen, sondern jeder Versuch, auf die Grundsätze vorzustossen, von der anderen Seite ins Leichtere, Verbindliche umgebogen wurde. Schliesslich ergab sich eine Chance. [...] Nach einigem Vorgeplänkel von uns kam eine wirklich tolle Erklärung heraus: platt, fantasielos usw.»

Die Diskussionen zwischen den Gruppen wurden später durch den Zwang zum Handeln abgeschliffen und auch in der Konfrontation mit den praktischen Erfordernissen überbrückt. Die Beteiligten kamen wohl auch zu der Überzeugung, dass nicht alle kontroversen Fragen vor ei-

nem Umsturz beantwortet werden mussten. Unstimmigkeiten konnten auch dann geklärt werden, wenn nach gelungenem Staatsstreich die Neuordnung tatsächlich zu verwirklichen war. Insgesamt kam es zu einer charakteristischen Aufspaltung der oppositionellen Bestrebungen, zur Gleichzeitigkeit von Denken, Planen und konspirativer Tätigkeit auf verschiedenen Ebenen. Neben die notwendige theoretische Klärung trat zunehmend der Zwang zu handeln. Die Quellen erlauben vor allem, die Diskussionen über die Neuordnung klar nachzuzeichnen, die in Form der Kreisauer Notizen, Entwürfe und Beschlüsse zuverlässig überliefert worden sind. Sie können hier jedoch nicht detailliert skizziert werden.

Neben Yorcks Schwester Irene nahm auch seine Frau Marion häufig an den Diskussionen teil, nicht zuletzt, weil nach der Zerstörung von Moltkes Berliner Wohnung viele Gespräche im Berliner Haus des Ehepaares Yorck geführt wurden. Hier konnten während des Krieges die Freunde in der Wohnung Unterschlupf finden, hier wurden sie versorgt und fanden eine Anlaufstelle, die bei konspirativer Arbeit in gleicher Weise riskant und unabdingbar war. Yorck befasste sich vor allem mit allgemeinen Verfassungsfragen und kam dadurch mit Fritz Schulenburg in engeren Kontakt, mit dem er wohl die Grundzüge der Verwaltungsneuordnung diskutierte. Die Prinzipien, die Yorck durchgesetzt sehen wollte, hat Ger van Roon wie folgt zusammengefasst: klare demokratische, führungsfähige Konstruktion, bundesstaatlicher Reichsaufbau, Begrenzung der zentralen Regierungsgewalt durch föderalistische Entscheidungsstrukturen und eigene Zuständigkeiten der Länder, Selbstverwaltung in Kreisen und Gemeinden sowie eine wirtschaftsständische Organisation der Interessenvertretung.

Hinzu kam eine fest verwurzelte Religiosität und ein geradezu unerschütterliches Vertrauen in die Bedeutung des Rechts als der Grundlage politischen Zusammenlebens. So traten an die Stelle der unterge-

gangenen Gesellschaftsformen, die Yorck zunächst pessimistisch diagnostizierte, ein neues Bild des Gemeinwesens und die Erwartung, dass mit dem Untergang der alten Ordnung eine Neuordnung als Folge von Wandlung und Erneuerung entstehen sollte.

Dreimal fanden in Kreisau grössere Zusammenkünfte statt, von deren Ergebnissen wir nur die Neuordnungsvorstellung, nicht aber den Anteil des einzelnen Mitglieds an den Klärungsprozessen kennen. Die Forschung behilft sich damit, immer wieder die Einheit hervorzuheben, die die Kreisauer angeblich verkörperten. Sicherlich macht man sich ein zu harmonisierendes Bild, das verrät, in welchem Masse bis heute die Hauptleistung der Kreisauer verkannt wird, als Ergebnis einer heftigen und prinzipiell ausgetragenen Kontroverse zu einem tragfähigen Kompromiss zu gelangen. Man nimmt an, dass die zentrale Forderung der Kreisauer, das Recht wiederherzustellen, einen Grundgedanken Yorcks aufnimmt.

Dies betrifft auch die Forderung, die «Rechtsschänder» nicht der Rache ihrer Zeitgenossen und der Überlebenden nationalsozialistischer Gewaltverbrechen auszuliefern, sondern in streng rechtsstaatlichen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen. So wichtig es wäre, Yorcks Einfluss auf die weit ausgreifenden Kreisauer Positionspapiere im Einzelnen nachzuweisen, so schwierig, wenn nicht unmöglich ist dieses Unterfangen. Denn während dieser Tagungen schrieb Moltke, bis heute der wichtigste Bezugspunkt für die Darstellung des inneren Kreisauer Diskussionsprozesses, keine Briefe – aus diesem Grunde sind wir auf Erinnerungen angewiesen, die nur wiederholt hervorheben, dass Yorcks Beitrag nicht zu unterschätzen sei.

Eine grundlegend neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Regime trat vermutlich erst nach der Verhaftung seines Freundes Moltke im Januar 1944 ein. Yorck schien sich nach diesem Schlag gegen das Zentrum des Kreises entschlossen zu haben, die Arbeiten für den Umsturz nun kräftig zu unterstützen, zumindest versuchte er in den Verhören zwischen dem 21. Juli und der Verhandlung vor dem Volksge-

richtshof am 7. und 8. August 1944 diesen Eindruck zu erwecken. Nicht zu entscheiden ist allerdings, ob die scharf akzentuierte Datierung seines Entschlusses nicht vor allem dem Schutz seines Freundes Moltke diene, denn wenn es Yorck gelang, Moltke aus den Ermittlungen zur Vorgeschichte des Anschlages herauszuhalten, dann hätte dieser eine Chance gehabt zu überleben.

Unbestreitbar ist allerdings, dass die Verhaftung Moltkes als schwerer Schlag empfunden und auch in seiner ganzen Gefährlichkeit gesehen wurde. Diesem Schlag war überdies der Verlust des sozialistisch gesonnenen Kreisauers Carlo Mierendorff vorausgegangen, der bei einem Bombenangriff auf Leipzig Anfang Dezember 1943 ums Leben gekommen war. Für ihn rückte Julius Leber in das Zentrum des Kreisauer Kreises. Dessen Verhaftung Anfang Juli 1944 schien noch einmal die Gefahr der Entdeckung zu verstärken. Aber auch Leber konnte, ebenso wie Moltke, die Ermittlungsbeamten ablenken. Wie Moltke wurde auch Leber von der Gestapo zunächst nicht mit einem grösser angelegten Umsturzversuch in Verbindung gebracht, über den erste Gerüchte in Berlin und Potsdam kursierten.

Erst nach dem 20. Juli 1944 wurden Leber und Moltke, die bereits vor dem Anschlag verhaftet worden waren, als Mitwisser der Verschwörung verhört. Moltke wurde schliesslich Anfang 1945, Monate nach der Hinrichtung Yorcks, zum Tode verurteilt. Dieser Zeitabstand bedeutete insofern eine Chance für Moltke, als er durch den Versuch, seine eigene Beteiligung am Umsturzversuch abzuschwächen, eine Überlebenschance nutzen wollte. Er betonte deshalb, nicht unmittelbar auf den Umsturz hingedrängt, sondern sich Gedanken über die Zukunft gemacht zu haben.

Diesen Versuch zur Verteidigung des eigenen Tuns sollte man berücksichtigen, ehe man Yorck als den Tatkräftigeren der beiden Freunde bezeichnet. Yorck war durch seine unmittelbare Einbeziehung in den Umsturzversuch und seine Anwesenheit im Bandlerblock in den

Stunden des Scheiterns der Operation Walküre, aber auch durch die Möglichkeit des Handelns während Moltkes Haftzeit einfach gezwungen, aktiv in die Umsturzpläne einzugreifen. Er musste sich der Regierung, die aus dem Umsturz hervorgehen sollte, zur Verfügung stellen. So wurde er auch in die Auseinandersetzungen eingebunden, die die Regimegegner vor dem Attentat ausfochten. Dabei ging es nicht nur um Generationskonflikte zwischen den älteren und den jüngeren Regimegegnern, sondern spürbar war auch der Versuch, die inhaftierten Regimegegner Bonhoeffer, Dohnanyi, Moltke, Leber und Reichwein durch das Attentat zu befreien.

Der Zwang zum Handeln liess die Bemühung um theoretische Klärung zurücktreten. Nun ging es um politische Weichenstellungen, um die Konsensbildung zwischen den Gruppierungen des Widerstands und um ein ausgleichendes Abwägen unterschiedlicher Ziele und Prämissen.

Yorcks Position ist kaum noch auf den Begriff des Handelns aus konservativer Gesinnung zu bringen. Er wollte die Entscheidung zur Tat; er bejahte die Ermordung Hitlers; er war bereit, die Verantwortung für neue Legenden zu übernehmen, die möglicherweise nach dem Anschlag entstehen müssten, weil die Nationalsozialisten die Regimegegner dafür verantwortlich machen würden, das Reich militärisch geschwächt und der militärischen Niederlage ausgeliefert zu haben. Er akzeptierte die persönliche Schuld, die eine Beteiligung am Attentat und am erhofften Gelingen des Umsturzes bedeutete. Yorck war an den grossen Auseinandersetzungen innerhalb der Verschwörer beteiligt und gilt als einer der Wortführer der Jungen, als enger Vertrauter Claus von Stauffenbergs und Schulenburgs und als eine der wichtigsten Brücken zwischen den konspirativen Kreisen, die sich nur mühsam auf ein Programm und auf ein Personalgerüst der neuen Regierung einigen konnten.

Auch diese in der Forschung immer wieder hervorgehobenen Auseinandersetzungen erschliessen sich nicht leicht, denn ein grosser Teil

der Überlieferung fusst auf den Kaltenbrunner-Berichten, die wichtige Ermittlungsergebnisse der Gestapo zusammenfassten. Sie stammten aus einer Zeit, als Yorck bereits hingerichtet war und darum von seinen Mitverschwörern folgenlos belastet werden konnte. Unbestreitbar rückten seit dem Frühjahr 1944 immer stärker auf Handlungen abzielende Überlegungen in den Mittelpunkt von Yorcks Denken.

Yorck hielt sich am 20. Juli 1944 im Bendlerblock auf, nachdem er in den Tagen und Wochen zuvor immer wieder Kontakt zum engsten Kreis des militärischen Widerstands gesucht hatte. Er hielt sich zur Verfügung, denn er sollte vermutlich als Staatssekretär des Reichskanzlers eine entscheidende Rolle bei der Durchführung des Staatsstreiches übernehmen. Ein Fehlschlag wurde immer wahrscheinlicher, denn Goerdelers rastlose Bestrebungen waren der Gestapo augenscheinlich ebenso wenig verborgen geblieben wie Schulenburgs Anstrengungen, konnten aber von den Verfolgern noch nicht mit einem etwaigen Umsturzversuch in Zusammenhang gebracht werden.

Alarmierend wirkte für die Verfolgungsbehörden hingegen die Verhaftung der Kreisauer Freunde Leber und Reichwein nach einem Treffen mit Vertretern des kommunistischen Widerstands. Neben Moltke waren in den letzten Monaten vor dem «Tag X» auch andere engste Vertraute, so Hans Oster, Hans von Dohnanyi, Dietrich Bonhoeffer, verhaftet worden; zwar in anderem Zusammenhang, aber doch mit dem Ergebnis, dass sie sich nun in der Hand der Gestapo befanden und diese möglicherweise jederzeit das Netz der Konspiration entdecken und durch systematische Verhaftungen auflösen konnte. Der Kreis derer, die für einen Umsturz zur Verfügung standen und Aufgaben in Berlin, dem Zentrum der Macht, übernehmen konnten, wurde durch die Verhaftungen von Mitgliedern des engsten Verschwörerkreises immer kleiner, die Notwendigkeit des Handelns immer drängender.

Freunde und Gefährten beobachteten an Yorck in diesen Wochen

eine bewundernswürdige Tatkraft, die ihren Abschluss in der aufrechten Haltung vor den Schranken des Volksgerichtshofs fand. Nach seiner Verhaftung hatten sich die Ereignisse überschlagen. Selbst seine Frau konnte ihn nur kurz aus der Ferne sehen. Yorck wurde einem verschärften Verhör unterzogen. Mit Sicherheit wurde er geschlagen. Doch seine Haltung war nicht zu erschüttern. Er tat alles – soweit erkennbar –, um die Freunde zu decken und der Gestapo nicht entgegenzukommen, ja nicht einmal ein Zeichen der Schwäche zu verraten. Darum betonte er in den Verhören seine grundsätzliche Entfremdung vom Regime, seine strikte Ablehnung der «Judenausrottung», seinen Abscheu vor den Rechtsverletzungen und nicht zuletzt auch seine Ablehnung der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft.

Gegenüber dem Volksgerichtshof unter Vorsitz Freislers machte Yorck keinerlei Konzessionen; er diente sich nicht an; er bereute nicht und machte deutlich, dass sein Handeln einem ganz grundsätzlichen Motiv entsprang: «Das Wesentliche ist [...] der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber.»

Der Verlauf des Prozesses konnte ihn nicht überraschen, weder die Argumentation der Pflichtverteidigung, die dem Vorsitzenden entgegenkam, noch dessen hasserfüllte Ausbrüche nach Yorcks Erklärungen, denn dadurch wurde deutlich, in welchem Masse der Angeklagte den Kern und Nerv des Anspruchs des Regimes getroffen hatte, Nationalsozialismus und Deutschland gleichzusetzen. Yorck nutzte seine Einvernahme auch, um noch einmal die tragenden Grundsätze seiner Motivation und die Grundlinien seines Zukunftsverständnisses deutlich zu machen: «Ich bin der Überzeugung, dass eine europäische Einigung unter deutscher Führung im Zuge der Zeit liegt, aber sich nur verwirklichen lässt auf dem gemeinsamen Boden der abendländischen

Vergangenheit, die im Wesentlichen geprägt ist durch Hellenismus, Christentum und die Schöpfungen des deutschen Geistes.»

Das Todesurteil war von vornherein beschlossene Sache. Dennoch macht es indirekt deutlich, dass Freisler Yorck als denjenigen wahrgenommen hatte, der Yorck sein wollte: als Verkörperung eines Denkens und einer Sittlichkeit, die völlig den Prinzipien des Nationalsozialismus entgegengesetzt war. Freisler führte aus: «Der Angeklagte Yorck ist der typische Intellektuelle einer versunkenen Zeit, ein Mann, der hier vor Gericht steht und schöne Reden darüber schwingt, wie er sich das Leben in einem wohlgeordneten Staat denkt und das zur Begründung dafür anführt, weshalb ihm der Nationalsozialismus nicht passt. Ja, dem kann ich nur entgegenhalten, ihm passt der Nationalsozialismus nicht, weil er eine Weltanschauung ist, die die Pflicht vor das Recht stellt, die die Pflicht vor das Recht stellt namentlich in einem Zeitabschnitt der deutschen Geschichte, in dem nur Pflichterfüllung seitens eines jeden Deutschen zum Erfolg führen kann. Der Angeklagte Yorck ist aber auch der typische Intellektuelle deshalb, weil er nur etwas beitragen wollte zum Gelingen des Ganzen; salbungsvolle Worte wegen einer Personalbereinigung im neuen Reich, für die er freilich an Voraussetzungen gar nichts mitbrachte [...]. Woher die Personalkenntnisse denn kommen sollten, wenn sie fachlichen Erwägungen entsprechen sollten, liegt, glaube ich, auf der Hand. Sie waren nämlich nicht vorhanden. Man ist deshalb wohl berechtigt anzunehmen, dass diese Personalkenntnisse geschöpft werden sollten aus dem verwandtschaftlichen und sonstigen reaktionären Klüngel [...].»

Yorcks Zurückhaltung in Fragen der eigenen Karriere erklärt, weshalb er niemals der NSDAP beigetreten war. Dadurch blieb er trotz seiner Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem verhältnismässig frei von einer Selbstgefährdung durch Verstrickung. Sie prägte, wie Freisler erkannte, auch seine Haltung im Widerstand. Da-

durch entstand der Eindruck, dass Yorck einer Sache dienen und im Einklang mit seiner Überzeugung handeln wollte. Er war nicht in das System des Nationalsozialismus verstrickt, sondern er handelte ohne Ehrgeiz und darum in voller sittlicher Verantwortung.

Die entscheidenden Motive seines Handelns formulierte Yorck in den beiden letzten Briefen, die er im Angesicht des Todes an seine Frau und an seine Mutter richtete. Nach seiner Verurteilung schrieb er an seine Frau Marion: «Mein Tod, er wird hoffentlich genommen als Sühne aller meine Sünden und als Sühneopfer für das, was wir alle gemeinschaftlich tragen. Die Gottesferne unserer Zeit möge auch zu einem Quäntchen durch ihn verringert werden. Auch für meinen Teil sterbe ich den Tod fürs Vaterland. Wenn der Anschein auch sehr rühmlos, ja schmachvoll ist, ich gehe aufrecht und ungebeugt diesen letzten Gang, und ich hoffe, dass Du darin nicht Hochmut und Verblendung siehst, sondern ein Leben bis zum Tode getreu!»

Der Mutter gegenüber macht er deutlich, dass er aus sittlicher Verpflichtung gehandelt habe, nicht aus Ehrgeiz oder Machthunger: «Das Ausmass an innerer Not, das Menschen wie ich in den letzten Jahren zu durchleben hatten, ist gewiss nicht von denen zu verstehen, die ganz von ihrem Glauben beseelt sind, den ich nun einmal nicht teile. Dir darf ich versichern, dass kein ehrgeiziger Gedanke, keine Lust nach Macht mein Handeln bestimmte. Es waren lediglich meine vaterländischen Gefühle, die Sorge um mein Deutschland, wie es in den letzten zwei Jahrtausenden gewachsen ist, das Bemühen um seine innere und äussere Entwicklung, die mein Handeln bestimmten. Deshalb stehe ich auch aufrecht vor meinen Vorfahren, dem Vater und den Brüdern. Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird. Dass die wunderbare Berufung ein Anlass sein möge, Gott die Ehre zu geben, ist mein heisses Gebet.»

Die Stunde des Todes konnte der Ernsthaftigkeit dieses Anliegens

und des Wunsches, «nicht als Lump, sondern als Patriot» zu gelten, keinen Abbruch tun. Yorcks Leben vollendete sich wenige Stunden nach dem Urteilsspruch. Sein letzter Gang wird durch die Erinnerung eines Gefängniswärters überliefert, der auf diese Weise Zeugnis vom Ausgeliefertsein des Menschen in der Diktatur des 20. Jahrhunderts gibt:

«Stellen Sie sich einen Raum mit niedriger Decke und geweissten Wänden vor. Unter der Decke war eine Schiene angebracht, an der zehn grosse Haken hingen, wie die, welche die Metzger brauchen, um das Fleisch abzuhängen. In einer Ecke stand eine Filmkamera, Scheinwerfer gaben ein grelles, blendendes Licht wie in einem Atelier. In diesem sonderbaren kleinen Zimmer befanden sich der Generalstaatsanwalt des Reiches, der Scharfrichter mit seinen beiden Gehilfen, der Filmoperateur und ich selbst mit einem zweiten Gefängniswärter. An der Wand stand ein kleiner Tisch mit einer Flasche Kognak und Gläsern für die Zeugen der Hinrichtung. Die Verurteilten wurden hereingeführt; sie hatten nur ihre Sträflingsanzüge an und trugen Handschellen. Sie wurden in einer Reihe aufgestellt. Grinsend und unter Witzen machte sich der Scharfrichter zu schaffen [...]. Einer nach dem anderen, alle zehn kamen dran. Alle zeigten den gleichen Mut. Das dauerte alles in allem fünfundzwanzig Minuten. Der Scharfrichter grinste ständig und machte dauernd seine Witze. Die Filmkamera arbeitete ohne Unterbrechung.»

Den Regimegegner Yorck konnte diese Prozedur nicht mehr verletzen. Er hatte sich Stunden zuvor mit den Worten getröstet, dass Gott es so gefügt habe, wie es gekommen sei. Es gehöre zur Unerforschlichkeit seiner Ratschlüsse, die er demutsvoll annehme: «Ich glaube mich durch das Gefühl der alles niederbeugenden Schuld getrieben und reinen Herzens. Ich hoffe deshalb auch zuversichtlich, in Gott einen gnädigen Richter zu finden.»

Yorck, der seine Frau vor Urteilsverkündung und Hinrichtung nicht mehr sehen durfte, ahnte zu dieser Zeit nicht, dass die National-

sozialisten auch die Angehörigen für die Gedanken und Taten der Widerstandskämpfer haftbar machten und deshalb Sippenhaft verhängten, Familien auseinanderrissen und ihre Privatvermögen beschlagnahmten. Erst nach dem Ende des Regimes konnte Yorck als «Patriot» gewürdigt werden, wie es seiner Hoffnung entsprach.

Bedeutend für die Zukunft war allerdings, dass die Kreisauer Freunde trotz unterschiedlicher Wertbindungen zu einer Gemeinsamkeit fanden, die niemals schwankte. Insofern leisten sie ihren Beitrag zu einer pluralistischen Ordnung, die nicht nivellieren will, sondern in der Heterogenität der Wertvorstellungen eine wichtige Grundlage freier politischer Existenz im Jahrhundert der Diktaturen sieht und praktiziert.



Wilhelm Leuschner mit seiner Enkelin

Wir sind vom Zeitalter des individualistischen Menschen in das Zeitalter des kollektivistischen eingetreten. Zuerst haben wir miterlebt, wie der Individualist den Staat erschlug. Jetzt erleben wir, wie der Staat den Menschen erschlägt. Es gibt aber noch ein Drittes, jenseits von Individualität und Kollektivität, das kein Kompromiss ist, sondern ein Höheres und Anderes: die Person.

WILHELM LEUSCHNER

«Der Staat schlägt den Menschen»

Wilhelm Leuschner

Wilhelm Leuschners Weg ist oft beschrieben worden. Am 15. Juni 1890 in Bayreuth geboren, wuchs er in bedrängten, nicht aber in bedrückenden Lebensverhältnissen auf. Dem hoch begabten Kind war keine bildungsbürgerliche Karriere vorgezeichnet, denn höhere Schule oder Studium stellten Bildungsschranken dar, die nur durch die Kirche oder die Arbeiterbewegung zu überwinden waren. Leuschner war ein Kind der Arbeiterbewegung, die sich als Kulturbewegung begriff – er stieg nicht nur innerhalb der Gewerkschaftsbewegung auf, wurde also nicht allein in der Arbeiterbewegung zur inspirierenden, führenden Persönlichkeit, sondern bildete sich durch sie zu einer politischen Persönlichkeit mit eigenem Gewicht.

Leuschner, das Kind eines Ofensetzers, erlernte nach dem Besuch der Bayreuther Centralschule, einer, wie man damals sagte, Volksschule, in einer Bayreuther Schreinerei den Beruf eines Möbelschreiners. 1907 ging er, wie es damals in Handwerksberufen noch üblich war, auf Wanderschaft. Sie gehörte zur handwerklichen Ausbildung, weitete den Blick, nicht nur räumlich, sondern auch sozial und politisch. In Leipzig bekam Leuschner Kontakt zur Gewerkschaftsbewegung. Er trat in den Holzbildhauerverband ein. Seine erste richtige Anstellung fand er in Darmstadt und verdiente bei einem Wochenlohn von sechsundzwanzig Goldmark damals weitaus mehr als ein Oberlehrer. Als seine Mutter erkrankte, kehrte Leuschner 1909 nach Bayreuth zurück. Für ein Semester – Herbst 1909/Frühjahr 1910 – belegte er Kurse an der Nürnberger Kunstakademie.

Seine Familie bedeutete ihm viel. Bis heute wird immer wieder berichtet, er habe seiner bettlägerigen Mutter ein Bild unter die Zimmerdecke gemalt, nicht nur eine schöne Geschichte, sondern eine erhellende Beschreibung seines Lebensgefühls, das sich bis in die Stunden seines Todes halten sollte. Die durch Vorstellung, durch Fantasie, durchbrochene Wand, die für Mitmenschen durchbrochene Wand können wir als ein Leitbild für das Wollen und Wirken Leuschners sehen.

1910 kehrte Leuschner nach Darmstadt zurück, fand eine gute Anstellung bei einem Hofmöbelfabrikanten, heiratete ein Jahr später, ohne eine bürgerlich-behagliche Existenz anzustreben. Er schloss sich der Arbeiterbewegung an und erlangte als ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär bald eine überörtliche Bedeutung. Bereits 1909 war er Bezirksleiter des Darmstädter Bildhauer-Verbandes, verhandelte seit dieser Zeit mit Unternehmern und versuchte, zunächst auf betrieblicher, später örtlicher oder sogar staatlicher Ebene Tarifverträge zu vereinbaren. Er wurde dadurch zwar nicht zum Wegweiser der Gewerkschaftsentwicklung, wie seine Biografen es sehen möchten, aber er unterstützte die eine rationale Gestaltung der Arbeitsbeziehungen begünstigende Entwicklung: Die Arbeiter wollten ebenso wie die Unternehmer Sicherheit ihrer Verdienstbedingungen. Später wurde diese Phase in der Beziehungsgeschichte zwischen Arbeit und Unternehmen «organisierter Kapitalismus» genannt.

Zur Vorstellung von einem sich organisierenden Kapitalismus gehörte auch die Annahme, Instrument dieser Organisierung sei der Staat. Er sei nicht mehr Unterdrückungsinstrument, wie viele Arbeiter noch im 19. Jahrhundert unter dem Einfluss von Karl Marx (der Staat als Instrument der Klassenherrschaft des Bürgertums) geglaubt hatten, sondern er könne zum Gestaltungsinstrument werden. «Heran an den Staat!», lautete deshalb in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Wahlspruch der selbstbewussten Vertreter der Arbeiterbewe-

gung, die sich zutrauten, die Gesellschaft mithilfe des von ihnen kontrollierten Staates zu gestalten. Die Vorstellung, im Staat ein geeignetes Mittel zur Veränderung politischer Verhältnisse zu besitzen, setzte sich in der Sozialdemokratie zu Beginn des Ersten Weltkriegs durch, was nicht allein bei der Bewilligung der Kriegskredite von Bedeutung war, sondern auch in dem Willen, das Kaiserreich gegen den russischen Zarismus verteidigen zu müssen, sichtbar wurde.

Leuschner dachte zweifellos ebenfalls so und hat deshalb den Dienst mit der Waffe nicht verweigert, nicht einmal beklagt. Jahrelang lag er an der Front im Osten, dann auch im Westen, litt weniger unter den Gefahren ständiger Kämpfe als unter den Kriegseindrücken. Er verbrachte lange Wintermonate in Pinsk, erlebte dort beim Jahreswechsel 1916/17 Artillerieduelle und Infanterieangriffe, kam mit dem Ostjudentum zusammen, mit Russland und seinen Menschen. Obwohl er die Möglichkeit gehabt hätte, sich dem Krieg zu entziehen und zu seiner Familie zurückzukehren, hielt er aus und lehnte seine Reklamierung als kriegswichtiger Arbeiter ab. Dennoch durchschaute er «den Schwindel» der Kriegspropaganda, ahnte, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, ihn verlieren müsste. Er ekelte sich: «Jeder, der kein Geld [mit dem Krieg ...] verdient oder sich sonst etwas erhofft, hat den Krieg satt, trotz aller schönen Reden unserer Regierungsvertreter», notierte er in sein Tagebuch.

Das Ende des sinnlosen Mordens wurde von ihm als eine Befreiung, als Voraussetzung für die Erfüllung von Hoffnungen einer sich ihrer selbst bewussten, reformistischen Arbeiterbewegung gesehen. Leuschners politischer Weg führte 1918 in die Novemberrevolution, die für ihn keine Tragödie darstellte, sondern einen Neubeginn. Dies unterschied ihn von Hitler, der sich zur selben Zeit in die Selbstlähmung flüchtete und sich dann in antisemitischem Wahn entschied, «Politiker zu werden».

Auch Leuschner wollte politisch handeln, aber allein, um vorwärts

zu gehen, um die Chance zu nutzen, die sich nach dem Ende des vier Jahre langen sinnlosen Krieges bot, eines Krieges, der allein durch den republikanischen Umschwung einen Sinn bekommen könnte. Theodor Lessing sprach später einmal von der «Sinnggebung des Sinnlosen». Wer über die Fähigkeit zu einer derartigen Deutung verfügte, vermochte politisch zu handeln. Leuschner besass diese Fähigkeit.

Nach 1918 erfolgte ein kometenhafter Aufstieg, vom Möbelschreiner, Holzbildhauer und Gefreiten, vom Gewerkschaftssekretär und militärisch Besiegten zum Minister. Leuschner baute bereits 1919 die Darmstädter Gewerkschaftsbewegung auf. Er übernahm Aufgaben in der Kommunalpolitik, wurde zum Vorsitzenden des Finanzausschusses der Stadt gewählt und mit den Folgen des Ruhrkampfes konfrontiert, nicht zuletzt auch mit Inflation und Währungsreform. In Hessen machten sich separatistische Bestrebungen wie im Rheinland bemerkbar.

1924, mit Beginn der Weimarer Stabilitätsphase, rückte Leuschner als hessischer Landtagsabgeordneter der Sozialdemokraten in die parlamentarische Führungsriege auf. Er wurde mit vierunddreissig Jahren Vizepräsident der Landesvertretung, ohne sich von seiner örtlichen politischen Basis zu lösen. Fest verankert im Darmstädter Gewerkschaftskartell, organisierte er 1925 das noch heute berühmte «Fest der Arbeit». Weil er als besonders effektiver Vertreter von Gewerkschaftsinteressen galt, wurde er 1927 als Vertreter von Arbeitnehmerangelegenheiten in den Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entsandt.

Innerhalb der SPD-Fraktion wurde er zum Fachmann für Polizeirecht. Dies prädestinierte ihn für das Amt des hessischen Innenministers, das er Februar 1928 nach langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen übernahm. Als Leuschner, noch nicht vierzigjährig, dieses Amt antrat, ahnte er nicht, dass für ihn damit eine besondere Verantwortung verbunden sein würde: nämlich der Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Sein Handeln im Amt begründete den späteren extremen Hass der Nationalsozialisten und verbindet sich so mit der Lebensspanne, die den hessischen Politiker zu einem führenden Kopf im Widerstand machte.

Leuschner sammelte als Minister einen Kreis jüngerer Mitarbeiter um sich, auf die er sich innerhalb einer Verwaltung, die weit gehend von Wendehälsen und Denunzianten getragen wurde, verlassen konnte. Ludwig Schwamb und Carlo Mierendorff waren ihm bis in den Widerstand hinein treue Freunde und feste Stützen. Schwamb wurde Leuschners persönlicher Referent, Mierendorff übernahm die Presseverantwortung. Beide bekannten sich mit Leuschner zur Weimarer Reichsverfassung, die vielleicht nicht das Ziel sozialistischer Ordnungsvorstellungen darstellte, die aber verteidigt werden musste als Basis weiterer Veränderungen, um Diffamierung und Verfolgung des politisch anders Denkenden auszuschliessen.

Wie ungeheuer wichtig das Bekenntnis zu einer zivilisierten Methode politischer Auseinandersetzung war, machte die Entdeckung der «Boxheimer Dokumente» deutlich, die Leuschner zunächst infolge inner-nationalsozialistischer Querelen in die Hände gespielt wurden. Diese Dokumente, für die der berüchtigte Werner Best die Verantwortung übernehmen musste, zeigten schlagartig, dass die Nationalsozialisten nicht allein einen gewaltsamen Umsturz anstrebten, sondern auch die «Legalisierung ihrer Rache» betreiben wollten. Verleumdung, Bedrohung, Inhaftierung und Rache bestimmten die Methoden ihrer Auseinandersetzung mit dem Gegner. Opfer ihres Rachewillens waren nicht zuletzt alle diejenigen, die sie als «Marxisten» bezeichneten. Zu ihnen gehört Leuschner und sein Kreis.

Die Geschichte der «Boxheimer Dokumente» kann hier nicht behandelt werden. Nur so viel sei gesagt: Leuschner scheiterte in seinem Bemühen, das Vorgehen gegen die eindeutigen Umsturzpläne der Nationalsozialisten zum Kern einer antinationalistisch orientierten kämpferisch-streitbaren republikanischen Demokratie zu machen. Die Dis-

kussion verlief sich, denn die Nationalsozialisten wurden immer stärker, ihre politischen Gegner zurückhaltender. Leuschner war bald einer der wenigen Politiker, die den Nationalsozialisten kämpferisch entgegentraten. Der Preis war seine persönliche Bedrohung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Ein Nationalsozialist schreibt ihm in diesen Übergangsjahren von der Republik zur Diktatur: «[...] bringe Sie in Kenntnis, dass Sie am 8.12. standrechtlich erschossen werden. Ich wünsche für ein baldiges Ende im Landtag, dass ich Dir den Hals abschneide. Mit Moskau schießen wir dich zusammen. Die Messer sind bereit [zum] Schlachtfest.»

Bemerkenswert an Leuschner war aber nicht nur sein Antinationalsozialismus, sondern ebenso sein Antikommunismus. Auch die Kommunisten, die in der Weimarer Republik nur einen bürgerlichen Staat sahen, forderten die Abschaffung der Demokratie, mit der Konsequenz, dass sie die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten beschimpften. Wegen der Diffamierung führender Sozialdemokraten – unter ihnen Leuschner – und der fundamentalen Gegensätze zwischen «Sozis und Kozis», die die «Nazis» aber nicht sahen, gab es keine einheitliche Front der Arbeiterparteien. Leuschner repräsentierte die sozialdemokratischen Verfassungsvorstellungen und stand dadurch in einem multifrontalen Gegensatz, der ihn herausforderte und isolierte, aber nicht verunsicherte.

In der Endphase der Weimarer Republik wird Leuschner in verschiedener Weise in Überlegungen einbezogen, wie die politische Krise zu überwinden sei, das heisst die Nationalsozialisten abgedrängt werden könnten. Leuschner lehnte einen Anpassungskurs ab. Nicht nur für ihn galt es, eine neue Regierung, die Hitlers Weg zur Macht zu verhindern hatte, durch die Unterstützung der Gewerkschaften zu stabilisieren und dadurch zugleich das Überleben der Arbeiterbewegung zu sichern. Dies konnte nur durch den Allgemeinen Deutschen Gewerk-

schaftsbund (ADGB), aber auch durch die Festigung eines internationalen Rückhaltes der deutschen Arbeiterbewegung geschehen.

Leuschner wurde von Theodor Leipart, dem Vorsitzenden des ADGB eingeladen, dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes beizutreten. Zugleich sollte er vom ADGB als Vizedirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf nominiert werden. Weil die Erfolgsaussichten dieser Bewerbung unsicher waren, rückte man von diesem Plan ab und betrieb Leuschners Ernennung zum Mitglied des Verwaltungsrates. Im November 1932, also in politisch kritischer Zeit, übernahm er den stellvertretenden Vorsitz des ADGB.

Keiner konnte sich damals vorstellen, dass die Genfer Position in der internationalen Arbeiterbewegung Leuschner einmal in die Lage versetzen würde, die Nationalsozialisten so empfindlich blosszustellen, dass sie ihren Gegner aus den Tagen der Auseinandersetzung über die «Boxheimer Dokumente» schon bei der Rückkehr aus der Schweiz verhafteten.

Der Ausgang der anderen Versuche, Leuschner in die Mitverantwortung für die Republik zu nehmen, ist bekannt: Kurt von Schleichers Konzept und seine Reichskanzlerschaft scheiterten. Auch der ADGB passte sich im Frühjahr 1933 in einem erschreckenden Ausmass den Nationalsozialisten an und erklärte seine Absicht, mit jeder Regierung zusammenarbeiten zu wollen. Leuschner war zehn Tage vor der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 in den Bundesvorstand des ADGB gewählt worden. Seine Wahl war ungewöhnlich, weil er kein Mann des Apparates, sondern eine Art Quereinsteiger war.

Seine Zugehörigkeit zum Vorstand war bei allen Belastungen, denen er wenige Wochen später ausgesetzt war, ein glücklicher Umstand. Leuschner wurde von den Nationalsozialisten in Erinnerung an seine hessische Ministerzeit als Gegner durchaus wahrgenommen und deshalb zunehmend angegriffen, was ihnen umso leichter fiel, als sie dazu schritten, ihre Rachegeleüste zu legalisieren.

Für die Nationalsozialisten war Leuschner nicht mehr als einer der «überlebten Terroristen gegen die deutsche Freiheitsbewegung». Sie riefen ihm in den Tagen nach seinem Rücktritt nach: «Wir hoffen nur, dass Herr Leuschner nicht soweit von Hessen weggeht, dass er nicht schon in Bälde verhindert ist, Objekt des Rechtsempfindens zu werden, das Sühne für den Missbrauch der Amtsgewalt zum Schaden des Deutschen Volkes bringen wird und bringen muss.»

Leuschner wurde so schon frühzeitig zum Opfer einer nationalsozialistisch-spezifischen Form der Vergangenheitsbewältigung. Die ersten Verfolgungen zeigten, dass die «Boxheimer Dokumente» in der Tat nur ein Drehbuch waren für die «Gesamtabrechnung mit dem Gesamtmarxismus». Leuschner war gewarnt. Übergriffe häuften sich, auch in Darmstadt. Mierendorff wurde durch die Strassen gehetzt und das Gebäude des ADGB besetzt; schliesslich wurde die Berliner Zentrale von den Nationalsozialisten erobert.

Leuschner kam es nicht wie Leipart allein auf die Bewahrung des ADGB an, denn die in diesen Jahren und Monaten gemachten Erfahrungen belegten die Notwendigkeit einer Einheitsgewerkschaft, die nur denkbar war, wenn die politische, weltanschauliche und geschichtliche Vielfalt der Gewerkschaftsbewegung respektiert, ja erhalten bliebe. Er beteiligte sich an geheimen Besprechungen, an deren Ende die Bildung eines Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften stand, einer weitgehend durch Handschlag besiegelten Keimzelle einer Einheitsgewerkschaft von freien, christlichen und liberalen, später sogar nationalen Richtungsgewerkschaften.

In den Wochen des Frühjahrs 1933 bildete sich ein fester konspirativer Freundeskreis um Leuschner und Jakob Kaiser. Ihre Arbeit zielte auf die Umformung und Vereinheitlichung der vielfältigen Gewerkschaftsbewegung unter Beibehaltung eines kritischen Gewerkschaftsgedankens als entscheidender Voraussetzung der Selbstbehauptung ei-

ner freiheitlichen Arbeiterbewegung. Dieser von Leuschner massgeblich entwickelte Grundgedanke wurde niemals aufgegeben und erklärt die besondere Stellung, die Leuschner in der deutschen Widerstandsbewegung einnahm.

Häufig ist zu lesen, der Arbeiterwiderstand habe weit gehend oder gar ausschliesslich auf den Terror der Nationalsozialisten reagiert. Leuschner aber symbolisiert die eigenständige Kraft einer Widerstandsbewegung unabhängig von Verfolgung und politischer Lähmung durch alle Stationen seines Lebens mit Verhaftung und Freilassung. Einlieferung in von der SA geführte Konzentrationslager stehen am Beginn, unterbrochen durch den Versuch Robert Leys, sich mit Hilfe von Leuschner internationales Ansehen zu verschaffen. Ley zwang Leuschner, nach Genf zur Internationalen Arbeiterkonferenz zu fahren und dort den Anspruch der Deutschen Arbeitsfront auf Sitz und Stimme zu vertreten. Er vereitelte die Absicht, indem er während der Sitzungen demonstrativ schwieg. Sein standhaftes Verhalten führte ihn unmittelbar nach Rückkehr im Mai 1933 in Gefängnisse und Lager.

Leuschners Verhalten galt den Nationalsozialisten als Volks- und Vaterlandsverrat. Er selbst notierte in seiner Haftzelle: «Ich sitze für mein gutes Wollen nur, weil ich anderer Auffassung war.» Die nationalsozialistische Basis in Darmstadt verlangte Leuschners Auslieferung. Leuschner wird nach Butzbach gebracht. Der Transport bedeutete eine grosse Gefahr, wie das Schicksal von Felix Fechenbach zeigte, der unterwegs «auf der Flucht» erschossen wurde. Leuschner wurde immer wieder verhört, ohne Namen preiszugeben – 1933 wie 1944. Er stand zu seiner Verantwortung, belastete keinen, trotz des «ständigen Gefühls schlimmster Verfolgung», wie er schrieb, trotz Isolation, Einsamkeit, tief empfundener Furcht wegen der sozialen Unsicherheit, in der seine Familie lebte. Sein Optimismus blieb ungebrochen; dies verband ihn mit den versprengten Teilen selbstbewusster Opposition.

In seinem Notizbuch lesen wir: «Ich besitze einen unglaublich grossen Optimismus.» Aus der Hoffnung auf die Zukunft schöpfte auch Dietrich Bonhoeffer später die Kraft, trotz aller Widrigkeiten dem Gegner nicht die Zukunft zu überlassen und über das «Danach» nachzudenken. Leuschner lebt aus diesem Gefühl in jenen Tagen und Wochen, über die er überliefert: «Ein Vierteljahr ohne menschliche Gespräche – man redet mit sich wie ein Irrer. Die Augen sind auf 4 Meter eingestellt.»

Doch sein Blick reichte weiter. Im November 1933 begannen neue Verhöre, ehe er nach Papenburg in eines der berüchtigten Emslandlager verschleppt wurde. Demütigend war die Behandlung, aufrecht der Gang, ungebrochen das Selbstbewusstsein. Das Lager glich der Hölle, auch wenn Mierendorff Weggefährte ist. Dennoch blieb Leuschner innerlich frei; er lächelte, wenn man ihn zwang, vor aller Augen Wasser zu lassen. Er verkörperte die ungebrochene Arbeiterbewegung ebenso wie Leber, der sich auch niemals als Opfer empfand, sondern als Repräsentant der demokratischen Arbeiterbewegung und darum mit anderen so verhandelte, als stünden Hunderttausende hinter ihm.

Von Papenburg führte der Weg wieder in Gefängnisse und Lager. Mitte Juni 1934 wurde Leuschner entlassen. Nun hatte er zwar seine Familie wieder, konnte sich menschenwürdig kleiden. Das nationalsozialistische System aber blieb präsent, denn Leuschner hatte sich täglich bei der Polizei zu melden. Unter diesen Bedingungen nahm er gemeinsam mit Jakob Kaiser die alten Pläne zur gewerkschaftlichen Einheitsbildung auf. Sein Denken an «die Zeit danach» richtete sich zunächst ganz auf die Organisation der zukünftigen Gewerkschaft. Dies war bemerkenswert angesichts der unglaublichen, für unmöglich gehaltenen Konsolidierung des Regimes, angesichts seiner wachsenden aussenpolitischen Erfolge, angesichts der weit gehenden charakterlosen Anpassung gewerkschaftlicher Zeitgenossen, die Leys Volksgemeinschaftsphrasen folgten und so den Gewerkschaftsgedanken verrietten.

Vor dem Hintergrund weitestgehender Anpassung der Zeitgenossen, aber auch der Entmutigung mancher muss Leuschners Versuch gesehen werden, eine stabile Oppositionsbewegung zu bilden. Zunächst konzentrierte er sich auf die Verbindungen zu alten Gesinnungsfreunden, die auf ihre Art versuchten, nicht nur zu überleben, sondern ihren Angehörigen ein halbwegs erträgliches Leben zu ermöglichen. Auch Leuschner baute sich eine bürgerliche Existenz auf, die zugleich die Möglichkeit politischer Weiterarbeit bieten sollte.

Leuschner wurde Fabrikant der metallverarbeitenden Industrie. Die Firma produzierte Bierzapfhähne. Er konnte eine später kriegswichtig werdende Zukunftsinvestition tätigen. Seine Arbeit als Fabrikant schaffte die Voraussetzung für Reisen, deren wichtigster Zweck der Gestapo jedoch verborgen blieb: Er traf sich mit Freunden, ging den Weg von der Selbstbehauptung in die Opposition, die schliesslich in die Konspiration und den aktiven Umsturzversuch mündete. Allmählich wurde er in Umsturzpläne einbezogen, die in anderen Gruppen entwickelt worden waren, kam in Kontakt zu Vertretern der bürgerlichen, militärischen, schliesslich der gesamten Opposition.

Für manche der Verschwörer bot Leuschner die Gewähr einer Absicherung des geplanten Umsturzes durch Unterstützung grösserer Bevölkerungsteile aus der Gewerkschaftsbewegung. Für andere verkörperte er ein fortschrittliches Potenzial, bot er die Chance, den gefürchteten Umschlag in eine rückwärts orientierte Gesellschaftsordnung zu verhindern. So wurde Leuschner in besonderer Weise in die politischen Grundkonflikte zwischen Jungen und Alten, zwischen Carl Friedrich Goerdeler und den Kreisauern, einbezogen. Für die Nationalsozialisten verkörperte er stets eine potenzielle Bedrohung. Deshalb gehörte der inzwischen in Berlin lebende Leuschner auch zu den schon bei Kriegsbeginn Verhafteten.

Man liess Leuschner frei, weil man sich von seinem Betrieb Nutzen für die Kriegsführung versprach. Manche der Gegner des National-

sozialismus empfanden es als Missachtung ihrer regimekritischen Energie, wenn sie freigelassen wurden. Andere nutzten die gewonnene Bewegungsfreiheit, um die Nationalsozialisten zu bekämpfen. Leuschner setzte seine Arbeit fort, konspirativ, konsequent, mutig. Und er ging 1944 den letzten Weg ruhig, besonnen, ohne Zögern und Bedauern. Kein Verhör, kein Prozess, keine Qual und keine Entehrung liessen in ihm Zweifel aufkommen.

Er wusste, dass seine Tat später anders beurteilt würde, als Roland Freisler, der Präsident des Volksgerichtshofes, es hasserfüllt tat. Nein, Leuschner war kein «Aussätziger unseres Volkes», wie es später in Freislers Urteil hiess. Er und Josef Wirmer entlarvten durch ihren aufrechten Gang geradezu die Angst der Verteidiger des nationalsozialistischen Systems. Dem Gegner niemals die Zukunft zu überlassen – dies ist seine Botschaft, eine Einheitsgewerkschaft zu schaffen und mit ihr allen ständestaatlichen Formierungsversuchen zu widerstehen, eine andere.

Aber auch sein Verhalten in den politischen Auseinandersetzungen enthielt eine Lehre. Er suchte die Zuspitzung prinzipieller Gegensätze im Gespräch und im Gedankenaustausch und zugleich den Kompromiss im Zuge politischer Verhandlungen. Insofern war er Repräsentant einer reformistischen pluralistischen Arbeiterbewegung, die sich in der Verfassungsordnung der Weimarer Republik zu verwirklichen trachtete. Zu ihr stand Leuschner, mit der Weimarer Verfassung hatte er seine Koordinaten politischer Moralität entwickelt. Diese Überzeugung wirkte nach, denn in der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung hatte sich die Überzeugung gefestigt, dass die Verteidigung des politischen Pluralismus eine Überlebensfrage des Verfassungsstaates war.

Hinzu kam die Tradition der Gewerkschaftsbewegung, in der früh der Wunsch entstanden war, alle Berufszweige in einer einheitlichen Gewerkschaft zusammenzuführen. Das Mass bestimmte das Ziel. Deshalb schwankte Leuschner nicht. Deshalb stürzt er nicht, auch

wenn er, wie Zeitgenossen später in der Auseinandersetzung mit der frühen deutschen Nachkriegsgesellschaft sagten, im Widerstand gefallen war.

Leuschner verdient eine gründliche Erforschung seines Lebens, seiner Überlieferung, der Vergegenwärtigung seiner Prämissen und Prinzipien. Sein Denken richtete sich auf die Zukunft, auf unsere Lebensverhältnisse. Dabei dachte er personal und traf sich mit Kreisauern, die das heute fremd anmutende und dennoch mitreissende Konzept eines personalen Sozialismus entwickelt hatten.

«Wir sind», lesen wir bei Leuschner, «vom Zeitalter des individualistischen Menschen in das Zeitalter des kollektivistischen eingetreten. Zuerst haben wir miterlebt, wie der Individualist den Staat erschlug. Jetzt erleben wir, wie der Staat den Menschen erschlägt. Es gibt aber noch ein Drittes, jenseits von Individualität und Kollektivität, das kein Kompromiss ist, sondern ein Höheres und Anderes: die Person.»

«Ehrgeizzerfressen, feige und verräterisch», wie Freisler ihn und seine Freunde im Verfahren vor dem Volksgerichtshof diffamierte, war Leuschner nicht. Radikal, zukunftsoptimistisch, mutig und konsequent war er. «Es gibt noch ein Drittes.» Dieser Satz wiegt schwer, wenn er in einer Situation der vereinsamenden Endgültigkeit gesagt wird. Leuschner gehörte zur Gewerkschafts- und politischen Arbeiterbewegung und repräsentierte in reiner Form die politische Führungsgruppe, die den Nationalsozialisten nicht nur die Macht, sondern vor allem die Zukunftsgestaltung streitig machen wollte.

Wenn gesagt wird, Leuschners Bitte, die «Einheit» der Gewerkschaften zu schaffen, stelle seinen letzten Willen dar, erscheint das verständlich, wenn man die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung als Geschichte von Richtungen bewusst macht. Freie gewerkschaftliche Strömungen standen neben liberalen und christlichen, aber auch neben betrieblichen und branchenspezifischen, nicht zuletzt neben der Katho-

lischen Arbeiterbewegung (KAB). Hier wollte Leuschner deshalb Brücken schlagen, weil er in der Gewerkschaftsbewegung einen Garanten neuer politischer Demokratie erblickte.

Die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung war die Voraussetzung wachsender Schlagkraft. Sie ging nicht in dem parteiübergreifenden Bekenntnis zur Einheitsfront auf, das alle Unterschiede zwischen Sozialisten, welcher Färbung auch immer, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten negierte und sich dem Gedanken der Volks- oder gar der Einheitsfront unterwarf. Politische Unterschiede waren für Leuschner ebenso wichtig wie Unterscheidungen. Das bedeutete nicht, dass der Kampf innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geführt werden sollte. Sein Einheitsgedanke richtete sich gegen den Egoismus von Branchenverbänden.

Ebenso wichtig ist Leuschners Rolle bei den verfassungs-, ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen, die im Widerstand geführt wurden. Man sollte seine Bemühungen, seine Hoffnungen, auch seine Grenzen im Laufe der letzten Jahre zunehmend deutlicher sehen und immer angemessener würdigen lernen. Leuschner war Vertreter eines praktischen Neuordnungsversuches, der mit der Überwindung des Nationalsozialismus zugleich die Überwindung des Alten, das Ende der obrigkeitstaatlich, berufsständisch, nicht selten sogar monarchistisch orientierten Politik erstrebte. Insofern verkörperte er einen neuen Ansatz jener «Rekonstruktion der Politik», die Hans Mommsen als eine wichtige Antriebskraft des Widerstandes im Umkreis des 20. Juli 1944 bezeichnet hat.

Es wäre also falsch, in Leuschners Anliegen den Ausdruck einer restaurativen Tendenz zu sehen. Bereits die Liste möglicher Regierungsmitglieder von Mitte Juli 1944 macht deutlich, dass es den Widerständlern um Neugestaltung, nicht um Wiederherstellung des Alten ging. Als Innenminister war Julius Leber vorgesehen; er hätte den Befehl über die gesamte Polizei gehabt. Leuschner hingegen sollte im Fall

des gelungenen Umsturzes Vizekanzler werden. Der Gewerkschaftsführer war sogar als der eigentliche Kanzler geplant, denn die oppositionelleren «Jungen» hatten ihm nach dem erwarteten Scheitern Goerdeler die entscheidende Führungsposition zudedacht.

Wie mehrfach überliefert, galt Goerdeler gerade den Jüngeren, die ihn nicht recht verstanden hatten oder ihn weder verstehen wollten noch konnten, als der «Reaktionär» im Widerstand – ein ungerechtes und unangemessenes Urteil. Leuschner war für die Jungen aus anderem Holz. Etwas jünger, verkörperte er nicht nur die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, sondern auch den Zukunftsoptimismus der Jugend, ihre Gestaltungskraft, ihre Begeisterungsfähigkeit ebenso wie ihr Selbstbewusstsein. Er teilte mit ihnen den Willen, dem Gegner nicht die Zukunft zu überlassen.

Es war auch die Tragik Leuschners, dass mit dem 20. Juli 1944 eine neue Phase der Widerstandsgeschichte einsetzte: Dem Scheitern des Umsturzes folgte die Verfolgung der Beteiligten, folgten die Verhaftung zahlreicher Regimegegner und deren Demütigung, folgten die brutalen Verhöre, die Bedrohung der engsten Familienangehörigen.

Wilhelm Leuschner wurde am 29. September 1944 in Plötzensee hingerichtet. Mit ihm starb der junge Wilhelm-Friedrich Graf zu Lynar, der dem militärischen Widerstand angehört hatte. Die Nationalsozialisten stellten vielleicht unbewusst durch die von ihnen veranlassten Ermordungen und Hinrichtungen immer wieder Zusammenhänge her. So wurde deutlich, was Leuschners letzte Aufforderung, die «Einheit» zu schaffen, bedeutete. Sein Wunsch ging weit über die politische Aufforderung hinaus, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu sichern. Er verkörperte die Integration des Gewerkschaftssystems in das politische System, das nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entstehen sollte.

Leuschners Bedeutung ist nicht zu bestreiten, wenngleich wir vergleichsweise wenig über ihn wissen. Er verkörperte auf seine unver-

gleichliche Art die Möglichkeiten dieses Widerstands. Er erkannte den verbrecherischen Charakter des Systems schon lange vor 1933 und bekämpfte die Nationalsozialisten vor der Machtergreifung. Er passte sich nicht an, sondern blieb seinen Traditionen treu. Er suchte nach Gemeinsamkeiten mit anderen Regimegegnern, ohne deshalb seine eigenen Prinzipien aufzugeben. Vielleicht lag in dieser Offenheit, mit der Leuschner den Strömungen und Möglichkeiten seiner Zeit begegnete und gleichzeitig von seinen Überzeugungen nicht abwich, die Erklärung dafür, dass Historiker ihn als einen «schwierigen Fall der Geschichtsschreibung» bezeichneten. Leuschner starb gemeinsam mit anderen, die Hitlers Staat zerstören wollten. In ihrem Sterben wurde deutlich, wofür sie gelebt hatten und was ihnen gemeinsam war.

Eines aber ist gewiss: Kein Regimegegner ist nur für einen Teil Deutschlands, für eine Partei, für eine Konfession, für eine Gruppe gestorben. Und dieses Gespür für die Gesamtheit der deutschen Geschichte über alle Teilungen hinweg verweist in besonderer Eindringlichkeit auf Leuschner.

Seine letzten Gedanken galten der «Einheit» – sicherlich der Einheit seiner Gewerkschaft, vielleicht auch der Einheit der politischen Arbeiterbewegung, die dann 1946 unter Zwang durchgesetzt werden sollte, der Einheit der Regimegegner, vermutlich auch der Gemeinsamkeit der Menschen. In seinem mehrfach überlieferten letzten Wort «Einheit» mag man den Ausdruck seiner Suche nach einer Alternative zum damals zerstörerischen Bestehenden sehen. Hier beginnt das Nachdenken über das Leben, das Wollen und das Sterben eines Menschen, den Deutschland geprägt hat und der seinen Staat wohl, hätte er überlebt, entscheidend hätte prägen können. Dass er scheiterte, lag nicht an ihm, sondern an einer Gesellschaft, die sich bis in die letzten Kriegstage hinein um die Fahne scharte, die das Hakenkreuz trug.

Welche Chance böte der Versuch, an Hand der Auseinanderset-

zung mit Leber und Leuschner, mit der ganzen Breite, Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Widerstands, das politische Urteilsvermögen zu schärfen.

Leuschner sperrt sich bis heute gegen jede politische Vereinnahmung. So wäre die Konfrontation mit seinem Leben, seinem Wollen und seinem Ende ein wichtiger Beitrag zur Auseinandersetzung in einer Gesellschaft, die Tag für Tag Gemeinsamkeiten in Reformen und Anpassungen an Veränderungen hervorzubringen hat. Diesen Wunsch artikulierte Leuschner als ein Vermächtnis: «Schafft die Einheit!»



Carlo Mierendorff

Die Grenze der Gewalt liegt nun darin, dass sie zwar die Person des Widerstandes, aber nicht die Gesinnung des Widerstandes vernichten kann.

CARLO MIERENDORFF

«Wer wagt es noch, sich von den Dingen treiben zu lassen?»

Carlo Mierendorff

Als der berühmte britische Kommentator Kingsley Martin erfahren hatte, dass Carlo Mierendorff, einer der Sozialdemokraten im Kreisauer Kreis und im Ausland bekannt als Gegner der Nationalsozialisten, bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen war, schrieb er: «Es tut mir leid, dass wir Mierendorff – anstatt ihn zu befreien – töten mussten.»

Wir wissen ebenso wenig, ob diese Worte wirklich tief empfunden waren, wie wir sagen können, dass das letzte uns von Mierendorff überlieferte Wort – «Wahnsinn» – authentisch ist. Es hätte in der Stunde seines Todes ohne Zweifel zu Mierendorff gepasst. Dieser Ruf des Erstaunens, Ausdruck der Fähigkeit, sich wundern zu können, bezog sich nicht nur auf das unglaubliche Ereignis, das die doppelte Frontstellung des Widerstands schlagartig deutlich machte, sondern es charakterisierte vor allem auch seine Fähigkeit, eine Situation auf den Begriff zu bringen. Dass er, der Regimegegner, durch alliierte Bomben zu Tode kommen sollte, das war nicht nur eine tragische Ironie der Geschichte, das war Ausdruck des Wahnsinns im Deutschland der ersten Diktatur.

An seinem Todestag, dem 4. Dezember 1943, stand Mierendorff in der Mitte der Vierziger. Schon vorher war er manchen seiner Freunde durch eine merkwürdige Unruhe aufgefallen, die später nicht selten als Todesahnung gedeutet wurde und möglicherweise Ausdruck einer Zuspitzung oppositioneller Arbeit und durchlebter existenzieller Gefahr

war. Seit 1943 lebte Mierendorff im Umfeld von Regimegegnern, hatte den Rahmen der Diskussionen mit seinen früheren Parteifreunden überschritten, war zum Freundeskreis der Kreisauer gestossen. Er war für alle von Bedeutung, die für die Zeit nach einem Sturz des nationalsozialistischen Regimes neue geistige Konturen zu bestimmen suchten und die wussten, dass hierbei sozialstaatliche und reformerische Ordnungselemente unentbehrlich waren.

Wer über das «Danach» nachdachte, lebte im Deutschland der Nationalsozialisten gefährlich und ruhelos. Der erste Terror richtete sich gegen die politischen Gegner, der Drang der Denunzianten, der gerade in Diktaturen freien Lauf bekommt, und gefährdete potenziell jeden; ebenso schlimm war die blossе Vermutung, von Denunzianten umgeben zu sein. Unruhe gehörte seitdem zum Leben deijenigen, die Deutschland liebten und darum seine militärische Niederlage ersehnten. Seine Freunde förderten im Nachdenken über das «Danach» die Vorbereitungen zum Umsturz. Später wurde deutlich, dass Mierendorff seinen Freunden und Vertrauten aus dem Widerstand nur vorangegangen war, als er durch Bomben zu Tode kam.

Carlo Mierendorff wurde am 24. März 1897 in Grossenhain bei Dresden geboren; seine Familie war gutbürgerlich. Die Eltern – der Vater war Textilkaufmann, die Mutter entstammte besten Verhältnissen – zogen einige Jahre später aus beruflichen Gründen nach Darmstadt. Hier kam Mierendorff, temperamentvoll und voller Ideen, als Gymnasiast mit Gleichaltrigen zusammen, die ihm eine lebenslange Anhänglichkeit und Verbundenheit bewahrten.

Es ist verführerisch, in diesen frühen Jahren den Grund für alles sich später Ereignende zu suchen. Biografen suchen immer nach Einflüssen und konzentrieren sich auch auf frühe Prägungen von Weitsicht und Weltverständnis. Oft gaukeln Erinnerungen nur eine Kontinuität vor und lenken von den Brüchen ab, die lebensgeschichtlich von demjenigen, den wir in Kontinuitäten rücken, zu bewältigen waren.

Übereinstimmend wird berichtet, wie geborgen Mierendorff in seiner Familie war. Er musizierte, hatte ein gutes Verhältnis zu seinem später im Ersten Weltkrieg gefallenen Bruder und zu seiner Mutter, die er liebevoll despektierlich «Frau Tönnchen» nannte. Das geistige Klima war nicht wilhelminisch, sondern eher liberal-fortschrittlich, ja demokratisch. Dass diese Atmosphäre einmal in ein sozialdemokratisches Engagement oder gar in den Widerstand führen musste, das war in Mierendorffs Jugendzeit keineswegs ausgemacht. Mierendorff hatte in den Jahren 1918/19, 1933, 1942/43 drei Brüche zu bewältigen, die miteinander zusammenhingen und in der politischen Diskontinuität seiner Zeit lebensgeschichtliche Kontinuität spiegelten.

Darmstadt, das war Provinz, das war wohl auch Enge einer Residenz, aber damals wie heute galt, dass Provinz immer im Kopfe sei und dass sie folglich, wie Uwe Dick später sagte, dort am tiefsten, wo der Kopf am flachsten ist. Darmstadt galt zwar als provinziell, gleichzeitig aber auch als Residenz kritischer Geister, als ein Zentrum des Jugendstils, auch der kritischen intellektuellen Diskussionen, und dies nicht nur im Nachklang an das Wirken von Georg Büchner, sondern vor allem auch unter dem Einfluss von Ernst Elias Niebergall, dessen «Datterich» gerade als Reflexion über die Provinz die Enge transzendierte.

Mierendorff war nicht nur in eine vielfältig musisch interessierte Familie hineingeboren, sondern viel wichtiger war, dass die Eltern ihn seinen eigenen Weg suchen und gehen liessen, als er nach einem Freundeskreis Ausschau hielt und diesen auch fand. Carl Zuckmayer sprach später davon, man habe «einander gerochen wie Hunde oder Wölfe aus dem gleichen Wurf». Die Freunde fanden sich frühzeitig und schlossen sich zu einem Kreis zusammen, der sich durch den Gegensatz definierte, der ihn von der Umgebung, von dem Gängigen trennte.

In seinem ersten Zirkel, der Dachstube in der Hoffmannstrasse 19, schloss Mierendorff eine lebenslange Freundschaft mit Theodor Haubach, dem zweiten der Dioskuren, wie die Freunde sagten, wenn sie

nicht gleich Kastor und Pollux in beiden sahen. Mierendorff empfand sich als Anhänger eines «aktivistischen Idealismus», bekannte sich zur Aufgabe, Menschen zu revolutionieren, bemühte sich um die Einheit von Literatur und Politik. Sein Sprachrohr war die kleine Zeitschrift «Das Tribunal», die programmatisch durchaus in der Tradition des «Hessischen Landboten» stand und sich als Exemplar «hessischer radikaler Blätter» zu erkennen gab.

Es wäre für den Biografen nun weniger reizvoll als leicht, kräftig nach jenen Anfängen zu suchen, die Mierendorffs weiteres Leben, vor allem die Jahre 1940 bis 1943, zu erschliessen helfen. Dies wäre historisch aber unaufrichtig und spiegelte nur aufs Neue den Makel, zumindest die Selbstgefährdung des Historikers, der sich in den Flügeln der Eule Minerva verfängt, weil er rückblickend doch nur nachträglich scheinbar Folgerichtiges konstruiert.

Mierendorff stand zunächst mitten in der frühen Aufbruchstimmung des Kaiserreichs am Rande des Krieges und seines Untergangs, also nicht «draussen vor der Tür», wie es nach dem Krieg hiess. Er gehörte 1914 keineswegs zu denen, die sich von der Zeit und ihren Strömungen distanzieren. So lassen sich hündische Einflüsse finden und zeitspezifische Ausbruchsgefühle nachweisen. Mierendorff liess sich ganz auf die Zeitläufte ein. Die Konsequenz dieser Stimmung war der Wunsch nach Beteiligung an den grossen Herausforderungen, die sich zu stellen schienen.

Mierendorff legte das Kriegsabitur ab und gliederte sich als Kriegsfreiwilliger in die Masse der Deutschen ein, die nicht nur das Reich verteidigen, sondern die deutsche Weltgeltung sichern wollten. Er nahm, offensichtlich tapfer, an den Kämpfen im Osten und Westen teil und wurde verwundet. Er überlebte den Krieg, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse.

Verbindung hielt er in diesen kriegswirren Jahren zu den jüngeren Freunden in Darmstadt, die sich weiter in der Dachstube trafen und die-

sen Versammlungsort zum Titel einer Veröffentlichungsreihe machten, in der auch Mierendorff 1916 und 1917 seine ersten Erzählungen erscheinen liess. Für die Germanisten zählt der Mierendorff dieser Jahre zu den bemerkenswerten deutschen Expressionisten, der nach 1918 zusätzlich gereift sei. In seinem kleinen Stück «Lothringer Herbst» gehe es nicht mehr um die Ich-Problematik, um die Erzählung, gar um Kunstliteratur, sondern vor allem um den Satz an sich, um Dynamik und Wort-Gewicht, um eine Prosa, die ihre Faszination in sich trägt – Kennzeichen der expressionistischen Literatur.

Expressionismus drängt nicht nur zum Ausdruck, sondern auch zur Aktion. Hier traf sich Mierendorff, der im Kino eine neue Möglichkeit der Artikulation und Beeinflussung, aber auch künstlerischen Verwirklichung sah, mit Adolf Reichwein, der den Film für die Pädagogik zu nutzen suchte. Wenn wir schon nach biografischen Anfängen suchen, so liegen sie hier, in dem expressionistischen Bekenntnis zur Aktion, das im November 1918 mit der letzten Ausgabe der «Dachstube» hinausgeschleudert wird, im Ton eines Flugblattes, an der Schwelle einer neuen Epoche.

Das im Krieg gewonnene Bewusstsein vom Ende einer Epoche unterschied Mierendorff von vielen anderen Angehörigen seiner Generation. Konnten sich seine Kameraden in den Uniformen nicht an den Gedanken des Umbruchs gewöhnen und mussten sie sich deshalb in die Lüge vom Dolchstoss in den Rücken der Front flüchten, so wollte Mierendorff versuchen, das Ende des Kaiserreiches in eine neue Ordnung übergehen zu lassen: «Wir stehn am Ende!», rief er aus: «Nun dürfen wir nicht mehr still sein und uns von den Ereignissen rädern lassen.» Er flüchtete nicht vor der Wirklichkeit, sondern er stellte sich: «Über vier Jahre flüchteten wir uns vor dem Ungeheueren in astrale Verse. Wir bogen aus und verleugneten, was Schicksalhaftes verhandelt wurde. Es war Lüge, dass wir es taten.»

Kriegsende, das bedeutete für Mierendorff keine Katastrophe, son-

dem Aufbruch in die Freiheit: An der Front, so rief er, «war das Wort uns schwer gemacht, wenn nicht versagt. Das Einzelleben war mechanisiert, das Denken war nur eine Funktion, und wir meisten waren an der Front. Man konnte nicht gegen sein eignes Handeln denken, ohne zu zerbrechen.» Hier wird deutlich, wie sehr sich Mierendorff von jenen Gleichalterigen unterscheidet, die uralte aus dem Krieg herauskommen, die klagen und mit dem Schicksal hadern, die von «Stahlgewittern» schwärmen oder sogar beschliessen, Politiker zu werden, um das Blatt zurückzuwenden.

Mierendorff reagierte anders. «Doch nun», so jubelte er fast, «sind wir frei – Doppelpunkt – Und Ungeheures geschieht – Doppelpunkt – Jetzt lebendig einspringen in den Strom der Geschichte, aktiv sein aufs Äusserste und nichts in sich einreissen lassen.» Überschiessend selbstbewusst schliesst sich die Frage an: «Wer wagt es noch, sich von den Dingen treiben zu lassen?» Bei aller Beachtung der Gefahr einer rückwärts gewandten Prophetie des Historikers: Hier wird eine Lebenshaltung sichtbar, die Späteres aus dem Charakter dieses Resistenten erklären könnte.

Entscheidung suchte Mierendorff, darum war er kein Bedenkensträger. Das Neue suchte er, darum entschied er sich für das Risiko. Brüche bedeuteten Chancen, darum lebte er mit ihnen oder konnte sie nicht erwarten. Er war kein Attentist. Niemals mehr Amboss, immer Hammer sein, allein dies erklärt den Willen zum Leben an der inneren Front, in der Gefahr, und dies erklärt nach 1933 die Bereitschaft zum Gang in den Feuerofen, immer wieder jahrelang.

Der Aufruf vom November 1918 ist ein Schlüssel zum Denken Mierendorffs. Ein Vierteljahrhundert später knüpft Mierendorff mit dem flammenden Entwurf, den er zur Vorbereitung einer Diskussion in Kreisau formulierte, an den einleitenden Satz seines früheren Appells an: Die Zeit fordere heraus. Schon 1918 ging es an das «letzte

heisseste Ziel», das dem «ringenden Leben» etwas zu bieten habe und wie die Kunst die Brücke zum Unendlichen, zum Ewigen sei.

Ein Vierteljahrhundert später ging es um Lebensgestaltung, um Politik, um den Versuch, aus dem erneut drohenden Untergang eine Form hervorgehen zu lassen, die politisch tragen würde. Selbstbewusstsein wurde in beiden Aufrufen spürbar, Selbstbewusstsein in Gestalt einer mitreissenden Courage. «Formt euern Mut», so hiess es 1918, «sucht Richtung, Wege und Ziele: Nicht zu hemmender Wille zur Zukunft reisse uns hoch, sei unsere gläubigste Losung. Freunde, greift ein.»

In den folgenden Jahren galt es, das eine zu tun, also einzugreifen, ohne das andere zu lassen: eine neue Grundlage für die berufliche Existenz zu suchen. Mierendorff studierte, entschieden und konsequent, hungrig nach der Verbindung von Wissenschaft und Politik. Politik war die neue Dimension seiner Existenz, «Tatsachenpolitik» war das Zauberwort, das ihn umtrieb und so mit Carl Zuckmayer verband.

Im Januar 1920 trat er der SPD bei. «War bisher der Strom der Talente und Ehrgeiz in die Literatur geschossen», schrieb er 1920, «weil allein dort ein Klima für freie und schöpferische Leute noch sich fand, so ist jetzt das Wehr umgelegt. Die grossen Aufgaben haben immer die stärkste Anziehungskraft [...]. In der Literatur sind sie nicht mehr. Dort gibt's nichts mehr zu entdecken. Das läuft. Auf den anderen Flügel müssen die Heerhaufen nun geworfen werden. Es ist die Politik.»

Er war auf der Suche, nahm den Umbruch auch in der Wissenschaft wahr. Sozialpolitisch orientierte Gelehrte faszinierten ihn und gaben seinem Denken eine Richtung, neben dem das literarische Interesse nicht zum Erliegen kam. Es ging jetzt nicht mehr um ein «Tribunal», sondern um die Tribüne. Mierendorff öffnete sich immer mehr der Publizistik, dem Versuch, durch Diskussionsangebote öffentlich etwas zu bewirken.

Er suchte auch die Verbindung von Wissenschaft und Politik. Sie sei «kein Plunder, den der Politiker von heute auf den Mist werfen kön-

ne», sondern eine Realität. Besonders die Volkswirtschaftslehre faszinierte ihn. Diese Disziplin hatte sich von den Staatswissenschaften gelöst, aber nicht völlig von allen Verbindungen freigemacht. Volkswirtschaft als akademische Disziplin war ein Integrationsfach, denn es verband weithin Staatswissenschaften und Soziologie, Geschichte und Philosophie in einer neuen, einer Mierendorff den Atem raubenden Disziplin.

Dieses Fach kam dem entgegen, der nicht nur Erkenntnisse zu gewinnen suchte, sondern studierte, um einen Anstoss geben und die Welt politisch gestalten zu können. Dies erklärt, warum Mierendorff der Faszination von Max Weber erlag: «Es stand da ein Kerl, komplett, in sich rund, massiv, [...] eine absolutistische Natur, ein Mann mit Unterkiefer.» Die Attribute sind stark: «nüchtern, trocken, sachlich unerschrocken, nicht romantisch und bei Gott nicht sentimental – für einen Deutschen eine unerhörte Mischung», kein Boche, kein Opportunist – wir ahnen es, in diesem Bild des Anderen scheint das Selbstporträt, das Wunschbild von sich selbst, auf.

Max Weber war für die Diskussion der Kreisauer nicht von Bedeutung. Er war in den Jahren nach der Revolution von 1918/19 das Idol derjenigen gewesen, die in der Bildung nicht das Privileg ihrer Klasse, sondern den Auftrag zur Entscheidung und zur rationalen Gestaltung der Wirklichkeit sahen. Und dennoch wirkte sein Ansatz, Politik, Gesellschaft und Kultur zu analysieren, nach. «Verflucht kühl Tatsachen gegenüber», das war Weber für Mierendorff. Er konnte sich vorstellen, dass dieser Gelehrte von jedem geschätzt sein würde, «einerlei, auf welche Seite er sich schlägt».

Wer konnte, so mochte sich Mierendorff fragen, Webers Nachfolge antreten? In der Revolutionsphase sei er noch durch die «Junioren» des Bürgertums «niedergetrampelt» und «niedergeschrien» worden, wie mancher, der radikale Fragen stellte und das Bestehende kritisch analysierte. Mierendorff war klar: Er brauchte andere Sachwalter als das Bürgertum, das einer Kollision mit der Wirklichkeit nicht

standhielt. Indem er dies formulierte, zeigte er, dass er keine Berührungssängste gegenüber diesem Bürgertum hatte. Mierendorff suchte seitdem die Auseinandersetzung. Er wusste, dass nur der die Zukunft gewann, der die Gegebenheiten erkannte.

Weber blieb für Mierendorff nicht nur «stirnackige Wucht», sondern die Verkörperung des Anspruchs, den «Staat aus dem menschlichen Beieinander [zu formen]». Hier wurde erstmals ein Thema angeschlagen, das in weiten Strecken die Diskussionen im Kreisauer Kreis bestimmt. An Weber faszinierte Mierendorff Mannigfaltigkeit statt Einseitigkeit, ein «Denken», das «selber qualitativ ist, d.h. [...] äussersten Massstäben standhält», wie er in seinem Nachruf auf Weber formulierte. Webers Denken lähmte nicht den Elan, sondern vermehrte ihn für die Politik. Sein Ideal war klar: «Staatskunst, das ist die Wirklichkeit, gemeistert durch ein Temperament.»

Neben dem Studium, das Mierendorff 1922 mit einer Dissertation über die «Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei» beendete, blieb die publizistische Auseinandersetzung für ihn prägend. Er existierte eigentlich schreibend. Stilistisch hatte er sich niemals vom Expressionismus gelöst. Er suchte weiterhin die Entscheidung, die Aktion, die Bewährung und immer zugleich das Neue. Vor allem die Suche nach dem neuen Anfang liess ihn niemals los.

Die politische Kraft zum Neuanfang sah er vor allem in der SPD und den Gewerkschaften, und darum war es nur konsequent, dass er seine erste Anstellung in dem kulturell prickelnden und brodelnden Berlin als Angestellter des Deutschen Transportarbeiterverbandes fand, ehe er 1925 nach Darmstadt zurückkehrte, als Redakteur des sozialdemokratischen «Hessischen Volksfreundes». Voraussetzung dieses Wechsels war die Entscheidung für eine politische Karriere, die sich als sehr erfolgreich erwies.

1925 gehörte Mierendorff, achtundzwanzig Jahre alt, zu jener

Gruppe sozialdemokratischer Journalisten, die später durch den Nationalsozialismus jäh in ihrer politischen Entfaltung und Wirksamkeit beschnitten wurden. Ähnlich erging es den Freunden Julius Leber, Kurt Schumacher, Felix Fechenbach und Theodor Haubach. Diese Männer verkörperten die junge SPD und fühlten sich berufen, unter den Bedingungen der Weimarer Republik über den Kern eines sozialdemokratischen Selbstverständnisses nachzudenken, den wir heute mit dem Begriff der Identität beschreiben.

Der Kern des sozialdemokratischen Selbstverständnisses wurde von ihnen nicht nur theoretisch kohärent begründet. Zu ihm gehörten auch die Versuche, Wandlungen in Politik und Gesellschaft zu durchdenken, zu Identitätsbestimmungen zu gelangen. Letztere spiegelten so zu einem guten Teil den Versuch, auf soziale, politische und kulturelle Entwicklungen zu reagieren; Identitäten wurden nicht bestimmt, um Abkapselungen zu fördern. Sie machten nicht selten gerade den Willen spürbar, die Angehörigen anderer Gruppen und Schichten zu erreichen. Annäherungen hatten Klärungen zur Voraussetzung, Klärungen aber verlangten deutliche Grenzziehungen.

Grenzziehungen scheiden das Eigene und das Fremde, sie geben Aufschluss über Kompromisse und Kooperationsmöglichkeiten, verdeutlichen aber auch Trennlinien, die nicht überbrückbar sind. Vielleicht erklärt diese Bestrebung die erstaunliche Tatsache, dass manche der «Jungen», die sich in den Jahren der zu Ende gehenden Weimarer Republik gerade die Wehrpolitik als Feld ihrer eigenen programmatischen Entwicklung und politischen Erprobung vorgenommen haben, dann sich in jenen Kreisen wiederfinden, in denen intellektuelle Diskussionen über die Grenzlinien von Gruppen, Bewegungen, Parteien, Schichten und Ständen die Voraussetzungen für politische Kooperationen schaffen sollten. Denn bei den Abgrenzungen ging es immer auch um Brücken über politische Lager hinweg.

Mierendorff zeigte sich in den zahlreichen Artikeln, die in den

zwanziger Jahren erschienen, als kämpferischer Sozialdemokrat. Abgrenzungen gab es nach zwei Seiten: zu den Kommunisten und zu den Nationalsozialisten. Mit den Kommunisten hatte er das Terrain bereits in seiner Dissertation abgeklärt; mit den Nationalsozialisten setzte sich Mierendorff in Abhandlungen auseinander, denen bis heute eine über den Tag hinausweisende Bedeutung zuerkannt wird. Seine publizistische Basis fand er in den «Neuen Blättern für den Sozialismus», in den «Sozialistischen Monatsheften», in der «Deutschen Republik», auch im «Reichsbanner» und im Organ des Cartell-Verbandes der Staatsbürger jüdischen Glaubens. Hier erschienen Abhandlungen über Wahlrechtsfragen, über Parteireform, Generationskonflikte, über die Bedeutung der Propaganda und Symbolkonflikte, nicht zuletzt über die Nationalsozialisten.

Mierendorff erschien den Parteifreunden als ein Mensch voller Inspirationen. So ist es nicht überraschend, dass er bereits ein Jahr nach der Übernahme des Redakteurspostens in Darmstadt zum engeren Kreis einflussreicher Sozialdemokraten im Hessischen Landtag gezählt wurde. Er fand breitere Anerkennung und wurde 1926 zu einem der Sekretäre der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berufen.

Nun ging es bemerkenswert schnell aufwärts: 1929 wechselte Mierendorff wieder nach Darmstadt und wurde dort Pressereferent im Hessischen Innenministerium, faktisch engster und persönlichster politischer Mitarbeiter von Wilhelm Leuschner. Sein vielleicht wichtigster Gegner wurde in dieser Zeit der Nationalsozialist Werner Best, den Mierendorff höchst wirksam blossstellte. Ende November 1931 fand als Folge einer innerparteilichen Indiskretion, die auf eine Auseinandersetzung innerhalb der örtlichen NSDAP zurückging, eine Hausdurchsuchung auf dem Boxheimer Hof statt, der einem Nationalsozialisten gehörte. Dabei wurde eine Reihe von Erklärungen gefunden, die aus der Feder von Best stammten und belegten, wie nach einer nationalsozialistischen Regierungsübernahme die Macht ergriffen, die Geg-

ner verfolgt und ein Gewaltregime durchgesetzt werden sollten, das die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien voraussetzte. Die sozialdemokratischen Gegner sorgten für eine rasche und spektakuläre Veröffentlichung dieses Fundes und verursachten Wellen der Erregung. Best, der im «Vorwärts» als Putschist bezeichnet wurde, tauchte unter. «Blutpläne von Hessen» seien gefunden worden, schrieb der «Vorwärts» am 26. November 1931. Massenerschiessungen seien geplant. An die Stelle des Gesetzes solle der legalisierte Mord treten.

Nicht nur gegen die NSDAP richtete sich die Aktion des hessischen Innenministers, sondern auch gegen die Reichsjustizverwaltung, die sich als nur wenig beunruhigt zeigte. Mochten die führenden Nationalsozialisten auch betonen, es handele sich bei den Dokumenten um Fälschungen, so war für die seriöse Presse klar, dass die in Boxheim gefundenen Unterlagen eine «Vision des Dritten Reichs» boten. Zwar legten sich die Wogen der Erregung nach einiger Zeit – die Nationalsozialisten waren jedoch bleibend diskreditiert.

1930 wurde Mierendorff, dreiunddreissig Jahre alt, jüngstes Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und engagierte sich innerhalb der Fraktion in der Gruppe Neue Rechte, in der Innen-, der Verfassungs- und in der Wehrpolitik. Die Neuen Rechten vertraten ein besonderes politisches Selbstwertgefühl. «Heran an den Staat» – lautete die Parole der selbstbewussten Sozialdemokratie seit dem Kieler Parteitag 1927. Sie erblickten im demokratisch legitimierten republikanischen Staat nicht mehr ein Unterdrückungsorgan, sondern ein Veränderungsinstrument. Wer sich als Sozialdemokrat mit der Wehrpolitik beschäftigte, musste besonders selbstbewusst sein und über einen stark ausgeprägten Gestaltungswillen verfügen. Vielleicht lag es an ihrem Interesse an der Verteidigungspolitik, vielleicht am Respekt vor der Bereitschaft zur «kämpferischen Haltung», wenn Vertreter der Neuen Rechten auch als «militante Sozialdemokraten» bezeichnet wurden.

Mierendorffs Karriere verlief seit der Mitte der zwanziger Jahre ganz ähnlich wie die seines engen Darmstädter Freundes Haubach, der nach seinem Studium auch Redakteur geworden war und drei Jahre lang der Hamburger Bürgerschaft angehört hatte, ehe er Pressereferent des preussischen Innenministers Carl Severing und, ein Jahr später, des Berliner Polizeipräsidenten geworden war. Im Innenministerium Dienst zu tun, dies bedeutet seit 1930 unausweichlich, die Nationalsozialisten zu bekämpfen.

Mierendorff bekämpfte die NSDAP nicht nur agitatorisch, sondern auch publizistisch und bemühte sich dabei um eine solide soziologische Grundlage für seine Erklärung nationalsozialistischer Erfolge in der zunehmend zwischen Selbstpreisgabe und Selbstauflösung oszillierenden Weimarer Republik. Seine Studien über die gesellschaftlichen Grundlagen der NSDAP gehören bis heute zu den klarsichtigen und beeindruckendsten Analysen, nicht nur in sozialgeschichtlicher, sondern vor allem in politischer Hinsicht. Denn Mierendorff wusste, dass die Nationalsozialisten an Zulauf gewonnen hatten, weil sie «Grenzwähler» an sich zu binden vermochten.

Die Konsequenzen dieser Analyse waren klar: Die Sozialdemokraten mussten dort ansetzen, wo die Nationalsozialisten stark waren, in den symbolisch vermittelten, das heisst auch emotionalisierbaren Auseinandersetzungen, im Versuch, eigene «Schweigespinalen» zu schaffen, vor allem aber, jeden «Ansatz einer Monopolisierung des Vaterlandsbegriffs» (Theodor Heuss) zu unterbinden. Dieser «Symbolkampf» war das eigentliche Kampffeld von Mierendorff, der ein «Gesinnungskämpfer» war und die Methode emotionalisierenden Ringens um das «Herz der Wähler» wie kein anderer Sozialdemokrat seiner Zeit beherrschte. So wurde er zum Gegner von Joseph Goebbels, den er sowohl auf parlamentarischer wie publizistischer Ebene herauszufordern wusste.

Einen Symbolkampf zu führen ist ebenso reizvoll wie gefährlich,

denn man muss sich unausweichlich und ohne jede Berührungsangst auf vieldeutig zu interpretierende Symbole einlassen. Kampf der Symbole setzt in der Tat die Emotionalisierung von Politik durch die Symbolisierung von Konflikten voraus. Dies bedeutet, dass man semantisch die Gegner auf eine Weise angreift, die sie unglaublich macht, die zeigt, dass sie den eigenen Massstäben nicht genügen. Wer aber anderen Unglaubwürdigkeit nachweist, muss selbst Glaubwürdigkeit aufbauen und den Mut aufbringen, die Anhänger der politischen Kontrahenten dort abzuholen, wo sie standen. Man musste sich argumentativ nicht selten auf sie zubewegen. Dadurch kam es zu Missverständnissen in der eigenen Partei.

Manche Sozialdemokraten der Weimarer Zeit hatten mit Mierendorff, dem Repräsentanten einer jüngeren Generation innerhalb der im Vergleich zu anderen Massenparteien alt erscheinenden SPD, ihre Schwierigkeiten, denn ähnelte seine Kampfweise nicht zuweilen sehr derjenigen der Nationalsozialisten? Begab er sich semantisch nicht allzu oft auf ein Gebiet, das eher die Nationalisten beherrschten als die Sozialdemokraten? Er sprach die Wähler an, erinnerte an kollektive Erfahrungen und kategoriale Prägungen politischer Generationen und traute sich den Tanz auf dem Vulkan zu, nicht, wie er bereits im Nachruf auf Weber angedeutet hatte, «aus Opportunismus», sondern «viel mehr weil das die einzig gegebene und einzig denkbare Basis ist». Er wurde zum Empiriker der politischen Psychologie, nachdem er sich in die Mentalität der nationalsozialistischen Wähler hineingedacht hatte.

Mierendorff wusste, was die Nationalsozialisten planten, denn er kannte die Boxheimer Dokumente. Klarsichtige Zeitgenossen wussten, dass eine der ersten Massnahmen der nationalsozialistischen Führung auf die «Legalisierung der Rache» (Theodor Wolff) zielen würde. Die Nationalsozialisten hatten schon vor 1933 gespürt, wie Mierendorff sie auf ihrem eigenen Terrain herausgefordert und argumentativ in die

Enge getrieben hatte. Das vergassen sie ihm niemals. Seine Freunde hingegen ahnten, wie er litt und was es ihn kostete, nicht aufzugeben, obwohl er scheiterte. Fremd wurden ihm andere, nicht gleichgültig, so wenig sie auch begriffen, worum es ihm ging.

Selbstbewusstsein kann nur der zeigen, der sich seiner selbst sicher ist. Mierendorff besass mehr als Selbstbewusstsein: Er wusste, dass die Sozialdemokratie auch nach 1933 eine Mission zu erfüllen hatte. Hinzu kam, dass er eines der prominentesten Objekte jener Rache war, die die Nationalsozialisten frühzeitig angekündigt hatte. Nie hatten sie ihm verziehen, dass er sie Ende 1931 blossgestellt hatte.

Wilhelm Hoegner hatte später im Exil beklagt, den Sozialdemokraten hätte vor 1933 die Fantasie gefehlt, sich die Wirklichkeit nationalsozialistischer Herrschaft, die Zerstörung des Rechtsstaates, den Terror gegen politisch anders Denkende vorzustellen. Mierendorff hatte es keineswegs an dieser Fantasie fehlen lassen. Dennoch kehrte er aus dem sicheren Aufenthalt in der Schweiz im Frühjahr 1933 nach Deutschland zurück. «Wir können unsere Freunde dort nicht allein lassen in den nächsten Monaten», hörte man von ihm. Andere der «Jungen» dachten ähnlich. Leber schrieb seiner Frau in diesen Monaten, er müsse seinen Weg zu Ende gehen, Fechenbach übermittelte seiner Frau, das Schicksal habe bestimmt, «dass ich hier bleibe».

Mierendorff wurde am 13. Juni 1933 verhaftet und wie viele andere Sozialdemokraten in diesen Wochen von den sich zu Siegern der Geschichte erklärenden Nationalsozialisten «wie ein ausgebrochenes Tier» durch die Strassen geschleift. Ihm, dem «Presseschwein», wollten es die Nationalsozialisten heimzahlen, aus ihm wollten sie die Namen der Verbindungsleute in der NSDAP herausprügeln. Die Qualen der folgenden Wochen, Monate und Jahre teilte Mierendorff mit vielen anderen Sozialdemokraten. Er hält sie in seinen «Haftnotizen» fest: «Schläge, Fusstritte, Leib, Gesicht, Genick [...]» Und dann stellt er die für ihn entscheidende Frage: «Menschen?»

Seine Peiniger schlugen ihn im Dunkel der Nacht in seiner Zelle so, dass er in das Wormser Krankenhaus eingeliefert werden musste. Andere Regimegegner wurden zu dieser Zeit bereits ermordet. So hatte Mierendorff trotz aller Qualen, die er zu überstehen hatte, noch Glück, dass er nicht wie sein Parteifreund Fechenbach «auf der Flucht» erschossen wurde. Im Ausland aber war sein Schicksal bekannt geworden, dies zu einer Zeit, als der Umstand der Entdeckung nationalsozialistischen Terrors noch schützte. Leuschner selbst intervenierte telegraphisch aus Genf, wo er zu einer Delegation von Robert Ley gehörte.

Nicht nur die Nationalsozialisten zahlten Mierendorff alles heim. Neben die Legalisierung der politischen Rache trat ihre Privatisierung. Ein nationalsozialistischer Gegner protestierte gegen die geplante Entlassung Mierendorffs. Osthofen, Börgermoor, Lichtenburg, Esterwegen, Buchenwald, schliesslich die Berliner Prinz-Albrecht-Strasse 8 sind Stationen seines Weges, und immer neue Entehrungen, Misshandlungen, Entbehrungen sollten ihre Rechtfertigung in der Wahnvorstellung finden, Mierendorff sei ein «besonders verderblicher [...] Intellektueller». Im Ausland glaubte man das freilich nicht. Man fragte nach, man nahm Anteil – und vielleicht bewahrte dies Mierendorff vor dem Tod.

Die Geschichte, wie man Mierendorff terrorisiert hatte, ist gut rekonstruiert worden. Er beugte sich nicht, sondern blieb ein militanter Sozialdemokrat an einer doppelten Front: Die Nationalsozialisten bestimmten über seine Lebensbedingungen; er selbst aber hatte seinen politischen Optimismus zu behaupten, dies in einer konzentrationären Schichtungsgesellschaft, in der jeder Tag neue Lebenschancen entziehen oder eröffnen konnte.

Nach qualvollen Jahren wurde Mierendorff 1938 aus der Haft entlassen. Eine persönliche Tragödie bedeutete für ihn die Trennung von Franziska Kinz, seiner grossen Liebe, die ihm mit Sicherheit auch Halt

und Stützung gegeben hatte. Franziska Kinz hatte sich in den Jahren der Haft Mierendorffs mit einem regimetreuen Journalisten verbunden; die Entlassung von Mierendorff hatte sie zwar mit betrieben, aber wenig später seinem Nebenbuhler das Jawort gegeben. Für Mierendorff brach eine Welt zusammen. Das aus diesen Tagen überlieferte Bild lässt die Strapazen ahnen, die er überstanden hatte. Spürbar ist aber auch der Wille, der ihn vorantrieb.

Das Jahr 1938 markiert persönlich und politisch eine Wende für Mierendorff. Er hatte erneut Tritt zu fassen, neue Verbindungen aufzubauen, sich in der deutschen Gesellschaft einzurichten, die so wenig Ähnlichkeiten mit derjenigen aufwies, die er aus der Zeit vor der Haft kannte. Er gehörte nun in den grossen Kreis der politisch geschlagenen Sozialdemokraten aus der Weimarer Zeit. Deshalb wurde er neben Leber, Leuschner und Haubach bald in besonderer Weise ein Objekt der Verehrung, obgleich wir nur wenig zuverlässige Nachrichten über seine Rolle und seine Bedeutung innerhalb des Freundeskreises von Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg haben.

Diese Verehrung war sicherlich die Folge seiner persönlichen Ausstrahlung. Er war begeisterungsfähig, zuverlässig, mitreissend und zupackend. Er ging selbst ein Risiko ein, ohne vorauseilend jedes potenzielle Risiko vermeiden zu wollen. Er «tarnte» sich, ohne sich zu verstellen.

Zuckmayer ahnte von Mierendorffs Leben im Untergrund zunächst nichts und zeichnete wenige Jahre nach Kriegsende ebenso wie Emil Henk und Otto John ein beeindruckendes, ganz persönliches Bild von Mierendorff, lange vor der Würdigung anderer Regimegegner aus dem Umkreis des 20. Juli 1944. In den Darstellungen zum militärischen und bürgerlichen Widerstand aber gibt Mierendorffs spärliche direkte Hinterlassenschaft aus dem Widerstand nach 1938, also nach seiner

Entlassung aus der Haft, grosse Rätsel auf. Sie liegen nicht in seiner Person begründet, sondern in den Umständen seines Überlebens.

Als Mierendorff 1938 freigekommen war, wurde er mit einer neuen Form der Existenz in jenem Deutschland konfrontiert, das ihm einfach fremd geworden sein musste. Er war als ein ebenso entschiedener wie unbeugsamer Gegner der Nationalsozialisten bekannt. Er blieb für die Nationalsozialisten gefährlich, das war ihnen klar. Deshalb findet sich sein Name in der Kartei jener «Systempolitiker», die im Falle des Krieges zu verhaften wären.

Zunächst aber wurde er durch die Unsicherheit seiner wirtschaftlichen Lage gezwungen, von den Nationalsozialisten die Erlaubnis zur schriftstellerischen Tätigkeit – unter dem Pseudonym Willmer – zu erwirken. Mierendorffs Gesuch vom Mai 1938, verknüpft mit einem Lebenslauf, in dem auf eine sehr geschickte Weise seine angebliche innere Wende in die politische Harmlosigkeit angedeutet werden soll, lässt sich nicht missverstehen, sosehr es in einzelnen Formulierungen auch einen Schnitt mit der Vergangenheit zu suggerieren scheint. Es ist ein Zeugnis politischer Klugheit, diktiert vom Wunsch, als Schriftsteller im nationalsozialistischen Staat zu überleben.

Das Misstrauen der Nationalsozialisten liess sich nicht abbauen, aber sie liessen Mierendorffs Einstellung bei der Braunkohlen-Benzin-Aktiengesellschaft (BRABAG) zu. Diese Tätigkeit bot Mierendorff die Möglichkeit, sich in Berlin aufzuhalten. Berlin war das Zentrum eines Widerstands von Sozialdemokraten, die Kontakte zu jenen hielten und ausbauten, die im Zentrum der Macht standen und von dort aus eine Alternative zum nationalsozialistischen Staat entwickeln wollten. In Berlin lebten alte Darmstädter Freunde und Bekannte, unter ihnen Victor Bausch. Hier fand er neuen Kontakt zu Leber und Reichwein; hier konnte er neue Verbindungen aufbauen oder alte, zu Leuschner, Ludwig Schwamb und Hermann Maass, pflegen. Diese Verbindung liess

sich auch aufrechterhalten, als sich Mierendorffs beruflicher Schwerpunkt in das sächsische Böhlen nahe Leipzig verlagert hatte.

Es mutet merkwürdig an: Sein alter Gegner Best aus Darmstädter Zeiten kreuzte immer wieder Mierendorffs Weg. Die Rolle von Best ist nicht leicht zu verstehen. Handelte er, weil er Mierendorff unterschätzte, wollte er ihn ganz und gar demütigen, suchte er immer wieder den Konflikt mit dem Ebenbürtigen? Wir wissen es nicht. Moltke, der bedeutende und wichtige Kreisauer, fand den nationalsozialistischen Juristen Best in dieser Zeit nicht nur faszinierend, sondern er setzte zu einer gewissen Zeit geradezu auf ihn, was manche Historiker bis heute so befremdlich finden, dass sie diese Verbindung Moltkes zu Best bis zur Unkenntlichkeit verzerren.

Mierendorff sah in Best einen Gegen-, keinen Mitspieler. Im Unterschied zu manchen Vertretern des bürgerlichen und militärischen Widerstands brauchte er keine Vorstellungen zu überwinden, die er ursprünglich mit den Nationalsozialisten geteilt hatte; stattdessen zahlte es sich jetzt aus, was in den Endjahren der Weimarer Republik für Befremdung gesorgt hatte. Konnte er zwar durch seinen Versuch, mit der Rechten in einen Symbolkampf einzutreten, das Ende der Weimarer Republik nicht verhindern, so war jetzt durch die ideologische Vertrautheit mit den nationalkonservativen Argumentationsmustern die Voraussetzung für eine Kooperation im Widerstand geschaffen, die in einer geradezu folgerichtigen Weise an die Zeit vor der Haft anknüpfen konnte.

Wir wissen bis heute wenig über die Verbindungen Mierendorffs zum bürgerlich-militärischen Widerstand. Moltke schätzte Mierendorff, den er seit einer frühen Begegnung mit Zuckmayer kannte. Anfang 1942 besass Mierendorff im Kreisauer Kreis den Tarnnamen «Dr. Friedrich». Moltke selbst war fasziniert von Mierendorffs Präzision und Zuverlässigkeit und nannte ihn in einem Brief an seine Frau Freya am 10. August 1943 «klar, entschieden, klug, taktvoll, witzig». Mie-

riendorff verstärkte den Kreis der Sozialdemokraten und Sozialisten unter den Kreisauer Freunden. Reichwein kannte Moltke seit längerem, ebenso Maass und Leber. Nun kam der Kontakt zu Leuschner hinzu.

Mierendorffs Einbeziehung in den Kreis der Regimegegner erfolgte problemlos. Politisch war seine Mitarbeit im Kreisauer Kreis dringend erwünscht. Dennoch ist die Rolle, die Mierendorff seit Sommer 1941 im Freundeskreis übernahm, nicht klar, weil er an keiner der grossen Tagungen teilnahm. Er ist zum Kern der Kreisauer zu rechnen und war der Erste, der die enge soziale Basis der Mitglieder überwand, die sich seit dem Sommer 1940 zusammengefunden hatten. Er sollte vermutlich die Bestrebungen der Gruppe in der Arbeiterschaft verankern. Moltke berichtete seiner Frau von vielen Begegnungen, und es wird dabei deutlich, in welchem Masse ihm Mierendorff menschlich nahe gekommen sein muss. Den unkomplizierten Umgangsstil und auch die selbstironische Färbung mancher konspirativer Zusammenkünfte zeigt folgende kleine Episode: Während eines langatmigen Vortrags von Maass war Mierendorff eingeschlafen und erst durch die aus seinem Mund fallende Zigarre geweckt worden. Er lachte Moltke zu, hob die Zigarre auf, schlief wieder, «bis er sie erneut verlor».

Immer schärfer wurde das Ringen um die Prinzipien der zu schaffenden Neuordnung und auch kontroverser. Es ging um Kernbereiche, die unverzichtbar, nicht zu verwässern und zu behaupten waren. «Wir durchlaufen eine grundsätzliche Gefahrenzone», schrieb Moltke etwa am 9.11.1943 seiner Frau, «in der manche hoffen, das Boot schwimmfähiger zu machen, indem sie Grundsätze opfern, dabei aber vergessen, dass sie dadurch dem Boot die Steuerbarkeit nehmen.» Aber mochte man sich auch heftig streiten, eine Kapitulation vor den Anhängern Hitlers stand nie infrage. Mierendorff blieb sich treu, nicht nur in seinen Zielen, sondern auch in seinen Methoden.

Die Zeitdiagnosen, die im Kreisauer Kreis diskutiert wurden, kamen seiner Neigung entgegen, soziologische Gesellschaftsanalysen zu

betreiben, Grenzen zwischen Lagern und Gruppen zu überschreiten, was ihm schon vor 1933 ein Anliegen war. Er wurde zu den «Jungen» gerechnet, die gegen Grafen und Honoratioren die Aussicht verkörperten, dem Widerstand eine Massenbasis eröffnen zu können.

Gestorben war er vor 1938 viele Tode, und das letzte Wagnis der aktiven Konspiration war die Beteiligung an der ersehnten «Aktion». Dieser Begriff, im November 1918 erstmals auf die Politik bezogen formuliert, prägte auch die einzige Programmschrift, die zweifelsfrei von Mierendorff stammt. Sie gehört zu den Kreisauer Dokumenten, die Ger van Roon erstmals umfassend gesammelt und dokumentiert hat. Man findet sie in maschinenschriftlicher Kopie als kurzes Schriftstück in der Mappe «Grundtexte». Dieses Schriftstück hatte ursprünglich keine Überschrift, sondern war nur mit «Berlin, 14.6.43» bezeichnet, wird allerdings in der Literatur immer wieder unter «Sozialistische Aktion» behandelt.

Dieses Blatt stellt wohl eines der merkwürdigsten, schwierigsten, auch reizvollsten Schriftstücke der «Kreisauer» dar und belegt, dass es nicht nur um die «Wiedererrichtung des Bildes vom Menschen in den Herzen der Mitbürger» und um das «Nachdenken über das Danach», sondern auch um die Vorbereitung von Aktionen ging. Denn der Wille der Kreisauer, sich auch in die Politik nach dem Umsturz einzumischen, wird durch Schriftstücke wie Entwürfe über die Landesverweser und die Bestrafung der Rechtsschänder deutlich. Der Aufruf Mierendorffs vom 14. Juni 1943 fällt aus dem Rahmen der anderen Texte weit heraus.

Kennzeichen dieses Aufrufs ist seine Vielschichtigkeit. Es ging um Aktion, aber nicht um die nackte Tat, schon gar nicht um eine Demonstration des blanken politischen Willens. Tragende politische Begriffe fallen ins Auge. «Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, Beseitigung des Gewissenszwanges und unbedingte Toleranz in Glau-

bens-, Rassen- und Nationalitätenfragen» stehen neben der Forderung, die «sozialistische Ordnung der Wirtschaft» zu realisieren, «um menschenwürdige und politische Freiheit zu verwirklichen» und «den bürokratischen Zentralismus abzubauen». Visionär klingen die Forderung und das Versprechen einer «aufrichtigen Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere in Europa mit Grossbritannien und Sowjetrussland».

Der Aufruf zur «sozialistischen Aktion» beweist den Willen der Gegner Hitlers, eine qualitativ neue, liberaldemokratische, freiheitlich geprägte Ordnung zu errichten. In keiner Weise belegt sie die vorrangige Bedeutung von Aktionen an sich oder die Vereinheitlichung des Parteiensystems durch Schaffung einer Einheitspartei. Bei der Formulierung dieses Aufrufs wirkte sich die aus der Verfolgung gewonnene Erfahrung aus. Der Sozialismus gehörte zu den grossen Zielen der politischen, kulturellen und konfessionellen Volksbewegungen. Die sozialistische Bewegung wollte diese Bewegungen weder aufsaugen noch sich unterordnen; aber sie sollten das Recht haben, neben der sozialistischen zu bestehen und in die neue Ordnung integriert zu werden, die sich im Widerstand und den Plänen für das «Danach» abzeichnete.

Die Gestapo konnte sich später nicht erklären, wie Regimegegner, die lange Jahre drangsaliert worden waren und es verstanden hatten, sich dennoch eine bürgerliche Existenz zu schaffen, mit aller Energie wieder in den Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat gehen konnten.

Der tragische Tod Mierendorffs, der dem verachteten Gegner die Gestaltung der Zukunft nicht hatte überlassen wollen, lässt sich als Schlussstrich unter ein reiches und konsequent geführtes Leben sehen. Mierendorff verkörperte eine Ambivalenz, die wohl jeder Existenz antitotalitär denkender Menschen in einer Diktatur immanent ist.

Dass Mierendorff die Zerstörung des deutschen Nationalstaats nicht erlebt hat, ist seine Tragik und die aller ermordeter Widerstands-

kämpfer. Wie er die Neuordnung bewertet und verkraftet hätte, entzieht sich unserer Fantasie. Seine bereits zu Beginn der zwanziger Jahre nachweisbaren Appelle an das europäische Gemeinsamkeitsgefühl sind aktuell geblieben und ernst zu nehmen. Mierendorff hatte ein Gespür für die Kraft von Visionen, nicht zuletzt für das aus dieser Vision zu entwickelnde Machbare. Daneben hatte er auch stets, und dies zeigt sein Interesse an künstlerischen Fragen, ein feines Empfinden für den Effekt des Unglaublichen, des Absurden, des Sinnlosen. Die «Aktion», die er 1918 beschworen hatte, vollzog sich nun in anderer Weise vor seinen Augen.

Die Realität, die er bereits im Nachruf auf Max Weber als Ausgangspunkt für das Denken und als Herausforderung gedeutet hatte, begleitete ihn auch nach 1933 und begründete ein Spannungsverhältnis, das sich wissenschaftlich kaum fassen lässt. Wir haben diese Spannung mit dem Blick auf die Zwischenkriegs- und Kriegszeit heute vor allem in der Kunst eingefangen, in den von der Wirklichkeit eingeholten Visionen von Malern, die sich nicht selten aus dem Expressionismus und Surrealismus zu den Vermessern des Wahnsinns entwickelt haben, der dem 20. Jahrhundert über weite Strecken sein Gesicht gegeben hat.

Mierendorff wollte die Kreisauer nicht von der Richtigkeit der Ziele seiner «Aktion» überzeugen; er wollte nur Gedanken vorführen. Er gehörte zu den Kreisauern, ging aber nicht in ihnen auf. Darum muss er zwar jenem Freundeskreis um Moltke und Yorck zugerechnet werden, der in der Widerstandsrezeption als Keimzelle eines neuen Deutschland angesehen wurde, aber er ragte zugleich aus ihm hinaus. Mierendorff gehörte als entschiedener, tatkräftiger, begeisterter und begeisternder demokratischer Sozialist in diesen Kreis. Aber, und dies ist wichtig, er blieb dabei Sozialdemokrat.

Es wäre nicht angemessen, Mierendorff zum Besitz der Nachlebenden oder einer Partei zu erklären, wie es immer wieder mit Kreisauern geschieht. Im Freundeskreis verkörpert er das Fremde; darum

sollten sich Biografen hüten, immer das bei ihm zu suchen, was sie bei ihm finden wollen. Mierendorff verkörpert mit Sicherheit keinen Typus des Sozialdemokraten seiner Zeit. Er verstand sich als Intellektueller und hatte ein Gespür auch für seine Einsamkeit innerhalb der Partei. Vielleicht hat ihn dieses Gefühl, das er schon vor 1933 entwickelt hatte, fähig gemacht, die Einsamkeit zu ertragen, die der Widerstand verkörperte, lebte und auch hütete.

Weil er in den gedanklichen Auseinandersetzungen der späten Weimarer Zeit gezwungen war, über die Grenzen seiner Partei, seiner Traditionen und Gruppe hinaus sich zu fragen, wie er für seine Überzeugungen andere, ihm ferner Stehende gewinnen könnte, musste er wohl in besonderem Masse jene Kraft mobilisieren, die Max Weber als Befähigung zur Empathie beschrieben hatte. Mierendorff fühlte sich gezwungen, die Welt mit den Augen anderer zu sehen. Darum war er ein begnadeter politischer Vermittler, darum konnte er auch in den gedanklichen Austausch mit Vertretern jener Kräfte und Gruppen treten, die im bürgerlichen und militärischen Widerstand innere Positionen zu überwinden hatten, die sie früher zu einem Teil mit den Nationalsozialisten geteilt hatten.

Für die Zeit vor 1933 war Mierendorff sicher wichtig, aber es hiesse, seine Bedeutung zu überschätzen, wollte man den Eindruck erwecken, er sei in der Lage gewesen, das Gesicht der SPD vor 1933 und nach 1933 zu prägen. Verbunden werden muss sein Name vielmehr mit einer scharfen Diagnose der Weimarer SPD, die parteiprogrammatisch vielfach in den alten Argumentationsmustern verharret und zunehmend ihre Basis in der jungen Generation verloren hatte.

Mierendorff gehörte dem engsten Kreis der Regimegegner an. Sein früherer Tod in Leipzig kam seiner Hinrichtung nach dem 20. Juli 1944 zuvor. Er bewahrte ihn vor der entwürdigenden Behandlung; ihn zu entehren hätten die Nationalsozialisten ebenso wie bei seinen anderen

Freunden nicht vermocht. Sein Tod erschütterte seine Vertrauten, seine Mitverschwörer und seine Freunde.

Widerstand gegen den Nationalsozialismus, das war für Mierendorff zwar der Versuch zu einer sozialistischen Aktion, aber nicht, um die Produktionsverhältnisse umzustürzen oder eine neue Eigentumsordnung zu errichten, sondern um überhaupt Ordnung in die Welt zu bringen. Ohne diese neue Ordnung war nicht daran zu denken, das Bild vom Menschen im Herzen der Mitmenschen zu errichten. Dies verband ihn mit den Konzepten eines personalistisch geprägten Sozialismus. Sozialismus, das war ein Lebens- und Weltentwurf, eine Tradition, eine Überzeugung und ein Ziel.

Das wird immer schwerer zu begreifen sein in einer Zeit, die keine Brücken sucht, sondern Konfrontationen braucht, die Spaltungen nutzt, um Mehrheiten zu schaffen, und sich auf eine verhängnisvolle Weise von der Wirklichkeit entfernt, die Mierendorff, den Tatsachenpolitiker, den Anhänger des Umbruchs, des Neuen, den Analytiker und Symbolkämpfer fasziniert hatte. Als es nicht mehr um die Macht ging, da ging es um die verstellten Möglichkeiten.

In der Tat: Nur das Wort «Wahnsinn» drückt aus, was die Zerstörung einer Zivilgesellschaft durch eine moderne Diktatur, die Antizivilgesellschaft, sein wollte, bedeutete und bewirkte. Man weiss nicht, ob Mierendorff es wirklich gesagt hat, aber zuzutrauen wäre es ihm.



Adolf Reichwein beim Unterricht in Tiefensee

Der Erzieher legt Zeugnis ab vor der ihm anvertrauten Gruppe. Er liegt offen, aufgeschlagen vor den Augen seiner Kinder. Mit allem, was er tut und sagt, gilt er ihnen als lebendiges Vorbild. Welche Verantwortung.

ADOLF REICHWEIN

«Ein Leben ohne Kapitulation»

Adolf Reichwein

Wenige Monate vor Hitlers Regierungsübernahme, die das Ende der Weimarer Republik besiegelte, schrieb der in Halle lehrende Erziehungswissenschaftler Adolf Reichwein an den Romanisten Ernst Robert Curtius: «Meine Freunde wollen mich in die Politik drängen. Aber ich will nicht; vielleicht richtiger: noch nicht.»

Reichwein, ein noch junger Pädagoge, der sich in der praktischen Erwachsenenbildung einen Namen gemacht hatte, löste diese Ankündigung zehn Jahre später ein. Längst gehörte er 1943 zu den prägenden Mitgliedern des Kreisauer Kreises. Von dort führte der Weg im Frühsommer 1944 in Untergrundverhandlungen mit unabhängigen Berliner Kommunisten, die von einem Spitzel ausgeforscht und der Gestapo verraten wurden. Anfang Juli 1944 erfolgte Reichweins Verhaftung, die von den Verschwörern nach der Inhaftierung von Helmuth James Graf von Moltke, Dietrich Bonhoeffer und Hans von Dohnanyi nicht nur als schwerer Schlag, sondern als Gefährdung des gesamten Umsturzplanes empfunden wurde. Denn gemeinsam mit Reichwein hatte die Gestapo auch Julius Leber verhaftet, dem in einer künftigen Regierung von den Verschwörern das Innenministerium zugedacht worden war.

Die Nationalsozialisten stuften Reichwein als einen der von ihnen als besonders gefährlich eingeschätzten Beteiligten am Umsturzversuch ein und verhörten ihn «scharf», das heisst unter Schlägen. Nicht einmal ein halbes Jahr vor Kriegsende wurde er, wenige Stunden nach seiner

Verurteilung am 20. Oktober 1944, in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Weil er in den Umkreis des 20. Juli 1944 gehörte, sind viele der Zeugnisse vernichtet worden, die Aufschluss über seine konspirative Tätigkeit geben könnten. Doch auch so ist vieles überliefert, was einen Blick auf seine Entwicklung und sein Wollen gestattet.

Reichwein verkörperte im Widerstand, der auf das Attentat vom 20. Juli 1944 hindrängte, eine Richtung, die sich aus der Enttäuschung über die gescheiterte Weimarer Verfassungsordnung entwickelt und vor allem junge Sozialdemokraten mitgerissen hatte. Wie viele der Widerstandskämpfer setzte er auf die Mündigkeit und Entwicklungsfähigkeit seiner Mitmenschen, die sich selbst bilden und weiter erziehen sollten. So war er in der Weimarer Republik zu einem der wichtigsten Protagonisten der Volkshochschulbewegung geworden.

Seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges geriet er in eine Schlüsselposition des politischen Widerstandes und spiegelte in seinem Leben wie nur wenige andere alle Stufen der Widerständigkeit, die zwischen der Distanz aus Nonkonformität und der gezielten Mitarbeit am Plan des Umsturzes lagen.

Wer die Grenze überschritt, musste den Weg, der in den Widerstand, in die Haft und das Lager führen konnte und schliesslich mit dem Tod endete, konsequent zu Ende gehen, wie Leber einmal an seine Frau Annedore geschrieben hatte. Dennoch erschliesst sich dieser Weg nicht vom Ende her, sondern von jenem Punkt, an dem eine freie Entscheidung möglich war, aus der sich alles Weitere entwickeln sollte: Konspiration, Verrat durch andere, Verhöre, Folter, Verurteilung, Hinrichtung.

Das erste entscheidend prägende, kategoriale Ereignis war für den 1898 geborenen Reichwein die Erfahrung des Weltkrieges. Krieg bedeutete nicht nur Lebensgefahr, sondern erstmals auch Diskontinuität. Reichwein wurde Anfang Dezember 1917 in der Schlacht bei Cambrai schwer verwundet. Nicht mehr «kriegsverwendungsfähig», hatte der genesene Reichwein, der Lehrersohn aus Ober-Rosbach im Taunus,

zum Sommersemester 1918 mit einem «leisen Grauen» die «heiligen Hallen» der Wissenschaft betreten, nachdem er bereits aus dem Lazarett heraus sein Studium aufgenommen hatte.

Frühzeitig heiratete Reichwein eine Kommilitonin, die er aus der bündischen Jugend kannte. Bereits 1921 wurde er promoviert. Schon in seiner Studienzeit war deutlich geworden, dass es ihn in die Praxis, in den Kreis überschaubarer Verhältnisse, zog, die umfassend neu zu gestalten waren und auf die Herausforderungen der Zeit reagieren sollten. Er engagierte sich in den folgenden Jahren stark in der Erwachsenenbildung, die in der Weimarer Zeit förmlich aufblühte.

Volkshochschulbildung war in der Weimarer Republik Ausdruck eines pädagogischen Experiments, das die beweglichsten politischen Köpfe dieser Zeit in den Bann schlug. Ihre Anreger drängten auf gemeinsame Bildungserfahrung und knüpften an hündische Lebensformen an. In der Erwachsenenbildung wurde die Trennung zwischen Lehrer und Schüler aufgehoben – ein Ausdruck des Vertrauens in die Fähigkeit zur politischen Verantwortung. Wer Erwachsene bilden wollte, musste seine Hoffnungen auf neue Menschen, auf neue Bildung und schliesslich auf neue Lebensverhältnisse als Konsequenz verantwortungsbewusst betriebener breiter Pädagogik setzen. Erwachsenenbildner vertrauten auf die Kraft zum Bewusstseinswandel. Auch dies verband diese Bestrebungen mit den späteren Kreisauern.

Reichwein leitete nach Abschluss seiner Studien die Volkshochschule in Jena. Hier sammelte er nicht nur Erfahrungen, sondern konnte auch Akzente setzen. So war es nicht verwunderlich, dass man auch in Berlin auf ihn aufmerksam wurde. Ende der zwanziger Jahre wechselte er als Pressesprecher und persönlicher Referent des liberal gesonnenen preussischen Kultusministers Carl Heinrich Becker auf die Ministerialebene. 1930 trat er der SPD bei und ging als Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an die Pädagogische Akademie Halle. Dort knüpfte er an seine Erfahrungen in der Erwachsenenbildung an.

Nun bewegte ihn die Frage der «Gegenwartskunde», also der Auseinandersetzung des Lehrers und des Schülers mit der eigenen Zeit. Reichwein überwand in den Arbeiten, die er veröffentlichte, vor allem aber auch in der Praxis seiner akademischen Lehre die unübersehbare Gefahr der Gegenwartskunde, distanzlos die Gegenwarterscheinungen zu beobachten. In den Erscheinungen der Zeit erblickte er einen entscheidenden Ausgangspunkt für die historisch-politische und prinzipielle Urteilsbildung. Gegenwartskunde bot einen Einstieg, war aber nicht das Ziel eines affirmativ angelegten Unterrichts oder gar der Rahmen für eine Rechtfertigung der bestehenden Zustände.

Der neuen akademischen Laufbahn war die Begegnung mit dem Fremden vorausgegangen, eine Erfahrung, die ihn mit Adam von Trott zu Solz verband. Ausgestattet mit einer Förderung durch die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, verfolgte Reichwein ein sozial-, kultur- und wirtschaftsgeografisches Forschungsvorhaben, das ihn von der Ost- zur Nordwestküste der Vereinigte Staaten, nach Seattle, von dort dann als Matrose über Yokohama nach Hongkong und zurück nach Mexiko führte. Reichwein schien sich für die Rohstoffvorkommen der grossen Länder zu interessieren; tatsächlich aber fesselten ihn die Menschen in ihren Lebensverhältnissen. Seine Reiseeindrücke publizierte er in verschiedenen kleinen Studien und umfangreicheren Büchern.

In den letzten Wochen des Jahres 1930 hatte sich die Krise der Demokratie in Deutschland zugespitzt. Die Parteien scheuten seit der Regierungskrise des Sommers 1930 die parlamentarische Verantwortung und verstärkten die Lähmung des Weimarer Parteienstaates. Die politischen Führungsschichten gaben in ihrer grossen Mehrheit die aus der Novemberrevolution hervorgegangene Republik als politische Ordnung preis. Mehr noch, sie lieferten diese freiheitliche, pluralistische, rechtsstaatliche und durchaus reformfähige Republik nicht selten ihren verfassungsfeindlichen Gegnern aus. Diese betonten immer häu-

figer, die Verfassungsordnung sei relativistisch zu deuten, zeichne sich also gerade nicht durch unveränderbare Grundwerte aus. Sie suchten nach autoritären politischen Alternativen und propagierten die Notwendigkeit der «reinen» Entscheidung. Manche Vernunftrepublikaner schliesslich wandten sich von ihrem Gemeinwesen ab, und selbst Herzensrepublikaner erlahmten, um ein vielfach zitiertes Wort des Historikers Friedrich Meinecke zu wiederholen.

Reichwein stand nicht im Zentrum dieser Veränderungen des Staates. Sie beeinflussten ihn aber. Die Konsequenzen des Verfassungswandels wurden seit dem Herbst 1930 von Woche zu Woche deutlicher. Nach dem Rücktritt des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller hatte der ehemalige Generalfeldmarschall und verhängnisvoll wirkende Reichspräsident Paul von Hindenburg mit parlamentarischer Duldung erstmals eine Präsidialregierung unter Heinrich Brüning etabliert, die nicht mehr nur einen aktuellen Notstand bewältigen, sondern eine neue Politik machen sollte. Aus dem demokratischen und parlamentarischen Parteienstaat sollte ein eher autoritär strukturiertes Gemeinwesen hervorgehen. Manche Politiker träumten auch von der Rückkehr zur Monarchie und gaben Brüning bedenkenlos zwei Jahre später frei, als dieser sich «einhundert Meter» vor dem Ziel wähnte, das mit Sicherheit die Nationalsozialisten von der Macht ferngehalten hätte.

Die Präsidialregierungen von 1930 bis 1933 zerstörten praktisch das parlamentarische System in Deutschland und markierten so das eigentliche Ende der republikanisch-parlamentarischen Verfassungsordnung. Die Reichsregierung stützte sich nicht mehr auf parlamentarische Mehrheiten, sondern regierte mittels Notverordnungen, für deren Erlass sie nur das persönliche Vertrauen Hindenburgs benötigte. Diese Praxis höhlt deshalb ganz entscheidend die demokratische Substanz der Republik aus.

Institutionen wurden zunehmend von den Gegnern und Feinden

der Republik in der Endphase der Weimarer Republik missbraucht, teilweise verändert, in jedem Fall geschwächt. Und damit schwand auch das Vertrauen in die Kalkulierbarkeit der Politik. Unkalkulierbarkeit aber verursachte ein Gefühl der Unsicherheit, eine Stimmung, die Reichwein in den folgenden Jahren begleitete.

Alle Dinge bei uns seien unsicher, schrieb er am 1. Februar 1939 an einen englischen Freund und stellte die angelsächsischen Schulreformen den deutschen gegenüber. «Wir sehnen uns nach solcher Stetigkeit», setzte er fort und verglich die kulturelle Unstetigkeit mit der, die in «weniger wichtigen Bereichen» festzustellen sei, etwa bei der Gestaltung von «Plätzen und Prachtbauten».

Hier wird die Distanzierung Reichweins von den Zeitströmungen deutlich, die ihn augenscheinlich zunächst vergleichsweise positiv gestimmt hatten. Immer wieder betonte er, dass die Sozialdemokratie auf dem Boden der Nation stände, was ihn wie seine späteren Kreisauer Freunde zum national bewussten Sozialdemokraten, vielleicht auch zum «nationalen Sozialisten» machte, keinesfalls aber zum «Nationalsozialisten». Dennoch wird deutlich, auf welch dünnem Eis sich Regimegegner bewegten, wenn sie versuchten, partiell einige Ziele der Nationalsozialisten so zu definieren, um sich selbst innerlich zu beruhigen. Erst in der Regimegegnerschaft schälte sich dann später jene Eindeutigkeit heraus, die auch auf semantische Abgrenzung durch Klärung und Unterscheidung zielen konnte.

Wenngleich für Reichwein die Orientierung seines pädagogischen und verantwortlichen Handelns an dem Modell eines «volkstümlichen» Erziehers im Zentrum stand und seine Vorstellung von Erziehung prägte, so ist sein Interesse an den politischen Entwicklungen unübersehbar. Positive Äusserungen über Hindenburg, der mit der Republik niemals seinen Frieden geschlossen hatte, sind nicht bekannt. Der ehemalige preussische Generalfeldmarschall hielt diejenigen, die die

erste deutsche Republik geschaffen hatten, schlechterdings für Landesverräter, die den Dolch in den Rücken der von ihm geführten unbesiegten Armeen gestossen hätten.

Demokraten, die sich der Entwicklung zum autoritären Präsidialsystem widersetzen, verloren zunehmend an Boden, aufgerieben zwischen den Flügeln extremistischer Parteien. Sie waren aber auch Opfer des Wunsches, der sich in der Parole Bahn brach, «Republik, das ist nicht viel! Sozialismus ist das Ziel!», und des abhanden gekommenen Vertrauens in kooperationsfähige Partner. Die Folgen dieses politischen Misstrauens waren nicht nur ausgeschlagene parlamentarische Koalitionsmöglichkeiten, sondern eine Ausbreitung der Neigung zur politischen Destruktion. Wahlbeteiligung diente nicht mehr der politischen Beeinflussung des Gemeinwesens, sondern der Demonstration des Protestes, der Abneigung, der Manifestation eines verlorenen politischen Konsenses, der Abgrenzung.

Diese Erfahrung erklärt zu einem guten Teil, warum sich Regimegegner nach 1933 kaum zum Ziel bekannten, diese Republik zu restaurieren. «Über Weimar hinauszugehen», diese Absicht bestimmte ihr politisches Wollen, nicht aber der Wunsch, gleichzeitig mit der Überwindung der nationalsozialistischen Ordnung die Weimarer Republik und ihre Verfassungsordnung zu erneuern. Damit wandten sie sich keineswegs gegen die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie, sondern bezweifelten angesichts der plebiszitären Absicherung nationalsozialistischer Herrschaft lediglich, dass die demokratische Abstimmungspraxis ohne institutionelle Absicherung eine ausgleichende Voraussetzung der zu schaffenden Verfassungsordnung sein konnte. Demokratie setzte ihrer Überzeugung nach Vertrauen in Mitbürger und politische Institutionen voraus.

Reichwein gehörte nicht zu den entscheidungsschwachen oder zu den politisch kraft- und willenslosen Menschen der ausgehenden Weimarer Republik. Er gab die Republik nicht preis: Im September 1930 hatte er sich zur SPD bekannt, fast zur gleichen Zeit wie Karl Barth,

und dadurch zu jener politischen Kraft, die nicht nur vorbehaltlos zur Weimarer Republik stand, sondern die der Stärkung durch entschiedene Republikaner bedurfte. Er versuchte, in der Sozialdemokratie auch eine Bewegung zu beeinflussen, die man nicht mehr als un- oder antinational diffamieren könnte. Das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Sozialdemokratie trieb mehrere kleine Gruppierungen von Sozialdemokraten um, die sich im Hofgeismarkreis oder im Leuchtenburger Kreis gesammelt hatten. Sie beschäftigte die Frage, wie die Nationalsozialisten mit nationalen Argumenten zu bekämpfen seien.

Dazu suchten sie den persönlichen Kontakt mit den von den Nationalsozialisten Umworbene, aber auch die persönliche Konfrontation mit den politischen Gegnern selbst. Die Vorstellungen Reichweins wurden während eines Kurses sichtbar, der in den späten Augusttagen des Jahres 1932 in Prerow auf dem Darss unter Leitung von Fritz Klatt stattfand und einer politischen Bestandsaufnahme gleichkam. Entschieden und besonnen verteidigte Reichwein die Nationalsozialisten nicht, sondern setzte unter Hinweis auf die «Doppelung» der NSDAP auf deren linken Flügel um Otto und Gregor Strasser.

Das Protokoll der Tagung überliefert eine auf den ersten Blick befremdende Formulierung, die Reichwein in ähnlicher Weise auch später, im Sommer 1933, in seinem Lebensbericht benutzen sollte, den er im Zusammenhang mit seiner Wiedereinstellung in das Beamtenverhältnis niederschrieb. Dabei bekannte sich Reichwein nicht nur zu einer «volkstümlichen Bildung» und Erziehung, sondern auch zu der Vorstellung, gerade durch diese Volkstümlichkeit die «Volksgemeinschaft» verwirklichen zu können. Er hätte begonnen, so schrieb er, «zu lernen, dass die Verwirklichung der Volksgemeinschaft» eins sei mit der «Verwirklichung der sozialistischen Nation».

Auch diese Deutung ist interpretierbar, denn Reichwein hatte gerade durch seine Übereinstimmung mit den Zielen national geprägter

Sozialdemokraten wichtige Voraussetzungen für einen semantisch überzeugenden Anklang an die Terminologie geschaffen, deren Beherrschung eine Voraussetzung für sein Überleben in der Konsolidierungsphase der Diktatur war. Ihm kam zugute, dass er ebenso wie Carlo Mierendorff als Mitglied des Beirats dem Kreis um die «Neuen Blätter für den Sozialismus» nahe stand, ohne sich allerdings in der Untergangsphase der Republik publizistisch breit entfalten zu können. Ohne Zweifel war er ein national orientierter Sozialdemokrat, auch wenn er sich in einem auf den ersten Blick höchst missverständlichen Brief als «nationaler Sozialist» bezeichnet und die Forderung erhoben hatte, «durch Sozialismus zur Nation» zu gelangen.

Auch wenn Reichwein später betonte, sich mit der «Grundidee der nationalsozialistischen Bewegung [...] nicht im Konflikt» zu befinden oder befunden zu haben, so war dies eine an Adressaten gerichtete Beschwörung, keine Beschreibung seines inneren auf Distanz gegangenen Zustandes. Dass sich in der Endphase der Weimarer Republik keine Bemerkungen der Kritik, des Abscheus, der Gegensätzlichkeit bei Reichwein finden lassen, ist wohl auf Belastungen durch seine akademischen und pädagogischen Verpflichtungen zurückzuführen.

Im Zentrum von Reichweins akademischen Interessen standen bald die neuen Medien, der Rundfunk und die Möglichkeiten des Unterrichtsfilmes. Dieses Interesse verstärkte sich nach 1933. Seine Aufgeschlossenheit teilte er mit anderen Zeitgenossen, etwa Mierendorff, der sich bereits vor dem Ende des Ersten Weltkrieges zu dem neuen Medium bekannt hatte und sich stets ein waches Gespür für die Möglichkeit symbolisch vermittelter Politik bewahrte. In seiner Lebensform demonstrierte Reichwein aber bereits lange vor 1933 die Aufgeschlossenheit für das Moderne.

Modernität schreckte ihn nicht, sondern forderte ihn heraus. Mit Sicherheit war er der einzige Hochschullehrer in Deutschland, der ein

eigenes Flugzeug besass. So konnte er Verbindungen halten, auch ein Netz knüpfen, persönlich beeindruckend und wirksam. Denn Reichwein äusserte sich nicht nur in Abhandlungen, sondern er wirkte vielmehr persönlich, unmittelbar. Die Mischung einer Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen und für Veränderungen war auch die Grundlage seines späteren grossen pädagogischen Erfolges. Es scheint, als wenn ihn die positive Resonanz, die seine Arbeit in den späten Weimarer Jahren gefunden und sich in der nationalsozialistischen Zeit noch verstärkt hatte, letztlich sogar bedrückt hat. Lief er doch Gefahr, lediglich dazu beizutragen, dass die Nationalsozialisten auf ihn und sein erzieherisches Vorzeigeprojekt verweisen konnten.

Reichweins Wille zum Austausch mit anderen schuf jene Fähigkeit zur kommunikativ vermittelten Nähe, die alle in den Bann zog, die ihm begegneten. Und sicher erklärten seine Zugewandtheit und Offenheit auch die ausgeprägte Gesprächsbereitschaft, die ihn kennzeichnete. Nicht allein um das Wie, sondern auch um das Was ging es ihm letzten Endes. Und diese Entschlossenheit zum Inhalt bestimmte seine politische Verhaltensweise in den Jahren bis zum Kriegsausbruch. Denn Reichwein versuchte, seine Bildungskonzepte zu entwickeln und auch mit nationalsozialistischen Institutionen durchzusetzen, die er eigentlich verachtete.

Die Verantwortung des Pädagogen war in der Weimarer Phase seiner Professionalisierung nicht allein durch die Inhalte seiner wissenschaftlichen Disziplin, sondern auch durch seine mitmenschliche Aufgeschlossenheit und Verantwortung für die öffentlichen Dinge bestimmt. So waren auch die Weimarer Pädagogen von Herman Nohl bis Wilhelm Flitner durch ihre Aufgeschlossenheit für die Bildungsphilosophie und ihre Interessiertheit an allen Fragen der Bildungs-, Unterrichts- und Lebensreform geprägt. Ihre Verantwortung für die politischen Dinge hatte sich in den letzten Jahren der Republik täglich zu beweisen. Ende 1931 hatten sich die politischen Verhältnisse sichtlich

zugespitzt. Den Deutschen stand das «Wahlkampfinferno» des Jahres 1932 damals erst noch unmittelbar bevor, ebenso der «Preussenschlag», den Reichskanzler Franz von Papen gegen das demokratische Preussen führte.

Widerstandslos nahmen Gewerkschaften, Demokraten, Vertreter des politischen Katholizismus und der Arbeiterbewegung das Schleifen des «demokratischen Bollwerks» hin. Sie bereiteten so jenen Dammbruch vor, der im Sommer 1932 mit den Reichstagswahlen einen nationalsozialistischen Triumphzug in den Reichstag und von dort in die Regierungsverantwortung einzuleiten schien. Reichskanzler Heinrich Brüning's Konzept war zu dieser Zeit ebenso gescheitert wie politische Versuche zur Zähmung der NSDAP. Die Auflösung der Weimarer Republik hatte begonnen. Die Zukunft war nicht mehr offen, sie war verdunkelt und sollte es für Jahre bleiben. Auf unvergleichliche Weise brachte Reichwein dies viele Jahre später auf den Begriff, als er im Zusammenhang mit dem Einfall deutscher Truppen in Norwegen von einem «düsteren Strahlen» sprach, das seinen Alltag beeinflusse.

Am Ausgang der Weimarer Republik war es dem politisch Engagierten kaum mehr möglich, sich einer Entscheidung zu enthalten, sich der politischen Verantwortung zu entziehen. Diese Entscheidungsprämissen prägten auch Reichwein. Nun schienen sich manche seiner früheren Erfahrungen – Krieg, Studium, Erwachsenenbildung und Konfrontation mit dem Fremden als Folge seiner Aufgeschlossenheit für das jeweils Andere – zu bündeln, der so geschürzte Knoten einen neuen Ausgangspunkt zu markieren. Ein Konzept hatte er bereits. Es verband Politik und Erziehung. Deutlich wird dies in der Erklärung seines Beitritts zur SPD, in der er den «erzieherischen Einsatz» für «am dringendsten» hält. Er drängte nicht in die Politik, sondern er wollte gleichsam zu ihr, um bildend zu wirken.

Die Übergänge zwischen Bildung und Politik, zwischen Politik und Wissenschaft und schliesslich wieder von der Erziehungswissen-

schaft in die praktische Schulbildung gestalteten sich schwierig und waren nicht ohne soziales Risiko. Reichwein konnte bei jedem Wechsel seiner Tätigkeitsbereiche an frühere Leistungen anknüpfen. Im Sommer 1933 nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst nutzte er den zeitspezifischen Umstand aus, dass die Nationalsozialisten wohl kein Interesse daran haben würden, ihnen distanziert gegenüberstehende Bürger durch Emigration zu verlieren.

Reichwein hatte sich bereits einen Namen gemacht und besass auch internationale Verbindungen. Als Schwerverwundeter des Ersten Weltkrieges genoss er Anerkennung, und die Novemberrevolution hatte ihn 1918 nicht in eine Position gebracht, in der er die weiteren Entwicklungen der von den Nationalsozialisten verabscheuten «Novemberrepublik» hätte beeinflussen können. Die Übergangsphase zur Weimarer Republik war für ihn durch das zielstrebige Studium in Frankfurt am Main, damals eine der jüngsten, und in Marburg, eine der traditionsreichsten Universitäten, bestimmt gewesen. In den letzten Jahren des Krieges und in der Revolutionszeit überschlugen sich für ihn manche persönlichen, aber keine politischen Entwicklungen: Beeinflusst durch die Ideale der hündischen Jugend, war er unmittelbar im Anschluss an seine Schulzeit Soldat geworden. Alle seine damaligen Erfahrungen, auch die des Krieges, integrierte er in sein Konzept von Bildung und Erziehung. Dies mag erklären, weshalb er die Tätigkeit des Pädagogen mehrfach als Einsatz an der «Erziehungsfront» charakterisiert hat.

Überraschend bleibt, wie wenig sich die Brüche der dreissiger Jahre in Reichweins Briefen und Schriften niederschlagen. Mit offenem Blick durch die Welt zu gehen, ist die Voraussetzung geistiger Souveränität und Selbstsicherheit. So geriet Reichwein in den späten Jahren der Weimarer Zeit in ein Spannungsverhältnis: Was er pädagogisch wollte, wurde durch die Politik gefährdet und schliesslich unmöglich gemacht. Was er nicht wollte, erfuhr er als Zumutung, auf die

zu reagieren war. Diese Erfahrung teilte er mit anderen Pädagogen dieser Zeit, von denen manche emigriert waren, viele sich jedoch angepasst hatten. Reichwein gehörte weder zu den einen noch zu den anderen.

Ihn trafen die Entwicklungen nicht unvorbereitet. Denn die Veränderungen deutscher Politik und ihres Stiles hatte eine Gruppe jüngerer Sozialdemokraten beobachtet, die in der Weimarer SPD zwar nicht ohne Einfluss, innerhalb der überalterten Sozialdemokratie aber ohne eine feste Basis war. Der Erfahrenste war Leber, der Lebhafteste Miendorff, und diesen «Jungen», die ihr politisches Selbstbewusstsein, ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und ihr Mut zur offenen Auseinandersetzung auszeichnete und die auch als «militante Sozialdemokraten» bezeichnet wurden, waren auch Theodor Haubach und Kurt Schumacher verbunden.

In der frühen Verbindung mit diesen Gefährten zeichnete sich eine neue und wichtige Episode von Reichweins Entwicklung nach 1933 ab. Denn drei dieser «jungen» oder «militanten» Sozialdemokraten gehörten zehn Jahre später dem Kreisauer Kreis an, der Gruppe von Regimegegnern, die durch Beratungen, Diskussionen, Abstimmungen und geistige Klärungsversuche die Voraussetzung einer Neuordnung der deutschen Gesellschaft, ihrer Kultur und Politik, aber auch ihrer Wissenschaft und Wirtschaft erörterten – zunächst ohne den Blick auf einen aktiv betriebenen Umsturzversuch, bald aber als entscheidende intellektuelle Antriebskraft eines Widerstandes, der nicht mehr aus engen sozialen Milieugrenzen und politisch-konfessionellen Traditionen erfolgte.

Erstmals hatten sich Mitglieder des Kreisauer Kreises im Sommer 1940, vielleicht auch schon etwas früher, getroffen, zunächst in Berlin, dann zu den grösseren Tagungen in Kreisau. Konspiriert wurde in Berlin, diskutiert vor allem im Kreisauer Berghaus. Ausgangspunkt war der Versuch, im kleinen Kreis Vertrauter im Gespräch und in der Lektüre Austausch zu fördern. Die Anfänge des Kreises gehen auf Helmuth Ja-

mes Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg zurück, die im kleinen Zirkel von Diskutanten besonders intensiv Probleme der postdiktatorischen Neuordnung erörtern wollten.

Die verschiedenen Gesprächspartner kannten sich teilweise aus Studienzeiten, teilweise gab es verwandtschaftliche Verbindungen, nicht selten politische Gemeinsamkeiten. Sie beabsichtigten zunächst nicht mehr, als in der Diskussion über eine neue politische Grundlage für ein vom nationalsozialistischen Regime befreites Deutschland nachzudenken. Dabei brachten sie nicht zuletzt ihre politischen Differenzen zur Sprache. Wer Differenzen artikulieren wollte, um sie zu klären, musste zunächst einmal die Konfrontation mit abweichenden Meinungen suchen. So schritt die pluralistische Strukturierung des Kreises voran. Sie war die Voraussetzung für den Versuch, die unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Teilnehmer gemeinsam zu durchdenken und zu überwinden.

Auch Reichwein fand frühzeitig zu diesem Kreis. 1940 erwähnte er eine Begegnung mit Carl Dietrich von Trotha. Beide hatten manche gemeinsamen Ziele und Prägungen, die in der Überzeugung gründen mochten, dass aus der «Zusammenarbeit der Menschen ein Zusammenleben» werde. Trotha kam aus der Jugendbewegung der christlichen Pfadfinder, Reichwein aus dem Wandervogel, und beide betonten, wie auch Otto Heinrich von der Gablentz, die Bedeutung beruflicher Bildung.

Kennzeichen der Kreisauer war die immer wieder spürbare Distanz gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, die auch nicht durch die Übernahme beruflicher Funktionen innerhalb des Systems gemildert, sondern vielleicht durch die dabei gewonnenen Kenntnisse über den Zustand Deutschlands und die Realität des Rassen- und Weltanschauungskrieges vergrößert wurde. Diese Distanz steigerte sich augenscheinlich angesichts aussenpolitischer und militärischer Erfolge, wie es die wenigen überlieferten Bemerkungen aus der Vorkriegszeit und den frühen Kriegsjahren aus der Feder von Reichwein deutlich ma-

chen. Wenn etwa in Deutschland und auch in Europa das Münchner Abkommen vom Herbst 1938 weit gehend als Erfolg empfunden wurde, so wuchs gerade unter dem Eindruck dieses diplomatischen Erfolges, der nicht vom Pogrom des November 1938 getrennt werden konnte, der Pessimismus unter den Regimegegnern und steigerte sich fast bis zur Niedergeschlagenheit.

Reichwein schreibt seinem britischen Briefpartner wenige Wochen nach dem Abschluss des Münchner Abkommens: «Im Ganzen der europäischen Dinge» seien «natürlich die letzten Wochen sehr schmerzlich» gewesen. «Ich zog mich ganz nach innen und in meine tägliche Arbeit.» Neben dem inneren Rückzug ist zur gleichen Zeit der starke Wunsch spürbar, die als verhängnisvoll empfundenen Entwicklungen zu beeinflussen. Seinem langjährigen Freund, dem Eucken-Schüler Paul Hensel, klagt er am 6. November 1938, er sehe die «Zeit echter kulturpolitischer Einsätze noch nicht gekommen». Darum sei es «umso wichtiger [...], sie vorzubereiten». Er selbst sei bei dieser Vorbereitung nicht müßig und «pflege mit Bedacht die vom Reichsnährstand und von der Hitleijugend aufgenommenen Verbindungen». Die von ihm bewusst gesuchte Nähe war kein Ausdruck der Anpassung, sondern der Bemühung um die Abwehr verhängnisvoller Entwicklungen.

Selbstkritisch und unübersehbar distanziert schrieb Reichwein wenige Wochen später an Flitner: «Wenn meine politische Struktur tagessgemässer wäre, könnte jetzt wahrscheinlich Grosses erreicht werden.» Aus den zitierten kleinen Briefstellen wird deutlich, dass sich Reichwein in einer tief gehenden Umbruch- und Neuorientierungsphase befand. Er hat die Stimmung, die seine frühe Selbstdarstellung prägte und den an Elisabeth Walther, seine ehemalige Studentin, gerichteten Brief kennzeichnete, augenscheinlich endgültig überwunden. Nun beginnt eine Phase konspirativer Tarnung. Deshalb steht eine Grussformel wie «In ausgezeichnete Hochachtung Heil Hitler! Ihr sehr ergebener» ne-

ben dem klaren und – der Krieg hatte noch nicht begonnen – visionären Bekenntnis zum deutsch-französischen «Verstehen» als Grundlage eines «späteren Friedens unseres Erdteils».

Ende der dreissiger Jahre wechselte Reichwein von der Schul- zur Museumspädagogik. Die neue Tätigkeit war die Voraussetzung für die nur aus dem Rückblick wenig überraschenden Verwerfungen, die den Übergang in die vierziger Jahre prägten. Er betrachtete seine schulpädagogische Aufgabe als erfüllt; sei es, weil für ihn nach Errichtung der geplanten neuen Landschule nichts Konzeptionelles mehr zu tun blieb, sei es, weil sich für ihn in Berlin die Möglichkeit abzeichnete, Zeitströmungen und Entscheidungskonstellationen zu beeinflussen.

Der Wechsel seines Aufgabenfeldes führte Reichwein mit dem Beginn des Krieges in das Regierungsviertel Berlins. Hier bot sich für ihn erneut, zumindest oberflächlich betrachtet, die Gelegenheit, pädagogische Konzeptionen praktisch umzusetzen. Reichwein erhielt eine leitende Funktion in der Museumspädagogik. Er sollte den Schulfunk, der im Rundfunk täglich ausgestrahlt wurde, pädagogisch betreuen. Viel wichtiger war die Chance, alte politische Verbindungen aufzunehmen. In Berlin lebte Leber mit seiner Familie; hier begegnete er alten Freunden wie Mierendorff und Haubach.

Und bald weitete sich sein Kreis. Den Jahreswechsel 1939/40 feierte Reichwein nach der Erinnerung eines Beteiligten in Moltkes Wohnung nahe dem Noliendorfplatz und traf dort mit Hans-Bernd von Haefen, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und Horst von Einsiedel zusammen. Aufgrund seiner Funktion konnte er Reisen unternehmen, denn immer wieder wurde er zu Vorträgen eingeladen. Im Sommer 1940 war er etwa in Stuttgart, wenig später in Braunschweig; auch Kassel lag auf dem Weg. Sein Bekanntenkreis weitete sich.

Wichtig wurden Treffen in Yorcks Wohnung, auch eine Begegnung zwischen Moltke, dem Tegeler Gefängnisgeistlichen Harald

Poelchau und Reichwein. Wichtig war auch der Austausch mit Eugen Gerstenmaier. Hinzu kamen viele Gespräche, deren Sinn sich den Beteiligten nicht selten erst mit dem Tode Reichweins erschloss. Systematisch lassen sich die Inhalte der Gespräche und die Folgen der Begegnungen nicht erforschen. Sicher ist nur, dass die Zahl der Begegnungen wuchs, gewiss wohl durch die «systematische Pflege», wie Moltke Ende Juni 1940 seiner Frau ankündigte.

Vergleichsweise frühzeitig, vermutlich vor den anderen sozialdemokratisch orientierten Mitgliedern, kam Reichwein in diesen Zirkel, den die Gestapo später nach dem dreimaligen Tagungsort Kreisau, dem Landsitz der Moltkes in Oberschlesien, benannte. Er hatte die drei Sozialdemokraten, Haubach, Leber und Mierendorff, mit grosser Wahrscheinlichkeit sogar erst an den Freundeskreis herangeführt.

Obwohl unbestreitbar ist, dass die Mitarbeit im Kreisauer Kreis für Reichwein den Höhepunkt seiner geistigen und politischen Existenz markiert, wäre es problematisch, sein Leben und Sterben nur von daher zu deuteten. Dies empfanden auch verschiedene seiner Gesprächspartner, denen sich erst an seinem Ende der Sinn mancher seiner Bemerkungen erschloss. Bei aller Zurückhaltung gegenüber der nachträglichen Sinngebung mancher Äusserungen, Begegnungen und Beobachtungen ist unübersehbar, dass in der 1940 beginnenden Diskussionsphase genau die Kenntnisse und kommunikativen Erfahrungen wirksam werden, die Reichweins frühere berufliche und pädagogische Tätigkeit kennzeichnen.

Darum ist es notwendig, auch die Jahre zwischen der Machtergreifung und der Entscheidung für ein Leben im Widerstand in seine politische Entwicklung zu integrieren. Tut man dies, ergibt sich eine beeindruckende prinzipielle Kontinuität. Sie wird sichtbar in einigen Briefstellen. So mag es nur bedingt überraschen, dass Reichwein bereits mehr als zehn Jahre vor den Gesprächen im Kreisauer Freundeskreis

das Thema gemeinsamer Bestrebungen unbewusst angeschlagen hatte, als er nach seiner politisch bedingten Entlassung im Frühjahr 1933 und der Zerschlagung der Gewerkschaften nach dem 1. Mai 1933 in einem Brief an Ernst Robert Curtius feststellte, sein Koordinatensystem sei «unerschüttert». Es täte ihm allerdings «wohl, einige Menschen zu wissen, die noch in Ordnung sind».

Reichwein stand den beiden führenden Köpfen dieses Freundeskreises – Moltke und Yorck – menschlich besonders nahe, und dies nicht nur, weil sein Büro ein wichtiger Anlaufpunkt für die Freunde geworden war oder seine im August 1943 in Berlin-Südende ausgebombte Familie auf dem Gut Kreisau ein Unterkommen gefunden hatte. Moltke hatte seiner Frau Freya in den Jahren zuvor immer wieder über Treffen mit Reichwein berichtet, der zu denjenigen Sozialdemokraten zählte, die auch bei den Angehörigen des bürgerlich-konservativen und militärischen Widerstands Ansehen genossen und die mehr anstrebten, als lediglich eine politische Richtung in einem Diskussionszirkel zu vertreten. Reichwein hatte in den Beratungen im Freundeskreis entscheidende Anstöße auf den Gebieten Erziehung, Kultur und Wissenschaft zu geben. Dabei ging es nicht allein um Menschenbildung, sondern vor allem um Fragen der Erziehung als Voraussetzung politischer Gemeinschaftsbildung.

Deutlich wird aber auch, in welchem Masse sich Reichwein nach 1933 politisch verändert hat. Stehen vor 1933 viele politische Ereignisse im Schatten ganz privater Ereignisse und beruflicher Entwicklungen, so überlagerte allmählich die Politik vieles andere. Dies wird an einem Detail deutlich. Am 30. Januar 1933, während Hitler seine Machtergreifung inszenierte, wurde Leber in Lübeck nach einer Demonstration von der Polizei zusammengeschlagen und inhaftiert. Reichwein feierte an diesem Tag seine Verlobung mit Rosemarie Pallat, die er zwei Monate später, am 1. April, dem Tag des ersten Massenboykotts der Geschäftejüdischer Besitzer, heiratete.

Die öffentlichen Ereignisse stehen in diesen Tagen für ihn wohl im

Schatten der privaten. Jahre später hingegen überlagerten private Ereignisse nicht mehr die Zeiterscheinungen, machten den Mund nicht stumm, sondern umgekehrt: Private Ereignisse wurden mit den politischen Ereignissen verbunden. «Wer hätte das gedacht», fragte Reichwein Anfang Juni 1944 seine Frau, «dass sich das Datum der Invasion für immer mit Sabines Geburtstag verknüpfen würde?» Und er fuhr fort: «Möge es für ihren Lebensweg ein glückliches Omen sein.»

In dieser eindrucksvollen Weise war die Politik allerdings erst allmählich in das Leben der Familie Reichwein gedrungen. Zunächst stand der Beruf als Pädagoge im Vordergrund. Die Märztage 1933 etwa standen noch ganz im Schatten von Prüfungsverpflichtungen und liesen so in den überlieferten Briefen kaum sichtbar werden, dass 1933 in Berlin eine liberal-verfassungsstaatlich geprägte politische Welt zusammenbrach und sich die «Legalisierung der Rache» vorbereitete. Unverkennbar verbreiteten die Apriltage des Jahres 1933 vor allem Unsicherheit angesichts der erwarteten Zwangsentlassung aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933.

Am 24. April erreichte Reichwein die Nachricht von seiner Beurlaubung. Im Unterschied zu manchen seiner Freunde stand er zu dieser Zeit nicht im Zentrum nationalsozialistischer Verfolgungen. Er entschied sich gegen Emigration. Der Entschluss, in Deutschland zu bleiben, verband ihn mit Carlo Mierendorff, Wilhelm Leuschner, Hermann Maass, Haubach und Julius Leber, auch mit Bonhoeffer, die unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung persönlich mit den Folgen politischen Terrors konfrontiert wurden. Reichwein wurde nach der Beurlaubung im August 1933 lediglich in «ein anderes Amt» versetzt, das er zum 1. Oktober 1933 antreten konnte.

Seit Herbst 1933 war Reichwein Volksschullehrer in Tiefensee, einer kleinen Gemeinde in der Mark Brandenburg am Rande der Buckower Schweiz. Formal empfand er dies als eine Rehabilitation

«für die Gesellschaft». «Nicht aus politischen Gründen beurlaubt, und überhaupt wieder aktiver Staatsbeamter» sei er, schrieb er Mitte August seinen Eltern. Er stellte sich der neuen Aufgabe mit grossem Engagement, zog sogar Assistenten für die Arbeit in Tiefensee heran, Menschen, denen er vertraute. Er erregte ebenso Aufsehen mit seiner Art des Unterrichts, wie er auch öffentliche Anerkennung erhielt, die ihn möglicherweise sogar belastete. Grenzen verfliessen in Diktaturen. Das Verfliessen ist Kennzeichen eines totalitären Systems, das strukturelle Differenzierungen aufhebt und nicht zuletzt zu einer semantischen Nivellierung neigt. Tiefensee bedeutete für Reichwein eine glückliche Zeit. Er beklagte sich nicht über sein Schicksal, sondern genoss das Zusammensein mit seinen Kindern und die Arbeit an der, wie er es nannte, «Erziehungsfront».

Wer die Bilder vor Augen hat, die Reichwein im Kreis seiner Schüler zeigen, und dann sein Ende in Plötzensee auf sich wirken lässt, wird durch den Gegensatz von Harmonie, fast Idylle und letzter Konsequenz eines selbst gewählten Risikos gelähmt. Reichwein war in seiner Dorfschultätigkeit nicht einmal gezwungen, sich ideologisch zu verbiegen. Seine Tätigkeit als Dorfschullehrer bot wichtige Voraussetzungen einer Nischenexistenz, die zuweilen in Diktaturen möglich ist.

Reichwein konnte in Tiefensee vermutlich einen vorteilhaften Umstand nutzen, die bisher in der widerstandsgeschichtlichen Forschung kaum beachtet worden ist: die Furcht der Nationalsozialisten vor einer breiteren Emigration jener, die nicht unbedingt als «geborene Gegner des nationalsozialistischen Staates» auszumachen waren. Glücklicherweise, so schrieb er später an seinen ehemaligen Kollegen Hans Bohnenkamp, hätten sich vor dem Amtsantritt die Verhandlungen «so lange hingezogen, dass die Stimmung fürs Hierbleiben sich immer mehr festigen konnte». Für ihn eröffnete sich in Tiefensee somit eine so genannte deutsche Lösung. Sie gab ihm die Möglichkeit, in der Phase seiner persönlichen Diskreditierung und auch Degradierung an

eine Tätigkeit anzuknüpfen, die er als seinen ureigenen Auftrag und als Verpflichtung betrachtet hatte: die Erziehung und Bildung junger Menschen.

Im Gegensatz zu Mierendorff und Haubach, aber auch zu Leber blieb Reichwein bis Anfang Juli 1944 Haft und Konzentrationslager erspart. Er war im Kern seines Wesens Pädagoge; seine späteren Freunde hatten in viel stärkerem Masse die unmittelbare politische Konfrontation mit den Nationalsozialisten gesucht, sei es als Mitarbeiter von kämpferischen Sozialdemokraten, sei es als Reichstagsparlamentarier. Sie wurden vor allem in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Zeitströmungen zu politisch «unbedingten» Menschen. Zwar hatte auch Reichwein einen sozialdemokratischen Hintergrund. Er hatte seit der Mitte der zwanziger Jahre in den «Sozialistischen Monatsheften» publiziert. Entscheidend war aber sein pädagogisches Interesse.

Die Nationalsozialisten verfolgten ein anderes Ziel. Ihre Pädagogen hämmerten in die Köpfe der Menschen ein, das Leben sei Kampf, der Einzelne bedeute nichts, das Volk sei alles. Reichwein ging im Unterschied dazu von einem personalen Konzept der Bildung und Erziehung aus. Im Kreisauer Kreis konnte er später diesen Gedanken aufnehmen, in allgemeine und übergeordnete Kontexte rücken und dabei programmatisch verdichten. Bezugspunkt von Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung war der Mensch.

«Es ist schon», schrieb Reichwein nach seiner Entlassung an Ernst Robert Curtius, «ein merkwürdiges Schicksal bei aller Leidenschaft für Wirken an der Jugend, an Volk und Nation.» Und er setzte den Gedanken auf überraschende Weise fort: «Aber der totale Staat macht ganze Arbeit.» Aus dieser bedrängenden Formulierung, die mit eben diesem Begriff wenig später auch ein völlig anders geartetes Bekenntnis – das Barmer Bekenntnis der Bekennenden Kirche – prägte, zog Reichwein eine persönliche Konsequenz, wenn er betonte, er sei «heiter und gelassen».

Denn er «spüre mächtiger denn je, was sittliche Gewissheit und gutes Gewissen in einem bedeuten können, wie viel Kraft einem von da kommen kann».

Heiter sein zu können war die Voraussetzung für Ungebrochenheit, und dies verband Reichwein mit seiner Frau Rosemarie Pallat. Heiterkeit war die Voraussetzung für alle zeitbedingte Unsicherheit überspielendes sicheres Zukunftsgefühl, für jenen spezifischen Optimismus, der sich auf den Willen gründet, die Gestaltung der Zukunft dem «Gegner» nicht zu überlassen.

Nimmt man die verschiedenen Aspekte von Reichweins persönlicher und beruflicher, wissenschaftlicher und pädagogischphilosophischer Entwicklung gebündelt in den Blick, dann wird deutlich, mit welcher geistigen Ausstattung er in den Kreisauer Freundeskreis trat.

Mitte März 1939 trat Reichwein die neue Stelle als Abteilungsleiter Schule und Museum am Berliner Museum für Deutsche Volkskunde an. Überraschend war die Übernahme der neuen Aufgabe nicht, denn Reichwein hatte in seinen lebenskundlichen Unterrichtsbemühungen stets den Blick auf die Alltagswirklichkeiten lenken wollen. Er gehörte zu den Pädagogen, die am zielstrebigsten und zielbewusstesten die Möglichkeiten des Museums für den lebenspraktischen Unterricht und die schulische Bildung nutzen wollten. Schule und Museum wurden als Teile eines verbundenen museumspädagogischen Dienstes aufgefasst. Gleichzeitig mit dem Wechsel von Tiefensee nach Berlin begann für Reichwein eine ganz andere Tätigkeit: der Weg in den konspirativen Widerstand, der schliesslich durch die Kontakte zum kommunistischen Widerstand über den Kreisauer Kreis hinausführte.

Die museumspädagogische Arbeit schuf vor allem die Voraussetzungen für eine ausgedehnte Vortrags- und Reisetätigkeit und dadurch auch für eine politische Tätigkeit, die in vielen früheren Äusserungen Reichweins angelegt ist, aber sich doch nicht mit zwangsläufiger Konsequenz entwickelt. Das verbindet ihn mit anderen Regimegegnern,

von denen manche nicht selten sogar die Ziele überwinden müssen, die sie partiell in der Aussen- oder Sozialpolitik mit den Nationalsozialisten geteilt hatten.

Die Fragen der Gestaltung des «Danach» lenkten den Blick auf die Zeit nach der nationalsozialistischen Herrschaft. Reichweins Arbeitszimmer im Berliner Prinzessinnenpalais Unter den Linden entwickelte sich zu einem wichtigen Treffpunkt jener Regimegegner, die seine Nähe suchten, wie Moltke, oder zu denen er Verbindungen knüpfte, wie zu Mierendorff, dessen Tod Anfang Dezember 1943 ihn tief traf. Reichwein verknüpfte zunehmend die Fäden zwischen Haubach, Leuschner, Maass und Leber, also jener Gruppe, deren Mitglieder aus der demokratischen Arbeiterbewegung kamen und eine entscheidende Rolle bei dem Umsturzversuch zu übernehmen hatten, weil sie die Chance darstellten, aus dem militärisch-bürgerlichen Widerstand ohne Volk unmittelbar nach dem Umsturz einen Widerstand aus dem Volk entstehen zu lassen. Sie verkörperten die Aussicht, eine breite Unterstützung im Volk zu finden.

Reichweins Bemühungen im Widerstand überlagerten sich mit seiner normalen beruflichen Tätigkeit im Museum. Die Arbeit diente der Tarnung. Die Regimegegnerschaft rückte in den Vordergrund. In ihr zeigt sich die historisch-politische Verortung Reichweins, der später als einer der bekanntesten Gegner des Nationalsozialismus in beiden Teilen Deutschland verehrt worden ist. Dies hatte zur Folge, dass sein Leben vor allem vom Ende her gedeutet wurde.

Reichweins Weg in den Widerstandskreis um Stauffenberg lässt sich nicht schlüssig nachzeichnen. Die Überlieferung ist zu rudimentär. Erstmals fällt sein Name Mitte August 1944 im Zusammenhang mit der vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, geleiteten Untersuchung der Sonderkommission, die nach dem 20. Juli 1944 gebildet worden war. Reichwein sei vor ei-

niger Zeit im Zusammenhang mit einer Personengruppe verhaftet worden, die in Anlehnung an das von Moskauer Kommunisten gelenkte Nationalkomitee «Freies Deutschland» arbeite, hiess es.

Reichwein galt den Vernehmungsbeamten deshalb als Vertreter einer «Ostlösung», einer «Verständigung mit Russland». Die Charakterisierung Reichweins reflektierte nicht nur die Überzeugung, dass er Verbindungen zu einer «kommunistischen Gruppe» gesucht habe. Sie stützte sich auf seine angebliche Erklärung, Russland sei «das grosse und mächtige Land der Zukunft», dem bedeutende Rohstoffe und Menschenreserven zur Verfügung stünden. Nach der Überlieferung des Sicherheitsdienstes habe Reichwein die Ansicht vertreten, dass ohne oder gegen Russland eine künftige europäische Politik nicht möglich sei.

Weiterhin wurde Reichwein durch die Verbindungen charakterisiert, die er «seit der Systemzeit» zu Haubach gepflegt habe. Einige Tage später rückte er in den Mittelpunkt, weil er zu den Kritikern der Linie Goerdelers gerechnet wurde. Zugleich zeigte sich, dass sich Reichwein und Moltke auf ihre Verteidigung konzentrierten und betonten, sie hätten es für «falsch» gehalten, «in die Entwicklung einzugreifen». Reichwein leugnete jede Kenntnis vom bevorstehenden Anschlag. Auch dies ähnelte der Verteidigungstaktik von Moltke. Dennoch wurde er neben Leber und Mierendorff von der Gestapo zu den führenden Köpfen gerechnet. Reichwein gehörte zu den Regimegegnern, denen ein unmittelbarer Kontakt zu kommunistischen Widerstandskämpfern nachzuweisen war. Deshalb wurde er bereits in Brandenburg-Görden «scharf verhört».

Nach dem 20. Juli 1944 versuchten die Ermittler, ideo Verfasser jener Aufrufe habhaft zu werden, mit denen sich die Verschwörer an die Öffentlichkeit hatten wenden wollen. Die Nationalsozialisten waren alarmiert, denn in den öffentlichen Erklärungen wurden rechtsstaatliche Traditionen des Verfassungsstaates beschworen. Das traf den Nerv des

diktatorischen Systems, auch wenn die nationalsozialistischen Ermittlungsbeamten erklärten, der Inhalt dieser Aufrufe bestünde angeblich nur «aus den alten liberalen Phrasen: ‚Erklärung der unveräußerlichen Freiheitsrechte‘, «Wiederherstellung von Recht, Gesetz und Ordnung’». Bemerkenswert schien ihnen auch die Toleranzklärung in den «Rassen-, Glaubens- und Klassenfragen» zu sein, denn dies bedeutete die Forderung nach einer «Wiederherstellung der jüdischen Rechte».

Die Tätigkeit Reichweins im Kreisauer Kreis ist gründlich erforscht worden. In sehr problematischer Weise ist allerdings oftmals das Treffen vom 22. Juni 1944 zwischen Leber, Reichwein und Anton Saefkow, dem Führer einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Berlin, gedeutet worden. Dieses Treffen hatte viel mit dem Anschlag auf Hitler von 1944 zu tun, aber auch mit den Bedingungen des kommunistischen Widerstands, denn nach dem Treffen in der Wohnung des Arztes Dr. Rudolf Schmid zwischen Reichwein und Leber auf der einen, Saefkow, seinen Parteifreunden Franz Jacob und Ferdinand Thomas auf der anderen Seite konnte die Gestapo zugreifen, weil Ernst Rainbow, ein Spitzel der Gestapo, Treffen und Teilnehmer verraten hatte. In den folgenden Tagen und Monaten wurden zahlreiche Menschen verhaftet, verhört, gequält, verurteilt und hingerichtet. Die Gestapo war bereits seit einigen Wochen auf deren Spuren und hatte nur auf eine Gelegenheit gewartet, möglichst viele der Regimegegner zu verhaften.

Am 4. Juli traf man sich erneut, diesmal ohne Leber. Am selben Tage wurde Reichwein, einen Tag später Leber festgenommen. Dadurch wurde der von Stauffenberg geplante Umsturzversuch ernsthaft gefährdet. Die an den Treffen beteiligten Kommunisten wurden am 18. September 1944 hingerichtet; Reichwein folgte ihnen am 20. Oktober 1944 und Leber dann am 5. Januar 1945 in den Tod.

Die Geschichte dieser Ereignisse, aber auch der sich an die Verhaftung anschließenden Verhöre ist jetzt aus neu aufgefundenen Akten

rekonstruiert worden. Diese Quellen sind durch den Zusammenbruch der DDR zugänglich geworden. Dass sie unzugänglich waren, verrät ihre politische Brisanz. Das Ministerium für Staatssicherheit, bei dem die Akten unter Verschluss gehalten wurden, hatte kein Interesse daran, die im Untergrund selbstständig operierende Gruppe um Saefkow in ihren eigentlichen Motiven zu schildern. War doch die Steuerung des kommunistischen Widerstands in Deutschland durch die Moskauer KPD ein unantastbares Dogma.

Hier trafen sich Kommunisten und Sozialdemokraten, gewiss mit dem Wissen und der Billigung von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, dem Motor des Umsturzes. Sie wurden getragen von einer Mission, von einem beeindruckenden und bewegenden Selbstbewusstsein, das sehr deutlich aus den Verhörprotokollen spricht. Sie hielten sich für die Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung, so wie sich Leuschner als Repräsentant der Gewerkschaftsbewegung empfand.

Es ging nicht um Regierungsbildung und auch nicht um die Neuordnung, sondern es ging um Notwendigkeiten im Vorfeld eines Anschlags, dessen Vorbereitung zumindest der kommunistischen Seite verborgen bleiben musste. Dabei sollte und wollte jeder seine Identität behaupten und bewahren. Alle Belege zeigen, wie gross die Gegensätze in dieser Hinsicht waren und blieben. So sind diese Treffen bis heute umstritten geblieben.

Die Genannten, deren Schicksal sich im Juni und Juli 1944 entschied, heben sich ab von der Mehrheit der Deutschen, die Hitler willig bis in den Mai 1945 folgte und die Rechnung für einen Krieg bezahlen musste, gegen den sie sich nicht oder zu spät gestellt hatte. Deshalb verdienen die Regimegegner Respekt, nicht aber abwertende Kommentare derjenigen, die Geschichte aus einem einseitigen politischen Blickwinkel sehen und diese Treffen in die Vorgeschichte der Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 rücken.

In der Begegnung von Leber, Reichwein, Jacob und Saefkow voll-

endete sich die Tragödie von Menschen, die sich nach 1933 weiterhin bewusst und entschieden in die Tradition von unterschiedlichen und lange Zeit feindlich gesonnenen deutschen Arbeiterparteien stellten und Deutschland «danach», wie sie sagten, also nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft, prägen wollten. Von Leber gehen die Spuren nicht nur zu Stauffenberg, sondern auch in den Kreisauer Kreis und in den Widerstand des konservativen Bürgertums. Sie alle, Sozialdemokraten, Kommunisten, Militärs und Nationalkonservative, wurden hingerichtet, weil die Nationalsozialisten jeden vernichteten, der ihnen den Anspruch auf die Zukunft streitig machte.

Sosehr Reichwein als Vertreter einer deutschen Museumspädagogik und Erziehungswissenschaft gewürdigt werden muss, so überragend war er als Regimegegner. Er drängte auf die Tat, aber auch zum Prinzipiellen. Er war kein Aktionist, sondern suchte die Verantwortung. Dabei verband sich alles, was in seinem Leben wichtig war: Er war in der Weimarer Republik zu einem Pädagogen geworden, der die Erwachsenen zu erreichen verstand. In der nationalsozialistischen Zeit hatte er in der von ihm tief geprägten Schule mit Kindern gelernt und dabei eine Lebensgemeinschaft entwickelt, der sich niemand entziehen konnte, der in ihren Kreis trat.

Schliesslich konnte er über seinen widerständigen Freundeskreis in den unmittelbaren Umkreis der Macht zurückkehren, ohne hier aufzugehen. So vermochte er die Zielvorstellungen des Widerstands in einer entscheidenden Phase beeinflussen. Denn er arbeitete in einem bedeutenden deutschen Museum, ohne den volkstümelnden Gefahren zu erliegen, die von der nationalsozialistisch geprägten Volkskunde ausgingen. Reichwein blieb ein politischer Mensch. Durch seine Entscheidung für die Regimegegnerschaft, die er nicht trotz, sondern vermutlich in seiner Verantwortung für seine Frau und seine Kinder fällte, trat er in den Überschneidungsbereich von nationalsozialistischem Vernichtungs- und individuellem Widerstandswillen. Er suchte die politische

Basis des Widerstandes zu verbreitern und nahm Verbindung zu Kommunisten auf, die wie er in ihrer Entscheidung keine Umwege akzeptierten. Nach seiner Verhaftung wollte er dem Tod entkommen, ohne vor den Nationalsozialisten zu kapitulieren. Nicht zu kapitulieren, ist ihm gelungen.

Gerade in den letzten Lebensmonaten wurde deutlich, mit welcher Konsequenz sich sein Leben vollendete. Reichwein hatte teil an diesem Jahrhundert und spiegelte in dem, was er erlebte und was er erlitt, viele Hoffnungen, Chancen, auch verfehlte Gelegenheiten. Er konnte gerade den Bereich des Widerstandes beeinflussen, der später als «bürgerlich» oder «nationalkonservativ» bezeichnet wurde. Wegen seiner geistigen Offenheit und seines politischen Selbstbewusstseins wurde er nicht immer angemessen gewürdigt. Im Westen Deutschlands tat man sich schwer mit ihm, im Osten machte man es sich mit Sicherheit zu leicht. Er war weder der Vertreter einer Ostlösung noch Repräsentant einer Sozialdemokratie, die sich die Auseinandersetzung und die Kooperation mit denjenigen Kommunisten nicht zutraute, die innerlich unabhängig waren und sich nicht als frühe, den Ereignissen vorausseilende Parteigänger Walter Ulbrichts zu erkennen gaben, als die sie später bezeichnet wurden.

Die Irritationen, die manche Äusserungen Reichweins aus den Jahren 1933 bis 1938 hervorzurufen vermögen, spiegeln die Herausforderungen einer bewussten politischen Existenz in der Diktatur. Sie müssen aus Zeitbezügen und Argumentationskontexten interpretiert werden. Nur der Regimegegner, der sich aus den Beeinflussungen durch Zeitströmungen befreite, konnte eine eigenständige Position entwickeln. Dies war ein Prozess, der auf die Verarbeitung der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Staates und seine Zumutungen verweist.

Im Widerstand ging es von einem bestimmten Zeitpunkt an um die Bereitschaft, das Risiko der aktiven Konspiration zu tragen. Vorher war es vor allem um die Wahrnehmung des Schlechten, um die Bewertung von Abweichungen von Normen des Anstands gegangen, um die

Möglichkeit einer Behauptung der eigenen Integrität gerade in der Bewältigung jener Zumutungen, die das System nicht nur auferlegte, sondern verkörperte – und dies angesichts der Erfahrung davonlaufender Zeit auf dem Weg in das Verhängnis.

Persönlich sei er «wochenlang nicht aus dem Gefühl heraus [gekommen] , dass wir in Berlin ein Wettrennen mit dem Verhängnis liefen», schrieb Reichwein der Frau seines Freundes Paul Hensel Weihnachten 1943, wenige Tage vor der Verhaftung seines Freundes Moltke. Dies war die Grundstimmung, aus der heraus er handelte.

Wie dieses Leben in extrem unterschiedlichen Funktionen möglich war, hatte er bereits im Sommer 1933 seinen Gegnern und späteren Peinigern ins Stammbuch geschrieben, als sie ihm einen Lebenslauf abverlangten.

«Das, was unser Wesen eigentlich will, was – uns selbst nur halb bewusst – hinter unserm Handeln steht, soll nicht ausgesprochen werden. Es gehört zu dem Geheimnis, dessen wirkende Kraft gerade aus der Verslossenheit kommt. Es wird überhaupt nicht leicht, etwas über uns selbst auszusagen, weil wir heute befürchten müssen, es könnte uns als eine Art Rechtfertigung vor der weltlichen Macht ausgelegt werden, wo wir doch nur unserem Gewissen verpflichtet sind. Wir wissen zwar auch, wem unser Gewissen gehorsam ist, aber wir sprechen nicht davon in einem Schreiben, von dem wir nicht wissen, wer es lesen wird.»

Deutlicher ist selten ausgedrückt worden, was Existenz in einer jener Diktaturen bedeutet, die unserem Jahrhundert die Gestalt geben. Dieser Satz relativiert jede situative und taktische Annäherung an den Gegner, der mit seinem weltanschaulichen Führungsanspruch auch über die Leichen jener geht, die sich ihm entziehen und ihn ihrer inneren Freiheit wegen bekämpfen. Reichweins Leben macht deutlich, welche Brüche dabei zu bewältigen, welche Verantwortlichkeiten zu klä-

ren waren. Denn er stand ja niemals allein für sich, sondern hatte eine Frau und vier Kinder, die seiner bedurften.

Was ihn antrieb, hatte Reichwein in einer Frühlingsbetrachtung niedergeschrieben. Dabei wurde deutlich, dass es nicht allein um das eigene Gewissen, sondern auch um die Menschen ging:

«Sehr zaghaft meldet sich der Frühling. Als ob er Scheu hätte, auf diese Erde zurückzukehren. Unter eine Menschheit, die scheinbar so geringe Anstalten zur Selbsterneuerung macht. Wie selten begegnen wir Menschen, die aus dieser schweren Prüfungszeit, die doch auch eine Gelegenheit zur Um- und Einkehr ist, die persönlichen Folgerungen ziehen. Die Masse bleibt bequem bei ihren billigen Egoismen. Eine schaurige Erfahrung [...] wo leuchten die Osterkerzen wirklich in die Herzen, dass den Menschen selbst vor dem, was da drinnen ist an Dumm- und Dumpfheit, Engigkeit, Kleinmut und hartem Egoismus, anfängt ein wenig bange zu werden?»

Fast in der Todesstunde schrieb er: «Diese drei Monate sind für mich trotz aller Qual auch von grosser innerer Bedeutung gewesen; sie haben vieles klären und hoffentlich auch läutern helfen, was man gern in seiner letzten Stunde geklärt und geläutert hat.»



Adam und Clarita von Trott zu Solz

Der Sinn des Staates besteht darin, Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE

«Die Welt mit den Augen des anderen sehen!»

Adam von Trott zu Solz

Adam von Trott zu Solz muss als die grösste aussenpolitische Be-gabung des Widerstands gelten. Weltgewandt, wie er war, hatte er frühzeitig nicht nur Zugang zu anderen Kulturen und Gesellschaften gesucht, sondern sich bemüht, die Welt mit den Augen der anderen zu sehen. Trott gehörte zu den Regimegegnern aus dem Umkreis des 20. Juli, die bereits Ende August 1944 hingerichtet wurden. Es ist überraschend, wie oft er später, vor allem in den fünfziger Jahren, ins das Zwielight gerückt worden ist.

Am 9. August 1909 als fünftes von acht Kindern geboren, war Adam von Trott zu Solz 1933 gerade vierundzwanzig Jahre alt. Er hatte zu dieser Zeit sein Studium mit einer ausgezeichneten, viel beachteten Dissertation über «Hegels Staatsphilosophie und das Internationale Recht» bereits abgeschlossen, verfügte über Auslandserfahrungen und lebte zugleich in einem ganz intensiv empfundenen Familienbewusstsein. Sein Vater war von 1909 bis 1917 preussischer Kultusminister und bekleidete anschliessend das Amt des Oberpräsidenten von Kurhessen in Kassel. Seine Mutter entstammte einer angesehenen preussisch-deutschen Diplomatenfamilie, betonte gerne ihre amerikanischen Wurzeln. Der Vater verkörperte eine liberal-konservative, seine Mutter eher eine liberal-angelsächsische Tradition.

Seine Schulzeit schloss Trott in Hannoversch-Münden ab, wo er 1927 die Hochschulreife erwarb. Anschliessend studierte er in München Rechtswissenschaft. Das Studium und Auslandsaufenthalte schul-ten seine Fähigkeiten zur Auseinandersetzung mit den Problemen sei-

ner Zeit. In diese Jahre fällt eine grundlegende Neuorientierung: 1930 wählte der Aristokrat bei den Reichstagswahlen die SPD.

Trott wurde immer bewusster zum Sozialdemokraten und reflektierte diese Entscheidung im Frühsommer 1932 in einem ausführlichen Brief an seinen Vater: Seine politischen Ansichten seien zwar «noch immer so wenig bestimmt und vollständig, dass ich zu irgendwie nennenswerten öffentlichen Äusserungen weder im Stande noch gekommen bin». Seine Vorstellungen wichen aber «von der allgemein anerkannten Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens weit genug ab, dass ich mich immer wieder und, um nicht unehrlich zu sein, in offenem Konflikt mit anderen befinde und aus dem gleichen Grunde immer – auch äusserlich – die Partei derjenigen ergriffen habe, mit denen meine Ansicht immer noch am meisten übereinstimme».

Nach seiner Rückkehr aus England im Sommer 1933 widersetzte der junge Referendar sich einer «Ergänzenden Erklärung» zum obligatorisch auszufüllenden Fragebogen der Aufforderung, der NSDAP beizutreten, mit den Worten, er halte sich nicht für berechtigt, «die überwiegenden Vorteile der Parteimitgliedschaft» für sich in Anspruch zu nehmen, solange er nicht «in allen Punkten des Parteiprogramms volle Gefolgschaft zu leisten im Stande» sei. Listig und aufrichtig beschwor er in dieser «Ergänzenden Erklärung» die Meinung der «massgeblichen Führer», die «mit Recht den Beitritt aus anderen Gründen als dem der persönlichen Überzeugung ablehnten».

Die Grundlage für diese Distanz war in der Weimarer Republik gelegt worden, in seiner Beschäftigung mit den Religiösen Sozialisten um den Theologen Paul Tillich, in der Auseinandersetzung mit Georg Wilhelm Friedrich Hegel, aber auch mit Karl Marx, in den Gesprächen mit Studienfreunden in Oxford, die der Labour Party nahestanden. Trott legte 1936 das Referendarexamen ab und verbrachte erneut ein Jahr als Stipendiat des Cecil-Rhodes-Trust im Ausland, vor allem in

China. In dieser Zeit kreuzten sich seine Wege mit Regimegegnern. Anfang 1933 traf er mit Hans-Bernd von Haefen zusammen, dem wenig später durch den Kirchenkampf zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche tief Beeindruckten.

1937 lernte Trott in Oxford Helmuth James Graf Moltke, wenig später den Theologen Reinhold Niebuhr, einen der entscheidenden Köpfe der realistischen Schule der Aussenpolitik, 1940 dann auch Peter Graf Yorck von Wartenburg kennen. Bei seinen Auslandsaufenthalten wurden grundsätzliche Dimensionen des von Trott geahnten Weltkonflikts sichtbar. Er fürchtete, dass die Auseinandersetzung um die Menschenrechte in diesem Konflikt den Kern ausmachen würde. Neben der realistischen Ausrichtung seiner aussenpolitischen Analysen ist stets eine prinzipielle Orientierung seiner Optionen spürbar. Viele, denen Trott bei seinen Auslandsreisen begegnete, begriffen den Sinn seiner Doppel-Vorhaben, nämlich Informationen zu sammeln und zugleich die zukünftigen Konstellationen der internationalen Politik zu beeinflussen, nur schwer.

Mit Eintritt in das Auswärtige Amt im Sommer 1940 begann ein neuer Abschnitt seiner Tätigkeit, der aber keinen Bruch zum Vorhergehenden verkörpert. Zunächst war Trott nicht mit Entscheidungen befasst. Er wurde der Informationsabteilung zugeordnet, sollte seine vielfältigen Studien- und Informationsreisen – so 1939 nach Grossbritannien und in die Vereinigten Staaten – wissenschaftlich und politisch auswerten. Sein Vorgesetzter war Hans-Bernd von Haefen, vor allem befanden sich in Trotts Umkreis alte Freunde und Vertraute. Das neue Aufgabenfeld bot Trott Gelegenheit, unauffällig mit den Dienststellen der militärischen Abwehr zusammenzuarbeiten, die ebenfalls Nachrichten aus dem Ausland zu sammeln und zu analysieren hatten und auch politische Entscheidungen zu beeinflussen versuchten.

Die Heirat mit Clarita Tiefenbacher im Sommer 1940 stärkte ihn in seiner Lebenshaltung. Seiner Mutter schrieb er, seine Frau «verstehe,

was mir im Leben am wichtigsten ist, und wird mir helfen, darum zu kämpfen». Hier wird eine Handlungsbereitschaft sichtbar, die jene gar nicht ahnen konnten, die Trott aus den dreissiger Jahren kannten. Darum verfehlt ihr Trott-Bild den Kern: Sie bezogen sich auf einen Trott, der Erwägungen anstellte, sich orientierte, vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten zu reflektieren suchte; nun handelte Trott als jemand, der klar und entschieden wusste, was er tat. Er trat der NSDAP bei – Voraussetzung für die neue Tätigkeit.

Die äussere Karriere war Trott nicht wichtig; über Beförderungen sprach er kaum je. Augenscheinlich strahlte er dank seiner analytischen Fähigkeiten eine hohe Autorität aus. Er galt als aussenpolitischer Kopf des Freundeskreises um Moltke und Yorck und veränderte dadurch seine aussenpolitischen Wahrnehmungen wie auch sein Selbstverständnis. Nun hatte er nicht mehr die Bedingungen des Möglichen realistisch zu reflektieren, sondern er konnte in Abstimmung mit den Vertretern der Konspiration einen grundsätzlichen Rahmen zukünftiger deutscher Aussenpolitik formulieren.

Seine Auslandsreisen, die er als eine Art Beauftragter des Kreisauer Kreises nutzte, sollten den Rahmen zukünftiger Interessenkonstellationen europäischer Politik bestimmen und zugleich um Vertrauen für jene Gruppe deutscher Regimegegner werben, die sich trotz der Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation Anfang 1943 nicht davon abhalten liessen, deutsche Positionen selbstbewusst und innerlich souverän zu vertreten.

Für Trott war Europa das entscheidende Ziel und die grundlegende Bedingung seiner Überlegungen: Darum bat er immer wieder bei seinen ausländischen Partnern um Unterstützung für seine Freunde und den Sturz des nationalsozialistischen Regimes. Er warb in seinen eigenen Worten um Anerkennung der sich von der Opposition gestellten und wohl «dringendsten und unmittelbaren Aufgabe», eine «europäi-

sche Katastrophe» abzuwenden. Trott empfand zunehmend das Risiko seines Tuns, aber er wurde nicht unsicher, umso weniger, als ihm jede Kontroverse mit den Vertretern der «älteren Generation» deutlich machte, wie wichtig seine Überlegungen zu den Konturen neuer europäischer Politik waren.

Darum sind alle späteren Unterstellungen haltlos, die Trott in die Nähe nationalsozialistischer Vorstellungen rücken oder den Eindruck zu erwecken versuchen, er habe gar kein festes politisch-moralisches Urteil. Er stand zu der Verpflichtung, seinen Teil zur Vorbereitung auf «Europas schwerste Krise» zu leisten. Er wusste, dass kein «leichtfertiger alliierter Sieg [...] die vor den Deutschen liegende Schicksalsfrage» würde lösen können. Rückzug aus der Verantwortung kam für Trott nicht infrage. «Die Trauer anderer», schrieb er seiner Frau Mitte 1944, wenige Wochen vor dem Attentat, sei gewiss oft «herzzerreissend», «aber sollen wir daraus nicht auch die freudige Bereitschaft zu eigenem Leiden lernen?»

Im vollen Bewusstsein des grossen persönlichen Risikos und unter dem Eindruck von Gesprächen, die er in Stockholm mit Vertretern der deutschen Gegnermächte geführt hatte, bekannte sich Trott zu seiner Entscheidung und zu seinen Pflichten, als er wenige Tage vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 Clarita auf dem Rückweg von Stockholm nach Berlin schrieb:

«Als ich so über das Meer und die Wolken in das düster umdrohte Deutschland zurückflog, erfüllte mich von neuem eine tiefe Liebe und Freude, in dieser schweren Zeit gerade hierher gestellt zu sein und für unser Land mitzukämpfen. Ich glaube, dass mich keine Beziehung zu irgendeinem Menschen so tief bindet wie dieses und dass hierfür besser und brauchbarer zu werden meine erste Pflicht ist – das klingt vielleicht etwas bombastisch und verhüllt womöglich einen geheimen und gefährlichen Egoismus, aber es ist doch etwas Wahres, und für Dich ist dies, glaube ich, noch anders. Die eigene, eigentliche Aufgabe zu erkennen befreit und gibt dem Leben Halt und klare Wahl in den mannig-

fach verwirrten Prinzipien und Werten, die Horizonte des modernen Weltbürgers erfüllen.»

Trott lebte im Bewusstsein seiner Aufgabe im 20. Jahrhundert – er wollte durch «harte Prüfung und Arbeit ein neues Lebensgebäude» errichten helfen und so dazu beitragen, «die Last und seelenbedrängende Verengung des vorigen Jahrhunderts» zu überwinden. Aber er handelte nicht aus dem Dilemma heraus, das denjenigen zeichnete, der durch die Qual und das Feuer der Diktaturen gehen musste. Er oszillierte nicht zwischen Anpassung und Widerstand, er entschied sich vielmehr für ein Leben im Widerspruch, das sich zum Leben im Gegensatz steigerte.

Trott war nicht belastet durch die Schuld, die aus jeder Funktion resultierte, die man in einer Diktatur des 20. Jahrhunderts übernahm, denn er wurde nicht irre an seinem Ziel und an seinem Auftrag. In seinen letzten Stunden beschäftigte ihn, wie er seiner Frau am 15. August 1944 schrieb, neben Gedanken an seine Familie, dass er nun in seinem «Land die besonderen Kräfte und Erfahrungen, die ich in fast zu einseitiger Konzentration auf seine aussenpolitische Behauptung unter den Mächten in mir ausgebildet hatte, nun vielleicht nie mehr dienend zur Verfügung stellen kann».

Wie kam es angesichts seines Lebens in der Eindeutigkeit zur späteren Verzeichnung seiner Motive und selbst seines Charakters? Der Ausgangspunkt, der zu der Fehlbewertung von Trott führte, war ein Leserbrief Trotts im «Manchester Guardian» im Februar 1934. Trott schaltete sich in eine Debatte ein, die sich an dem Artikel eines britischen Korrespondenten über die Bedrängnisse hessischer Juden entzündet hatte.

In dem Brief hatte er den nationalsozialistischen Staat gegen angebliche Verunglimpfungen durch ausländische Kreise verteidigt, ja ihn – so schien es manchen seiner Kritiker – in Schutz genommen. Unmittelbar nach dem Absenden seines Briefes hatte Trott gegenüber seiner Mutter davon gesprochen, einen Fehler gemacht zu haben. Gleich-

zeitig reagierte er eindeutig auf Diskussionen mit englischen Freunden, die ihn, obwohl sie ihn bestens kannten, zu seinem Arger als Repräsentanten Deutschlands angesprochen und angegriffen hatten. Jedenfalls war Trott der Überzeugung, dass bis zu diesem Zeitpunkt weder die Juden in Hanau Opfer von Übergriffen geworden waren, noch dass hessische Gerichte Rechtsverletzungen zulasten von Juden gedeckt oder begangen hätte. Dies war historisch sicher nicht richtig.

Trott befand sich damals in einer Übergangsphase, räumlich zwischen Oxford, Kassel, Berlin und Göttingen, mental zwischen Kritik am Dritten Reich und Verteidigung Deutschlands, in unsicherer beruflicher Lage. Insofern lässt sich der Leserbrief, der fast zehn Jahre später noch einmal eine verhängnisvolle Wirkung bei der Einschätzung von Trotts Initiativen durch die britische Regierung spielte, vielfältig interpretieren, auch als Wendepunkt oder als Ausgangspunkt einer inneren Entscheidung, die in eine oppositionelle Radikalisierung mündete und schliesslich mit der Hinrichtung in Berlin-Plötzensee endete.

Trotts Entwicklung zeigt, was es bedeutete, eine ursprüngliche und nur partiell mit den Nationalsozialisten geteilte Position zu überwinden. Diese Haltung betraf in den ersten Jahren vor allem die nationalsozialistische Aussenpolitik, die geforderte Revision der Versailler Friedensordnung und den Wunsch, Deutschland möge seine unsichere Position in Europa und der Welt überwinden.

Der Historiker ist kein Staatsanwalt. Dem Staatsanwalt reicht ein Zitat, ein Satz, eine Belastung, um eine Anklage zu stützen in dem Bewusstsein, dass auf jede Anklage noch die Würdigung durch das Gericht folgt. Dieses sucht – ähnlich dem gewissenhaften Historiker – nach Motiven, rekonstruiert Kontexte, berücksichtigt Herkunft und Sozialisation und ermittelt Erklärungs- und Entlastungsgründe im Sinne einer gerechteren Urteilsbildung.

Trott hätte sich Vorwürfen leicht entziehen können. Er befand sich, als es bedrohlich für ihn zu werden begann, im Ausland und hätte dort

bleiben können. Akademisch hatte er sich einen guten Ruf erworben. Aber er suchte wie Dietrich Bonhoeffer und Wilhelm Leuschner, wie Moltke und Carlo Mierendorff die Verantwortung in Deutschland. Für ihn, der nicht aus rassenpolitischen Gründen verfolgt und entrechtet worden oder als politischer Gegner auf der Linken bekannt war, bot die Arbeit in Deutschland eine Möglichkeit, die nationalsozialistische Diktatur von innen her zu verändern. Ohne Risiko war das nicht, wenn auch in einem ganz anderen Sinn als das spätere so beherzt eingegangene Risiko des Widerstands. Denn diese Art des Risikos barg die Gefahr der Verstrickung, des Missverständnisses, der Fehldeutung. Trott kann den Nachlebenden gerade durch jenen so schwer zu verstehenden Leserbrief näher kommen als manch anderer Regimegegner.

Nach einer Phase der Ambivalenz kam Trott zu einer klaren Entscheidung, von der aus sich alles Weitere erschliesst. Der berufliche Weg verlief nicht gradlinig und ist gerade deshalb von exemplarischer Bedeutung. Trott begab sich geradezu bewusst und bereitwillig in neue Missverständnisse hinein. Durch seinen Blick für Veränderungen überwand er nationale Verengungen. Er erkannte, dass die Durchsetzung von nationalen Interessen stets auch andere berührte.

So erklärt sich der umstrittene Brief. Er enthält keine Rechtfertigung der nationalsozialistischen Verfolgung, sondern ist als Versuch zu sehen, ein Gespür dafür zu wecken, dass Deutsche und Nazis nicht gleichzusetzen seien, dass es Deutsche gab, die sich durch solche Vergleiche verletzt fühlten. Wenn diese Unterscheidung auf alliierter Seite stärker in den Blick genommen worden wäre, hätte es im Herbst 1938 und im Sommer 1939, also im Umfeld der Vertragsverhandlungen von München und unmittelbar vor dem Überfall auf Polen, nicht die bekannten Schwierigkeiten im Kontakt mit der britischen Regierung gegeben, die die diplomatische Opposition und militärische Widerstandsbestrebungen belasteten.

Im Jahre 1943 wäre der Widerstand auch nicht durch die alliierte Forderung der bedingungslosen Kapitulation gelähmt worden und hätte Verhandlungsspielräume nutzen können. Trott hat unter dieser Selbstbeschränkung der Alliierten gelitten und geradezu unbeirrbar versucht, Fäden zu den Gegnermächten zu knüpfen. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz von Teheran konnte er nicht korrigieren oder auch nur im geheimdienstlichen Kontakt relativieren. Wenn ihm dieses gelungen wäre, hätten sich sicherlich für die westlichen Alliierten neue Spielräume eröffnet, um sich auf die Überlegungen deutscher Widerstandskreise einzulassen.

Wichtigste Quelle für Trotts Leben und Hoffen sind die Aufzeichnungen seiner Frau Clarita. Ihr Manuskript ergänzt die – im Vergleich zu anderen Persönlichkeiten des Widerstands – reichhaltige Literatur über seinen Werdegang, über seine vielfältigen, nicht leicht zu beschreibenden aussenpolitischen Aktivitäten. Trotts wichtigste Denkschriften sind weit gehend bekannt. Auch seine ganz persönliche Korrespondenz ist relativ gut überliefert.

Trott hat fast jeden fasziniert, der sich mit ihm beschäftigt hat; vielfach klingt in den Erinnerungsskizzen an ihn auch seine persönliche Ausstrahlungskraft nach, die es schwer erklärbar macht, warum Ende der Sechziger Jahre in England erneut eine publizistische Auseinandersetzung entfacht wurde, die sich wie in den fünfziger Jahren am Handeln Trotts unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung zu entzünden schien. Diese Auseinandersetzung ist auf die englische Öffentlichkeit beschränkt geblieben und hat das Bild Trotts in Deutschland nicht beeinflussen können. Sie zeigt aber exemplarisch, wie schwierig die Würdigung des Lebens eines nicht im Sog der Zeiten Schwankenden, eines im Widerspruch festen Menschen ist, der auch unter den Lebensbedingungen einer Diktatur seine Integrität behielt.

Wer wie Trott ein Risiko eingeht, entscheidet sich für eine Vervielfachung der Gefahr, denn das gegen das nationalsozialistische Regime

gerichtete Verhalten wird missdeutbarer: im Innern bedeutete das Leben an der inneren Front das Risiko der Entdeckung und der Verurteilung durch die Vertreter der Macht; ausserhalb Deutschlands ging der nationalsozialistische Gegner die Gefahr ein, als Anhänger des verhassten Regimes verkannt und verzeichnet zu werden. Das Misstrauen wird spürbar in den Berichten, die das FBI über Trotts Aufenthalt in den Vereinigten Staaten anfertigte. Nur wer sich ganz sicher ist, kann diese Spannung bewältigen. Nur wer ganz aus dem verpflichtenden Bewusstsein seiner Autonomie lebte, konnte die Spannung aushalten, die sich unvermeidlich aus dem Willen zum Überleben und aus dem zur moralischen Selbstbehauptung in einer Diktatur ergaben.

Trott leistete Widerstand im eigenen Vaterland, obwohl er auch von ausserhalb den Nationalsozialismus hätte bekämpfen können. Er handelte aus dem System heraus, weil er nur auf diese Weise zum Umsturz beitragen und die Neuordnung beeinflussen zu können glaubte. In Grossbritannien erkannte man das Dilemma des deutschen Widerstands nicht, der lange Zeit versucht hatte, durch Erzeugung politischen Drucks durch die europäischen Mächte, zuvörderst durch Grossbritannien, Einfluss auf die deutschen Kriegsplanungen und aussenpolitischen Entscheidungen zu nehmen.

Weil in der Konzentration auf die politischen Grundfragen die politisch-moralische Dimension des Lebens und Handelns im Widerspruch übersehen wurde, vergassen die Kritiker des Widerstands nicht selten die Würdigung ethischer Herausforderungen, die die Regimegegner zu bewältigen und zu bestehen hatten. Man fragte: «Wie konnte denn [...] ein anständiger Deutscher seinem Vaterland dienen, ohne moralisch vor Hitler zu kapitulieren?»

Die Forschung spricht inzwischen überhöhend von einer «Trott-Kontroverse», als deren Hauptstreitpunkt 1986 ein amerikanischer Biograf die Frage benannte, «welche Motive Trott zu seinen Handlungen

getrieben» hätten. Henry O. Malone drückt dabei den Kern der Debatte wie folgt aus und macht noch einmal ihre grundsätzlichen politisch-moralischen Dimensionen deutlich:

«Die Tatsache, dass er für seine Beteiligung an dem Umsturzversuch gegen Hitler hingerichtet worden war, bezweifelte niemand, und kaum einer ging so weit, ihn als Opportunisten darzustellen, der mit dem Hitlerregime zu Zeiten des Erfolges übereinstimmte und sich zu lösen suchte, bevor es zu spät war. Aber es gab genügend Zündstoff. Bestimmte Kritiker sahen in Trott einen deutschen Nationalisten, der trotz antinationalsozialistischer Gefühle der Versuchung nicht habe widerstehen können, seine Liebe zum Vaterland in Regierungstreue umzumünzen. Es gab auch die Andeutung eines wesentlichen Charakterfehlers: Trotts Moralempfinden habe sich verwischt und ihn bis in die letzten Monate seines Lebens den Unterschied zwischen Gut und Böse nicht klar erkennen lassen. Einige sahen ihn als verwirrten Hegelianer, dessen politische Ideen sich von der Realität getrennt hatten und dessen europäische oder gar ökumenische Einstellung verdrängt worden sei durch die mystische Vorstellung von einem einzigartigen germanischen Schicksal, wobei dem slawischen Osten ein niederer Stand zugeteilt wird. Trott sei durchaus daran interessiert gewesen, die Früchte von Hitlers Aussenpolitik zu ernten. Wieder andere meldeten Bedenken gegen seine Einstellung zu Russland und zum Kommunismus. Sie unterstellten ihm die Hoffnung auf einen Sozialismus sowjetischer Prägung einschliesslich einer aussenpolitischen Orientierung nach Osten.»

Es handelt sich bei dieser «Kontroverse» weniger um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung als um einen im Kern für die fünfziger und sechziger Jahre ganz typischen geschichtspolitischen Streit, der nicht nur auf die präzise Erfassung der Leistungen und der Grenzen eines Regimegegners zielte, sondern der Aufschluss über die Koordinaten und Wertvorstellungen einer durch die Erfahrung der Diktatur,

aber auch des Kalten Krieges geprägten europäischen Nachkriegsgesellschaft gab.

So lässt sich diese auf Grossbritannien begrenzte Kontroverse um Trott geradezu exemplarisch analysieren: Kein Kritiker versuchte aus dem Verständnis der Persönlichkeit und des Denkens Trotts die Voraussetzungen für die hermeneutisch angemessene Beurteilung seiner Motivationen zu gewinnen. Jeder strebte vielmehr danach, seine eigenen politischen Wertvorstellungen auf seines Erachtens in der nationalsozialistischen Diktatur gegebene Handlungsalternativen zu beziehen und von daher Trott Motive zu unterstellen, die nicht zuletzt von zeittypischen britischen Fehleinschätzungen ablenkten. Kritik verwandelte sich schliesslich in eine Art Verhaltensvorschrift, deren angebliche Verletzung vom Beurteilenden dem Beurteilten angelastet wurde.

Dabei wurde aus dem Urteilenden rasch ein Verurteilender, aus diesem ein Ankläger. Auf der Strecke blieb zu einem guten Teil die historische Persönlichkeit, denn sie wurde rasch zum publizistisch wirkungsvollen und auch dankbaren Anlass einer Auseinandersetzung, in der es nur um Positionen der Beteiligten, nicht aber um einen Zugang zum Verhalten des Menschen in der Vergangenheit ging.

Das Vorgehen der Kritiker orientierte sich nicht an Marc Bloch, dem bedeutenden Historiker, der selbst der Résistance angehört hatte und seine Arbeit an dem Ziel ausrichtete, Menschen in ihren zeitspezifischen Konstellationen vor allem zu «verstehen». Wertungen könnten das Geschäft des Historikers erschweren, weil Bewertungen den Zugang zu den Menschen der Vergangenheit verstellten: «Um in ein fremdes Bewusstsein einzudringen, von dem uns der Abstand mehrerer Generationen trennt, muss man sich nahezu seines eigenen Ichs entledigen.»

An der Fähigkeit zur Distanz und Selbstdistanz hat es in der Trott-Kontroverse ebenso gefehlt wie in anderen vergleichbaren widerstandshistorischen und -politischen Auseinandersetzungen, die von keinem Selbstzweifel der Art belastet war, wie Bloch es unvergleich-

lich ausgedrückt hat, als er fragte: «Sind wir denn unserer selbst und unserer Zeit so sicher, dass wir unsere Väter in Gerechte und Verdammte zu scheiden vermögen?» So lässt sich nur in die klagende Bitte von Bloch einfallen und sinngemäss sagen: «Habt Erbarmen und sagt uns ganz einfach, wer [... Trott] denn eigentlich war!»

Um die Kontroverse über Trott zu entscheiden, hätte man zuvor sorgfältig Überlieferungen und Befunde prüfen und nach eventuellen Gegenargumenten zur eigenen Interpretation suchen müssen. Das entspricht einer kritischen Forschung, die Urteile nicht scheut, sich aber um eine fundierte Grundlage der Urteilsbildung zu bemühen hat. Die Interpretation darf keine Folge von vorab gesetzten Wertentscheidungen sein, sondern soll der Prüfung der Tatsachen, der Überlieferungen, der Hypothesen und Erklärungen genügen. Dies ist umso wichtiger, wenn es um die Bestimmung von Handlungsspielräumen, von Verhaltensmöglichkeiten oder von Motiven geht, die nicht nachweisbar sind und so in besonderer Weise auf das abwägende Urteil angewiesen bleiben.

Eine Besinnung auf die Prinzipien eines kritischen Rationalismus, die in der Regel beschworen, aber nur selten konsequent praktiziert werden, hätte sich auf eine nachvollziehbare Widerlegung des einmal gefällten Urteils konzentrieren können. Dies wäre umso notwendiger gewesen, als Trott bei seinen vielfältigen Auslandsreisen stets die Gespräche mit Partnern gesucht hatte, auf deren Verständnis für das von ihm Vorgetragene und Begründete er angewiesen war. Wenn sie Trotts Anliegen missverstanden und ihn nicht selten, mit Ausnahme seiner alten und bewährten Freunde aus Oxforder Studienjahren, sogar für einen deutschen Einflussagenten gehalten hatten, wenn sie seine Informationen über die aussenpolitischen Ziele der deutschen Opposition nicht aufgriffen, wenn sie seine Alternativen verwarfen, die auf eine Veränderung der politischen und militärischen Gesamtsituation zielten, wird darin nicht nur Trotts Problem sichtbar. Zu erklären haben sich

auch jene, die sein Anliegen nicht verstehen wollten, weil sie selbst ihre politischen Optionen zu realisieren trachteten, ebenso die, die ihn nicht verstehen konnten, weil ihnen die wesentlichen Voraussetzungen seines Denkens fremd blieben, das jeweils in den Zielvorstellungen der anderen Seite auch die eigenen politischen Gestaltungs- und Verhaltensmöglichkeiten zu erfassen suchte.

Dieses analytische Prinzip einer Bestimmung gegenseitiger Absichten, Ziele und Interessen ist heute als Methode der Analyse internationaler Beziehungen allen vertraut. Man weiss, dass sich in den internationalen Beziehungen nur politische Kooperationen realisieren lassen, die unterschiedliche Interessenkonstellationen, aber auch Wahrnehmungen der jeweils anderen Seite spiegeln. Deshalb geht es nicht nur um Gut und Böse, sondern immer auch um machbar und nicht machbar, und dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die innenpolitischen Voraussetzungen nationaler Aussenpolitik, die nur unter Berücksichtigung von Wertmustern, Traditionen und Kräfteverhältnissen der Partner im internationalen Kräftefeld realisiert werden können.

Erst allmählich wurde überdies deutlich, dass die Schwierigkeiten, die die gleichzeitige Kooperation und Konfrontation des Einzelnen in einem belasteten politischen System aufwarfen, das Grunddilemma spiegeln, das das Individuum nicht selten bis ins Mark seiner politischen Existenz trifft und als ein entscheidender Faktor der modernen Diktaturen im 20. Jahrhundert anzusehen ist. Mit der Aufhebung der Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft, die Trott als Kenner der Philosophie Hegels und der englischen Theorie der Civil Society mit Sicherheit bewusst waren, setzten sich die beiden mächtigen Tendenzen durch, die die totalitären Lebensentwürfe politischer Bewegungen im 20. Jahrhundert zu prägen scheinen: die Vergesellschaftung des Staates und die Durchstaatlichung der Gesellschaft.

Beide Grundtendenzen einer Verschränkung der Sphären von

Staat und Gesellschaft wirkten sich für das Individuum in fataler Weise aus. Ihm droht der Verlust seiner individuellen Freiheit, ebenso wie die Gefahr, mitschuldig an der Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen zu werden, die Diktaturen des 20. Jahrhunderts kennzeichneten.

Trott hat dieses Dilemma des Individuums sicher früh empfunden, denn er schrieb seiner Mutter kurz nach der Regierungsübernahme durch Hitler, nicht «das Warten und Abseitsstehen» stelle das «Nervenaufreibende» dar, wie sie vermutet hatte, «sondern eben dieses: gegen Dinge neutral zu bleiben, die allüberall mit dem Anspruch, den Braven und Überzeugten für sich zu haben, entstehen». Totalitäre Lebensentwürfe politischer Bewegungen vertragen keine Neutralität, sondern fordern das Individuum zu seiner Entscheidung heraus. Ist diese Entscheidung gefallen, müssen alle Entwicklungen und Entscheidungen auf diese Grundlage politischen Wirkens und persönlicher Entfaltung bezogen werden.

Da sich Trott früh gegen den Nationalsozialismus entschieden hatte, wie seine Freunde wussten, geht es nicht darum, seine innere Übereinstimmung mit nationalen Zielen der nationalsozialistischen Regierung zu bestimmen, sondern sich zu vergegenwärtigen, wie er aus dem System heraus, dem er angehörte und in dem er Funktionen ausübte, handelte. Sein Verhalten lässt sich daher auch durch einen Blick auf andere Regimegegner erklären, die, wie Arvid Harnack und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, ebenfalls der NSDAP beigetreten waren, um sie zu bekämpfen. Sie alle glaubten die Spannung aushalten zu müssen, Deutschland zu dienen und zugleich die seine eigensten Interessen verratende und seine Existenz gefährdende Regierung zu bekämpfen. Josef Müller, Hans Oster, Dietrich Bonhoeffer, Carl Friedrich Goerdeler, Ulrich von Hassell, die Brüder Erich und Theodor Kordt handelten im Innern des Reiches selbst wie von aussen durch die Zusammenarbeit mit den Alliierten.

Andererseits ist unübersehbar, dass Trott, der nach Kriegsbeginn

der NSDAP beigetreten war, sich in keiner Weise dem Anspruch der Nationalsozialisten gebeugt hat, die «deutschen Dinge» in ihrem Sinne zu bestimmen. Er suchte vielmehr nach Alternativen und vertrat diese selbstbewusst weit über die Grenzen hinaus, die ihm sein diplomatischer Berufskreis eröffnete. Dabei setzte er sich immer wieder der Gefahr aus, auch von denen missverstanden zu werden, die er zu überzeugen suchte – etwa auf seinen Auslandsreisen bei Kriegsausbruch, als der CIA den misstrauisch beobachteten deutschen Diplomaten Trott eher für einen Einflussagenten hielt als für einen berufenen Sprecher der deutschen Opposition.

In seiner durch kein Misstrauen zu erschütternden Sicherheit des Planens und Werbens verkörperte Trott das Selbstbewusstsein eines Regimegegners, der sich selbst legitimierte und darum nicht in den herkömmlichen Kategorien von Rang und Stand, von Funktion und Auftrag, von äusserlicher Loyalität und Karriere dachte. Darum konnte er seinen Vorgesetzten mit grosser Autorität gegenüberreten. Überkommene Prinzipien militärischer und bürokratischer Hierarchie waren im Widerstand längst aufgehoben und galten nicht mehr. Der Mensch stand über den Prinzipien bürokratisch geregelter Verantwortung und setzte sich selbst in sein Recht als Mensch und seine Pflicht zum stellvertretenden Handeln ein.

Nachlebende konnten sich angesichts der immer wieder festgestellten Kompetenzüberschreitungen einzelner durchaus rangniederer Funktionsträger im Widerstand – Moltke, vor allem aber Schulenburg, Trott und Stauffenberg – das weit ausgreifende Deuten und Planen, Werben und Handeln einzelner Regimegegner dadurch erklären, sie hätten im Auftrag oder zumindest mit dem Wissen der Vorgesetzten gehandelt. So wurde auch nach dem Krieg Trotts Verhaltensweise nicht selten dem Auswärtigen Amt und insbesondere auch dessen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker zugute gehalten.

Die Grenzen dieser Zuschreibung sind heute sichtbarer, als sie es

in der Nachkriegszeit sein konnten. Trott handelte augenscheinlich zumindest in den frühen vierziger Jahren weithin ohne Deckung. Fast könnte man sagen, dass er anderen Schutz und Deckung bot, als sie sich durch den Hinweis auf Trott besser verteidigen und rechtfertigen zu können glaubten.

Gerade Trott zeigte so die Grenzen einer Deutung individuellen Verhaltens auf. Er warb im Ausland ohne ausdrückliche Rückversicherung für seine Vorstellungen. Er beanspruchte dabei, als Vertreter der deutschen Opposition zu sprechen und die Vorstellungen der Regimegegner zu vertreten. Er trachtete danach, den Krieg zu beenden und dadurch Deutschland die vollständige militärische und nationale Katastrophe zu ersparen.

Im Streit zwischen «Jungen» und «Alten», den Mitgliedern des Kreisauer Kreises und dem Freundeskreis um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Cäsar von Hofacker auf der einen, Hassell und Goerdeler auf der anderen Seite, stand er entschieden auf der Seite derjenigen, die Deutschland aus eingefahrenen Bindungen befreien wollten, sosehr er, der vielen als blutjung erscheinende Diplomat, sich auch als «alt» empfinden mochte. Er wurde schliesslich zu einem wichtigen Freund und Vertrauten von Stauffenberg, der seine ausserordentliche und aussenpolitische Begabung erkannt und deshalb vor dem 20. Juli 1944 immer wieder Trotts Nähe gesucht hatte.

Was machte die Besonderheit dieses jungen Diplomaten aus, der vor dem Volksgerichtshof alle Angriffe Roland Freislers innerlich gefasst, voller Ruhe und würdig über sich ergehen liess, der nicht schwankte und von dem man gerade wegen des in diesem Auftreten spürbar gewordenen Spannungsverhältnisses, unter dem er stand, auf eine rätselhaft anmutende Weise sagte, er sei durch «die Hölle der Identifikation mit Deutschland gegangen»?

Die bisher versuchten Annäherungen an Trott haben wohl vor allem einen Teil der Schwierigkeiten gespiegelt, die widerstandsgeschichtliche Forscher stets mit Menschen hatten, die aus dem inneren

Kreis der Macht heraus zur Überwindung einer Ordnung ansetzten, die sie als verbrecherisch erkannt hatten. Denn Umsturz aus dem Zentrum der Entscheidungen bedeutete, sich auch auf die Macht einzulassen, sich selbst zu decken und zu tarnen, nur konspirativ zu kooperieren, obwohl es um die Opposition, die Entwicklung von Alternativen, um die aktive Vorbereitung des Umsturzes zusammen mit anderen ging.

Die Herausforderung, die Trott für die Nachlebenden bedeutet, hat ihren Ursprung in der Vermengung von Kooperation und Konspiration, die wohl jeden Widerstand prägt und belastet, der aus Herrschaftsfunktionen und Machtpositionen erfolgt. Deshalb hatte Eberhard Bethge Recht, als er Trott als Exempel für die moralische Dynamik eines Widerstands nahm, der sich stufenweise radikalisierte, sich dabei immer stärker isolierte und schliesslich ohne jeglichen Schutz durch Institutionen und Vorgesetzte die Voraussetzungen für die Zukunft des Landes zu schaffen trachtete. Erst vor dem Hintergrund eines Gefühls für die auch biografisch festzumachende zeitliche Entwicklung und graduelle Steigerung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ist es möglich geworden, Vielfältigkeiten und Widersprüchlichkeiten zu deuten, die nicht nur den Widerstand im Ganzen, sondern jeden einzelnen Regimegegner geprägt zu haben scheinen.

Trott ging es nicht um die Restitution einer sozialen Klasse, sondern um neue Grundlagen der Politik für eine Gesellschaft, die im Individualismus nicht nur eine Auflösungserscheinung, sondern den Ausgangspunkt neuer pluralistischer Verhältnisse erblickte. Er plädierte gegen die plakative Verwendung des Attributs christlich, um desto radikaler eine Orientierung an christlichen Wesensgehalten zu fordern. Trott gelang es immer wieder, Menschen in seinen Bann zu ziehen. Die Faszination, die von ihm ausging, hielt lange an. Er, der die besondere Gabe besass, immer neue Bekanntschaften zu schliessen und Brücken zu Mitmenschen zu schlagen, konnte eine Grundtugend we-

cken: Freundschaft in Treue. Deshalb fragten seine englischen Studienfreunde nicht nach seiner parteipolitischen Orientierung, sie akzeptierten Trotts Absichten und Ziele, weil sie ihm vertrauten. Zuweilen ging diese Gemeinsamkeit so weit, dass bis heute nicht genau zu trennen ist, welchen Anteil Trott an Stellungnahmen und Memoranden hatte: Er integrierte.

Jahrzehnte später, im Jahr 1992, hat Clarita von Trott in einem Gespräch mit Dorothee von Meding die Frage, ob sie nach dem Krieg manchmal das Gefühl gehabt habe, dass alles umsonst gewesen sei, folgendermassen beantwortet:

«Das hätte ich nicht ausgehalten. Ich habe mich tragen lassen von dem Gefühl, dass uns ein stellvertretendes Opfer abverlangt und dass es angenommen worden war. Als mir Poelchau in der Zelle den Tod meines Mannes mitteilte und ich ihn verzweifelt fragte, wie Gott zulassen könne, dass uns die Besten genommen würden, meinte er: ‚Es wäre kein Opfer, aus dem eine kräftige neue Saat keimen könnte, wenn Gott nur müde alte Männer zu sich rufen würde‘. Das hat eine rationale Logik, und doch halte ich mich wahrscheinlich auch jetzt noch an solche Vorstellungen.»

Clarita von Trott, die ihre Kinder niemals unter die Last des 20. Juli 1944 gestellt hat, lebt heute noch im Einklang mit der Entscheidung ihres Mannes, Hitler nicht die Zukunft zu überlassen, und sie akzeptiert seinen Entschluss, sowenig sie anerkennen kann, dass seine Entscheidung in den innenpolitischen Auseinandersetzungen tiefe Spuren hinterlassen hat. Sie müsse gestehen, sagte sie, «dass ich es immer noch nicht als endgültig akzeptieren kann, dass ein Ereignis wie dieser Freundesbund im Bewusstsein unseres Volkes keinen Platz gefunden hat. Sie hatten es geschafft, ihre verschiedenen politischen Ideologien und ihre jeweiligen Traditionen zu reflektieren, um zu gemeinsamem Planen und Handeln zu kommen.» Wären sie auch historisch erfolglos gewesen, so hätten sie doch politische Massstäbe gesetzt. Erfolgreich hätten sich die Deutschen des Widerstands wohl vor allem im Ausland

bedient, «aber nach innen haben Reeducation, besinnungsloser Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Wiederaufrüstung und der Kalte Krieg dazu beigetragen, dass unser Volk den Schatz nicht erkannt hat, den ihm der Widerstand mit seiner Geschichte hinterlassen hat».

Worin liegt, neben seiner Beteiligung am 20. Juli 1944, Trotts grundsätzliche Bedeutung, sogar noch über die Tat und den Tag hinaus? Bis heute ist die Konsequenz einer theoretisch reflektierten Entscheidung gegen die Diktatur, ganz unbeschadet von allen Verstrickungen, die sich möglicherweise aus Trotts Amt ergaben, von exemplarischer Bedeutung. Trott verkörpert auf eine besondere Weise einen aussenpolitisch bedeutsamen Zugang der Deutschen zu einer Welt, die sich nicht mehr durch Machtansprüche, Interessen und Ideologien des 19. Jahrhunderts deuten lässt, sondern von der Vielheit der Nationen, ihrer Gesellschaften und Kulturen auszugehen hat. Schliesslich macht Trott auf eine besondere Weise deutlich, welche Folgen das Bekenntnis zu einer nicht teilbaren politischen Verantwortung hat.

Im Jahre 1935 erschien in einem kleinen und heute fast vergessenen Potsdamer Verlag eine Sammlung mit schwer zugänglichen und bis in unsere Gegenwart hinein wenig bekannten politischen und journalistischen Schriften des Dichters Heinrich von Kleist, die in der Einleitung des Herausgebers einen ausserordentlich zeitkritischen Ton anschlug. Dort war in einer Weise zu lesen, die an die Wurzel politischer Existenz des Individuums in einer 1935 in den Grundzügen konsolidierten und zielstrebig ihre rassistischen Pläne verwirklichenden Diktatur rührte: «Wenn eine Weltordnung, der wir mit dem Glauben anhängen, nicht mehr auf zwingend erkennbarer und allgemein verbindlicher Richtigkeit beruht, bleibt dann nicht als alleiniger menschlicher Massstab: dass der einzelne Mann in seinem eigenen verantwortlichen Bereich die Dinge des Lebens unangefochten und spontan ordnen kann?» Der Verfasser bezeichnete «die Möglichkeit der freien Gewis-

sensentscheidung» als den «Kern aller politischen Existenz» und deutete «Freiheit» nicht nur als «inneres, sondern als politisches Postulat, insofern die äussere Macht und ihr Eingriff jenen allein Recht schaffenden Ursprung echter menschlicher Ordnung zu gefährden vermögen». Der Verfasser dieser Zeilen war Adam von Trott zu Solz.

Diese Zitate hatten keinen unmittelbaren Bezug zu den Texten Kleists; sie waren augenscheinlich das Ergebnis einer radikalen Zeitdiagnose und spiegelten eine individuelle Herausforderung angesichts der politischen Verwüstungen, die sich 1935 – im Jahr der Nürnberger Rassegesetze – abzeichnete. «Je unsicherer es mit der Welt überhaupt bestellt ist, desto sicherer ist es notwendig, für dieses Recht zu kämpfen.»

Kleist wurde für den Verfasser Trott zum Symbol einer Herausforderung und einer Entscheidung. Er verkörpere den «Glauben an eine Bestimmung des Menschen, die zu allen Zeiten die gleiche bleibt». Die «Proklamation der Menschenrechte» erschöpfe diesen Glauben nicht, sondern ziele auf eine konkrete Freiheitsvorstellung, auf einen Bereich «eigenständiger Verantwortung, in der sie sich tatsächlich auswirken kann». Kleist, so steigerte der Herausgeber sein Urteil, «kämpfte nicht für die abstrakte Formel, sondern für die tatsächliche Wiederherstellung dieser durch den Despotismus zerstörten Lebensverhältnisse seines Volkes. Dies Menschenrecht freimütiger, eigenständiger Lebensgestaltung verfocht der politische Kleist gegen den fremden Kaiser. Er drängte zur tatsächlichen Befreiung des Landes und nicht zur liberalen Formel.»

Trott war einer der frühzeitigen und wichtigen Vertreter einer realistischen aussenpolitischen Analyse, die in der Regel erst damit in Verbindung gebracht wird, den Kalten Krieg zu überwinden. Trott erscheint in vielen seiner Analysen und Denkschriften als ein Vorreiter dieser Richtung und sollte darum als einer der wichtigen politischen Theoretiker der internationalen Beziehungen Deutschlands im 20. Jahrhundert betrachtet werden.

Dies wird bereits in einer seiner frühesten Abhandlungen sichtbar:

Im Sommer 1939 konnte man in der angesehenen «Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht» eine historisch gesättigte Abhandlung über den «Kampf um die Herrschaftsgestaltung im Fernen Osten» lesen. Ihr Verfasser war wiederum Adam von Trott, der den Zusammenbruch der überkommenen internationalen Beziehungen im Fernen Osten als Folge der japanischen Expansion aus unmittelbarer Nähe miterlebt hatte. Er besuchte Ende der dreissiger Jahre China, Japan, Korea und die Mandschurei, wo es im Zuge der japanischen Expansion unvorstellbare Übergriffe der Militärs gegen die Zivilisten gegeben hatte.

In Deutschland berichtete Trott in Vorträgen über seine Erfahrungen und stellte dabei den chinesischen Volkswillen dem japanischen Herrschaftswillen gegenüber. Er versuchte also, nicht nur machttheoretisch zu argumentieren und die aussenpolitischen Interessen Deutschlands zum Ausgangspunkt seiner Bewertung des Konflikts zu machen, sondern den Konflikt zwischen China und Japan aus den unterschiedlichen Vorstellungen und Erfahrungen der Beteiligten zu interpretieren.

In Japan hatte er sich auch sehr gründlich mit dem Konfuzianismus auseinandergesetzt, und es ist anzunehmen, dass er auch unter dem Einfluss dieser ostasiatischen Morallehre seine Anstellung im Auswärtigen Amt betrieben hat. Es ging ihm dabei nicht um seinen Broterwerb, sondern um die Möglichkeit, politische Wirklichkeit mitzugestalten: «Der Gedanke der Verantwortung des Menschen zum Mitmenschen, der gegenseitigen Verantwortung von Volk und Regierung und der waltenden Regierung dem waltenden Himmel gegenüber» prägten ihn entscheidend.

Bei aussenpolitischen Entscheidungen ging Trott vor allem von der Notwendigkeit zum Interessenausgleich aus. Entscheidungen könne man nur in Kenntnis der komplexen und komplizierten Interessenkonstellationen fördern. Seine Aufgabe sah er darum auch darin, seinen Ge-

sprächspartnern die deutschen Interessenkonstellationen deutlich zu machen; nicht Machtgewinnung durch Einflussnahme war ihm wichtig, sondern die Stabilisierung ziviler Formen des internationalen Interessenausgleichs. Selbst nach dem militärischen Erfolg der deutschen Wehrmacht in Polen rechnete er darum nicht mit einem endgültigen deutschen Sieg und hielt die Klärung der Voraussetzungen für einen stabilen Friedensschluss für unabdingbar.

Stets orientierte er sich an den Realitäten und den ausdrücklichen Kriegszielen der Gegner Deutschlands. Die Beurteilung der Möglichkeiten deutscher Aussenpolitik auch in den Vorstellungen seiner Partner war ein Merkmal seiner politischen Analysen, deren Besonderheit erstmals in seinem bereits erwähnten Aufsatz über die Konflikte in Ostasien deutlich wurde. Diese Denkweise bestimmte seine Interpretation der deutschen Optionen. Indem er sie beschrieb, gab er einen Überblick über gegebene und darum in Rechnung zu stellende aussenpolitische Vorstellungen.

Wer immer Trotts Vorgehensweise verstand, unterlag in keiner Weise der Gefahr, ihn mit den skizzierten Optionen zu identifizieren. Trott warb im Sommer 1939 in den Vereinigten Staaten keinesfalls für nationalsozialistische Ziele, nachdem Polen besiegt war; er warb vielmehr noch 1943 und 1944 für deutsche Interessen und wollte erreichen, dass seine Gesprächspartner in den Vereinigten Staaten zwischen verschiedenen Konzepten eines zu schliessenden Friedens und eher machtbedingten Friedensvoraussetzungen unterschieden.

Zugleich lag ihm daran, seine Partner zu veranlassen, die deutschen Optionen in die im Auswärtigen Amt entwickelten Alternativen und Konzepte einzubeziehen. Überdacht werden müsse die bei den deutschen Gegnern verbreitete Meinung, das Deutsche Reich sei zu schwächen und in verschiedene Teile zu spalten, um weitere Angriffe auf Nachbarstaaten auszuschliessen. Die Versailler Friedensordnung habe darauf abgezielt, mit der Angriffskraft auch die Angriffsbereit-

schaft Deutschlands zu verringern. Dieses Konzept sei mit dem Sieg über Polen gescheitert. Eine andere Denkschule setze darum eher auf eine «konstruktive Lösung» der Grundfragen europäischen Zusammenlebens in der Erwartung, dass sich aus wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen neue Möglichkeiten ergäben, Deutschland in ein europäisches Beziehungsgefüge einzubinden.

Trott wandte sich gegen ein Teilungskonzept, indem er bemerkte, die inneren Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland seien so erheblich, dass sich eine Teilung des Landes erübrige. Aber selbst eine Teilung in einen Nord- und einen Südstaat sei denkbar als Möglichkeit politischer Veränderung. Zeigte sich hier die Flexibilität von Trott, so machte er andererseits deutlich, dass die Versailler Friedensregelung ein wesentlicher Grund für den eben begonnenen Krieg sei; deshalb sei die Überwindung der Versailler Friedensregelung Voraussetzung für eine neue stabile Ordnung auch für die politischen Beziehungen innerhalb Europas. Deutschland sei nicht grundsätzlich kriegerisch orientiert, sondern könne in einer neuen europäischen Ordnung eine bedeutende stabilisierende Aufgabe erfüllen. Mit einem befreiten Deutschland gäbe es die Möglichkeit einer neuen politischen Kooperation.

In diesen Einschätzungen Trotts wurden Grundvorstellungen einer realistischen Schule der amerikanischen Aussenpolitik sichtbar, die sich an den jeweiligen politischen Interessen der Staaten und aussenpolitischen «Akteure» orientierten.

Unter der Voraussetzung, dass sich das Deutsche Reich in die «Familie» der Staaten Europas einfügte, ergaben sich nach Trott neue Chancen für einen Friedensschluss. Allerdings war ihm klar, dass die Opposition sich nur auf eine Minderheit in der Bevölkerung stützen konnte und dass der Rückhalt der Nationalsozialisten in der deutschen Bevölkerung mit jedem Sieg grösser zu werden drohte. Trott setzte sich darum nachdrücklich für eine Erklärung der Alliierten ein, in der sie öffentlich die Abkehr vom Versailler Vertrag bestätigten und so die

Grundlage für eine rasche Beendigung des Krieges und eine Verringerung der Spannungen in Europa legten und letztlich die europäische Zusammenarbeit stützten. Trotts Vorstoss war somit weniger der Versuch, deutsche Interessen durchzusetzen, als vielmehr die Konturen einer europäischen Zusammenarbeit zu schaffen, die unterschiedliche aussenpolitische Ziele und Interessen respektierte. Auch in dieser Hinsicht war er seiner Zeit Jahrzehnte voraus.

Weil er die aussenpolitischen Grundlagen einer künftigen Ordnung nicht aus den nationalen Zielen nur eines – des mächtigsten – Staates abgeleitet, sondern viele aussenpolitische Ansätze berücksichtigt wissen wollte, konnte er einen Katalog aussenpolitischer Ziele anregen, der geeignet sei, die Gegensätze zwischen den Staaten Europas zu mildern und die kriegerischen Konflikte in Europa zu beenden.

Trott machte seinen Gesprächspartnern in den Vereinigten Staaten deutlich, dass vor allem der allgegenwärtige Nationalsozialismus die deutsche Bevölkerung daran hinderte, die Motive der Westmächte für den Kriegseintritt zu erkennen. Deshalb sei eine alliierte Erklärung unabdingbar, in der deutlich gemacht werden müsse, dass Deutschland keineswegs als «junge und aufstrebende Nation» niedergerungen werden solle, sondern dass es eine realistische Aussicht auf einen «konstruktiven und fairen Frieden» gäbe. Auf diese Weise könne dem Volk bewiesen werden, dass die nationalsozialistische Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges jeder politischen Grundlage entbehre. Da Hitler unfähig sei, einen derartigen Friedensvorschlag anzunehmen, werde sich unvermeidlich die Unzufriedenheit zahlreicher Deutscher vergrössern. George S. Messersmith, ein Beamter des amerikanischen Aussenministeriums, hat nach zwei Gesprächen mit Trott im Spätherbst 1939 die Argumente in einem Memorandum genau festgehalten.

Trott wies dabei auf die deutsche Arbeiterschaft hin. Sie sei zwar nach ihrer Niederlage im Jahre 1933 als wirkungsvolle Alternative zur

politischen Entwicklung und eigenständige Kraft politischer Opposition ausgefallen, werde sich aber unter dem Eindruck einer verbindlich gehaltenen alliierten Erklärung neue «Ventile» schaffen, um ihre Unzufriedenheit in «Häusern und Strassen» ausdrücken zu können. Viele Illusionen seien durch den Pakt zwischen Hitler und Stalin zerstört worden. Kommunismus und Nationalsozialismus erschienen in wachsendem Masse den Gegnern des nationalsozialistischen Regimes als gleich machtbewusste und verwerfliche Systeme. Deshalb seien die politischen Vorstellungen der deutschen Arbeiterschaft durch den ausgeprägten Willen zum politischen Realismus gekennzeichnet.

Indem Trott die Einstellung der deutschen Arbeiter mit denen der politischen Opposition von Militärs und höheren Beamten verknüpfte, wollte er den Eindruck erwecken, der Widerstand stütze sich auf eine breitere Basis. So relativierte er die Skepsis der Alliierten in Bezug auf einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ohne Volk.

Der Kern der Trott-Kontroverse berührte in den fünfziger Jahren deshalb die Frage des umfassenden, sich auf Menschenrechte und auf die Friedensordnung beziehenden Pflichtbewusstseins Trotts sowie auf die Einheit eines moralisch entschiedenen Selbstverständnisses. Manche Nachlebenden kritisierten an Trott, er habe nicht hinreichend das Dilemma verdeutlicht, das aus der Verstrickung des Individuums in eine moderne Diktatur und insbesondere in das nationalsozialistische System resultieren musste.

Adam von Trott muss als einer der grössten aussenpolitischen Köpfe seiner Zeit gelten. Trott gehörte zu den Deutschen, die ihre eigenen Gefährdungen kannten und gerade darum in jener Wahrheit zu leben wussten, die den Tod bedeuten konnte.



*Karl-Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg, Hans von Dohnanyi
und Justus Delbrück (von links nach rechts)*

Die Ausdrucksformen sind zerstört. Worte haben ihren eindeutigen Sinn verloren, Symbole erwecken keine einheitliche Vorstellung mehr, Kunstwerke sind ihrer absoluten Bedeutung entkleidet.

HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE

«Preis des Sieges – die Zerstörung der Zivilisation!»

Hans von Dohnanyi

Einer der wichtigsten deutschen Regimegegner war Hans von Dohnanyi. Gemeinsam mit seinem Schwager Dietrich Bonhoeffer wollte er bereits ein Jahr vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Hitler gewaltsam ausschalten, die nationalsozialistische Führung beseitigen und Hitler einen Prozess machen. Dohnanyi hielt ihn für einen Rechtsschänder und hatte über Jahre hinweg belastendes Material zusammengetragen.

Während des Krieges war Dohnanyi in die Vorbereitung von Verhandlungen des deutschen Widerstands mit den Alliierten einbezogen. Die gegnerischen Regierungen sollten durch Gespräche mit den Verschwörern und durch sorgfältig getarnte diplomatische Kontakte im Ausland Kenntnis von der deutschen Oppositionsbewegung und ihren politischen Zielen erhalten und auf dieser Grundlage die Bereitschaft entwickeln, mit den Sprechern der deutschen Widerstandsbewegung als Vertretern einer neuen politischen Führung zu verhandeln.

Solche Kontakte waren überwiegend nur auf geheimdienstlicher Basis möglich. Hierfür bot sich das Amt Ausland/Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht unter Leitung von Admiral Wilhelm Canaris (Amt Canaris) an. In dieser Dienststelle hatte sich ein kleiner Kreis von Verschwörern um Hans Oster, Dohnanyi und Karl-Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg gebildet. Von hier aus wurden vielfältige Kontakte zu anderen Verschwörergruppen geknüpft. Aus diesem Grund hielt die Sonderkommission der Gestapo, die am 21. Juli 1944 gebildet wurde, diese Gruppe für die entscheidende, über Jahre hinweg operierende Kraft

im Widerstand, die ihr weitaus gefährlicher erschien als die militärische Opposition.

Der Kreis im Amt Ausland/Abwehr war aber nicht nur für den militärischen Widerstand bedeutsam, sondern schaltete sich auch in die Grundsatzdebatten über die Neuordnung ein. Eine Schlüsselposition nahm dabei der konservative Guttenberg ein. Er hatte als Schriftleiter der «Weissen Blätter. Zeitschrift für Geschichte, Tradition und Staat» bereits seit 1934 Denktraditionen erörtert, die sich gegen die Verformung des deutschen Konservatismus durch die Nationalsozialisten wandten.

Der Offizier Hans Oster verkörperte den kritischen und zugleich intellektuellen Offizier, der in der Rechtfertigung von blindem Gehorsam keine militärische Tugend erblickte. Sein Vorbild blieben die eigenständig und eigenverantwortlich handelnden preussischen Offiziere der Reformzeit und der Befreiungskriege. Dohnanyi, der Jura studiert hatte, war tief geprägt durch die Wertvorstellungen eines gebildeten Bürgertums, das sein Selbstbewusstsein aus dem eigenen Beitrag für das Gemeinwohl bezog. Stets von dem Wunsch getrieben, «ein Bürger» zu sein, äusserte Dohnanyi wiederholt, der Rückzug aus dem Politischen ins rein Private sei für ihn undenkbar.

Dohnanyi hatte schon als Jugendlicher Kontakt zur Berliner Familie um den Charité-Professor und Neurologen Karl Bonhoeffer geknüpft. Er, der als Heranwachsender die Trennung seiner Eltern bewältigen musste, fand dort nicht nur freundschaftlichen Anschluss, sondern verlobte sich auch sehr früh mit Christine, einer Schwester von Dietrich Bonhoeffer. Diese Verbindung, charakterisiert als «Geschichte einer grossen Liebe», gab Dohnanyi die entscheidende Grundlage und innere Haltung, um allen späteren Gefährdungen und Belastungen zu trotzen, die dem Menschen im Jahrhundert der Diktaturen erwachsen.

Dohnanyi war ein Brückenmensch, der jegliche soziale Exklusion ablehnte, sich anderen öffnete, zuhören konnte, ganz unterschiedliche

Positionen zu durchdenken in der Lage war und sich zu entscheiden wusste, weil er die Kraft zur Empörung besass und seine Empörungsfähigkeit, bei allem persönlichen und unverkennbaren Ehrgeiz, niemals seiner Karriere unterordnete. Er öffnete sich der Welt und den Menschen und vermochte deshalb immer, die Wirklichkeit zu erkennen, ohne sie sich schönzureden und sein Gewissen zu betäuben. Genau hinsehen zu können, das blieb eine seiner grundlegenden Eigenschaften. Ebenso kennzeichnend war die Bereitschaft, Verantwortung innerhalb der Institutionen zu übernehmen, in die er sich gestellt hatte. Rückzugsraum blieb die Familie, aber nicht, um die Augen vor der Gegenwart zu verschliessen, sondern Beobachtungen in intensiven Gesprächen mit seiner Frau zu verarbeiten. Konsequenzen des Handelns waren das Ergebnis von Überlegungen, nicht situativer Herausforderungen.

Die denkbar engste Freundschaft entwickelte sich zwischen Dohnanyi und Bonhoeffer. Dohnanyi bewahrte den Freund, der im Bekenntniskampf der evangelischen Kirche zum wichtigsten deutschen Theologen des 20. Jahrhunderts geworden war, vor dem Militärdienst in der Wehrmacht, den Bonhoeffer als konsequenter Pazifist und entschiedener Vertreter der Bekennenden Kirche hätte verweigern müssen. Er ermöglichte seinem Schwager dadurch das Überleben, denn eine Verweigerung des soldatischen Eides hätte, wie das Schicksal von Hermann Steil zeigt, den Tod zur Folge gehabt. Gleichzeitig schuf er die Grundlage für die Weiterarbeit des Theologen an seinem Werk.

Dohnanyi geriet mit Bonhoeffer auf eine andere Ebene der Konspiration. Hatte er im Kampf der Bekennenden Christen gegen die Deutschen Christen, die sich für die «SA Christi» hielten, mit Glaubensüberzeugungen gestritten und dann die Ausbildung nachwachsender Bekenntnispfarrer geradezu im Untergrund betrieben, so gelangte Bonhoeffer in den Umkreis der politischen und militärischen Opposition.

Dohnanyi machte sich im Gefängnis zuweilen Vorwürfe durch den

Gedanken, er habe den gleichzeitig inhaftierten Bonhoeffer überhaupt erst in die Gefahr gebracht, die schliesslich mit dem gewaltsamen Tod endete. Diese Überlegung war Bonhoeffer allerdings völlig fremd, denn sein Widerstand war das Ergebnis einer persönlichen Entscheidung.

Dabei ging es niemals um die Verwirklichung eines abstrakten Programms, sondern um die Erfahrungen, die aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und dem zur Macht gekommenen nationalsozialistischen Regime resultierten. Beide Freunde hatten enge Verbindungen zum bürgerlichen und militärischen Widerstand und zur Bekennenden Kirche. Sie waren überdies wie nur wenige andere über die Wirklichkeit des Dritten Reiches informiert. Sie nahmen Verbrechen wachen Auges wahr, hielten ihre Beobachtungen und Erfahrungen fest und wurden zugleich von dem Willen zur eigenen Verantwortung be-seelt, aber auch von der Notwendigkeit, den verbrecherischen Taten der nationalsozialistischen Führung ein Ende zu setzen.

Die militärische Opposition entwickelte sich gleichzeitig, allerdings aus anderen Anfängen und zunächst weniger entschlossen. Dies traf auch für einige Diplomaten zu, die seit Ende der dreissiger Jahre zur nationalsozialistischen Regierung auf Distanz gingen. Die militärische Opposition setzte 1938 auf Denkschriften, schliesslich auf die Hoffnung, andere höchste Militärs zum gemeinsamen Handeln bewegen zu können, wenn durch politisches Abenteuer-tum des Regimes der «Bestand der Nation» aufs Spiel gesetzt werden würde, wie Generaloberst Ludwig Beck erklärt hatte. Widerständische Diplomaten setzten noch subtiler an und versuchten, die britische Regierung zu einer harten Haltung gegenüber Hitlers Expansionsbestrebungen zu bewegen. Doch «die internationale Konstellation spielte Hitler in die Hände» (Ian Kershaw). Die dadurch ermöglichten aussenpolitischen Erfolge liessen alle Opposition bereits im Ansatz scheitern.

Nach 1938/39 mussten die Regimegegner, die auf eine Ausschal-

tung der nationalsozialistischen Führung setzten, andere Wege bahnen. Einige, wie der Diplomat Ulrich von Hassell, setzten auf den Einfluss, den sie auf wichtige Machtträger des nationalsozialistischen Systems neben Hitler glaubten ausüben zu können. Sie zielten zunächst auf Hermann Göring. Jahre später versuchten sie sogar, Einfluss auf Heinrich Himmler zu nehmen. Andere bemühten sich um die Führung der Wehrmacht und versuchten, über Franz Halder, den Nachfolger Becks im Amt des Generalstabschefs des Heeres, im Zentrum der militärischen Macht kritische Distanz zu erzeugen, die sich dann in militärische Obstruktion steigern lassen sollte.

Nur wenige gingen zu dieser Zeit bereits aufs Ganze: die Beseitigung Hitlers. Besonders entschlossen war der kleine Kreis von Abwehrleuten im Amt Ausland/Abwehr. So wurden Oster, Guttenberg und Justus Delbrück durch Dohnanyi in Entscheidungen getrieben. Ihre frühen Überlegungen wurden immer wieder aufgegriffen und verbanden sich ab 1942/43 mit den militärischen Umsturzplänen, die einen Staatsstreich einleiten und zum völligen Umbruch führen sollten.

Von Anfang an also ging es nicht um die Vorbereitung eines militärischen Umsturzes allein, um einen «Putsch» der Militärs, sondern darum, eine politische, kulturelle und ethisch-moralische Neuordnung herbeizuführen. Darum waren die engen Beziehungen zwischen Dohnanyi und Bonhoeffer für die weitere Entwicklung der Attentatspläne so entscheidend. Beide agierten aus der Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht heraus und vermochten so, ihre Aktionen zu tarnen. Von Anbeginn hatten sie ein Gespür, was das nationalsozialistische Unrecht dem Einzelnen antat. Sie wollten denen, die «unter die Räder des Staates» geraten waren, helfen. Genau dies wurde ihnen schliesslich zum Verhängnis.

Dohnanyi und Bonhoeffer wurden Anfang April 1943, lange vor dem Anschlag des 20. Juli 1944, verhaftet. Erst nach dem 20. Juli 1944 identifizierte die Gestapo sie als treibende Köpfe der aktiven Konspira-

tion. Zwei Jahre blieben sie inhaftiert und isoliert und gehörten schliesslich «zu den Letzten» der Überlebenden und waren der Willkür und Gewalt völlig ausgeliefert. Sie lebten seit ihrer Verhaftung an der Grenze, die Leben und Tod scheidet, und reflektierten diese existenzielle Erfahrung auf eine Weise, die Eberhard Bethge mit der Veröffentlichung von Bonhoeffers Briefen und Haftaufzeichnungen auf den bis heute gültigen Begriff brachte: «Widerstand und Ergebung».

Die frühe Gegnerschaft beider zum Nationalsozialismus belegt die Unsinnigkeit des Vorwurfs, die Männer und Frauen im Umkreis des 20. Juli 1944 hätten zu spät gehandelt und im Angesicht der sich abzeichnenden Niederlage nur sich selbst zu retten versucht. Sie hatten schon vor der Machtergreifung einen klaren Blick für das damalige politische Ziel und das herausziehende, von Deutschen zu verantwortende Unrecht; sie bekannten sich nicht nur zu ihrer Verantwortung «für die deutschen Dinge», sondern auch zu ihrer persönlichen Mitschuld an Fehlentwicklungen. Immer wieder reflektierten sie Gewissensfragen und das sie unablässig nicht nur beschäftigende, sondern existenziell bedrängende Problem, die eigenen Familienangehörigen durch Wollen und Handeln zu belasten.

Bonhoeffer hat, nicht zuletzt durch das Wirken seiner engsten überlebenden Freunde wie Eberhard Bethge, einen festen Platz im Bewusstsein der Deutschen und schliesslich Anerkennung und Bekanntheit in der Welt erlangt. Dohnanyi ist eine solche Würdigung nicht beschieden gewesen. In den fünfziger Jahren wurde ihm in einer der ersten knappen Lebensskizzen «eine zentrale Schlüsselstellung innerhalb der Verschwörung» zugestanden, weil in der Tat ohne seine Mitwirkung die Vorbereitung eines Anschlags auf Hitler mit dem Ziel, ihn zu töten und die Wehrmacht «eidfrei» zu machen, nicht vorstellbar war. Ebenso ist der Briefwechsel mit seiner Frau sehr bewegend und lässt, wie kaum ein anderes Zeugnis dieser Art, das Leben zweier Menschen an der Grenze des Todes deutlich werden. Dennoch ist Dohnanyi in der Wi-

derstandsgeschichte bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden.

Dieser Umstand beruht auf 1946 veröffentlichten Aufzeichnungen des ehemaligen Mitarbeiters der Abwehr, Hans Bernd Gisevius, die nur aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zu verstehen sind und noch bis in die achtziger Jahre höchst problematische Wirkungen entfalteten. Gisevius liess die besondere Risikobereitschaft Dohnanyis in den Hintergrund treten. Er rückte Dohnanyi stattdessen in das Zwielficht der früh von Dohnanyis Widersachern im Sicherheitsdienst (SD) der SS ausgestreuten Gerüchte.

Die nationalsozialistischen Ermittler hatten Dohnanyi bei dessen Verhaftung ebenso wie manchen anderen Regimegegnern Korruption vorgeworfen und diese Vorwürfe auch nach 1945 immer wieder erneuert, um sich selbst zu entlasten. Dieser Sichtweise schloss sich noch 1982 Romedio von Thun-Hohenstein, der damals noch junge Biograf von Dohnanyis Mitstreiter Hans Oster, an. Gisevius hatte seinen Bericht auch als persönliche Rechtfertigung und pauschale Verteidigung der gesamten Abwehr angelegt.

Erst in den achtziger Jahren setzte zögerlich eine um Objektivität bemühte Bewertung ein. Eine Forschergruppe um Eduard Tödt stellte Zusammenhänge zwischen Dohnanyi und dem Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 heraus, die es immer dringlicher erscheinen liessen, eine Biografie dieses bedeutenden Regimegegners zu schreiben. Zum Durchbruch einer historischen und persönlichen Neubewertung verhalf das Werk des Berliner Historikers Winfried Meyer.

Meyer hatte die Geschichte des Rettungs-»Unternehmens Sieben« akribisch aus den Quellen rekonstruiert und nachgewiesen, dass Dohnanyi das grösste persönliche Wagnis eingegangen war, um vierzehn von Deportation bedrohten deutschen Juden zur Flucht zu verhelfen, indem er ihnen als V-Leute des Amtes Ausland/Abwehr getarnt die Ausreise

in die Schweiz ermöglichte. Wegen dieser Tat wird Dohnanyi als «Ge-rechter der Völker» in Yad Vashem geehrt.

Die eindrucksvollen und überzeugenden Überprüfungen bisheriger Standpunkte zum Leben und Leiden Dohnanyis sind inzwischen erfolgreich. So hat sich in einer Feierstunde anlässlich seines 100. Geburtstages im Jahre 2002 der Präsident des Bundesgerichtshofes ausdrücklich für die verfehlte Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts in den fünfziger Jahren entschuldigt. Damals hatte der Bundesgerichtshof den Verfolgern abgenommen, dass Dohnanyi zu Recht verhaftet worden sei und in seiner Hinrichtung kein schreiendes Unrecht gesehen. Die Richter, die wegen ihrer negativen Grundhaltung gegenüber Gegnern des nationalsozialistischen Regimes ebenso bekannt wie berüchtigt waren, hatten den unhaltbaren Vorwürfen stattgegeben, die die Gestapo und der Sicherheitsdienst sowie das Reichskriegsgericht immer wieder vorgetragen hatten.

Vor allem in den frühen fünfziger Jahren waren diese Verleumdungen von den damals angeklagten Verfolgern zum eigenen Schutz aufrechterhalten und in bestimmten Presseorganen wie einem Hamburger Nachrichtenmagazin bis weit in die sechziger Jahre hinein kolpor-tiert worden. Das traf auch für die Verfahren gegen die Verfolger von Bonhoeffer und der Mitglieder der Roten Kapelle zu. Im Rückblick lässt sich die infame Willkür der Verfolger von Dohnanyi rekonstruieren. Zugleich wird deutlich, in welchem Masse Dohnanyi durch seine Haltung bis über seinen Tod hinaus zum Opfer des nationalsozialistischen Staates geworden ist.

Dohnanyi gehört mit seinen Gesinnungsfreunden aus dem Amt Ausland/Abwehr in das Zentrum des deutschen Widerstands. 1954 hatte Annedore Leber ihn bereits in dem von ihr herausgegebenen Gedebuch «Das Gewissen steht auf» (Neuaufgabe 1984) durch eine geradezu «unverfrorene Zivilcourage» charakterisiert. Inzwischen wurde deutlich, welchen Preis Dohnanyi für seine Entschlossenheit und Auf-

richtigkeit zahlen musste. Er war in seiner Haftzeit schlimmster Willkür ausgesetzt. Dohnanyi ertrug sie diszipliniert unter menschenunwürdigen Bedingungen – unter Folter und in Einsamkeit – und zeigte die Kraft, die ihm die Bindung an seine Familie gab.

Sein Leidensweg endete in den frühen April tagen 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen. Vermutlich starb er am 9. April, am selben Tag wie Bonhoeffer, Karl Sack und Canaris, die im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet wurden. Ebenso wurde an diesem Tag ein anderer Attentäter, der Schreiner Johann Georg Elser, der im November 1939 den Anschlag auf den Bürgerbräu-Keller in München verübt hatte, im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Gerade angesichts der wichtigen Rolle, die Dohnanyi über Jahre hinweg – von 1933 bis 1943 – im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gespielt hatte, ist erstaunlich, dass er sich bis heute keinen Platz im Herzen der Deutschen sichern konnte.

«Handeln ohne Deckung» – wie Eberhard Bethge es als Kennzeichen einer tatkräftigen Konspiration bezeichnet hat – bedeutet niemals nur, allein sich selbst zu gefährden, sondern stets die Einbeziehung anderer in die irgendwann über Leben und Tod entscheidende Auseinandersetzung. Dohnanyi hat darunter gelitten, dass seine Familie die Folgen seiner Entscheidungen und Taten würde mittragen müssen. Ihn tröstete nicht, dass ihn alle, die sein Gewissen beschwerten, stützten und entlasteten. Besonders quälte ihn der Gedanke, Bonhoeffer in die Gegnerschaft zum Regime eingebunden zu haben. Bonhoeffer sah das ebenso anders wie Dohnanys Frau Christine. Beide gaben ihm das Gefühl, sich richtig entschieden und das Gebotene getan zu haben.

Die Auseinandersetzung mit Bonhoeffer macht deutlich, dass das Verständnis der Motive, der Ängste und Befürchtungen, nicht zuletzt auch der Hoffnungen von Gegnern des Regimes entscheidend ist. Dies gilt auch für Hans und Christine von Dohnanyi. Sie haben sich auf dieselbe Kraft bezogen, die auch Bonhoeffer beseelt hat. Ein Gleichklang

der Gefühle, Stimmungen und Wertvorstellungen begründete eine tiefe Gemeinsamkeit über alle Mauern von Haftanstalten hinweg. Die Bedeutung der Familien Bonhoeffer, Dohnanyi, Schleicher und Delbrück, die zahlreiche ihrer Angehörigen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus verloren haben, für die Geschichte der Gegnerschaft im Umkreis des 20. Juli 1944 zeigt sich nicht zuletzt in der Kraft, geradlinig das zu stützen, was ihren moralischen Vorstellungen nach getan werden muss, und die Folgen hinzunehmen.

Bonhoeffer hat sich in der wichtigen Betrachtung «Nach zehn Jahren» (Ende 1942) zur «verantwortlichen Tat» freier Menschen bekannt und zugleich angedeutet, welches Risiko deijenige eingehen müsse, der sich auf das Ziel konzentrierte, das Regime zu stürzen und zugleich den Diktator zu töten. Aber nicht Bonhoeffer war die treibende Kraft, sondern sein Schwager. Bonhoeffer verkörperte das moralische Gewissen und hielt wichtige Kontakte zu zuverlässigen Gewährsleuten im Ausland. Dohnanyi trieb an. Er handelte, weil ihn Bonhoeffers Rechtfertigung von Umsturz und Tyrannenmord überzeugte. Vorbereiten mussten den Anschlag jene, die die Mittel besaßen, den Plan in die Tat umzusetzen.

Viele haben versucht, Hitler zu töten. Einige kamen, wie Elser oder der Schweizer Maurice Bavaud, diesem Ziel denkbar nah. Diese Attentäter handelten aus eigenem Willen, aus Abscheu vor Hitler, konnten aber keine Überlegungen über die Folgen eines gelungenen Attentats anstellen. Das «Danach» trieb Dohnanyi um.

Er bereitete sich auf die Zeit nach dem Umsturz vor. Dabei schwor er seine Vertrauten darauf ein, Unrecht zu ahnden. Keiner hat diese Absicht so lange und systematisch verfolgt wie Dohnanyi. Ihm kam es niemals vorrangig darauf an, Deutschland vor einem Krieg und der daraus folgenden Vernichtung zu bewahren. Wesentlich war für ihn auch,

den unübersehbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit und vor allem dem Völkermord an den Juden Einhalt zu gebieten.

Die Vorbereitungen eines Attentats auf Hitler, die Dohnanyi und seine unmittelbaren Vertrauten trafen, unterschieden sich von jenen, die an anderer Stelle im Umkreis von Regimegegnern angestellt wurden. Dohnanyi ging es nicht vorrangig um eine Bewahrung des Reiches, sondern um die Beseitigung Hitlers. Nationalkonservative Überlegungen trieben ihn nicht an. Sein Bezugspunkt waren Perspektiven europäischer Gesittung und Gemeinsamkeit mit Gegnern der Nationalsozialisten in europäischen Staaten. Deshalb förderte er Kontakte zum Vatikan und zur britischen Regierung, deswegen respektierte er jeden Vertreter einer europäischen Widerstandsbewegung. Umso tragischer war für ihn die Erfahrung, dass die alliierte Forderung einer bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht vom Januar 1943 alle politischen Spielräume der deutschen Oppositionsbewegung einschränkte.

So war die Widerstandsbewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch international auf sich gestellt und handelte aus denkbar einsamer Verantwortung. Es konnte aus diesem Grund nicht nur darum gehen, aus dem Zentrum der Macht heraus das Ende des nationalsozialistischen Unrechtsstaates zu erreichen. Es ging um die verzweifelte Suche nach einem allseits akzeptabel erscheinenden europäischen Frieden. Dohnanyi setzte seine Pläne nicht auf angeblich reformbereite Kräfte innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, die er konsequent in toto ablehnte. Ihm kam es darauf an, einen mit dem Umsturz möglich werden Bürgerkrieg zu verhindern. So suchte er Partner über politische Grenzen hinweg und fand engsten Kontakt zu Mitgliedern des Kreisauer Kreises, ohne ihre Mitglieder durch seine Anwesenheit bei den grossen Tagungen zu belasten.

Den Beteiligten an der «deutschen Opposition» war bewusst, dass sie mit dem Schritt in den Widerstand über ihr eigenes Leben entschieden hatten. Entscheiden mussten sie aber auch, was sie ihren Angehöri-

gen sagen und zumuten wollten. Hans von Dohnanyi hatte sich zu einem Leben in Gemeinsamkeit mit seiner Frau entschlossen. Darum weihte er sie in seine Gedanken und Pläne ein.

So konnte seine Frau Christine den gefährlichen Weg ihres Mannes bis in die Haftzeit hinein begleiten und jedes Risiko mittragen. Sie wurde ebenfalls verhaftet, kam jedoch wie durch ein Wunder frei. Intakte familiäre Bindungen haben im Zeitalter der Diktaturen grosse Bedeutung. Familie, die kleinste Einheit menschlichen Zusammenlebens, war im Falle der Dohnanyis auch die sicherste.

Im Mittelpunkt der frühen Umsturzbestrebungen standen nicht nur die kleine Gruppe um Oster und Dohnanyi, sondern eine wachsende Zahl von Freunden, Familienangehörigen, vertrauenswürdigen Kameraden, die durch Dohnanyi und seinen engsten Kreis den wahren Charakter und die mörderischen Ziele des Regimes erfuhren. Sie fühlten sich nicht als «willige Vollstrecker», sondern als entschlossene Verhinderer.

Dohnanyi darf nicht mehr zu den Regimegegnern gehören, die in der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges als unverstanden gelten. Seine Kasiber machen seine innere Not während der qualvollen Haft deutlich. Sie rücken den gemeinsamen Weg aufrechter Menschen ins Blickfeld, die aus dem deutschen Bürgertum hervorgegangen waren. Dieses Bürgertum lebte aus der Zuverlässigkeit, die familiäre Bindungen boten. So ist die Geschichte von Dohnanyis Widerstand zugleich die Geschichte einer grossen Liebe, die sich in Treue und Menschlichkeit bewährt.

Hans und Christine von Dohnanyi führten in hochpolitischer Zeit, in der Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens schwanken und schliesslich weit gehend zerstört wurden, eine Ehe, die Grund bot. Beide stellten sich gegen den Nationalsozialismus und versuchten, ihm den Weg zu versperren. Sie vertrauten dabei auf ihr partnerschaftliches Familienleben. Durch ihr Engagement gegen die nationalsozialistische

Herrschaft sahen sie eine Existenz in Frieden vor sich. Sie war ihnen nicht vergönnt. Aber gewiss spürten sie, dass sich in ihrer Entscheidung zum Widerstand die höchstmögliche Form von persönlicher Freiheit ausdrückte.

Mag Dohnanyi in den vergangenen Jahren auch zum Gegenstand von Ausstellungen und Publikationen geworden sein, hat er sogar eine Sonderbriefmarke zugeeignet bekommen, so bleibt doch unbestreitbar, dass er bisher von Historikern keineswegs verstanden worden ist. Sichtbar wurde dies schlagartig an einer geradezu abwegigen Besprechung eines Ausstellungskatalogs über die Haftzeit von Dohnanyi, den der wohl beste Kenner von dessen Leben und Wirken, Winfried Meyer, mit akribischer Sorgfalt erarbeitet hatte. Der Berliner Zeithistoriker Henning Köhler rückte Dohnanyi in geradezu unverständlicher Weise in die zwielichtige Sicht der fünfziger Jahre, die unmittelbar aus dem Verfolgungsdunst der Gestapo-Schergen, die sich nach 1945 in Strafverfahren zu verantworten hatten, erwachsen war.

Dass Dohnanyi nach der Diffamierung durch seine nationalsozialistischen Verfolger erneut verächtlich gemacht werden konnte, war keineswegs allein die Folge seines schwierigen Lebens im Jahrhundert der Nationalstaaten und Diktaturen. Dies war auch eine Folge der Unfähigkeit von Geschichtswissenschaftlern, die nicht recht verstanden, was der grosse französische Historiker und Kämpfer in der Résistance Marc Bloch gemeint hatte, als er die Aufgabe und Herausforderung der Geschichtswissenschaft auf einen einzigen Begriff brachte: «Verstehen!» Historiker werden nicht selten zu Parteigängern, zu Staatsanwälten, die anklagen, zu Richtern, die sich in ihrem Urteil über diejenigen erheben, die keineswegs vor den Schranken eines imaginären Gerichts stehen, sondern Anspruch auf die Rekonstruktion ihres Lebens und ihrer Entscheidungen haben und aus den Horizonten ihrer Zeit, also nicht nur der Nachlebenden, beurteilt werden dürfen.

1902 geboren, wuchs Dohnanyi in einer musischen Familie auf. Er musste früh die bittere Erfahrung der Scheidung seiner Eltern machen. Mit dem Grunewald-Gymnasium besuchte er eine der besten Schulen Berlins und verkehrte als Jugendlicher in den Gelehrtenfamilien in Berlin-Grunewald.

Er absolvierte in Hamburg das Studium der Rechtswissenschaften glänzend und weitete zugleich auf entscheidende Weise seinen Blick, denn Dohnanyi übernahm nach dem juristischen Staatsexamen eine wissenschaftliche Assistentur im Bereich der jungen Politischen Wissenschaft bei Albrecht Mendelssohn Bartholdy, dem damals vielleicht anregendsten deutschen Vertreter der neuen Lehre von den internationalen Beziehungen. Als Assistent beschäftigte sich Dohnanyi mit der Erforschung des Kriegsausbruchs 1914. Die Universität Hamburg war in den zwanziger und dreissiger Jahren eine Wirkungsstätte bedeutender Gelehrter und geistiges Zentrum einer Stadt, die Kurt Tucholsky einmal als eine «Lebensform» und Alfred Vagts als den «am meisten republikanischen Staat» des Deutschen Reiches bezeichnet hatte.

Dohnanyi war damals mit Siegfried Landshut, einem der anregendsten Sozialwissenschaftler seiner Zeit, befreundet. Landshut wurde nach 1933 aus Deutschland vertrieben, ebenso wie Dohnanyis Schwager Gerhard Leibholz mit seiner Frau Sabine, einer Schwester Christine und Dietrich Bonhoeffers. So waren die Auswirkungen nationalsozialistischer Rassenpolitik für ihn stets im Verwandten- und Freundeskreis spürbar. Dohnanyi promovierte über ein völkerrechtliches Thema und absolvierte sein Referendariat ebenfalls in Hamburg. Eine beeindruckende Karriere führte den Reichsgerichtsrat 1938 an das Reichsgericht in Leipzig. Sein Leben spiegelte die Bedeutung von Tradition für die Kraft zur Distanzierung von der Gegenwart. Alles, was folgte, fusste auf dem Vorhergehenden. Dohnanyi wusste, wohin er gehörte: an die Seite der Verfolgten und Unterdrückten, der aus dem Land Getriebenen. Weil er sich dessen bewusst war, konnte er eine berufli-

che Funktion ausüben, die ihn in den Kreis höchster Verantwortung und grössten Missverständnisses führte.

Dohnanyi wurde mit der Wirklichkeit des Dritten Reiches konfrontiert. Er verarbeitete die Realität und deutete sie aus den Traditionen, die er sich angeeignet hatte, die ihm so wenig wie anderen zugewachsen oder in den Schoss gefallen waren. Seine Bezugspunkte bildeten sich in der Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen. Er beobachtete den Untergang der Weimarer Republik und die Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur aus unmittelbarer Nähe. Durch seine Verwandtschaft mit Gerhard Leibholz, dem späteren Verfassungsrichter der Bundesrepublik Deutschland, wurde er mit den Folgen nationalsozialistischer Rassenpolitik, durch die Freundschaft mit Bonhoeffer mit dem Kampf der Bekennenden Kirche konfrontiert.

Dohnanyi ergriff nicht nur Partei für die Verfolgten, sondern versuchte zugleich, aus den sich ihm bietenden Schaltstellen der Macht heraus einzugreifen. Er reagierte nicht, sondern agierte. Wilhelm Leuschner brachte diese Vielschichtigkeit eines Lebens zwischen Verfolgten und Verfolgern auf den selbstbewusst artikulierten Anspruch, niemals Amboss sondern immer Hammer sein zu wollen. Das bedeutete, Schläge gegen das nationalspezifische Regime zu führen, Verfolgten beizustehen, aber auch Positionen zu erringen, aus denen heraus das möglich sein würde.

Dohnanyi bejahte den Rechtsstaat und den Grundsatz individueller Verantwortung. Er beobachtete den Zerfall der Weimarer Verfassungsordnung, blieb aber Anhänger und Verfechter des demokratisch legitimierten Systems, wobei er dieses vom plebiszitär legitimierten zu unterscheiden wusste. Seine politische Eigenständigkeit, die sich schliesslich zur grösstmöglichen Risikobereitschaft steigerte, beeindruckte. Stets blieb er Herr der Situation. Dies wiederum war die Folge einer bemerkenswerten inneren Klarheit und beweist, dass Dohnanyi sich

seiner selbst absolut sicher war. Darum stand er eine Haftzeit durch, die nur mit dem Leiden von Häftlingen in Konzentrationslagern verglichen werden kann.

Auch in dieser Hinsicht schliesst sich ein Bogen. Denn Dohnanyi, von 1929 an im Reichsjustizministerium, sah vier Jahre später die Zerstörung des Weimarer Rechts- und Verfassungsstaats durch die «Herrschaft des Bösen». Ihm war klar, dass entscheidende Dämme der Zivilisation gebrachen. Alles, was er seitdem registrierte, bestätigte ihn. Aber er nahm nicht hin, was er erfuhr.

Er zeichnete Rechtsverletzungen auf. Den Spruch, dass Späne fallen müssten, wo gehobelt werde, akzeptierte er nicht. Der Aprilboykott von 1933, die ersten antijüdischen Aktionen nach dem Machtantritt Hitlers, das Unrechtsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums vom 7. April 1933, das die Entlassung der jüdischen Beamten ermöglichte, der Reichstagsbrandprozess im Herbst 1933 und die Verfolgung der Bekennenden Kirche, schliesslich die Ermordung konservativer Oppositioneller und führender Politiker der Weimarer Republik während des Röhm-Putsches vom 30. Juni bis 2. Juli 1934 sowie andere Aktionen und Gesetze der Nationalsozialisten schärften den Blick und das Urteilsvermögen Dohnanyis. Von Anfang an durchschaute er Hitlers Herrschaft wie nur wenige seiner Zeitgenossen.

Wissen verlangt in einem diktatorischen System einen hohen Preis. Wer genau hinsieht, macht sich verdächtig; wer sich empört, fällt auf; wer bewusst widersteht, gerät in lähmende Einsamkeit. Wer genau wissen will, was sich in einem diktatorischen System ereignet, erkennt bald das System ebenso wie seine ideologischen Verbrämungen und Verklärungen. Wer sich zurückzieht, hat keine Möglichkeit, sich zuverlässige Kenntnis zu verschaffen.

Gerade so geraten Regimegegner, die den Charakter einer Diktatur ergründen wollen, in ein persönliches Dilemma. Sie gelten denen, die

den Zweck des Informationsbedürfnisses nicht kennen, als «verstrickt», als zum Regime gehörig, denn kein Aussenstehender weiss, was die Existenz im letzten Kreis der Hölle bedeutet. Und sie werden von jenen, die sich distanzlos auf das Regime einlassen und Funktionen erfüllen, um «durchzukommen», während der Zeit der Dritten Reiches verfolgt und nicht selten auch nach dem Ende der Diktatur diskreditiert, weil sich die Verfolger rechtfertigen wollen.

Manche der Zeitgenossen übernehmen später bereitwillig abschätzig Charakterisierungen, denn das Verhalten des Oppositionellen zeigt, dass es Alternativen zur weit verbreiteten Anpassung und zu kritiklosem Dienst gab. Überlebende Zeitgenossen empfinden sich als Mitläufer und willige Funktionsträger; die Konfrontation mit unangepassten und widerstandsbereiten Zeitgenossen stellt die Selbstrechtfertigung der Überlebenden in Frage. So fühlen sie sich von Regimegegnern herausgefordert und werden zumindest im Nachhinein heftig und kompromisslos bekämpft. Besonders deutlich wird dies am Schicksal von Dohnanyi. Den Eheleuten Dohnanyi war schon bald nach Hitlers Regierungsübernahme bewusst geworden: Zurückgezogen und abgeschieden konnten sie nicht leben. Sie wollten die Diktatur aus dem Zentrum der Macht heraus bekämpfen.

Dohnanyi gelangte zielstrebig in den Schnittpunkt höchst unterschiedlicher Widerstandsbestrebungen. Wer behauptet, die militärische Opposition habe sich zu spät zum Handeln entschlossen, übersieht, dass bereits lange vor Kriegsausbruch Kräfte gegen das nationalsozialistische Regime gebündelt worden waren. Vor allen Oster und Dohnanyi verkörperten Kontinuität in den Umsturzplänen bis 1943. Sie bereiteten im März 1943 einen Anschlag auf Hitlers Flugzeug vor. Auch der sich unmittelbar anschliessende Versuch von Rudolf-Christoph von Gersdorff, auf Hitler einen Anschlag im Berliner Zeughaus zu verüben, wäre ohne die Mitwirkung dieser Gruppe nicht denkbar.

Anfang April 1943 wurde Dohnanyi verhaftet. Man warf ihm vor, sich eines Devisenvergehens schuldig gemacht, Reisekostenabrechnungen fingiert, schliesslich auch, seinen Schwager Bonhoeffer rechtswidrig vor der Einziehung zur Wehrmacht bewahrt zu haben. In den Verhören zeigte sich, wie geschickt sich Dohnanyi zu verteidigen verstand. Ihm gelang es immer wieder, das Verfahren in die Länge zu ziehen. Er betrieb seine schwere Erkrankung, indem er sich bewusst durch von seinen Angehörigen zugespilte Abstriche von anderen schwer Erkrankten infizierte, verstand aber auch, Krankheitsbilder zu simulieren. Zugleich nahm er eine ganz andere Ordnung des Zusammenlebens wahr, die der Gefängnisseelsorger in Plötzensee, Pfarrer Hans Poelchau, später als die «Ordnung der Bedrängten» bezeichnete.

Niemals gab er sich auf, und dabei hielt ihn nicht nur der Gedanke an seine Frau und seine Kinder, sondern auch die Verbindung zu Bonhoeffer aufrecht. Die schweren Bedingungen der langen Haft zu ertragen, verlangte ein hohes Mass an Disziplin und Energie, die nur wenige Menschen aufbringen konnten. Dohnanyi hielt durch, weil er sich in seiner Familie – trotz räumlicher Ferne – geborgen wusste. Während seiner Haft rief er sich die von ihm am meisten geliebten Menschen immer wieder ins Gedächtnis.

Selbst im Gefängnis lebte er so mit seinem kleinen Freundes- und Kollegenkreis und liess jene Menschen innerlich nicht los, auf die er sich verlassen konnte. Selbstbewusstsein und Selbstsicherheit waren die Voraussetzung für die Kraft, die Bonhoeffer als die Fähigkeit benannte, dem Gegner den Anspruch auf die Zukunft streitig zu machen. Dohnanyis letzte Gedanken kreisten um seine Frau und seine Kinder. Auch hier wird sichtbar, was ihn so stark machte: die Erfahrung der Freundschaft, die Sicherheit der Ehe, die Herausforderung einer politischen Partnerschaft, aber auch das Bewusstsein, den Machthabern im Angesicht des Todes widerstanden zu haben.

Das Leben und Sterben des Hans von Dohnanyi war geprägt von Hoffnungen und Ängsten, Gefahren und Bedrängnis, aber auch von Vertrauen zu seinen Angehörigen und von der Festigkeit seiner eigenen Entscheidung. Gerade in seinem Leiden wird deutlich, welche Erfüllung ein Leben bringen kann, in dem die Identität des Lebenden mit sich und seinen Werten, Zielen und engsten Vertrauten spürbar ist.

In einer Diktatur wie dem nationalsozialistischen System bedeutet die Übernahme von Verantwortung Belastung und Gefahr. Wer sich in seinem Urteil weiterhin an Dohnanyis Peinigern orientiert, wie es in den fünfziger Jahren geschah, steht in der Kontinuität des Unrechts.



Willi Graf im Gespräch

Wenn die wilden Tiere ihren Gewahrsam gesprengt haben und unters Volk gelaufen sind, muss eben jeder, der einen starken Arm hat, nach der Waffe greifen, gleichgültig, welchen Standes und welcher inneren Berufung er ist.

HANS SCHOLL

«Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt»

Die Weisse Rose

Wer einen Blick in die Zeitungen wirft, die in den Januar- und Februartagen des Jahres 1943 erschienen sind, stösst nur auf eines von zwei Ereignissen, die historisch Jahrzehnte nachwirken. Das eine, in der Presse ausführlich behandelt, war eine Rede, die Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am Abend des 18. Februar im Berliner Sportpalast an die Deutschen richtete, die noch immer unter dem Eindruck der zwei Wochen zurückliegenden Niederlage einer ganzen Armee der Wehrmacht bei Stalingrad standen. Durch diese Rede wurde die totale Unterwerfung der Deutschen unter den totalen Staat und den totalen Krieg endgültig besiegelt. Das andere Ereignis war die ein Fanal setzende Auflehnung Münchner Studenten, die in der staatlich gelenkten Presse fast unerwähnt blieb.

Mit aberwitzigen Versprechungen hatte die nationalsozialistische Führung die eingekesselten Soldaten aufgefordert, nicht zu weichen, keinen Fussbreit kampflös den anstürmenden Verbänden – man sprach von «Horden» – der Roten Armee zu überlassen und Haus um Haus zu verteidigen. Versprechungen klangen im Ohr, auch Beschwörungen. Ein Vorstoss einer Panzerarmee werde den Kessel öffnen, die Luftwaffe werde die Versorgung sicherstellen, die Verletzten in Sicherheit bringen. Hermann Göring hatte die Soldaten der 6. Armee noch am 30. Januar 1943, am zehnten Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung, unter Beschwörung der «Vorsehung» mit den Griechen verglichen, die im Jahr 480 v. Chr. unter Leonidas die Thermopylen gegen die Perser verteidigt hatten:

«Glaubt ihr denn, meine Kameraden, dass das Schicksal, oder hier möchte ich sagen die Vorsehung, der Allmächtige, einen unbekanntem Mann, einen Mann ohne Namen und Vermögen, einen einfachen Kämpfer des Weltkrieges emporsteigen, durch ungezählte Wirren gehen und immer grösser werden lässt, und auf einmal soll das alles sinnlos sein? Und wenn die Vorsehung dem deutschen Volk einen solchen Mann von dieser Grösse gesandt hat wie den Führer – und unsere Ahnen hatten für solche grossen Führergestalten den richtigen Namen, du gottgesandter Mann –, und wenn es ihm gelang, aus dem einst zersplitterten und ohnmächtig darniederliegenden deutschen Volk die stärkste Nation der Welt zu gestalten, dann sind das Garantien, die uns berechtigen, an den Sieg zu glauben.»

Göring wollte durch den Aufruf ein hermetisch abgesichertes Meinungsklima erzeugen, in dem sich jede kritische Frage, jede Skepsis der Zeitgenossen von selbst erledigte. Hitler hatte seit Kriegsbeginn von Sieg zu Sieg die Vorsehung bemüht. Er verstärkte den von Göring angeschlagenen Ton beschwörender Verzeichnung der Wirklichkeit wenig später, als er selbst am zehnten Jahrestag der Machtergreifung proklamierte, «der Heldenkampf unserer Soldaten an der Wolga [solle] für jeden eine Mahnung sein, das Äusserste zu tun für den Kampf um Deutschlands Freiheit und unseres Volkes Zukunft und damit im weiteren Sinn für die Erhaltung unseres ganzen Kontinents».

Bereits einen Tag später, am 31. Januar 1943, kapitulierten die Truppen im Südkessel von Stalingrad. Regimegegner sahen darin das erwartete Menetekel, das Zeichen an der Wand. Generalfeldmarschall Friedrich Paulus hatte nicht, wie Hitler von ihm erwartet hatte, den «Heldentod» gesucht, sondern er ging mit seinen völlig entkräfteten Soldaten in die Gefangenschaft und unterstützte später sogar Versuche, aus der Gefangenschaft heraus zum Sturz des nationalsozialistischen Staates aufzurufen.

Zwei Tage später kapitulierten die deutschen Truppen im Nordkessel der Metropole an der Wolga. Mehr als hunderttausend Soldaten

waren von der Wehrmachtsführung im Endkampf um Stalingrad in den Tod getrieben worden. Nur dreissigtausend verwundete Soldaten waren ausgeflogen und so gerettet worden. Etwa neunzigtausend Soldaten gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, auf die sie in keiner Weise vorbereitet waren. Sie sollten Hitlers Befehl genügen und siegen. Von diesen Gefangenen überlebten nur etwa fünftausend die Kriegsgefangenschaft.

Nicht für alle Deutschen war die Niederlage der 6. Armee ein Schock. Sie wussten seit Langem, dass der Krieg für Deutschland nicht zu gewinnen war, und sie sahen im Untergang der Wehrmachtsverbände den ersten Akt des Untergangs – den «Anfang vom Ende» –, der für sie gleichbedeutend mit der Befreiung vom Nationalsozialismus war. Dem eigenen Lande die Niederlage zu wünschen, weil man es liebte, dies wurde zur Grunderfahrung der Regimegegner, denn «der Stadt Bestes» zu suchen, wie es im Alten Testament heisst, war längst nicht mehr identisch mit dem Willen einer wahnwitzigen Führung, die in der Versklavung der osteuropäischen Völker, im Völkermord an den Juden, an Sinti und Roma zunehmend ihr Hauptkriegsziel erblickte.

In vielen Strassen des Reiches wurden an den Wänden Protestparolen sichtbar, und mancher Deutsche fand in seinem Briefkasten Postkarten und hektografierte Flugblätter, in denen zum Widerspruch und Widerstand aufgefordert wurde. Die Reichs- und Parteiführung war um Schadensbegrenzung bemüht, als die Stimmung der Deutschen einen Umschwung verriet.

Schwer ist nachzuempfinden, was in den Deutschen seit 1933 vorgegangen war und nach Stalingrad vorging. Viele der sich gegen Mitmenschen richtenden Übergriffe und Rechtsverletzungen hatten die Deutschen teilweise apathisch und nicht selten aber auch begeistert hingenommen: Verfolgung anders Denkender, Vertreibung Oppositionel-

ler, Entrechtung der deutschen Juden 1935, Novemberpogrom 1938, Ausrottung der polnischen Elite 1939/40, Morde der Einsatzgruppen, Deportationen, Gettoisierungen, schliesslich Inhaftierung von Juden, die in Betrieben beschäftigt waren, im Zuge der «Fabrikaktion», nicht zuletzt auch die oft aus niedriger Gesinnung sich bereichernden Nichtjuden im Zuge von Arisierungen.

Anfangs verhielten sich die Menschen ruhig. Sie passten sich an und begaben sich willig in Hitlers Bann. Sie liessen sich in Wohnungen und Stellungen einweisen, die frei geworden waren, weil deren jüdische Besitzer und Inhaber vertrieben, verhaftet, verschleppt worden waren. «Futterkrippensozialismus» – das war der Nationalsozialismus nach einem Wort von Ernst Niekisch.

Manche profitierten eben von Verfolgung und Schrecken. Deren Kritiker empfanden die Herrschaft der Nationalsozialisten nicht als Ausdruck einer «Gossenbewegung», sondern als Ausdruck einer Herrschaft «niederer Dämonen». Die Profiteure dachten sich wenig bei Übergriffen auf andere und wollten nichts gesehen und nichts gewusst haben. Diese Blindheit machte sie auch nach dem Überfall auf Polen, bei der Unterwerfung des Balkans, besonders Serbiens, schliesslich im Baltikum, in Weissrussland und in der Ukraine zu jenen vielfach apostrophierten «willigen Vollstreckern».

Der 18. Februar 1943 gilt nicht allein als Tag der willigen Unterwerfung unter den totalen Staat und seinen totalen Krieg, der in Zukunft «radikaler» als bisher geführt werden sollte. Dieser Tag wurde vielmehr gleichzeitig zum Ausdruck einer Auflehnung und somit eines Fanals; denn in München hatte sich eine Gruppe von entschlossenen Regimegegnern – Hans und Sophie Scholl, Willi Graf, Alexander Schmorell und Christoph Probst sowie einer ihrer Hochschullehrer, Kurt Huber – aus der Deckung gewagt und offen protestiert. Erst später wurde deutlich, dass Deutschland nicht nur die dumpfe Volksgemeinschaft gewesen war, die die Nationalsozialisten beschworen hatten. Deutschland war ambivalent, es gab das eine und das andere Deutsch-

land; «Jekyll und Hyde», wie Sebastian Haffner es wenige Jahre zuvor ausgedrückt hatte.

Wortführer der nationalsozialistischen Stimmung und Initiator der Unterwerfung war Goebbels. Manch kritische Zeitgenossen mochten sich nach dessen Rede vom 18. Februar 1943 gefragt haben: «Noch radikaler soll dieser Krieg geführt werden?» Sie ahnten mindestens, dass im Osten Hunderttausende ermordet worden waren, dass in den Gettos des Generalgouvernements Zigtausende verendet waren; auch die Vernichtungslager im Osten waren nicht mehr unbekannt. Sie hatten sich zu grossen Tötungsfabriken entwickelt, in denen täglich tausendfach Menschen starben und deren Leichname vernichtet wurden.

Goebbels beschwor Stalingrad als den «Alarmruf des Schicksals an die deutsche Nation». Lange zurück lagen die triumphalen Siege nach den «Blitzkriegen» gegen Polen, die Niederlande, Frankreich, Norwegen und auf dem Balkan. Im Winter 1941 war der Angriff der Wehrmacht vor Moskau erstmals zum Stillstand gekommen. Die Front musste von der Wehrmachtsführung zurückgenommen werden. Die Schlacht im Atlantik richtete sich nicht nur gegen Grossbritannien, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten, die eine unvorstellbare Rüstungsmaschine in Gang gebracht hatten. Das Jahr 1942 hatte nur noch in der Ukraine und in Nordafrika Geländegewinne gebracht.

Dass es historische Zufälle gibt, die sich in der Koinzidenz von Ereignissen an blossen Daten ausdrücken, war demjenigen bewusst, der am Abend des 18. Februar an ein Ereignis dachte, dass die Münchner Studenten aufgewühlt hatte. Dass einige Münchner Studenten den 18. Februar 1943 zum exemplarischen Tag der Geschichte unseres «deutschen Jahrhunderts» der Diktaturen gemacht hatten, war aber kein Zufall.

Nicht nur Stalingrad hatte sie aufgerüttelt. Ihr Protest hatte tiefere Wurzeln. Die Phase spontaner Auflehnung lag lange hinter ihnen. Sie hatten seit Beginn des Krieges die Realität des nationalsozialistischen Staates wahrgenommen, das Gesehene mit dem früher Empfundene

verknüpft und jene Entschlossenheit entwickelt, die sich in ihren Flugblättern niederschlug. Die Auflehnung stand am Ende einer langen Auseinandersetzung, die besonders deutlich wird in den Aufzeichnungen von Willi Graf.

Seit vielen Monaten hatte sich in München eine Gruppe von Studenten getroffen, über ihre Erfahrungen als Soldaten im Osten gesprochen und Gemeinsamkeiten entdeckt. Lange hat man die Weisse Rose vor allem mit den Geschwistern Hans und Sophie Scholl gleichgesetzt. Das ist jedoch nur Ergebnis einer historischen Verkürzung, zugleich aber auch die Folge einer einseitigen Anstrengung der Schwester der Hingerichteten, Inge Aicher geborene Scholl, in den fünfziger Jahren gewesen. Erst seit den achtziger Jahren wird wahrgenommen, welche unterschiedlichen Traditionen und Motive sich in dieser Gruppe, zu der die Geschwister Scholl gehörten, gebündelt hatten, wie politisch diese Studenten urteilten, in welchem Masse sie die Empörung über das Gesehene Unrecht und die Überzeugung einte, im Rückgriff auf politische Ethik, Philosophie, Literatur und Glaubenserfahrungen die Konturen einer neuen, gerechten Ordnung zu entwerfen.

Die Geschwister Scholl entstammten einem liberal gesinnten Elternhaus und hatten in der Familie erlebt, was die Verhaftung eines engen Angehörigen, ihres Vaters Robert Scholl, bedeutete. Sie kamen wie andere Angehörige ihrer Generation mit der Jugendbewegung zusammen und schlossen sich sogar, wie Hans Scholl, der Hitleijugend an, nicht gezwungenermassen, sondern in der selbstsicheren Überzeugung, diese beeinflussen zu können. Sie erfuhren, was es hiess, Ziele der Nationalsozialisten partiell zu teilen; und sie überwandten diese Nähe, schmerzhaft, schockartig wie Hans Scholl, mitfühlend wie seine Schwester Sophie. Andere wie Willi Graf, Christoph Probst und Alexander Schmorell teilten die Illusionen der Geschwister nicht, weil sie sich von vornherein an Traditionen der Widerständigkeit orientierten. Manche erfuhren selbst nationalsozialistische Nachstellungen. Wer in

dieser Weise mit den Herrschenden zusammenstösst, spürte, was Auslieferung bedeutet; er wusste, worum es in der Entscheidung gegen das Regime Hitler ging.

Sie studierten in München und hatten sich dort kennen gelernt. Studium bedeutete für sie, eine unglaubliche Freiheit zu erfahren. Zwar war das Studium reglementiert, vor allem für die Studierenden, die so genannten Studentenkompanien angehörten. Aber mit dem Studium erschlossen sich neue Welten, wenn man neue Tore öffnete. Berühmt waren die Vorlesungen des ausserplanmässigen Professors Kurt Huber, der nicht nur als eine Personifizierung der Interdisziplinarität galt, sondern sich auch den Fragen seiner Zeit stellte. Er war Musikwissenschaftler, Volkskundler, Psychologe, Philosoph, Leibniz-Kenner.

Als ausserplanmässiger Professor hatte Huber keine feste Anstellung, sondern lebte von Hörgeldern – von jedem seiner vielen hundert Studenten, die aus den Nachbardisziplinen, etwa aus der medizinischen Fakultät oder aus den Instituten für Chemie und Pharmazie, kamen. Seine Vorlesungen wurden weiterempfohlen, nicht, weil sie fällig waren, sondern weil in ihnen vorgeführt wurde, woran es einer Universitätsbildung mangelte, die zunehmend zum Bestandteil einer abrichtenden Erziehung zur Nützlichkeit geworden war. In den Philosophievorlesungen von Huber wurde gedacht, wurde das Denken vorgeführt und zugleich der Sinn für die eigenständige Urteilsbildung geschärft.

In manchen der Mitschriften und Aufzeichnungen dieser Vorlesungen wird deutlich, dass auch Huber, durchaus konservativer Sinnesart, Zeiterscheinungen aus den Horizonten der Zeit heraus erklärte. Er war Volkskundler, konservativ, geprägt durch die Empfindungen des Bürgertums. Und zugleich wurde spürbar, dass er sich gerade in diesen Bindungen seine eigene ihn bindende Tradition nicht nur erschlossen hatte, sondern dass er diese selbst verkörperte. Konservativ zu sein be-

deutete nicht, den Nationalsozialisten gutgläubig zu folgen, sondern die Gegebenheiten klar zu beurteilen, die Verlogenheit der nationalsozialistischen Rhetorik zu durchschauen und so durch Kritik der Zeitercheinungen Positionen zu erringen, die die nationalsozialistischen Verbrechen auf konservativer Bewertungsgrundlage wahrnehmbar machten.

Zum Kreis um Sophie und Hans Scholl gehörten bald Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf. Sie verkörperten in der Gruppe andere Erfahrungen und Traditionen. Graf hatte sich als Jugendlicher in einer katholischen Jungengruppe Neudeutschland engagiert und war später zum Grauen Orden gestossen, einem Zirkel, der bestrebt war, die Lethargie der Zeitgenossen zu überwinden und Prinzipien einer vertrauensfähigen Gemeinschaft zu leben.

Christoph Probst orientierte sich ganz entschieden an den Prinzipien des Christentums. Kurz vor seiner Hinrichtung empfing er die katholische Taufe. Probst stand bereits voll im Leben, denn er war seit 1940 verheiratet und hatte drei Kinder. Alexander Schmorell schliesslich war in einer deutsch-russischen Familie aufgewachsen und sah daher in den Russen keine «Untermenschen», in der slawischen Kultur keinen Ausdruck des Kulturbolschewismus und der Minderwertigkeit.

Durch Sophie kam noch eine andere Perspektive in die Gruppe, denn sie arbeitete in der Bibliothek des Herausgebers von «Hochland», einer der anregendsten Kulturzeitschriften der Zeit. Theodor Haecker und vor allem Carl Muth stellten die Brücke zu vielen Deutungen klassischer politischer Philosophie und Theologie dar, die die Wirklichkeit nicht brachen, sondern verständlich machten.

Die Gruppe hatte sich bereits im Sommer 1942 zusammengefunden, Texte diskutiert, Lesererfahrungen ausgetauscht und schliesslich auch Flugblätter verfasst, die provokativ gegen den Nationalsozialismus gerichtet waren. Sie wurden unter Ausnutzung bestehender Ver-

bindungen zu anderen Studenten, so in Hamburg, und zu Mitschülern, so in Ulm und Stuttgart, verteilt. Einige Flugschriften wurden von den Empfängern bei der Gestapo abgegeben. Dort war man irritiert; bis dahin kannte man parteipolitisch motivierte Flugschriften, die auf den politisch motivierten Richtungswiderstand verwiesen, der seine Wurzeln in der Weimarer Republik hatte, nicht aber Provokationen solchen Inhalts. Man gab sogar ein Sprachgutachten in Auftrag.

In dieser Gruppe fanden sich gleich Gesinnte, die sich vertrauten und sich anstachelten zu immer grösserer Klarheit und zu Entschiedenheit. Ganz Ähnliches gilt für andere Gruppen, den Roten Stosstrupp, Neu Beginnen, die kommunistischen Gruppen um Wilhelm Knöchel und Theodor Neubauer, den Kreisauer Kreis oder die sich aus vielen Kreisen zusammenfindende Gruppe der Roten Kapelle um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Jede Gruppe von Widerständigen versuchte, durch Diskussionen Klarheit zu schaffen bei der Einschätzung der Wirklichkeit und bei der Einschätzung der Möglichkeiten, in einer Welt des Schreckens und der Zerstörung Veränderungen zu bewirken.

Die Diskussionen innerhalb der Gruppe zielten nicht auf Selbstbestätigung, sondern waren der verzweifelte Versuch, eine Gegen- oder zumindest Ersatzöffentlichkeit gegen die propagandistisch formierte Interpretation der Gegenwart zu erzeugen, die dem verbrecherischen System den Anspruch auf den weltanschaulichen Führungsanspruch streitig machen konnte. Bemerkenswert an der Studentengruppe ist ihr Anspruch, aus den Traditionen des Abendlandes, der Antike, des Christentums und des Judentums, der Aufklärung und der Staatsphilosophie ein Gegenbild zum totalitären Staat zu entwerfen und zugleich die auf-rüttelnde Wirklichkeit der Bevölkerung vor Augen zu rücken.

So liest man im zweiten Flugblatt: «Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen – nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tat-

sache, dass seit der Eroberung Polens dreihunderttausend Juden in diesem Land auf bestialische Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein Ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen – man mag sich zur Judenfrage stellen, wie man will –, und an Menschen wurde solches verübt. Vielleicht sagt jemand, die Juden hätten ein solches Schicksal verdient; diese Behauptung wäre eine ungeheure Anmassung; aber angenommen, es sage jemand dies, wie stellt er sich dann zu der Tatsache, dass die gesamte polnische adelige Jugend vernichtet worden ist. (Gebe Gott, dass sie es noch nicht ist!)»

Wer so spricht, will aufrütteln, will alles riskieren, um das Blatt zu wenden. Er signalisiert, dass den Machthabern nicht alles geglaubt wird, dass Stalingrad kein Symbol des Siegeswillens ist, sondern ein Synonym für ein massenhaftes Sterben. «Wer hat die Toten gezählt, Hitler oder Goebbels – wohl keiner von beiden. Täglich fallen in Russland Tausende. Es ist die Zeit der Ernte, und der Schnitter fährt mit vollem Zug in die reife Saat. Die Trauer kehrt ein in die Hütten der Heimat, und niemand ist da, der die Tränen der Mutter trocknet. Hitler aber belügt die, deren teuerstes Gut er geraubt und in den sinnlosen Tod getrieben hat.»

Hier wurde das Gegenbild zum kollektiven Wahn sichtbar, den Goebbels im Sportpalast entfachen wollte. Die Studenten, die am Morgen dieses Tages vom Treppenhaus des Vorlesungsgebäudes aus Flugblätter in den Lichthof flattern liessen, verkündeten, der «Tag der Abrechnung» sei angebrochen. Sie fragten: «Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niedrigsten Machtinstinkten einer Parteidictator die Rest der deutschen Jugend opfern?»

Sie riefen gegen die «verabscheuungswürdigste Tyrannis» zum Widerstand auf und forderten «vom Staat Hitlers» die «persönliche

Freiheit, das kostbarste Gut der Deutschen, zurück». Sie liessen keinen Zweifel daran, da sie sich in der «erbärmlichsten Weise» betrogen fühlten. Das Deutsche Reich? «Ein Staat rücksichtslosester Knebelung jeder freien Meinungsäusserung.»

Zugleich machten sie deutlich, dass sie sich als Nachwachsende betrogen fühlten. «HJ, SA, SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. Weltanschauliche Schulung hiess die verächtliche Methode, das aufkeimende Selbstdenken und Selbstwerten in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und bornierter zugleich nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgen zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, stupiden Führergefolschaft.»

Die ihre Flugblätter im Lichthof der Münchner Universität ebenso ruhig wie gefasst auslegenden beiden Studierenden wussten am Morgen des 18. Februar 1943 offensichtlich, was sie tun mussten. Sie liefen nicht weg, sie lieferten sich mit dem Hausmeister keine Prügelei. Alles setzten sie auf eine Karte: das Wort, die Wahrheit und die Einsicht der Zeitgenossen. Sie liessen sich verhaften, denn sie wollten nicht abgerichtet werden, wollten nicht, wie sie schrieben, der «neuen Herrschaft den Knüppel machen». Sie demonstrierten gegen die Herrschaft der NSDAP. Das war ihre Parole.

Darum forderten sie den Austritt aus den Parteigliederungen. Sie nahmen Stellung gegen die Politisierung der Wissenschaft und trugen den Boykott in die Hörsäle. «Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schliessung unserer Hochschulen. Es gilt der Kampf eines jeden Einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewussten Staatswesen.»

Die Nachricht von dieser Tat, im Lichthof der Münchner Univer-

sität in aller Ruhe und Besonnenheit verübt, verbreitete sich rasch unter den Kommilitonen, aber auch in der Gestapo. Die Geheime Staatspolizei war bereits in den Sommerwochen 1942 auf Flugblätter einer Gruppe gestossen, die sich Weisse Rose nannte und offensichtlich gute Verbindungen in andere Städte hatte. Diese früher als der in München offen verteilte Aufruf verfassten Flugblätter unterschieden sich vom letzten, dem sechsten.

Das zuletzt Formulierte war politisch, liest sich wie ein letzter Aufschrei, demaskierte das Böse, in dem jene verratenen Werte beschworen werden – «Freiheit und Ehre» –, die, so liest man, «Hitler und seine Genossen bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht» hätten, «wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen».

Die frühen Flugblätter hingegen beriefen sich auf die abendländische Geschichte und ihre Staatsdenker, zitierten die Denker einer guten politischen Ordnung: Aristoteles, Platon, Cicero, Thomas von Aquin, die sich an den Normen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, der Tradition des Naturrechtes, auch des Gottvertrauens und der Verantwortung orientierten. Am 18. Februar 1943 ging es um alles. Das Blutbad von Stalingrad müsse doch «auch dem dümmsten Deutschen» die Augen öffnen für die gesamte Katastrophe, die «[...] sie im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, seine Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.»

Die Verhöre begannen nach der Verhaftung unverzüglich. Ihr Verlauf lässt sich zu einem grossen Teil aus den Akten erschliessen, die sich erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands in der ehemaligen DDR fanden. Weshalb sie verborgen blieben, entzieht sich unserer

Kenntnis. Vielleicht befürchtete man, dass manche der Schutzargumente, die einige der Verhafteten, an die zwanzig Studenten aus der Münchner, der Hamburger, der Ulmer und der Stuttgarter Gruppe, vorbrachten, den Nimbus der Gruppe hätte zerstören können.

Dass sich ein Beschuldigter mit allen Mitteln verteidigt, die möglich sind, kann aber nicht zur Schande gereichen, sondern entspringt einem natürlichen menschlichen Verhalten. Die Verhörprotokolle machen deutlich, dass sich die Widerständigen der Weissen Rose nicht auf das Regime einliessen. Auch als Angeklagte hielten sie stand. Sie verwiesen lediglich auf Umstände, die jeden berühren mussten, der menschlich fühlt: auf die Familie, wie Christoph Probst, auf die eigene Herkunft, wie Alexander Schmorell, der als Wehrmachtssoldat in die Heimat seiner russischen Mutter einfiel.

Was beeindruckt, ist die Konsequenz. Keiner der Verhafteten und später der Angeklagten distanzierte sich von den Flugblättern, mit denen sie die Wahrheiten verbreiten wollten. Keiner nahm zurück, dass «nichts eines Kulturvolkes unwürdiger [ist], als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ‚regieren‘ zu lassen». Keiner der Verhafteten relativierte seine Scham. Im ersten Flugblatt hatte die Gruppe gefragt: «Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmass der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unserem Auge gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Mass unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten? Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigsten Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmässigkeit der Geschichte, das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner ver-

nünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.»

In den Münchner Flugblättern wurde eine Revolution verkündet, die sich gegen die revolutionären Proklamationen der Diktatoren richtete. Revolutionen sind Rückwärtzungen, Versuche, in letzter Minute zu den Grundlagen zurückzukehren, die Gemeinwesen und Menschen Halt geben. Revolutionen verändern die Welt, aber eigentlich orientieren sie sich an einer Substanz, die in der Vergangenheit entstanden ist. Sie wenden sich erst in der Neuzeit gegen die Gegenwart, deren Strukturen zerstört werden sollen.

Den Diktatoren des 20. Jahrhunderts, die sich für Revolutionäre hielten, war jedes Mittel recht, um ihr Ziel zu erreichen, die bestehende Gesellschaft mit allen Traditionen zu zerstören. Hier setzen die Flugblätter der Weissen Rose an und sichern eine Substanz, die sich in ihrem kritischen Potenzial gegen die Zerstörer richtet, die ein Mass darstellt, an dem die Wirklichkeit vermessen werden kann. Dieses Mass liefert das Mittel, die Abweichungen von einer guten, die Würde des Menschen ebenso sichernden wie fördernden Ordnung aufzuzeigen.

Nur wer weiss, welches Potenzial der Staat in sich tragen muss, will als gerecht anerkannt werden, ist in der Lage, die «Diktatur des Bösen» zu benennen. Staat ist ja niemals gleich Staat gewesen. Staaten unterscheiden sich nach Zielen und Zwecken. So heisst es im dritten Flugblatt unter dem Titel «Salus publica suprema lex» (Das Gemeinwohl ist die höchste Richtschnur): «Es ist nicht zu vergessen, dass am Anfang einer jeden Kultur die Vorform des Staates vorhanden war. Die Familie ist so alt wie die Menschen selbst, und aus diesem anfänglichen Zusammensein hat sich der vernunftbegabte Mensch einen Staat geschaffen, dessen Grund die Gerechtigkeit und dessen höchstes Gesetz das Wohl Aller sein soll. Der Staat soll eine Analogie der göttlichen

Ordnung darstellen, und die höchste aller Utopien, die *civitas dei*, ist das Vorbild, dem er sich letzten Endes nähern soll.»

Wer davon überzeugt ist, dass «jeder einzelne Mensch einen Anspruch auf einen brauchbaren und gerechten Staat» hat, verfügt über Massstäbe, um Regime zu bewerten, und dies ganz im Sinne der antiken politischen Philosophie, unabhängig von ihrer Form. Denn die Regierung ist kein Selbstzweck. Entscheidend ist das Ziel, dem sie sich verpflichtet: der Sicherung menschlicher Würde, der Gestaltung einer den Menschen und ihrer Bestimmung dienenden Ordnung. «Jeder einzelne Mensch hat einen Anspruch auf einen brauchbaren und gerechten Staat, der die Freiheit des Einzelnen wie auch das Wohl der Gesamtheit sichert. Denn der Mensch soll nach Gottes Willen und unabhängig im Zusammenleben und Zusammenwirken der staatlichen Gemeinschaft sein natürliches Ziel, sein irdisches Glück in Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit zu erreichen suchen.»

Wer so denkt, durchschaut die Diktaturen des «Bösen». Aber er handelt deshalb noch nicht. Er wehrt das Unausweichliche ab mit der Feststellung, das wisse «man doch lange». Die Gegenfrage liegt auf der Hand. Das dritte Flugblatt stellt sie: «Warum regt ihr euch nicht, warum duldet ihr, dass diese Gewalthaber Schritt für Schritt offen und im Verborgenen eine Domäne eures Rechtes nach der anderen rauben, bis eines Tages nichts, aber auch gar nichts übrigbleiben wird, als ein mechanisiertes Staatsgetriebe, kommandiert von Verbrechern und Säufnern? Ist euer Geist schon so sehr der Vergewaltigung unterlegen, dass ihr vergesst, dass es nicht nur euer Recht, sondern dass es eure sittliche Pflicht ist, dieses System zu beseitigen? Wenn aber ein Mensch nicht mehr die Kraft aufbringt, sein Recht zu fordern, dann muss er mit absoluter Notwendigkeit untergehen.»

Von Flugblatt zu Flugblatt steigerte sich die Verzweiflung der Gruppe angesichts der Reaktionslosen, auch angesichts der schlimmsten Verbrechen, nicht zur Empörung fähigen Masse.

Hitlers Herrschaft war zum Ausdruck der «Macht des Bösen» geworden, das war den Mitgliedern der Weissen Rose klar. Sie wussten, dass man den «Terrorstaat» bekämpfen musste. Und sie fühlten sich zunehmend einsamer.

Erklären konnten sie die Passivität nur durch das Böse selbst. Hinter dem «sinnlich Wahrnehmbaren» machten sie die Dämonie aus, die «Boten des Antichrist». Sie wollten die Deutschen nicht nur aufrütteln, sondern stark machen für den Widerspruch. «Überall und zu allen Zeiten haben die Dämonen im Dunkeln gelauert und die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im Ordo eigenmächtig verlässt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten immer mehr getrieben wird mit rasend steigender Geschwindigkeit – überall und zu allen Zeiten der höchsten Not sind Menschen aufgestanden, Propheten, heilige, die ihre Freiheit gewahrt hatten, die auf den Einzigen Gott hinwiesen und mit seiner Hilfe das Volk zur Umkehr mahnten. Wohl ist der Mensch frei, aber er ist wehrlos wider das Böse ohne den wahren Gott.»

So wurde im Aufschrei der Flugblätter das deutlich, was im Jahrhundert der modernen Diktaturen die Kraft zum Widerspruch gab: die Orientierung an Menschen, die in den Jahrhunderten und Jahrtausenden der europäischen Geschichte den Mut zur Wahrheit hatten. Sich aufzulehnen, führte im Dritten Reich nicht in die Mobilisierung der Stimmungen, sondern verstärkte in der Unfreiheit das Gefühl der Einsamkeit. «Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt» – so lautete darum ein wichtiger Aufruf des ersten Flugblatts, gleichsam als Appell an die Verantwortung aus dem Geist der christlichen und abendländischen Kultur, als Hoffnung auf Änderung des absoluten, von allen Traditionen gelösten Staates. Die Führung dieses Staates diffamierte anders

Denkende, ängstigte sie, weil sie ihre Staatsbürger gegen Mitmenschen aufhetzte, sie veranlasste, die Hand zu erheben gegen Mitmenschen.

«Wenn jeder wartet, bis der Andere anfangt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen der unersättlichen Dämonen geworfen sein.»

Die anfängliche Aufforderung, «passiven Widerstand» zu leisten, wurde darum radikalisiert. Bald ging es um alles, nicht mehr um die Bewahrung des eigenen Lebens, sondern um «Sabotage» und um «passiven Widerstand». Die Flugblätter vom Sommer des Jahres 1942 lesen sich wie Versuche einer Verständigung innerhalb der Gruppe, der verzweifelten Beschwörung einer gemeinsamen Grundlage für das eigene Urteil, für Kritik. Zugleich werden die Vorgaben des eigenen Verhaltens geändert. Denn in den Flugblättern spiegelten sich eine innere Radikalisierung und die Bemühung um Eindeutigkeit, die sich zur Unbedingtheit steigern sollte und von der eigenen Person zunehmend absah. In der Tat handelte es sich bei der Auflehnung nicht «um einen dummenjungenstreich», wie Willi Graf es in einer der letzten Äusserungen seinem Vater gesagt hatte und in der er um Verständnis für seine Entscheidung bat.

Dass sich die «Kriegsmaschine» zur «Staatsmaschine» entwickeln würde, dass diese die Grundlagen der Zivilisation zerstörte, das war den Mitgliedern der Gruppe als Angehörige einer Studentenkompanie in Russland bewusst geworden. Diese Erfahrung hatte sie politisiert, auch radikalisiert, vor allem in die Verzweiflung getrieben. Sie schlugen sich auf die Seite derjenigen, die sich weigerten zu glauben, dass Traditionen und die Geschichte selbst in der Gegenwart zu überwinden seien. Im Gegenteil: Sie bemühten sich um Traditionen, erarbeiteten sie, gaben sie mit ihren Möglichkeiten weiter. Es ging ihnen nicht um die blossе Auflehnung, sondern um ein Zeichen. Dies war umso notwendiger, je deutlicher jeder zu warten schien, bis der andere anfang.

Das Zeichen der Münchner Studenten wurde verstanden. Diejenigen, die nach 1933 verfolgt und vertrieben worden waren, trugen die Nachricht von ihrem Aufstand in die Welt. Galten sie den Nationalsozialisten als Feinde des Neuen, so wussten sie selbst, dass politische Zwangs- und Lagersysteme keine Zukunft hatten. Herrschende wollten zwar auch weiterhin ihre Herrschaft auf Bajonette errichten. Aber am Ende brachen Diktaturen, nicht nur die des 20. Jahrhunderts, zusammen, weil sie dem Freiheitswunsch und der «Majestät des Rechts» nichts entgegenzusetzen hatten.

Hans und Sophie Scholl bezweifelten zu keiner Zeit die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Tat, sie ebenso wenig wie alle anderen Mitglieder der Gruppe. Huber, der Konservative unter ihnen, führte in seinem Schlusswort vor dem Volksgerichtshof den Richtern vor Augen, was ihn trieb. Er zitierte einen Johann Gottlieb Fichte zugeschriebenen Satz, aber eigentlich ging es ihm um den kategorischen Imperativ Immanuel Kants:

«Und handeln sollst du so, als hinge
von dir und deinem Tun allein
das Schicksal ab der deutschen Dinge,
und die Verantwortung wär' dein.»

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es Versuche, den Widerstand der Weissen Rose zu beerben, ihn in das deutsche Selbstverständnis einzubinden. Von Ausrottungsaktionen gegen angebliche «Ballastexistenzen», «Untermenschen» und gegen die europäischen Juden, von der zielstrebigem Vorbereitung und Koordinierung der Völkermorde war dadurch nicht abzulenken. So zeigt sich, dass der Widerstand die Last der deutschen Geschichte schwerer, nicht leichter macht, denn er verdeutlicht, dass junge Studenten eine Verantwortung empfanden und wahrnahmen, die hohen Funktionsträger ebenso abwehrten wie die vielen eigentlich nachdenklichen Deutschen.

In der Tat ging es der Weissen Rose im zweiten Flugblatt um Verantwortung und Schuld: «Es scheint so und es ist bestimmt, wenn der Deutsche nicht endlich aus seiner Dumpfheit auffährt, wenn er nicht protestiert, wo immer er nur kann gegen diese VerbrecherklIQUE [sic!], wenn er mit diesen Hunderttausenden Opfern nicht mitleidet. Und nicht nur Mitleid muss er empfinden, noch viel mehr: Mitschuld. Denn er gibt durch sein apathisches Verhalten diesen dunklen Menschen erst die Möglichkeit, so zu handeln. Er leidet diese ‚Regierung‘, die eine so unendliche Schuld auf sich geladen hat, ja, er ist doch selbst schuld daran, dass sie überhaupt entstehen konnte. Ein jeder will sich von einer solchen Mitschuld freisprechen, ein jeder tut es und schläft dann wieder mit ruhigstem, bestem Gewissen. Aber er kann sich nicht freisprechen, ein jeder ist schuldig, schuldig, schuldig!»

Die überlieferten und bisher noch nicht edierten Protokolle der Verhöre bekräftigen die Aussagen der Flugblätter. Wer die Protokolle liest, der spürt, wie die verhörenden Beamten in die Defensive gerieten, und zuweilen scheint es, als wollten sie denjenigen beistehen, die sie wegen ihrer Konsequenz, ihrer Gradlinigkeit, ja wegen ihrer – und hier sei das Wort gestattet – Tapferkeit im Grunde bewunderten. So wurde Sophie Scholl gefragt, ob sie denn in Kenntnis der schweren Verfehlung und der grossen Gefahr, in der sie sich befinde, noch einmal tun würde, was sie getan habe. Sie bejahte diese Frage, ohne zu zögern, und ihr Gegenüber spürte, dass sie das System abgrundtief verachtete, dem er selbst sich verschrieben hatte.

Dass es sich keineswegs um eine unbedachte Aktion handelte, machte auch Richard Harder in dem umfangreichen Gutachten über die ersten Flugblätter, die in die Hand der Geheimen Staatspolizei gefallen waren, deutlich. Harder, der in München ein von Alfred Rosenberg gegründetes Institut für Indogermanische Geistesgeschichte leitete, war nicht nur ein nationalsozialistisch gesonnener Wissenschaftler, sondern

auch ein ohne Zweifel fachlich versierter Philologe. Hier hatte sich, das war ihm klar, «kein Emigrant», sondern ein im Lande lebender und mit den Partei- und Universitätsverhältnissen bestens vertrauter Mensch geäußert.

Harder bescheinigte «dem Manne», den er für den Verfasser des Flugblattes hielt, «stilistische Raffiniertheit» und einen «hervorragenden deutschen Stil», und er war davon überzeugt, dass die ihm übermittelten beiden Flugblätter ein und derselben Feder eines Geisteswissenschaftlers oder – vermutlich protestantischen – Theologen entfloßen waren, dem allerdings die «katholische Sozialpolitik» nicht fremd sei.

Zutreffend arbeitete Harder die grosse Bedeutung des Freiheitskonzeptes heraus, ohne allerdings anzugeben, dass es sich um einen entscheidenden Gegenentwurf zum totalen Staat und seiner totalitären Praxis handelte. Beeindruckt von sprachlichen Bezügen und überzeugt von starken Einflüssen der lutherischen Bibelübersetzung auf das Denken des unbekanntem Verfassers, bescheinigte er dem Autor wegen der Hinweise auf den Befreiungskrieg eine «durchdachte geschichtliche These». Weil Harder als Wissenschaftler befragt worden war, konnte er auch deutlich werden: «Die zugrunde liegende Parallele Hitler-Napoleon hört man in reaktionären Kreisen öfter, hier ist sie mit genauen geschichtlichen Kenntnissen ausgeschlachtet.»

Völlig sicher war sich der Gutachter, dass es sich beim Verfasser der Flugblätter um einen christlich geprägten und in der abendländischen Philosophie verankerten Menschen handeln musste, der allerdings in seiner «politischen Zielsetzung» seine «geistige Herkunft sorgfältig» tarne. Er bediene sich weder der Argumente des Kirchenkampfes noch gebe er sich in der «Art, wie er [...] über die Juden spricht», als ein Philosemit zu erkennen. So fänden sich «keineswegs» die «sentimentalen Gefühlsargumente», die gerade zu diesem Punkt im Ausland umliefen.

Harder fühlte die Absicht der Autoren, Menschen aufzurütteln, in ihnen etwas zum Schwingen zu bringen, weil sie auf den der national-

sozialistischen Ideologie nicht entsprechenden Traditionen fussten. So spürte er die Verbindungen zwischen der Forderung nach Föderalismus und «bayerischen Sonderneigungen», so empfand er deutlich, dass sich der Hinweis auf den abgelehnten «einseitigen preussischen Militarismus» aus dem Werben um soldatische Leser der Flugblätter erklärte. Dazu passe, dass «abgelehnt wird», dass dieser Krieg ein «nationaler» sei. So werde «die Empfindung von Menschen nationaler Gesinnung bewusst geschont».

Der den nationalsozialistischen Ideen anhängende Wissenschaftler spürte bei aller Zurückweisung die Kraft der Traditionen, die den Autor der Flugblätter prägte. Nicht zweifelhaft schien ihm das politische Anliegen, den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Aber, so machte er klar, der Verfasser berufe sich hierbei auf vertraute Massstäbe und Traditionen, knüpfte an Denkvorstellungen an, die ein Konzept des nicht totalitär organisierten und sich rechtfertigenden Staates spiegelten.

Manche der aus dem Rahmen nationalsozialistischer Staatsvorstellungen fallenden Ideen waren Harder fremd, wie etwa die europäisch-abendländische Dimension der Ziele, die mit dem Hinweis auf eine europäische Ordnung über den Nationalstaat hinauswiesen. Bei allem blieben ihm die Verfasser, die er als «Intellektuelle» empfand und denen er doch bescheinigte, «behutsamer [...], unromantischer und bewusster» zu sein, mehr als fremd.

Erst im Rückblick wird deutlich, was Harder in seinem Gutachten dem Autor vorgeworfen hat: seine eigene Konfrontation mit einem Denken, das der nationalsozialistischen Ideologie diametral entgegengesetzt war und geistesgeschichtliche Bezüge enthielt, die ihm schlagartig bei der Lektüre präsent geworden sein müssten. Hier wurde in den Formulierungen der Flugblätter eine Substanz deutlich, die ihn, den Gutachter, in die Schranken forderte. Christliche, jüdische, antike, aufklärerische, protestantische und katholische, aber auch nationale

Sprachbilder zeigten, dass sich Menschen aufgrund ihrer «Rückbindung» in die vornationalsozialistische Zeit von der Gegenwart zu distanzieren wussten und zugleich versuchten, diese Rückbindung kritisch, geradezu systemsprengend zu aktivieren. Ohne eine grosse geistige Unabhängigkeit musste auch Harder die in den Flugblättern sichtbar werdende Distanzierung von Strömungen der Zeit nicht verständlich erscheinen sein. Die Flugblätter machten nicht nur ihm klar, dass es nicht darum gehen konnte, die Täter, die Angepassten, die Werkzeuge des Regimes zu verstehen, sondern um ihre Taten.

Die Mitglieder der Weissen Rose haben sich zu keiner Zeit ausgeliefert, und sie haben nicht einmal leichtfertig ihren Tod gesucht. Denn die Verhörprotokolle zeigen, dass die Gestapo bereits am 17. Februar 1943 den Namen Sophie Scholls kannte. Hans Hirzel, ein Mitglied des Ulmer Zweiges dieses Kreises, hatte an diesem Tag gegenüber der Gestapo Aussagen gemacht, deren Folgen allerdings im Dunkeln liegen. Was sich ereignete – wir wissen es nicht genau. Im Licht der Gestapo-Ermittlungen ist aber nicht auszuschliessen, dass zumindest die Geschwister Scholl als Mitglieder der studentischen Münchner Widerstandsgruppe ahnten, dass sie verloren waren. Ihre Flugblattaktion wäre dann als ein Versuch zu deuten, ihren Widersachern und Peinigern die Initiative zu entwinden, die Bedingungen des eigenen Todes in die Hand zu nehmen. Sie standen zu ihrer Verantwortung und suchten die Tat.

Aber niemand konnte verhindern, dass sich die Nachlebenden des Vorbildes bemächtigten, das diese Studenten gegeben hatten. Jugendliche orientierten sich etwa in der DDR an dieser Gruppe, die die dortigen Machthaber weiter zu fürchten schienen. Vielleicht versperrte deshalb die Staatssicherheit der DDR den Zugang zu diesen Quellen. Sie bemächtigte sich auf diese Weise der Zeugnisse eines unbeugsamen Verhaltens. Erst der Untergang der DDR gestattete den Blick auf diese Lebenszeugnisse der letzten Tage der Mitglieder der Weissen Rose.

Das Spannungsverhältnis zwischen Zerstörern und ihren Gegnern wird im 20. Jahrhundert niemals so deutlich wie am 18. Februar 1943. Die Rede von Goebbels, die Beschwörung des totalen Krieges am Abend, das Bekenntnis zur Freiheit, zur Verantwortung, zum Widerstand und auch zur Schuld am Morgen – dieser Bogen charakterisiert auch den Tag, der deutlich macht, worum es im Jahrhundert der Diktatoren, der Parteigänger geht. Um die Selbstbehauptung des Menschen gegen die Zumutungen der Macht, um die Demonstration der menschlichen Würde gerade in der Auflehnung bis zum Tode, dem niemand seine Würde nehmen kann, auch ein Diktator nicht.



Otto Heinrich von der Gablentz

Gerechte Ordnung setzt einen absoluten ethischen Anspruch. Hier wird jedem das Seine, das ihm Zukommende, gegeben. Er stellt Ansprüche, und denen wird entsprochen. Richtige Ordnung setzt einen absoluten sachlichen Anspruch. Sie ist zweckentsprechend, sie funktioniert, sie stellt den Anspruch an den Menschen, sie unbedingt anzuerkennen. Aber die rechte Ordnung lässt etwas offen, nämlich die Mitwirkung der Geordneten als Ordnende.

OTTO HEINRICH VON DER GABLENTZ

«Jenseits von Staat und Markt»

Otto Heinrich von der Gablentz

Am 24. August 1940 schrieb Helmuth James Graf von Moltke einen seiner zahlreichen Briefe an seine Frau. Er wollte Freya, die ihm deprimiert zu sein schien, ein wenig aufmuntern. Um betrübt zu sein, schrieb er ihr, seien «die Zeiten zu schlecht, das können wir uns nicht leisten».

Moltke war augenscheinlich guter Dinge. Er hatte kurz zuvor mit Adolf Reichwein diskutiert und abends mit Otto Heinrich von der Gablentz zusammengessen. Diese Unterhaltung bewertete er «als einen vollen Erfolg». «G. war nett und ist für eine Unterhaltung sehr brauchbar.» Zwei Wochen später traf man sich in Frohnau bei Gablentz. Auch Horst von Einsiedel war eingeladen. Moltke schrieb zurückhaltend, es sei «sehr nett gewesen», und man habe sich «ausführlich und auch ganz produktiv unterhalten».

Zwei Monate später traf man sich erneut, diesmal bei Moltke. Gablentz und Einsiedel assen, wie er seiner Frau im November berichtete, «den Hahn». «Dann», setzte er fort, «haben wir bis 6 Uhr meine kleine Aufzeichnung diskutiert.» Diese Diskussion war ihm wichtig, denn einen Tag später wolle er «zum gleichen Zweck bei Yorck» essen und sich danach an die Überarbeitung seiner Aufzeichnungen machen. «Ich bin gespannt», schrieb er seiner Frau, «ob auf die Dauer etwas Brauchbares daraus wird.»

Vier Wochen später wurde das Ergebnis mit dem Freund Peter Yorck von Wartenburg und Gablentz erneut diskutiert. Worum ging es? Um nicht weniger als um eines der ersten Grundsatzpapiere der späteren

Kreisauer «Über die Grundlagen der Staatslehre». Es war für Moltke von grösster Bedeutung und kann als erstes Ergebnis gemeinsamer Diskussionen zwischen Moltke, Yorck und Gablentz gelten. Gablentz und Yorck rücken in dieser Diskussion so eng zusammen, dass man bis heute immer wieder Briefe Moltkes, die an Gablentz gerichtet waren, dem Empfänger Yorck zugeordnet hat.

Mehr als ein halbes Jahr später ging es erst wieder voran. Ende Juni 1941 berichtete Moltke über eine Begegnung mit Gablentz. Man ass gemeinsam zu Mittag, zum Kaffee kam dann Hans Peters hinzu. Der Kreis hatte sich geweitet. Hans von Dohnanyi hatte am selben Tage zwar abgesagt, Carlo Mierendorff war für denselben Abend angekündigt. Allerdings schienen die Diskussionen keineswegs immer sehr harmonisch verlaufen zu sein. Daraus mag sich die längere Pause der Gespräche erklären. Das hatte nicht allein an Gablentz gelegen.

Moltke schrieb Mitte Juli seiner Frau: «Gestern [bei gemeinsamen Essen von Yorck, Gablentz und Moltke in der Stadt] hatte ich eine sehr erfreuliche Unterhaltung mit Gablentz und Yorck. Das Fest dauerte von halb zwei bis halb fünf. Du siehst, ein ausgedehntes Fest. G. war in guter Form. Im Winter hatten wir uns festgeredet, und abgesehen davon, dass ich ja inzwischen auch einiges zugelehrt habe, hatte ihm das auch leid getan und er hatte sich mit den Fragen, über die wir anderer Meinung gewesen waren, beschäftigt und war auch zu neuen Resultaten gekommen und sichtlich erleichtert, dass ich die Unterhaltung wieder anknüpfte.»

Dabei hätte Yorck «hauptsächlich zugehört, manchmal etwas beigetragen und häufig gelächelt, weil es ihn amüsierte». Eine Spannung zwischen den Diskutanten wird spürbar, dennoch führte die Diskussion zu einem bemerkenswerten Ergebnis. Augenscheinlich wurden die Treffen mit seinem «Komparenten» Gablentz aber ein wenig seltener. Das hing sicherlich auch damit zusammen, dass sich Moltke und Yorck

«schon ein bisschen zu gut aufeinander eingespielt» empfanden, «so dass der Dritte sich leicht als Opfer und nicht recht als Partner vor- kommt.» (So schrieb Moltke am 23. Juli 1941.)

Hatte Gablentz in der Staatsdiskussion offenbar für beide an Bedeutung eingebüsst, so galt er als Autorität in anderen Fragen. «Immerhin» hielt Moltke ihn «darin weit überlegen, dass er von der konkreten Lage der protestantischen Kirche und von Theologie immerhin etwas versteht». Im Oktober 1941 hatte sich das Interesse ganz stark zu den Kirchen verlagert. Am 19. Oktober diskutierten Yorck, Moltke und Gablentz vier Stunden lang kirchliche Fragen. Diese Stunden seien für ihn «rasend anstrengend» gewesen, schrieb Moltke. «Ich glaube, dass wir ganz erhebliche Fortschritte gemacht und Gablentz auf neue Fragen und Einzelprobleme angesetzt haben. Jetzt hat er gewiss ein bis 2 Monate zu tun.»

Fast drei Monate später – im Januar 1942 – berichtet er seiner Frau von einer neuen Entwicklung. Die «früher schwierigen Beziehungen» zu Gablentz «hätten sich gelöst». Heute zöge er «ganz voll mit». Es sei «immer wieder erstaunlich, wie lange es dauert, bis man gute Leute gewinnt.» Allerdings hatte sich Moltke getrogen, denn Ende Oktober 1942 schrieb er seiner Frau über ein erneut bevorstehendes Essen mit Gablentz. «Ich will ihn, der in den letzten 2 Monaten aussen vor ge- standen hat, jetzt wieder einbeziehen und muss sehen, ob das gelingt». Immerhin hielt er Gablentz für geeignet und zuverlässig, «einen Schlachtplan für die nächste Zeit zu entwerfen». Dieser Versuch schei- terte aber völlig.

Der Versuch, Gablentz «einzuspannen», sei «vollständig miss- glückt», berichtete Moltke seiner Frau. «Er ist schon ein rasend sturer Mann und verbohrt in irgendwelche Theorien, die schlechthin absurd sind. Das Schlimme ist, dass er sie dann auch noch theologisch begrün- det, und das ist wirklich mehr als man ertragen kann.» Er hätte abends dann Theodor Steltzer über sein Gespräch mit Gablentz berichtet; der

hätte sich «halb totgelacht». Streiten tat man im Widerstand immer wieder und oft so sehr, dass die Gestapo-Beamten, die später die Ermittlungen gegen die Kreisauer führten, kaum verstanden, worum es sich in den diffizilen und vielschichtigen Auseinandersetzungen eigentlich gehandelt hatte. Auch manche Historiker tun sich bis heute schwer bei der Beurteilung der Kreisauer, weil sie den Prozess der Auseinandersetzungen und Angleichungen nicht genügend im Blick haben. Der Streit zwischen Moltke und Gablentz endet friedlicher als zunächst gedacht. Anfang April 1943 berichtet Moltke wieder von einem Essen mit Gablentz. Danach allerdings war von ihm in den Briefen nicht mehr die Rede.

Naturgemäss erschliessen die privaten Briefe Moltkes an seine Frau nicht alles, was sich ereignet hat. Unbestreitbar ist, dass Gablentz lange Zeit zum Kern einer wichtigen Gruppe von Oppositionellen gehört hat, die im Widerstand hohe Verluste hat hinnehmen müssen. Er hatte das Glück zu überleben, weil er von seinen Freunden nicht verraten wurde. Gablentz entging so der Gestapo. Im Blick auf sein Wirken und Denken nach 1945 kann man daher die Frage nach der Nachwirkung dieses Regimegegners stellen.

Heute scheint Otto Heinrich von der Gablentz selbst in Fachkreisen weit gehend vergessen. Bekannt geworden ist er als bedeutender Politikwissenschaftler der fünfziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, aus dessen Feder die erste anspruchsvolle Einführung in das Fach Politikwissenschaft stammt. Sie ist 1965 als erster Band der Reihe «Die Wissenschaft von der Politik» erschienen. Das nach wie vor hervorragende Werk ist kategorial klar, im Urteil entschieden und als eine Funktions-, Institutions- und Entscheidungslehre angelegt.

Gablentz hatte eine Alternative zu der üblichen Einteilung in Theorie, Innen- und Aussenpolitik entwickeln wollen, denn er ging von der Vielfalt der Probleme, zugleich von der Einheitlichkeit der analytischen Anstrengung aus. Bei ihm verbanden sich Wissenschaftsgeschichte, systematische Darstellung und Beschreibung zur Zeitdiagno-

se mit dem Ziel des Erkennens der Gegenwart. Die Aufgabe der politischen Wissenschaft sei die wissenschaftliche Analyse der wirklichen Politik, in erster Linie der Gegenwart, schrieb er in einer Selbstvorstellung des Werks. Daran hielt er sich auch in der Einführung, deren letzte sechs Seiten «Die historische Stunde» betitelt waren und um die Möglichkeiten des Reformkommunismus und der Koexistenz kreisten, bereits den Raubbau an der Natur problematisierten und zum «Kampf um Erhaltung und Umgestaltung der Natur [...] als gemeinsame Aufgabe der Menschheit im Augenblick ihrer globalen Spaltungen» aufriefen.

Der Blick geht dabei in wenigen Sätzen weit zurück, bis zum saitischen Reich in Ägypten (7./6. Jahrhundert v. Chr.), denn Gablentz verstand sich zwar als Vertreter einer Theorie der Politik, zugleich aber bekannte er sich zu deren historischen Grundlagen. Die Theorie der Politik habe das Handwerkszeug für die Gegenwartsanalyse zu liefern, stellte er fest und folgerte: «Ihr Objekt ist also das gesamte politische Leben im Ablauf der Geschichte.» Sie hatte die Elemente der Politik «systematisch» zu behandeln, sie übersichtlich zu ordnen, «damit nichts vergessen wird und sich die einzelnen Erfahrungen gegenseitig stützen». Die Politikwissenschaft hat zu lehren, wie man sich als Politologe in die Lage versetzt, eine angemessene Orientierung zu erörtern. Denn nur wer über alle Einzelheiten laufend orientiert ist, kann strategische und taktische Ratschläge erteilen. Politisches Wissen aber dürfte kein «Staatsgeheimnis der Regierenden» bleiben, sondern sei Voraussetzung für Kontrolle und Mitwirkung des ganzen Volkes.

Dieser knappe Ausblick fasziniert ebenso wie die Unbefangenheit bei der Formulierung breitester Grundlagen seines Fachverständnisses, weil er an Analysen erinnerte, die zwanzig Jahre zuvor in Berlin ange stellt worden waren. Ähnlich apodiktisch, klar und selbstkritisch, fordernd und zugleich auf Selbstverpflichtung zielend hatte man in jener

Gruppe analysiert und diskutiert, die die Nationalsozialisten «Kreisauer Kreis» nannten. Und so fragt man sich, ob der folgende Satz aus der «Einführung» oder aus den Kreisauer Diskussionsrunden stammt: «Das letzte Problem der Politik ist wieder der zur Genossenschaft bereite Mensch.»

Dieser Satz verweist in überraschender Weise auf einen prinzipiellen und wichtigen Zusammenhang: die Prägung des Denkens des Wissenschaftlers Gablentz durch den Kreisauer Kreis, unbeschadet aller Kontroversen, über die eingangs berichtet wurde.

Leider hat Gablentz seine Verbindungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus persönlich niemals in den Mittelpunkt seines Erinnerns gestellt. Darum fällt eine ereignisgeschichtliche Rekonstruktion schwer, ebenso wie der Versuch einer kontextuellen Annäherung an Denkformen und vor allem Denkweisen, die möglicherweise aus seiner Zugehörigkeit zum Kreisauer Kreis resultierten. Die retrospektive Konstruktion einer Tradition war die Sache des Gelehrten Gablentz nicht, und vermutlich hat er sich nur ein einziges Mal zum Widerstand geäußert. In der Totenrede auf seinen Freund und Kollegen Carl Dietrich von Trotha, der 1952 in den Vereinigten Staaten tödlich verunglückt war, sagte Gablentz:

«Er war uns eine ständige Mahnung, nicht zu vergessen, dass politische Bildung unter keinen Umständen Ausbildung werden darf, dass das Leben ein Erziehen ist. Und wenn sich bei uns der Gedanke durchgesetzt hat, dass keinerlei Einzelkenntnisse etwas wert sind, wenn nicht dahinter ein umfassendes Verständnis des politischen Lebens steht und dieses Verständnis getragen wird vom Sinn für den Menschen und seine Freiheit», dann, so können wir fortfahren, hat die politische Bildung keine feste und sichere Grundlage.

Um diese Bildung ging es ihm. Bildung gab dem kritischen Denken überhaupt eine Chance, denn sie ermöglicht nach Gablentz «Abstand von täglichen Dingen, Auswahl unter den uns überflutenden Ein-

drücken, Eindämmung der Mechanisierung, Stärkung der Lebensgruppen gegenüber den Leistungsgruppen». Der Blick werde frei für die «haltenden Mächte» (Hans Freyer) in der Seele, in der «Begegnung von Mensch zu Mensch, im Umgang mit den Dingen». Durch Bildung komme der Mensch wieder zum Nachdenken. Und damit stelle er die wichtigste Frage, die «nach den letzten Zusammenhängen seiner politischen Entscheidungen mit der Geschichte und der Natur». Auch diese Argumentation erinnerte an die Gespräche der Kreisauer, in denen sie die Geschichte, Philosophie und Anthropologie mit dem Staatsdenken verbanden.

Gablentz war es vergönnt, nach dem Untergang des Dritten Reiches die Entwicklung der «Wissenschaft von der Politik» zu beeinflussen. Diese sich auf Aristoteles zurückführende und dennoch neue, erst im 20. Jahrhundert voll entwickelte Disziplin sollte «Demokratiewissenschaft» sein und den historischen Zugriff mit Vorstellungen einer politischen Ordnung verbinden, in der das Individuum einen sicheren Platz im Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft einnehmen konnte. Bemerkenswert an seiner Denkweise ist also die Betonung der geschichtlichen Dimension. Man hat nach 1945 immer wieder betont, die Politikwissenschaft sei sichtbarer Ausdruck des Umerziehungsgedankens. Bei der Durchsetzung des neuen Faches, das belastet war mit der Unterstellung der Umerziehung der Deutschen – Reeducation liess ja auch eine Übersetzung wie «Wiedererziehung» zu –, ging es den Kreisauern wie Gablentz nicht um eine Addition der verschiedenen Fächer, soweit sie für das Politische wichtig waren, sondern um ein Verständnis der Welt.

Dadurch ist das alte Thema der Politik als der Lehre vom menschenwürdigen Leben in der Gemeinschaft angesprochen, wie sie die griechische Polis verwirklicht hat. Gablentz führte in die Denkweise der antiken Philosophie ein, die im Sommer 1940 auch Moltke und Yorck umtrieb. Es ging um die Frage, inwieweit die politische Ordnung

die menschenwürdige, das heisst die menschengemässe Existenz des Menschen gewährleisten konnte.

In der Tat rechtfertigte sich die antike Polis, indem sie eine menschenwürdige, dem Wesen des Menschen entsprechende Existenz ermöglichte. Ein Blick auf politische Ordnungen und ihre Geschichte zeigt aber, wie oft der Mensch in seiner Geschichte von dieser Ordnung weit entfernt war. Schlechte Ordnungen verschlechtern die Aussichten auf ein gutes Leben und dadurch die Existenzbedingungen des Menschen. Also kam es darauf an, eine gute Ordnung zu reflektieren und zu verwirklichen. Sie musste vom Menschen, von seiner Befähigung zur Gemeinschaft, nicht von einer Zwangsordnung ausgehen. Eine Parole wie jene, der Mensch sei nichts, der Staat sei alles, hatte hier keinen Platz. So wird Gablentz zum Regimegegner, weil er die Ordnungsvorstellungen der Nationalsozialisten nicht zu teilen vermochte.

In den frühen Gesprächen der Kreisauer taucht die entscheidende Frage nach dem historisch orientierten Zugang zur Gegenwart auf. In seinen zahlreichen Arbeiten versuchte Gablentz, den Zugang zu den Gegenwartsproblemen mit einer Zeitdiagnose zu verbinden. Gerade diese Diagnose stand nach 1933 am Beginn einer Widerständigkeit, die schliesslich in den höchsten und gefährlichsten Gegensatz zum nationalsozialistischen Staat drängte. In diesem Sinne suchte Gablentz früh Verbindung zur Bekennenden Kirche in Berlin. So ist es auch nur folgerichtig, wenn er seinen letzten Ruheplatz auf dem Friedhof der Dahlemer St.-Annen-Kirche fand, der Gemeinde von Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer.

Programmatische Äusserungen Gablentz' aus nationalsozialistischer Zeit sind allerdings nicht überliefert. Sein durch Veröffentlichungen dokumentierter historisch-politischer Reflexionsprozess setzte erst unmittelbar nach der Befreiung 1945 ein, stand aber in der Kontinuität der Auseinandersetzungen mit den totalitären Tendenzen seines Zeitalters.

Es ist angesichts der nicht selten selbstbewussten, fast fordernden Bekundungen anderer, zum Widerstand gehört zu haben, erstaunlich, dass selbst den Kollegen und Schülern und vor allem einer breiteren Öffentlichkeit erst in den späten sechziger Jahren bekannt wurde, dass Gablentz zu den wichtigen Mitgliedern des Kreisauer Kreises gerechnet werden muss. Sein Weg dorthin liegt allerdings weit gehend im Dunkeln. Einer der wichtigen Ausgangspunkte waren Erfahrungen mancher Kreisauer mit der Waldenburger Arbeitslagerbewegung in Schlesien, von der eine Lebens- und Elitenreform ausgehen sollte. 1928 oder 1929 wurde Gablentz zu einem Vortrag über Industriebürokratie in eines dieser freiwilligen Arbeitslager eingeladen.

Eine weitere Brücke zu den Kreisauern bildete Gablentz' ausgeprägt christliche Orientierung. Sein Vater kam aus soldatisch-preussischer Tradition, seine Mutter aus pietistischer. Die pietistisch-christlichen Ursprünge seiner Erziehung hinderten den jungen Gablentz nicht daran, sich anderen konfessionellen Denkweisen zu öffnen. Bereits in der Weimarer Zeit orientierte sich der evangelische Christ Gablentz dezidiert ökumenisch und war zunächst ganz offen für den Religiösen Sozialismus. Wer ökumenisch denkt, muss sich dem anderen öffnen, der kann nicht absolut denken. Ökumenisches Denken nimmt ernst, was auch dem anderen ernst ist, versucht in Kernen zu denken und zu prüfen, inwieweit die Vielfalt von Überzeugungen vermittelbar ist.

Hinzu kam ein weiterer Bezug zum Kreisauer Kreis persönlicher Art. Durch die Vermittlung des Freundes Einsiedel, den Gablentz sowohl aus den freiwilligen Arbeitslagern Waldenburs als auch aus seinem Dienst als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Statistischen Reichsamtes kannte, traf er mit Sicherheit schon vor 1939 mit Moltke und seinem Freundeskreis zusammen. Belegt ist dies durch Theodor Steltzer, der zu dieser Zeit durch Gablentz erstmals von Moltke gehört hatte.

Dadurch erschliesst sich ein anderer Weg zu Gablentz' geistiger

Biografie und ermöglicht eine andere Ahnung von seiner Bedeutung als die akademische Würdigung mit Blick auf Bücher, auf Schüler und Lehrveranstaltungen. Wir haben einen Wissenschaftler vor uns, dessen geistige Entwicklung ahnen lässt, wie ihn die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Staat, mit der Kirche, mit der Wirtschaft, mit Kultur und Wertvorstellungen nachhaltig die Weitsicht und das Weltverständnis, nicht zuletzt aber auch die Methode der Auseinandersetzung mit Staat, Gesellschaft, Politik und den Mitmenschen prägten. In mancher Hinsicht erscheinen seine damaligen Anschauungen, etwa von der Gemeinwirtschaft oder von der Notwendigkeit eines Staatssozialismus, fremd. Andererseits gingen sie auf klare Prinzipien zurück. Ihnen blieb er treu. Ein Beispiel soll das illustrieren.

Einsiedel und Trotha hatten für den Kreisauer Kreis eine Diskussionsvorlage über die «Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft» ausgearbeitet und darin geschrieben: «Das Ziel der Wirtschaft ist der Mensch. Die Wirtschaft ist also nur ein Mittel, um das äussere Leben zu gestalten [...]. So wird die Freiheit des Menschen, soweit dieselbe dem Leben Sinn und Würde verleiht, zum Massstab der Wirtschaftslenkung selbst.» Zwanzig Jahre später, 1964, trug Gablentz zur Festschrift des damaligen Berliner Wissenschaftssenators Joachim Tiburtius die Abhandlung «Vom Sinn der Wirtschaft» bei. Die Wirtschaft dürfe nicht als Selbstzweck betrachtet werden, sondern sei nur ein Mittel in den Händen der Menschen zur «verantwortlichen Naturgestaltung», heisst es. Hier ist die Kontinuität des aus dem Widerstand erwachsenden zeitdiagnostischen Denkens greifbar. Gablentz knüpft in der Tat an Überlegungen im Kreisauer Kreis an wie kein anderer in seiner Position. Darin liegt die Bedeutung des Berliner Politikwissenschaftlers.

Nach 1945, nach zwölf Jahren des Schweigens (bis auf einige religiöse Betrachtungen), ergriff Gablentz sofort die Gelegenheit, sich publizistisch zu betätigen. Fast wöchentlich verfasste er programmatische

Artikel, die geradezu seismografisch die Zeitströmungen spiegelten. «Was tut not?», fragte er. «Werdet nicht reaktionär», mahnte der zweite Artikel in der «Neuen Zeit». Bald ging es um grundsätzliche Fragen: «Reformation und Union», «Tragik des Preussentums», «Stufen der Planung», «Was ist Militarismus?», «Politik aus dem Glauben», und schliesslich lesen wir eine Betrachtung über die Frage: «Warum sind wir Sozialisten?» Sein Engagement in der CDU entsprach dem Willen zum Wandel, zum neuen Anfang, zur Veränderung der Lebensformen, der Gesellschaft und der Politik. Die Befreiung der Deutschen vom Nationalsozialismus beendete eine Zeit publizistisch-politischen Schweigens. Ähnliches wäre von jenen zu erwarten gewesen, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren.

Nur wenige Oppositionelle, die die nationalsozialistische Zeit überlebten, konnten die Nachkriegsentwicklungen Deutschlands beeinflussen. Gablentz, obwohl 1945 protestantischer Mitbegründer der CDU in Berlin, gehörte nicht zu ihnen. Die Möglichkeit zur Mitwirkung eröffnete sich eher Politikern, Militärs und Diplomaten, auch manchen Theologen des Kirchenkampfes.

An den westdeutschen Universitäten war der Einfluss ehemaliger Gegner des nationalsozialistischen Regimes, ob aus dem Exil oder aus dem Innern, nach 1945 ziemlich gering, wobei er wohl an keiner Universität so stark war wie an der Freien Universität Berlin. Dies war eine grosse Chance auch für Gablentz.

Eines der grossen Themen Gablentz' war die Reformfähigkeit von Gesellschaften. Dabei verstand er sich als Konservativer. Sich jedoch als Struktur- oder Wertkonservativer zu bezeichnen, wäre ihm nicht in den Sinn gekommen. Denn ihn interessierte nicht wie die deutschen Konservativen die Beharrung, sondern eher in Übereinstimmung mit angelsächsischen Konservativen die Möglichkeit eines Wandels in Stabilität, im Respekt vor dem Überkommenen, aber auch aus der Verantwortung für die Zukunft.

Insofern verkörperte er den Konservatismus angelsächsischen Typs. Was nicht mehr zu halten war, sollte auch nicht gehalten werden; was funktionierte und deshalb anerkannt wurde, das sollte nicht ohne Not geändert werden. Das bedeutete aber, immer wieder zu ermitteln, was bestandswürdig, was reformbedürftig war. Genau darum kreisten die Diskussionen in Widerstandskreisen. Was hat noch Bestand in der Zeit der Zerstörung, des Wandels, der politischen Konfrontation, der Individualisierung, der Entstehung einer Massengesellschaft, der Gegensätze zwischen den Blöcken? Auch diese Frage hatte die Kreisauer beschäftigt.

Die 1948/49 neu begründete Berliner Hochschule für Politik betrachtete es als ihre Aufgabe, junge Menschen zu lehren, wie politische Prozesse zu gestalten und Demokratie in Deutschland auf der Grundlage des westlichen Verfassungsdenkens zu stabilisieren seien. Sie versammelte eine Vielzahl von Gelehrten, die ihre politische Identität in der Auseinandersetzung mit diktatorischen Bewegungen und Bestrebungen entwickelt hatten: Otto Suhr, von 1949 bis 1955 Direktor der Deutschen Hochschule für Politik, Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal, Ossip K. Flechtheim, Carl Dietrich von Trotha. Gablentz war für die Abteilung Soziale Ordnung und Sozialpolitik verantwortlich. Aus ihr entwickelte sich dann das Fach Theorie der Politik.

Die Konzentration oppositioneller, politisch verfolgter Emigranten und Widerständiger an diesem Fachbereich war bemerkenswert. Denn an den deutschen Universitäten der Nachkriegszeit fanden Regimegegner, die geflohen oder emigriert waren oder sich an der «inneren Front» bewährt hatten, bis auf wenige Ausnahmen zunächst wenig Anerkennung. Manche der von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten das Gefühl wie Klaus Mann: «Man braucht uns nicht!»

In besonderer Weise traf diese Situation die neuen sozialwissenschaftlichen Disziplinen: Soziologie, Politikwissenschaft und politische Bildung. Eugen Kogon, Wolfgang Abendroth, Siegfried Lands-

hut, Eric Voegelin, Andreas Hermes, in gewisser Weise auch Walde-
mar Gurian stehen neben dem Genannten für die öffentliche Reputation
einer jungen Demokratiewissenschaft, die ihren Platz suchte und Aner-
kennung in der Masse fand, wie sie sich in die öffentlichen Diskussio-
nen einzuschalten wusste. In diesen Zusammenhang gehören auch Dolf
Sternberger und Theodor Eschenburg, die beide wie Kogon, Golo
Mann und Carlo Schmid in den Medien der fünfziger und sechziger
Jahre oft gegenwärtig waren.

Damit stellt sich eine spezielle Frage: Welche Rolle spielten histo-
risch-politische Erfahrungen bei den zeitbezogenen politischen Analy-
sen? Lässt sich aus den Argumentationsweisen und Kontroversen er-
schliessen, wie Regimegegner, hätten sie überlebt, nach 1945 ihre Dis-
kussionen fortgesetzt hätten? Lässt sich vielleicht sogar ein bestimmter
Denk- und Argumentationsstil nachweisen, der seinen Ursprung in den
Auseinandersetzungen mit Diktaturen hat? Dabei geht es nicht nur um
die Frage, ob Vorstellungen aus dem Widerstand in den fünfziger und
sechziger Jahren umgesetzt worden sind. Hier drängen sich Parallelen
und Analogien auf, die nicht selten assoziativ, vielleicht aber doch über-
zeugend sind.

Wie wirkte sich die konzeptionelle Reflexion im Widerstand aus?
Bisher gibt es keine sichere Kenntnis. Vielleicht hat man bisher nicht
richtig nachgefragt. Denn nicht selten genügte das plakative Für und
Wider. Die Geschichte des Widerstands gehöre in die Vorgeschichte
der parlamentarischen Demokratie, sagten die einen; Vertreter des bür-
gerlichen und militärischen Widerstands seien in den Grossmachtvor-
stellungen des Reiches befangen gewesen und hätten sich mit ihren
Ordnungsvorstellungen an den Idealen des Obrigkeitsstaates orientiert,
sagten die anderen. So wurde der Widerstand für die geschichtspoliti-
schen Kämpfe der Gegenwart zugerichtet.

Insofern kann Gablentz als einer der bemerkenswertesten Politik-
wissenschaftler in der nach-diktatorischen, nach-nationalsozialisti-

schen Gründerzeit der Politikwissenschaft gelten, in der die Gedankenwelt der Kreisauer nachwirkte. Das zentrale Problem der Kreisauer, wie sich eine nach-diktatorische Gesellschaft neu ordnen liesse, hatte ihn in Bann gezogen. Ihn trieb aber nicht allein die Frage der Integration um, sondern er wollte ganz im Sinn des Diskussionsstiles der Kreisauer verschiedene Denk- und Deutungsansätze zusammenführen. In diesem Sinn war er offen für die Sichtweise anderer.

In der Auseinandersetzung mit den Homogenisierungsbestrebungen der Nationalsozialisten wollten die Kreisauer unterschiedliche Perspektiven zusammenführen. Dies zu würdigen, bedeutet mehr, als die steril erörterte Frage nach der verfassungsgeschichtlichen Modernität der Kreisauer zu stellen. Zum einen wollte sie die wissenschaftlichen Disziplinen zusammenführen, die Aufschluss über das Politische, die Politik, den Bürger, den Politiker und die politische Ordnung gaben. Zum anderen beeinflussten sie die Politikwissenschaftler der unmittelbaren Nachkriegszeit durch ihre Aufgabe, die vieldimensional angelegte Politik als Voraussetzung einer Integration der Gesellschaft unter einer gesamtstaatlich verbindlichen Zielbestimmung zu bedenken.

Gablentz wollte in zahlreichen Vorträgen, die sich dann auch zu Aufsätzen verdichteten und den Weg in seine programmatisch betitelten Sammelbände fanden, sichtbar machen, was seine Zuhörer oder Leser bei ihrer Auseinandersetzung mit den Zeiterscheinungen ahnen mögen, vielleicht auch, was sie sehen oder wissen. In seinen Vorträgen nimmt er seine Zuhörer, in seinen Aufsätzen seine Leser mit. Dies ist die Voraussetzung für seine Schlussfolgerungen, die auf Stilbildung, auf Aufklärung, auf politische Gesittung zielen.

Gablentz' Art der Annäherung an die Gegenwartsprobleme nach einer historischen Entwicklungsskizze erinnert an Debatten im Kreisauer Kreis. Die Kreisauer gingen vom Problem aus, das sich in der Gegenwart stellte. Man beschrieb den Zustand von Bildung, Erziehung,

Kirche, Universitäten, Verwaltung, Staat und fragte zugleich nach der Entwicklung der diagnostizierten Probleme in der Vergangenheit. Erst danach wurden Folgerungen gezogen. Erst dann liessen sich Analysen und Konsequenzen auch systematisch mit anderen Problemen und vorgeschlagenen Lösungen verknüpfen.

In letzter Schlüssigkeit liessen sie sich auf politische Axiome beziehen: Es ging darum, das Bild vom Menschen im Herzen der Mitmenschen aufzurichten. Es ging darum, den hohen, geradezu absoluten Wert des Menschen in der Welt deutlich zu machen. Staat und Wirtschaft waren seinetwegen da. Kultur und Wissenschaft erhielten ihre Rechtfertigung aus der Bildungsfunktion. Bildung war kein Selbstzweck, sondern Umstand der Erziehung. Sie hatte zur Gesittung beizutragen. Religion war kein Kitt, sondern wurde durch ihre hohe Autonomie definiert. Sie ging den Staat nichts an, sondern nur den Menschen und sein Verhältnis zu Gott. Damit ging es – «Bild im Herzen der Mitmenschen» – um Gewissen, um Verantwortung, um Vertrauen, zugleich aber um Vertrauensfähigkeit und Befähigung zur Verantwortung.

Die Arbeiten von Gablentz belegen es: Diese Begriffe und ihre systematischen Verbindungen liessen ihn niemals los. Er blieb in seinen Arbeiten Kreisauer, so sehr sich seine Thesen und Überzeugungen in der Verarbeitung von Gegenwart auch mit anderen Folgerungen verbanden und so ein Gesamtbild vom Bürger (polite), vom Politiker (politikos), vom Gemeinwesen (polis) und seiner Verfassung (politeia) lieferten.

Wenn sich heute keinerlei Niederschlag seines Wirkens in neueren Theoriegeschichten findet, so liegt das nicht an seinem Werk und seiner Methode, sondern schlicht daran, dass sich alle für Gablentz wichtigen Bezugspunkte des Politischen seitdem verschoben haben. Dies war eine Folge des Umbruchs von 1968, der Formverwandlung der Politik, der Veränderung politikwissenschaftlicher Kategorien.

Politikwissenschaft ist weder Regierungs- noch Orientierungswissenschaft geworden, wie Gablentz es erwartet hatte. Sie hat als Disziplin auch keine gemeinsame und allgemein akzeptierte Methode entwickelt; sie hat bis heute keinen allgemein akzeptierten Kern. Das Fach zerfällt in Ansätze und Schulen und verlangt deshalb Festlegungen: normativ-ontologisch, emanzipatorisch, wertfrei. Gablentz hätte diese kategoriale Differenzierung nicht akzeptiert, denn er wollte alle drei Ansätze aufnehmen und Staat, Gesellschaft, Kultur und Individuum auf einander beziehen.

Politik lässt sich als wandelbares Beziehungsgeflecht zwischen diesen Elementen begreifen. Wenn diese Elemente austariert sind, dann ist das Individuum nicht gefährdet. Der Einzelne ist der entscheidende Bezugspunkt. Er existiert jenseits von Staat und Wirtschaft. In den Diskussionen der Kreisauer wird dies programmatisch klar formuliert: Wirtschaft habe dem Menschen zu dienen; Staat habe den Menschen zu schützen. Dem Individuum haben der Staat und die Gesellschaft in gleicher Weise zu dienen. Sein Wert liegt jenseits von Staat und Wirtschaft. Wo immer es zu einer Verschiebung der Gewichte kommt, erwächst dem Individuum Gefahr. Die Gefährdung des Einzelnen ist das wichtige Resultat einer Gefahr für die Ordnung, für das Gemeinwesen, für seine Wertvorstellungen.

Diese Art der Argumentation ist unter dem Einfluss einer angeblich exakten empirisch-analytischen Sozialwissenschaft nicht nur diskreditiert worden; vielleicht haben die Politikwissenschaftler die methodischen Voraussetzungen einer derartigen Argumentation sogar verlernt. Dies ist auch eine Folge des Rückzugs aus der politischen Bildung, aus der Argumentationsanalyse, aus der Sprachkritik und Kommunikationspolitologie. Gablentz beherrschte diese Methoden ebenso meisterhaft wie die Mitglieder der Mittwochsgesellschaft und des Kreisauer Kreises. Und zugleich verstand er es, seine Fähigkeit zur historisch orientierten Gegenwartsanalyse methodisch geradezu sprach-

schöpferisch zu nutzen. Wer von seinen Zeitgenossen, wer von uns wagt eine Begriffskombination wie «totalitärer Antitotalitarismus», um uns, die Zeitgenossen des Kalten Krieges, der Blockkonfrontation und des weltanschaulich legitimierte Grundkonfliktes, vor uns selbst zu warnen?

Vor allem aber ist aus der Mode gekommen, was die Politikwissenschaft der sechziger Jahre noch auszeichnete: auf begrifflicher Grundlage zunächst einmal zu erfassen, was ein Phänomen bestimmen kann. Die in vielen Diskussionen der Kreisauer spürbar werdende Methode der Topik, der Zusammenschau und des Zusammentragens, ist besonders geeignet, unterschiedlichste Gesichtspunkte zum Tragen zu bringen. Wer sich zur Topik bekennt, reflektiert die Bemühung um Überblick und Zusammenschau, aus der dann neue problemlösende Folgerungen resultieren können. Aus der Multidimensionalität wird die Multiperspektivität.

Die Methode der Topik ist eine grundlegende Methode politischer Bildung, denn sie hat die Vielfalt der Anschauungen, Erfahrungen und Überzeugungen in Rechnung zu stellen und muss nach Überschneidungsbereichen unterschiedlicher Sichtweisen suchen. Die topische Bemühung prägt aber auch das klärende Gespräch unter Freunden, die sich unterscheiden und doch annähern wollen, sei es, um Gemeinsamkeit zu finden, sei es, um die jeweiligen Unterschiede zu akzeptieren, die nicht mehr zu vermitteln und deshalb bei allen weiteren Überlegungen in Rechnung zu stellen sind. Diese Methode ist charakteristisch für die Analysen zahlreicher Regimegegner. Wer etwa den Briefwechsel von Moltke und Yorck rekonstruiert, ahnt, was diese Methode für das dialogische Miteinander, für den Respekt vor dem Argument des anderen bedeutet.

Wir haben uns seit den sechziger und siebziger Jahren zu anderen Vorgehensweisen bekannt und die bewusste Pflege der Zusammenschau und des Zusammentragens verlernt. Wir testen Hypothesen, wir geben vor, sie zu falsifizieren, und wissen doch, wenn wir ehrlich sind:

Wir suchen nur Bestätigung, also statt der Falsifizierung mit allen Mitteln die Verifizierung um jeden Preis, eine Verifizierung übrigens, die nach den Massstäben des kritischen Rationalismus doch als wissenschaftliche Rechthaberei verpönt sein sollte.

Wenn Vertreter der empirisch orientierten Politikwissenschaft heute anders argumentieren, sich auf die Ermittlung demoskopischer Befunde konzentrieren und darin ein wichtiges Ziel in der Beratung verantwortlicher Politiker sehen, rücken sie vielfach von kritischen Begründungsmustern ihres Faches ab. Sie orientieren sich nicht am Kampf um die «rechte Ordnung», sondern an Verwertungszusammenhängen politischer Marktforschung. Das heisst nicht, dass Gablentz mit seiner spezifischen Form historisch gesättigter Beschreibung falsch lag. Denn ist nicht gerade in der politischen Theorie zu oft das Modische für das Bedeutende, das Richtige, das Wahre gehalten worden? Gablentz hatte diese Begriffe ausnahmslos abgelehnt und einen viel schwächeren Begriff – etwa in dem Titel des Aufsatzbandes «Der Kampf um die rechte Ordnung» – vorgezogen: «Freiheit», so schreibt er, sei der «Massstab dafür, ob eine Ordnung rechte Ordnung» sei. Der Ausdruck «,rechte' Ordnung» verweise auf einen wichtigen Vorbehalt, der die Mitte halte «zwischen den Formulierungen ,gerechte Ordnung' und ,richtige' Ordnung».

«Gerechte Ordnung setzt einen absoluten ethischen Anspruch. Hier wird jedem das Seine, das ihm Zukommende, gegeben. Er stellt Ansprüche, und denen wird entsprochen. Richtige Ordnung setzt einen absoluten sachlichen Anspruch. Sie ist zweckentsprechend, sie funktioniert, sie stellt den Anspruch an den Menschen, sie unbedingt anzuerkennen. Aber die rechte Ordnung lässt etwas offen, nämlich die Mitwirkung der Geordneten als Ordnende.»

Diese Denkweise entspricht der der Gegner des nationalsozialistischen Regimes. Gablentz verwies aber nicht auf seine Erfahrungen, um deutlich zu machen, welchen Weg er in unserem Jahrhundert zurückge-

legt hatte. Dies spiegelte nicht nur die Reserviertheit der Deutschen gegenüber dem Widerstand.

Es war die Tragik vieler Regimegegner, dass die Tat vom 20. Juli 1944, die fast zum Ziele geführt hätte, den Nationalsozialisten den gesuchten Anlass bot, ihre potenzielle Gegen-Elite gewitterartig auszuschalten. Die Gegen-Elite war zwar durch die Weimarer Erfahrungen geprägt, hatte zugleich aber mancherlei Ansätze entwickelt, die man heute als zivilgesellschaftlich apostrophieren würde. Dies bedeutete eine Überwindung der obrigkeitsstaatlichen Orientierungs- und Rechtfertigungsmuster, eine geistige Bewältigung des deutschen Sonderwegs, eine Relativierung des Staates und eine Anerkennung von Interessen und Bedürfnissen im Politischen.

Nach dem 20. Juli 1944 steigerten die Nationalsozialisten noch einmal ihre Energie, die sich gegen ihre Gegner richtete. Tausende Verhaftete zeugen davon, Sozialdemokraten, Zentrumsleute, Konservative. Sie alle verkörperten den Anspruch auf eine Zukunft der Deutschen und ihres Landes nach der Befreiung vom Nationalsozialismus. So wurde die Stunde des Attentats von den Nationalsozialisten genutzt. Seit vielen Jahren führten sie Listen mit Namen der Männer und Frauen, denen sie zutrauten, nach dem Ende ihres Staates die Nachfolge anzutreten. Nun griffen sie zu.

Zu denen, die ihnen entgingen, gehörte Gablentz. Seine Zugehörigkeit zum Widerstand wurde erst viel später, 1968, bekannt, als eine profunde Rezension aus seiner Feder verdeutlichte, dass hier ein Beteiligter die von Ger van Roon verfasste Untersuchung über den Kreisauer Kreis in wesentlichen Punkten aus eigener Kenntnis ergänzt hatte. Aber man musste genau lesen, um den Beteiligten zu erkennen. Nur ein Satz wies Gablentz als Beteiligten aus: «Dass Staat vor Wirtschaft geht, war nie bezweifelte Überzeugung des ganzen Kreises.»

Wer so autoritativ sprach, musste es wissen. Wenige Absätze später wird der Leser noch einmal auf die Zeugenschaft des Verfassers ge-

stossen: «Die Vorstellungen von den Vertreibungen lagen allerdings ausserhalb unseres Gesichtskreises.»

Dies ist eine seltene und überraschende Formulierung, denn in zahlreichen anderen Studien findet sich kein Hinweis auf die Verbindungen des Gelehrten zum Widerstand. Innerhalb des Kontextes der Besprechung ist es nicht überraschend, wenn es am Schluss der Besprechung heisst: «Wir selber haben scherzhaft von einem ‚Bündnis von vorgestern und übermorgen‘ gesprochen. Wir rechneten für den Tag des Zusammenbruchs mit jener später oft peinlich berufenen ‚Gnade des Nullpunkts‘, aber wir stellten uns immer noch vor, dass dabei eine Chance für die deutsche Mitwirkung mindestens bei der inneren Neugestaltung gegeben sein würde.»

Immer wieder benutzt Gablentz das Pronomen «wir»: «Es schien uns, wir waren nicht, wir rechneten nicht [...]», und schliesslich reagiert er sogar auf eine ihm unverständlich erscheinende Abwertung des Widerstands. Er rechtfertigt Moltke und nimmt ihn gegen den Vorwurf in Schutz, doch nur gedacht, nicht aber gehandelt zu haben. Selten rückt eine wissenschaftliche Besprechung ihren Verfasser so in den Zeitzeugenstand wie die Ausführungen, mit denen Gablentz die Arbeit Roons ergänzt. Noch seltener wird in Besprechungen, die sich mitunter im Faktologischen verbeissen, eine Verbindung über die Zeiten geschlagen.

Gablentz will augenscheinlich die Bedeutung des Widerstands für die Problemanalyse der Gegenwart sichtbar machen. Dadurch unterscheidet er sich von vielen appellativen Vertretern der Proklamationen politischer Sonntagsredner im vergangenen «Nie-wieder-Jahrhundert».

Bis zu diesem Zeitpunkt (1968) hatte Gablentz kein öffentliches Aufheben von seiner Zugehörigkeit zum Widerstand und seiner Bekanntschaft mit bedeutenden Regimegegnern gemacht. Er bekannte sich zwar zum Widerstand, aber nicht, um sich zu erhöhen, sondern aus

Vertrautheit und Treue: Eine seiner Schriften verweist auf Hans-Bernd von Haefen, der «seinen Kampf für ein christliches und menschliches Deutschland mit dem Heldentod am Strang [...] besiegelte».

Das Werk einte nicht nur die gemeinsame Frage nach dem «Danach», sondern auch ihre politische und zeitgeschichtliche Erfahrung. Wer die Machtergreifung als einen gesellschaftlichen Umbruch und einen zivilisatorischen Umschlag begriff, konnte sich nicht mit oberflächlichen Metaphern wie jener, hier sei eine Gossensbewegung an die Macht gekommen und hätte das Reich der niederen Dämonen errichtet, zufrieden geben. Er hatte vielmehr die Koordinaten seiner Gegenwart zu klären, sich um Grundfragen zu bemühen. Nur dann konnte es gelingen, Massstäbe zu behaupten oder zu entwickeln, die aus dem Sog der Zeiten hinausführten, die mit der Distanz auch eine Distanzierung von Zeiterscheinungen ermöglichten.

Es ging um Konturen, um eine Zeitdiagnose. Sie war nur dialogisch zu schaffen und bedurfte des Miteinanders, der Herausforderung, der Fragestellung und des ausgleichenden Angleichens. Sie verlangte den Blick zurück, um zu erkennen, was war und was fehlte im Jetzt. Viele empfanden das so und bildeten Kreise. Sie suchten sich. Hans Rothfels sprach darum von der Kreiselei als einer Grundform widerständiger Existenz. Wer zu einem Kreis gehört, ist vertrauenswürdig und vertrauensfähig. Er macht die Grunderfahrung der Mitmenschlichkeit der gleich Gesinnten. Darum waren Zusammenkünfte mehr als das Zusammenkommen; sie bezeichneten einen Kreis, in den man trat und aus dem man nicht mehr heraus konnte – oder – wollte.

Bedeutend waren die Zusammenkünfte der Mittwochsgesellschaft, die Treffen bei Arvid Harnack, die Gespräche im Solf-Kreis und in der Grafenrunde. Moltke und sein Kreis gingen am weitesten und trafen sich im Kreisauer Berghaus zu Tagungen, um nach langen Klärungen schliesslich Zeiterscheinungen zu diagnostizieren, die das Deutschland der dreissiger Jahre als ein neues politisches Erfahrungsfeld definier-

ten. In der Tat brauchten die Kreisauer die Grunderfahrung einer Konfrontation der Zivilgesellschaft, der Weimarer Republik, mit dem nationalsozialistischen Staat, um die Koordinaten der Neuordnung zu bestimmen.

In Deutschland hatte sich 1933 erstmals eine Diktatur konsolidiert; das bedeutete: Machtergreifung, Legalisierung der Rache, Konsolidierung der Diktatur, Planwirtschaft, Zerstörung der meisten staatlichen Traditionen, der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates, der bürokratischen Verwaltung durch eine dienende Beamtenschaft. Damit einhergingen Pervertierung und Monopolisierung des Vaterlandsbegriffs und des Patriotismus, die Isolation Deutschlands im internationalen Beziehungsgefüge der westeuropäischen Verfassungsstaaten, Aufhebung des Minderheitenschutzes, Verfolgung des politisch anders Denkenden, Abschaffung des Pluralismus und des Parlamentarismus, Aufhebung einer periodisch übertragenen Herrschaft, die Legitimation und Obligation, Rechtfertigung und Verpflichtung der Staatsbürger zur Verfassungstreue aus den Prinzipien der Demokratie ableitete.

Die nationalsozialistische Machtergreifung war ein elementarer politischer Vorgang. Er begründete eine kategoriale Erfahrung. So wurde das Nachdenken über die Voraussetzungen des politischen und zivilisatorischen Bruchs zum Ausgangspunkt einer Politikwissenschaft, die sich als Demokratiewissenschaft verstand und insofern von der politischen Wissenschaft unterschied. Und weil Gablentz aus dem Schatten dieser Katastrophe heraus zur Neubegründung seines Faches antrat, sind seine Untersuchungen methodisch und substantiell von erheblicher Bedeutung. Sie begründen politische Orientierung aus historischer Erfahrung.

Man sollte in den Schriften der überlebenden Mitglieder des Kreisauer Kreises lesen, um nach Spuren eines dialogischen und argumentativen Denkens zu suchen und um das zu finden, was politikwissenschaftlicher Erkenntnis dient, aber auch der Orientierung und der We-

ckung einer Nachdenklichkeit, die auf das Prinzipielle fern des Modischen zielt. Wer nur dem intellektuell Modischen nachjagt, verfehlt die Möglichkeiten einer Bildung, die gerade aus dem Tagesgehetze ausbrechen will.

Jedenfalls sah es Gablentz so: Eine politische Wissenschaft, «für die nicht die Freiheit und die Verantwortung des Menschen ein Zentralbegriff bleibt und die nicht den Mut hat, politische Institutionen und Entscheidungen danach zu bewerten, ob sie die Freiheit oder die Unfreiheit fördern», verdiene weder den Namen Wissenschaft, noch trage sie zum Verständnis der Politik bei.

Auch hier wird deutlich, wie sehr Gablentz Kreisauer geblieben war. Politik sei ein «sozialer Bereich und nicht allein eine Art des Handelns», das war eine nicht zu erschütternde Grundüberzeugung. Er sah seine Grenzen im Fach. Zugleich sah er aber auch die Grenzen anderer Zugangsweisen, die ihm fremd waren. Umfassende empirische Studien mit Spezialmethoden werde der Vertreter der Theorie der Politik ebenso wenig unternehmen wie der historisch orientierte politische Wissenschaftler. Aber «er solle ständig sein wissenschaftliches Handwerkszeug an der Analyse von ungeklärten oder ambivalenten Gegenwartserscheinungen üben». Weil er vergangene Politik theoretisch durchdrang, wusste er nicht nur mit Ambivalenzen, sondern auch mit Aporien zu leben.

Das war nicht nur die Antwort auf die Probleme seiner Zeit. Es ist auch eine mögliche Reaktion auf unsere Probleme. Überholt sind das Denken von Otto Heinrich von der Gablentz und sein Werk deshalb nicht. Vielleicht wird er in Zukunft öfter gelesen. Das macht gelassen, vielleicht weil er in allen Phasen nach 1945 wusste: Es gab Zeiten, da war es in Deutschland dunkler, gefährlicher, hoffnungsloser als in allen Krisen, die er im Berlin der Nachkriegszeit durchlebte.

Seine eigentliche Zeit, das waren die Jahre der Kreisauer.



Das Recht am Galgen, Jüterbog, Sommer 1933

Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, der Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat.

HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE

«Mensch geht vor Prinzip»

Für die Wiederherstellung des Rechts

Oft ist in den vergangenen Jahren betont worden, dass der Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 befangen gewesen sei in den Vorstellungen seiner Zeit. Aussenpolitisch seien die meisten Regimegegner vom Ziel deutscher Hegemonie in Mitteleuropa ausgegangen und hätten deshalb weder die Besetzung des Sudetenlandes noch den «Anschluss» Österreichs rückgängig machen wollen. Manche Regimegegner seien anfällig gewesen für antisemitische Denkmuster und hätten insgesamt in der nationalsozialistischen Rassenpolitik keine entscheidende moralische oder ethische Herausforderung gesehen.

Einige Regimegegner hätten über viele Jahre hinweg nicht nur Funktionen innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ausgeübt, sondern ihr eigenes Schicksal seit Hitlers Machtergreifung sehr eng mit der Stabilisierung des Dritten Reiches verknüpft. Wolf Heinrich Graf von Helldorf wurde in diesem Zusammenhang ebenso angeführt wie Arthur Nebe, Berliner Polizeichef der eine, Leiter einer Einsatzgruppe, die etwa fünfundvierzigtausend Juden ermordet hatte, der andere. Oppositionelle Offiziere hatten über Jahre hinweg den nationalsozialistischen Rassen- und Weltanschauungskrieg gutgeheissen und sich im Kampf gegen Partisanen zu einer «harten Haltung» bekannt. Überraschend konnte dies nur für jene sein, die verdrängt hatten, dass die Entscheidung für die Beteiligung am Umsturz oftmals das Ergebnis eines langen Prozesses war. Ziele, die zunächst mit den Natio-

nalsozialisten geteilt worden waren, mussten in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit der Diktatur und des Krieges verändert werden.

In den sechziger Jahren spielte die Verstrickung mancher Regimegegner in das nationalsozialistische Vernichtungssystem eine geringe Rolle. Historiker betonten stattdessen die Bewahrung obrigkeitsstaatlicher Denkmuster und die Verhaftung mancher Regimegegner in den aussenpolitischen Vorstellungen der Wilhelminischen Zeit. Ihre Forschungsergebnisse, die gut begründet und breit belegt waren, warfen die Frage auf, wie die Verfassung Deutschlands nach einem gelungenen Staatsstreich ausgesehen hätte. Das Ergebnis schien eindeutig: Der Widerstand sei antiparlamentarisch und elitär, mithin antidemokratisch gewesen. Er habe sich an ständischen Gesellschaftsbildern und aristokratischen Wertvorstellungen orientiert. Darum sei es problematisch, die Bundesrepublik Deutschland in die Tradition dieses Widerstands zu rücken. Man sprach darum nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern zunehmend in der wissenschaftlichen Forschung dem Widerstand eine traditionsbildende Kraft ab und reduzierte seine politische und ethische Bedeutung auf die Fähigkeit zur Einsamkeit, zur individuell gefällten richtigen Entscheidung, auf Mut und Konsequenz.

Die gesellschaftlichen und politischen Ziele des Widerstands sind seit den sechziger Jahren ein Gegenstand heftiger Kontroversen geworden, welche erheblich zur «Entmystifizierung» und «Entheroisierung» der Widerstandskämpfer beigetragen haben. Zwar wurden die öffentliche Diskussion und die Kritik der Geschichtswissenschaftler am Widerstand nicht nur auf anregende und herausfordernde Art, sondern mitunter auch auf eine die Gefühle der Nachfahren ermordeter Widerstandskämpfer verletzenden Weise geführt; dagegen wurde nur selten die Forderung erhoben, bei Beurteilung des Widerstands gegen Hitler in seiner phasenweise verlaufenden Entwicklung graduell und zeitlich zu differenzieren und auch in seinen Handlungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen zu sehen.

Denn im Hinblick auf die politischen oder gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen des Widerstands hätte berücksichtigt werden müssen, dass in der Krise des republikanischen Systems nach 1918 viele der liberaldemokratischen Perspektiven verbraucht schienen. So liegt es an der zeitbedingten Prägung vieler Widerstandskämpfer, wenn deren politische Vorstellungswelt – Weitsicht und Weltanschauung gleichermaßen – sich nur schwer mit den Grundprinzipien einer heute allgemein akzeptierten freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung in der Art des Grundgesetzes in Einklang bringen lässt.

Wenn richtig ist, dass der Massstab die Phänomene schafft, wie der Religionswissenschaftler Mircea Eliade einmal gesagt hat, dann entheben scheinbare Eindeutigkeiten des Versagens, die Verdikte der Nachlebenden begründen, nicht von der Notwendigkeit, nach diesen Massstäben zu suchen. Rechtlichkeit und Rechtmässigkeit als verpflichtende Norm staatlichen Handelns führte zur Auseinandersetzung mit der Rechtlosigkeit und ermöglichte den Regimegegnern, das Unrecht zu benennen, das die politische Praxis des Dritten Reiches charakterisierte. Darum ging es nicht allein um das Bekenntnis zum Rechtsstaat, sondern um Recht als Ziel und Norm, als Massstab, um unrechtmässiges Verhalten zu geisseln, aber auch, um sich selbst auf die Einhaltung dieser Normen zu verpflichten.

Das immer wieder von Regimegegnern beschworene Ziel, die «Majestät des Rechts» wiederherzustellen, lässt sich darum nicht als Ausdruck von nur der Vergangenheit verhafteter Denkvorstellungen deuten. Vielmehr wird hier ein Bezugspunkt des Handelns sichtbar, der viele Regimegegner antrieb und motivierte, den «entscheidenden Wurf» zu tun. Im Nachdenken über Recht und Unrecht werden Vorstellungen und Ziele sichtbar, die Schicht- und gruppenspezifische Denkbarrieren überwinden konnten. Von immer wieder betonter Bedeutung bleibt so die Absicht, in der Auflehnung gegen den national-

sozialistischen Unrechtsstaat die Vorstellungen einer politischen Neuordnung auf das Recht zu beziehen.

Es war die Tragik der Weimarer Republik, dass Ansätze einer rechtlichen Ausgestaltung der Verfassungsordnung nach wenigen Jahren gekappt und zurückgedrängt wurden. Dadurch geriet die republikanische Rechts- und Verfassungsordnung selbst bei denen in Misskredit, die sich ursprünglich für den Weimarer Verfassungskompromiss eingesetzt und ihn politisch in der Weimarer Koalition getragen hatten. Die nationalsozialistische Führung aber hatte den Kampf gegen das republikanische Staatsmodell zur wichtigsten Rechtfertigung ihrer politischen Praxis erhoben: Gegen Demokratie und Verfassung, gegen Pluralismus und Sozialismus richtete sich der nationalsozialistische Anspruch, alle «antimarxistischen» Bestrebungen zusammenzufassen. Die Beseitigung des «Systems» bedeutete aber die – wiederum – systematische Zerstörung des Rechtsstaates, der vom Geist der Aufklärung und des Liberalismus, vom Konzept des Ausgleichs durch Kompromisse und der Grundüberzeugung des Minderheitenschutzes und Menschenrechts geprägt war.

Ernst Fraenkel analysierte als einer der ersten den neuen nationalsozialistischen «Doppelstaat»; Carl Schmitts Aufsätze beschrieben auf eine andere Weise den zum Bewegungsstaat gewordenen totalen Staat, der die Vorstellung der absoluten «Feindschaft» zur neuen Staatsräson erhoben hatte und das Recht nicht mehr zum Schutz der Schwachen, sondern zum Instrument des Wandels um ferner, rassenpolitisch motivierter und ideologischer Ziele willen machte. Gesetze, Verordnungen, Erlasse wurden zu nicht mehr streng von einander geschiedenen rechtlichen Grundlagen einer Willkür, die sich vom Recht als Norm im Dienste des Menschen und einer institutionengemässen, den Zielen einer «guten Herrschaft» verpflichteten politischen Ordnung lösten.

Überzeugte Republikaner wurden im April 1933 aufgrund des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» aus ihren

Positionen vertrieben und jeder ernsthaften Möglichkeit des Widerspruchs beraubt. Andere, nicht derart entschiedene Republikaner hielten still, wurden allein durch die Drohung ihrer Entlassung diszipliniert und verharrten in einer Passivität, die schliesslich in eine willig vollzogene «Selbstgleichschaltung», wie Karl Dietrich Bracher früh festgestellt hatte, mündete. Sie ermöglichte schliesslich die völlige Gleichschaltung der Justiz, aber auch der Rechtswissenschaft. Unabhängige Wissenschaftler emigrierten innerlich oder gingen ins Exil.

Die Reflexion über die Prinzipien des Rechtsstaates konnte darum nur in kleinem Kreis angestellt werden. Zunächst galt es, mit überkommenen Vorstellungen und Wertschätzungen des Obrigkeitsstaates zu brechen, um sich nicht durch die Kritik an der Weimarer Rechtsordnung den offenen Blick auf grundlegende Fragen der Rechtsmoral und Staatsethik verstellen zu lassen. Die nationalsozialistische Wirklichkeit erleichterte die Entwicklung einer neuen Sichtweise, die dann in eine neue Wertschätzung der häufig als überholt eingeschätzten Institutionen und Normen des Rechtsstaates mündete.

Wiederherstellung des Rechts konnte angesichts der in Rechtsnorm gebrachten Unterdrückung im Innern, der Pervertierung des Rechts zum beliebigen Herrschaftsmittel einer weltanschaulich skrupellosen Führungsschicht, der Verbrechen an politischen Gegnern, an Juden, an den Einwohnern der besetzten Gebiete zunehmend weniger eine abstrakte Forderung sein. Hinter dem Anspruch, die «vollkommene Majestät des Rechts» zu sichern, waren die geschändeten Rechte der vom Tode bedrohten und extremer Willkür ausgelieferten Mitmenschen deutlich sichtbar. Jeder Eingeweihte begriff das Ziel, wenn der Verfall der Rechtsordnung und die Zerstörung der Rechtssicherheit konstatiert wurden. Erst vor diesem Hintergrund versteht man, warum in allen Überlegungen des Widerstands, der sich seit 1938/39 zur Möglichkeit eines Anschlags auf die Führungsschicht des nationalsozialisti-

schen Staates und damit auch Hitlers durchrang, der Plan einer neuen Fundierung eines rechtlich eingegegneten und klaren sittlich-moralischen Prinzipien verpflichteten Staates eine zentrale Rolle spielte.

Dies lässt sich für die Zusammenkünfte der Berliner Mittwochsgesellschaft vereinzelt, für den Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg deutlich begreifen. So ist bereits aus dem Jahre 1940 ein Brief Moltkes an Yorck überliefert, in dem die staatstragenden Prinzipien des Rechts deutlich ausgedrückt und als Auftrag für zukünftige Überlegungen formuliert werden. In der Erwartung eines «Triumphs des Bösen», der auch durch den «schlimmen Sumpf von äusserem Glück, Wohlbehagen und Wohlstand» nicht verdeckt werden konnte, will sich Moltke im Juni 1940, zum Zeitpunkt also des als Triumph der Machtpolitik empfundenen Siegs über Frankreich, mit Schulenburg und Yorck über die Grundlagen einer «positiven Staatslehre» auseinandersetzen. Fritz-Dietlof von der Schulenburg glaubte zu dieser Zeit noch an die Möglichkeit eines Wandels des nationalsozialistischen Staates zum Guten. Diese Illusion hatten Yorck und Moltke schon überwunden.

Trotz dieser Überzeugung hatten sie die Grundlagen künftiger Gemeinsamkeit noch keineswegs geklärt. Moltke forderte Yorck im Sommer 1940 in einer Weise heraus, die in ihrer Radikalität an Platons Dialog «Politeia» erinnerte. Kriterium eines akzeptablen Staates sollte die Verwirklichung der Gerechtigkeit sein; in dieser Überzeugung stimmten beide überein. Im Unterschied zum antiken Dialog einigten sich die diskutierenden Freunde offensichtlich auf eine Definition. Gerechtigkeit bestünde darin, «dass im Rahmen des Staatsganzen ein jeder sich voll entfalten und entwickeln könnte». Dabei ging es nicht um eine ungehinderte Selbstverwirklichung, denn jedem Einzelnen sollte eine «schwere Hypothek» auferlegt werden, die Einschränkungen «im Rahmen des Staatsganzen» verlangen könnte.

Ansichts der nationalsozialistischen Wirklichkeit kam es darauf

an, die «Hypothek» präzise zu bestimmen und dadurch auch die Opfer und Leiden zu begrenzen, die der Einzelne im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung für seinen Staat auf sich zu nehmen hätte, ohne dass es sich um die Verwirklichung und Praktizierung des Unrechts handelte. Moltke reflektierte über die klassische Frage der Staatsgrenzen und Staatsziele, die in jeder Widerstandsdiskussion verborgen ist.

Erstens dürfe der Staat keineswegs «Menschen [...] beherrschen und durch Gewalt oder durch die Furcht vor Gewaltanwendung [...] zügeln, sondern müsse «die Menschen in eine solche Beziehung zueinander [...] bringen und sie darin [...] erhalten, dass der Einzelmensch von jeder Furcht befreit in voller Sicherheit und doch ohne Schaden für seinen Nächsten zu leben und zu handeln vermag».

Zweitens habe der Staat nicht das Recht, «Menschen zu wilden Tieren oder zu Maschinen zu machen». Vielmehr habe er «dem Einzelmenschen denjenigen Rückhalt zu geben, der es ihm ermöglicht, Körper, Geist und Verstand ungehindert zu betätigen und zu entwickeln».

Drittens schliesslich sei es «nicht die Aufgabe des Staates, unbedingten Gehorsam und blinden Glauben an sich oder an etwas Anderes vom Menschen zu fordern», sondern er müsse «den Einzelmenschen dahin [...] führen, dass er nach den Geboten der Vernunft lebt». Dies gewährleiste, dass der Mensch «seine Kraft nicht in Hass, Arger, Neid verschwendet oder sonst unrecht handelt». Das Fazit dieser Überlegungen lautete: «Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, der Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat.»

Die ebenso knapp wie eindringlich formulierten Grundsätze mussten sich an der staatlichen Wirklichkeit des totalen nationalsozialistischen Staates stossen und sich letztlich gegen dessen Grundlagen richten. Konsequenz zielte Moltke darum auf einen Kern seiner Motivation, die sich seitdem verfestigte und bis zur Stunde seines Todes

nicht erschüttert wurde: Mit «Furcht, Macht und Glaube, soweit sie nicht von den einzelnen Staatsbürgern abgeleitet sind» – also individualistisch geprägt sind –, will er Grundanschauungen des «heutigen Staates beseitigen». Er war sich bewusst, dass Furcht, Macht und Glaube auch im wünschenswerten Staat Grundlagen menschlichen Zusammenlebens seien. Entscheidend war jedoch, dass im neuen Staat die «Hypothek» zu Gunsten des Menschen präzisiert werden sollte. Sie musste aus einem Kompromiss verschiedener Möglichkeiten und Wirklichkeiten hervorgehen und sollte durch eine Minimierung ihrer realen Last charakterisiert sein.

Die Hypothek als Kompromiss – die positive Verwendung eines aus der Weimarer Zeit belasteten Begriffs signalisiert einen Wandel politischer Grundanschauungen. Es ging nicht mehr um das Absolute, welches das Recht ausser Kraft setzte und den einzelnen beliebigen Zukunftszielen verfügbar machte, die sich als schwere Belastung entlarven mussten, sondern es ging um ein bewusstes «Zugeständnis an die Wirklichkeit, welches man so klein halten muss wie eben möglich».

Hypotheken, die aufgenommen worden waren und von den Nachlebenden anerkannt und abgetragen werden sollten, mussten – wie Moltke genau wusste – in einer Weise getilgt werden, die Orientierung am Recht und Willen zur Rechtlichkeit zur Voraussetzung hatten. Es ging also keineswegs um die Auslotung einer Möglichkeit des nationalsozialistischen Staates, sich zur Gerechtigkeit zu wandeln, sondern es ging um die Akzeptierung einer historischen Hypothek als schwerer Last für die Zukunft, die im Zuge einer Überwindung dieses Staates zu tragen war.

Darum resümierte Moltke in seinem Brief an Yorck: «Der Staat, den wir bestenfalls erwarten können, wird mit einer sehr schweren Hypothek auf den Einzelnen anfangen, und es wird die Aufgabe sein müssen, diese Hypothek so schnell wie möglich abzutragen.» In seiner Antwort auf Moltkes Schreiben bezweifelte Yorck die Möglichkeit, den

Freiheitsbegriff präzise bestimmen zu können und die Aufgabe des Staates, Hüter der Freiheit zu sein, verbindlich festzulegen.

Für Yorck kam der «Rückbezogenheit» des Einzelmenschen auf die Gemeinschaft eine grosse Bedeutung zu, denn der Einzelmensch solle «voller Sicherheit» leben können und seinem «Nächsten» keinen Schaden zufügen, ja sogar für ihn leben und handeln. Freiheit war nicht individualistisch definiert, sondern ethisch durch Mitmenschlichkeit geprägt. Recht und Pflicht verbanden sich und machten den Kern der Hypothek aus, um die Moltkes Gedanken kreisten und die er als Belastung der Gegenwart und Verpflichtung für die Zukunft zu bestimmen suchte.

Freiheit war für Yorck durch ihren Fremdbezug geprägt, der Konsequenzen für das Rechtsverständnis, aber auch die Praxis des Widerstands als stellvertretendes mitmenschliches Handeln zeitigte. Er schrieb an Moltke: «Ich wollte damit die Freiheit für sich selbst umwerten zu der Freiheit für die anderen, die nach meinem Dafürhalten nur die Grundlage staatlichen Lebens sein kann. Ich wollte zum Ausdruck bringen, dass die Zeit der Bedrängnis, die trotz der äusseren Erfolge kommen wird, die Pflicht zum gemeinnützigen Handeln, zum ‚Dienen‘ besonders hervortreten lassen wird.»

Angesichts des Missbrauchs und der Praxis des Dienens war sich Yorck dessen bewusst, dass er es bei der blossen Verwendung dieses Begriffs nicht belassen konnte. Darum präziserte er die Verpflichtung des Dienens durch den signifikanten Bezug der Tat auf das Recht und die Rechtmässigkeit. Recht wurde nicht als Schutz der Schwachen verstanden, sondern als Verpflichtung und qualifizierte Normierung des individuellen Verhaltens in Staat und Gesellschaft.

Allein durch diese Bindung an das Recht liess sich auch das Risiko der «Hypothek» mindern, welches ursprünglich den Ausgangspunkt der Staats- und Rechtsdiskussion zwischen den führenden Vertretern des späteren Kreisauer Kreises gebildet hatte. Dienen geschehe, so stellte Yorck fest, «im Rahmen der Rechtsidee, wonach die objektive

staatliche und rechtliche Ordnung zugleich ein persönliches Rechtsgut des Einzelnen ist, der nicht der politischen Willkür des allgewaltigen Staates ausgeliefert sein darf, dem gegenüber sich der Staat vielmehr auch in dem Verhältnis von Recht und Pflicht befindet».

Aus dieser Überzeugung musste unvermeidlich eine fundamentale Kritik an der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis resultieren, denn die Inpflichtnahme des Staates für das Recht band den Staat selbst an die Grundlagen einer rechtlich bestimmten Sittlichkeit: «Der wahre Inhalt des Staates ergibt sich mir nun dort, wo er als Trieb göttlicher Ordnung den Menschen erscheint und von ihnen empfunden wird.»

In den Diskussionen des Kreisauer Kreises verbanden sich verschiedene Traditionen und Entwicklungsmöglichkeiten politischen Denkens in den Auseinandersetzungen mit den konkreten und philosophisch zunächst nicht zu bewältigenden Erscheinungen der Gegenwart, die dem Staatsbürger nicht eine «Hypothek» aus «Pflicht und Recht» bedeutete, sondern ihn durch staatlich gewollte und sanktionierte, politisch und ideologisch motivierte und nur aus der Lösung vom Recht erklärbare Verbrechen belastete. Die Erörterungen zwischen Moltke und Yorck zeitigten insofern Folgen, als sie weit davon entfernt waren, «Pflicht und Recht» pauschal zu diskreditieren. Alle neue Ordnung musste sich vielmehr durch die Wiederherstellung des Rechts und die rechtmässige Bestrafung der «Rechtsschänder» legitimieren.

So wurde der wünschenswerte Zustand auf den verabscheuten Stand politischer Ordnungen bezogen, sosehr sich die beiden Freunde auch bemühten, die «Bestimmung des Staates» positiv zu betrachten und nicht aus den Erscheinungen der Tyrannis heraus negativ zu begründen. Dennoch bedurften sie gerade dieses Bezugs ihrer Überlegungen auf die Realität, um die bestehenden Differenzen bei der Begründung der «letzten Rechtfertigung» staatlichen Handelns zu überwinden.

Moltke konnte den Zweck des Staates nämlich nicht aus seiner Sittlichkeit ableiten. Ethik band seiner Überzeugung nach den Einzelnen, nicht aber das Staatsganze. So akzeptierte er lediglich den kategorischen Imperativ Immanuel Kants, der einer langen Reihe von Verwaltungsbeamten Richtschnur ihres Handelns gewesen war und – wie etwa im Schlusswort des Mitglieds der Weissen Rose, Professor Kurt Huber, sichtbar wird – auch viele Widerstandskämpfer zu einer Radikalität ihres Denkens führte, die dann auch die letzten Konsequenzen bewusst ins Kalkül zog. Auch die göttliche Ordnung akzeptierte Moltke nicht als Grundlage staatsphilosophischer Erörterungen: «Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Staatslehre zu dem Gebiet der Philosophie, nicht zu dem der Theologie gehört, und ich halte es für ausserordentlich gefährlich, einer staatlichen Ordnung eine religiöse Erklärung und einen religiösen Unterbau zu geben.»

Bezugspunkt des Staates und seines Rechts müsse der einzelne Mensch sein. Sinn des Staates sei es, «Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen». Die daraus resultierende Herstellung ordnungsgemässer Zustände wurde vielfach durch den Begriff des Rechts charakterisiert. Recht war das Gegenteil von «Willkür», die als «polizeiliche Willkür» in das Leben vieler Menschen und Völker eingegriffen hatte. So stand die Proklamation, das Recht wiederherzustellen, für den Anspruch, die Ordnung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates zu überwinden, und zwar auf eine denkbar rasche Weise.

In dieser Hinsicht berührten sich die Ziele des Kreisauer Kreises mit den Zielen der Widerstandskreise um Carl Friedrich Goerdeler und Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die in viel stärkerer Weise die Lasten des konkreten Neuaufbaus dort übernehmen wollten, wo die Kreisauer zunächst lediglich «Klarheit» in die gegenwärtigen «Erscheinungsformen» zu bringen suchten, um sich niemals in die Gefahr einer

innerlichen Aussöhnung mit einem zu beseitigenden Zustand begeben zu müssen.

In den Denkschriften und Proklamationen Goerdelers nimmt die Sicherung des Rechts in der Neuordnung einen breiten Raum ein. Auch für Goerdeler war Recht durch die Erfahrung des Unrechts spürbar geworden. Wo Recht fehlte, konnte sich Willkür entfalten; diese Willkür steigerte sich zu den Verbrechen, die nicht einmal die führenden Widerstandskämpfer in ihren vorbereiteten Rundfunkansprachen unverblümt ansprechen mochten, weil sie sich der menschlichen Vorstellungskraft entzogen. Die gemeinsame Zielvorstellung wurde auf den Begriff der «Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts» gebracht. Goerdelers Regierungserklärung konnte sich möglicherweise mit dieser Vorstellung begnügen, weil allen die Folgen des Postulats bewusst waren: Recht wurde wieder zum Instrument einer sicheren und menschenwürdigen Ordnung.

Zugleich wurde die verfahrensformale Struktur des Rechtsstaates überwunden, wie sie im Laufe des 19. Jahrhunderts in der Auseinandersetzung mit dem vorkonstitutionellen Staat entwickelt worden war. Legalität und Legitimität, Rechtssicherheit und Zukunftsgestaltung sollten gleichzeitig ermöglicht werden, unter strikter Beachtung von Rechtsnormen und Verfahrensgewohnheiten, von Staatszielen und Staatspraxis. Angesichts der kritischen Bewertung der Gesellschaftsvorstellungen und Verfassungspläne des Widerstands ist die feste und konsequente Übernahme von Rechtsstaatsvorstellungen hervorzuheben, die geradezu den Konsens des Widerstands gegen Hitler ausmachte.

Darum konnte Goerdeler noch in der Todeszelle in seinen «Gedanken eines zum Tode Verurteilten» zentrale Aussagen seiner Regierungserklärung vom 20. Juli 1944 variieren, als er niederlegte: «Das Recht muss in der Hand unabhängiger Gerichte gesichert werden. Diese dürfen nur nach dem Gesetz, nicht nach Weltanschauung Recht sprechen [...]. Die Persönlichkeitsrechte: Freiheit der Meinung, des Ge-

wissens, der Religion, der Lehre, des Körpers müssen gegen jeden Eingriff, den nicht der Richter kraft Gesetzes verfügt, geschützt, aber durch Verfassung und Gesetz unter das Gemeinwohl geordnet werden Grundlage des staatlichen Wirkens müssen Anstand und Lauterkeit sein, sie müssen auch die Beziehungen des Menschen untereinander bestimmen, und zwar auf allen Gebieten des Zusammenwirkens.»

Goerdelers letzte Denkschriften verdeutlichen in beeindruckender Weise, dass sich im Begriff des Rechts Ansprüche des Staates, aber auch des Individuums annäherten und zum gemeinsamen Bezugspunkt von politisch-staatlicher und politischgesellschaftlicher Praxis wurden. Im Recht, das wegen seiner hohen Bedeutung besonders zu schützen, aber auch «zuallererst» wieder zu etablieren war, war Gerechtigkeit zu greifen: Zumindest dies war Anspruch und Verpflichtung staatlichen Wirkens. Recht verkörperte die Prinzipien einer guten Ordnung, die ihre Rechtfertigung in der Freiheit des Individuums fand und darum als gerecht erschien.

Eine derartige Ordnung mochte sich nach den Kategorien von Moltke und Yorck als «Hypothek» für die Entfaltung des Einzelnen darstellen und ihn in die «Pflichten» des Rechts nehmen: Sie war aber zu dieser Inpflichtnahme umso mehr berechtigt, als sie Freiheit als Lebensbedingung der Menschen untereinander und miteinander definierte und Widerstand rechtfertigen konnte aus der Absicht, diese Freiheit durch die Wiederherstellung des Rechts erneut in die Möglichkeit ihrer Verwirklichung zu rücken.

Für den Widerstand gegen Hitler war Widerstand nicht ohne Rechts- und Gewissensbezug denkbar, mochte der Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur von innen – von der «deutschen Opposition» – oder von aussen – von dem «Exil» der aus politischen und rassistischen Gründen vertriebenen und in schweres Unrecht gesetzten Gegner Hitlers und seiner Herrschaft – geführt werden. Auch die aus

Deutschland vertriebenen Gegner des Nationalsozialismus fanden seit der Mitte der dreissiger Jahre und vollends dann nach dem Beginn des von Hitler entfesselten Krieges zur positiven Würdigung des Rechts und damit des Rechtsstaates zurück. Erfolgt im Innern Deutschlands die Auseinandersetzungen mit Recht und Unrecht als Konfrontation mit der Wirklichkeit des Dritten Reiches, so hatten Emigranten die Möglichkeit, die rechtsstaatlich orientierte Rechtskultur vor allem der westlichen Demokratie in ihre Vorstellungen von einer Neuordnung des Rechts und der Justiz einzubeziehen.

Eine führende Rolle nahmen bei der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien die sozialistischen und sozialdemokratischen Emigranten vor allem des Londoner Exils ein. Sie hatten die grundlegende Kritik ihres Verhaltens in der Novemberrevolution 1918 und in der Auflösungsphase der Weimarer Republik, die noch die frühen Analysen der Prager Emigrationszeit geprägt hatten, allmählich modifiziert und waren zu den bewährten Grundsätzen liberaldemokratischer Verfassungstheorie zurückgekehrt.

Hatte das «Prager Manifest» der SPD, das Anfang 1934 im Exil veröffentlicht worden war, vor allem Machtkritik reflektiert, so spiegelten die von Erich Ollenhauer 1942 in London vorgetragenen «Grundgedanken» über die «Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland» konkrete Vorstellungen einer Neuordnung wider, die dem menschlichen Verlangen nach Recht entsprachen. «Die Hitlerdiktatur, die sich das Ziel gesetzt hatte, den Freiheitswillen der Menschen zu vernichten, hat das Verlangen nach persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit, nach Recht und Frieden mit neuer elementarer Kraft erfüllt.»

Die sozialistische Opposition interpretierte die abzusehende Niederlage Hitlers als Fehlschlag eines Angriffs auf jene «alten Vorstellungen», denen zufolge «der Fortschritt der Menschheit sich nur auf dem Boden eines demokratischen Rechtsstaates dauerhaft und bestän-

dig entwickeln kann». So betrachtet, habe die nationalsozialistische Diktatur durch ihren Terror das Bedürfnis nach rechtlich klarer Sicherheit und das «Verlangen nach Recht, Gesetzlichkeit und Schutz der Persönlichkeit vor Willkür und Gewalt» entscheidend verstärkt. «Neben dem Verlangen nach sozialer Sicherheit ist das Verlangen nach Freiheit und Rechtssicherheit die stärkste Triebkraft aller oppositionellen Regungen gegen das Naziregime. Sie wird nach dem Sturz der Hitlerdiktatur ihre Erfüllung suchen.»

In dem Bekenntnis zu Recht und Gesetzlichkeit fanden sich innere Opposition und Exil zusammen. Ihre gemeinsamen Vorstellungen brauchten nicht einmal theoretisch begründet zu werden, denn die Plausibilität sprach für ihre Ziele. Als Unrechtsstaat verkörperte das Dritte Reich eine Ordnung jenseits des Rechts und fern der Gesetzlichkeit; jeder wusste also, was mit der Forderung nach der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit gemeint war. Die zu erkämpfende Ordnung sollte sich durch ordnungsgemäss gesetztes, parlamentarisch legitimiertes, durch Parteien und Verbände vermitteltes und geklärtes Recht auszeichnen. Es allein bot durch die klar bestimmte Prozedur seines Entstehens die Gewähr, dass es nicht die Freiheit des Menschen zerstöre und ihn in seiner sozialen Entfaltung behindere.

Die Verwirklichung dieses Zieles liess sich durch die Aufhebung des nationalsozialistischen Rechts – die «Entnazifizierung» von Normen und Rechtsprechung – erreichen. In dieser Hinsicht bedurfte es keiner umständlichen theoretischen Rechtfertigungen. Innerhalb der Widerstandskreise bestanden hier Übereinstimmung und Vertrauen in die eigene Fähigkeit, Unrecht zu beenden, Verantwortung zu fordern, aber auch zu übernehmen und sich zur nationalen Verantwortung zu bekennen. Mit neuem Unrecht sollte die Reinigung der Rechtskultur nicht einhergehen, sondern Gesetzlichkeit war Ausdruck des Willens zur ordnungsgemässen Gesetzgebung, zur Unabhängigkeit der Recht-

sprechung und zur begrifflich präzisen Rechtssprache. Dies schloss Denunziation, die viele Übergriffe der Gestapo ermöglicht hatte, aus.

In dem Entwurf einer Regierungserklärung bekannte sich Goerdeler zu den tragenden Prinzipien des Rechtsstaates und zu den Grenzen der Rechtsprechung. Naturrechtliche Begründung und rechtspositivistische Verteidigung der Rechtssicherheit standen nebeneinander: «Gott hat uns in seiner Ordnung des Weltalls, in seiner Schöpfung und in seinen Geboten die Notwendigkeit des Rechts gegeben. Er hat uns Einsicht und Kraft verliehen, die irdischen Einrichtungen zu ihrer Sicherung im Recht zu führen.»

Die Beziehung staatlicher Institutionen auf rechtlich sanktionierte und kontrollierte Aufgaben bedurfte der «richterlichen Unabhängigkeit, Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit». Zwar anerkannte Goerdeler, der wenig später dem Volksgerichtshof ausgeliefert wurde und einen Schauprozess vor dem Volksgerichtshof zu überstehen hatte, die Zwänge an, in denen sich auch Richter befanden; dennoch schloss er die besondere Betonung richterlicher Verantwortung auch unter Strafandrohung für Rechtsprechungswillkür ausdrücklich in seinen Massnahmenkatalog ein: «Wir wissen wohl, dass viele von ihnen nur unter dem Druck des äussersten Terrors gehandelt haben; aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, das Recht zu beugen.»

Rechtsprechung sollte nicht nur durch eine Betonung institutionalisierter Rechtsbindung, sondern auch durch Laienkontrolle durchsichtig gemacht werden. So nahm Goerdeler, dessen Konzeption von unten nach oben aufgebauter Herrschaft der Selbstverwaltungsidee der Reformen des 19. Jahrhunderts verpflichtet war, auch die Forderung des Konstitutionalismus nach Geschworenengerichten auf. Schliesslich aber ging es um Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit. Keine Lynchjustiz,

unverzügliche Auflösung aller Konzentrationslager, Scheidung der Insassen in Unschuldige und «Schuldige», also nach rechtsstaatlichem Strafrecht schuldig Gewordener, schliesslich Rechtsklarheit waren die Tagesförderungen: «Es ist nicht Sache des Richters, neues Recht zu schaffen; er hat das Recht anzuwenden und dies auf das Peinlichste zu tun. Das Gesetz soll kein starres Buchstabenrecht, aber es muss fest und klar sein. Es war ein Verbrechen gegen das Volk und gegen die Richter, diesen verschwommenen Begriff und eine angebliche Weltanschauung als Richtschnur zu geben. Es ist unerträglich, dass Menschen verurteilt werden, die nicht wissen konnten, dass ihr Tun strafbar war.»

Die Wiederherstellung des Rechtsstaates war auch über Wandel und Zeiten hinweg unteilbar. Deshalb sollte die nationalsozialistische Gesetzgebung sogar rückwirkend aufgehoben werden, eine klare Konsequenz des Grundsatzes, dass die Folgen des Unrechts von Anfang an die Ungültigkeit von Rechtsatsachen und -massnahmen nach sich ziehen. Auf nachträgliche Rechtmässigkeitsdeklarationen, wie sie etwa die Verbrechen im Zusammenhang mit dem «Röhm-Putsch» straffrei stellten, aber auch auf Befehlsnotstand und guten Glauben an die Pflicht zum Gehorsam sollte sich augenscheinlich niemand berufen können.

Indem die Wiederherstellung des Rechtsstaates durch Institutionalisierung des Rechts Willkür beenden und Ungerechtigkeit ausgleichen wollte, sollten augenscheinlich die leichtfertig eingerissenen «Zäune des Rechts» aufgerichtet und der «Staat gleichen Rechts für alle unter einer gerechten Führung» vorausgeplant werden. Damit sollte auch der Schuldige seinen Anspruch auf Bestrafung erfüllt bekommen. Dieser Anspruch ist nach Hannah Arendt Ausdruck von Verantwortung und Mündigkeit und damit einer Autonomie des Individuums, das die Zerstörung des Rechtsstaates preisgibt. Insofern lassen sich in den Überlegungen zur Wiedereinsetzung des Rechts Staatsvorstellungen und politisch-anthropologische Grundannahmen gleichermassen greifen.

Sie lenken den Blick auf Prinzipien, die zwar die uns heute begrenzt anmutenden Gesellschafts- und Verfassungskonzeptionen des Widerstands prägten, aber zugleich in ganz grundsätzlicher und politisch-philosophisch anmutender Weise über diese zeitbestimmten Vorstellungen hinausgehen, die Historiker nicht selten dem Widerstand anlasten wollten. Manche dieser zeitspezifischen Verengungen der Wahrnehmungen erklären sich ohne Zweifel aus nationalstaatlichen Bezügen. Wem es – in den Worten von Ludwig Beck – um den «Bestand der Nation» ging, orientierte sich an sicherheits- und verteidigungspolitischen Prämissen, die nicht selten mit dem Selbstverständnis anderer europäischer Staaten kollidierten.

Dass es darum nicht allein ging, macht die Auseinandersetzung mit den Prinzipien des Rechtsstaates deutlich. Recht als Regulativ, als Norm, als Grenze, die nicht nur gesetzt, sondern aus Respekt vor anderen auch akzeptiert wird – dieser Gedanke durchzog die Auseinandersetzungen vieler Regimegegner mit ihrer Zeit und trug in die Zukunft. Mochten auch manche dieser Reflexionen zeitgeprägt sein, so trugen sie Prinzipien einer Tradition weiter, die sich in der Neuordnung und in der Zukunft zu bewähren hatte.

Insoweit verkörpert sich gerade in der Idee vom Rechtsstaat und den Überlegungen zur Durchsetzung der Sicherheit aus dem Recht eine wesentliche Alternative zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat, die auch aktuelle Deutungspotenziale der Prinzipien des Rechtsstaates einschließt. Hier ist die Aktualität des Widerstands zu greifen, und zeitorientierte und gegenwartsorientierende Deutungen haben gerade darum auf das Rechtsdenken im Widerstand als Voraussetzung einer Verwirklichung des Rechts im Spannungsverhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat zwischen Hypothek der Vergangenheit und Antizipation konkreter Zukunftsvorstellungen hingewiesen.

Vorausgenommen wurden im Nachdenken über die Funktion des Rechts – weniger in einer Diktatur, als im Zuge der Überwindung des

Unrechtsstaates – jene Prinzipien, die Gerhard Leibholz, der Schwager Dietrich Bonhoeffers, Jurist und als rassistisch Verfolgter in das englische Exil getrieben, unmittelbar nach der Rückkehr seinen deutschen Zeitgenossen vor Augen rückte. In einem der ersten Vorträge sprach er über das Konzept der Civil Society, das John Locke zur wichtigen Grundlage des politischen Selbstverständnisses verfassungsstaatlich orientierter Gesellschaften gemacht hatte.

Denn das Recht diene einerseits dazu, die Verschränkung von Staat und Gesellschaft zu gestalten. Zum anderen galt es aber, das Individuum vor einer rechtlich legitimierten Allmacht zu schützen. Vergesellschaftung des Staates und Durchstaatlichung der Gesellschaft mochten sich zu Entwicklungslinien entfaltet haben, die kaum zu korrigieren waren.

Das Recht des Individuums aber sollte in diesen Veränderungen, die den Strukturwandel des modernen Staates und der modernen Demokratie begleiteten, nicht preisgegeben werden. Ganz im Sinne der Kreisauer, die sich darauf verständigt hatten, dass «die letzte Bestimmung des Staates» darin zu sehen sei, «Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein».



Julius Leber vor dem Volksgerichtshof

Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird.

PETER GRAF YORCK VON WARTENBURG

«Die vielen Morde ...»

Das Ende vor dem Volksgerichtshof und in Plötzensee

«**W**ir waren einst stolz auf die Rechtlichkeit und die Redlichkeit unseres Volkes, auf die Sicherheit und Güte der deutschen Rechtspflege. Umso grösser muss unser aller Schmerz sein, sie fast vernichtet zu sehen. Keine menschliche Gesellschaft kann ohne Recht bestehen.» Diese Sätze finden sich im Entwurf der Regierungserklärung, die Carl Friedrich Goerdeler und Ludwig Beck für die Stunde des Umsturzes nach einem gelungenen Attentat auf Hitler vorbereitet hatten.

Mit diesen Worten gab er sich als ein Politiker zu erkennen, der seine politischen Prämissen aus den grossen Traditionen von Verwaltung und Selbstverwaltung des 19. Jahrhunderts ableitete, aus dem Umbau des preussischen Staates durch seine Reformer, aus dem Selbstbewusstsein von Beamten, die sich als Sachwalter eines neuen Staates und der gesellschaftlichen Modernisierung verstanden. Gleichzeitig machte er deutlich, wie sehr er Institutionen als formierende Kräfte ansah.

Im Jahre 1944 Rechtlichkeit und Redlichkeit in einem Atemzuge zu nennen zeugte nicht von Blauäugigkeit, sondern belegte den Willen, die Wirklichkeit der Zeit durchschaubar zu machen, sie gleichsam als das zu denunzieren, was sie hervorgebracht hatte: Unsicherheit des Menschen als Folge einer verkommenen Rechtspflege.

Nur so sind Goerdelers Absicht und seine Beschwörungen zu verstehen, in denen er von kollektiven Empfindungen spricht, vom Schmerz

des Entsetzens angesichts zerstörter Rechtlichkeit und verlorener Redlichkeit. Goerdeler fährt fort: «Das Recht wird gereinigt werden.»

Das wesentliche Anliegen der Regierungserklärung war die Wiederherstellung der «vollständigen Majestät des Rechts». Dieses Ziel sollte alle Gruppen einen, mehr noch beseelen. Wir wissen, dass der Umsturzversuch scheiterte. Die Beteiligten hatten sich in den Worten Henning von Tresckows das fleischzerfressende «Nessushemd» übergezogen, das der griechischen Mythologie zufolge den qualvollen Tod des Herakles verursacht hatte.

Mit ihrer Wahl für ein Leben im Widerspruch hatten sich Regimegegner entschieden – für ein Leben in der Wahrheit und zugleich für eine Existenz am Rande des Todes. Sie beklagten sich nicht, als ihr Versuch scheiterte. Betroffen jedoch waren sie über die Schimpflichkeit ihrer Behandlung. Sie erfuhren, dass die Nationalsozialisten ihnen nicht nur die Berechtigung zu ihrer Tat, zum «letzten Wurf», absprachen, sondern ihnen jene Würde nahmen, die ihre Tat begleitet hatte und durch die sie vor ihren Angehörigen und der Nachwelt bestehen wollten. Auch in ihren schwarzen Stunden setzten sie auf das Recht, und glaubten durch Unbeirrbarkeit und aufrechte Gesinnung den nationalsozialistischen Staat als Unrechtsstaat vor Augen zu führen.

Bis zur erhofften und geforderten «Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts» vergingen noch über neun Monate, die mehr Menschenleben kosteten als die vorangegangenen fünf Kriegsjahre. Die unmittelbare Folge des Umsturzversuches war der sich Überschlagende Triumph des Bösen. Bis zur Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft sollte noch einmal eine neue Welle der politischen Verfolgung über jene Deutschen hinweggehen, die sich an «an der doppelten Front von Bomben und Gestapo» (Ursula von Kardorff) sahen.

Der gescheiterte Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 war in der Tat die letzte grosse innenpolitische Zäsur des nationalsozialistischen Re-

gimes. Hitler und Heinrich Himmler nutzten die Gelegenheit. Sie hatten die Überzeugung gewonnen, dass ein unterlegenes Deutschland kein Lebensrecht mehr hätte. Auch wohl daher waren sie stets darauf bedacht, jene Gruppe auszuschalten, die sie zu Recht als ihre Gegen-Elite erkannt hatten. Die nationalsozialistische Führung entschloss sich nach dem Anschlag, keineswegs nur diejenigen zu verfolgen, die sich unmittelbar am Attentat und dem sich daraus entwickelnden Umsturzversuch beteiligt hatten, vielmehr wollte sie nun jeden Versuch einer politischen Neuordnung im Keim ersticken.

Im Zentrum der polizeilichen Verfolgungsmassnahmen stand die Sonderkommission «20. Juli». Sie bestand aus elf nach Sachgebieten gegliederten Gruppen mit vermutlich bis zu vierhundert Mitarbeitern. Eine der Gruppen war für den Vollzug der «Sippenhaft» zuständig, ein weiteres Repressionsinstrument, das sich gegen Familienangehörige politischer Gegner richtete.

Die verhafteten, am Umsturzversuch beteiligten Offiziere und Zivilisten wurden zumeist nach Berlin überführt und dort im Hausgefängnis der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse 8, in einem besonderen Flügel des Gefängnisses in der Lehrter Strasse 3, auch im Zellenbau des Konzentrationslagers Ravensbrück und in der Schule der Sicherheitspolizei in Drögen bei Fürstenberg inhaftiert.

Die Verhöre fanden meist in der Prinz-Albrecht-Strasse statt. Zahlreiche der am Umsturzversuch Beteiligten wurden im Zuge der Verhöre gefoltert, wie es die Protokolle belegen, die von «nachdrücklichen Vorhaltungen» und «scharfen Verhören» sprechen. Dass die Inhaftierten misshandelt worden sind, verraten nicht zuletzt Blutspuren auf Kasibern, die aus der Haft hinausgeschmuggelt werden konnten.

In den Jahren nach 1945 wurden oftmals überhöhte Zahlenangaben gemacht, um die Schrecken der nach dem 20. Juli 1944 einsetzenden Verfolgung darzutun. Man sprach von über siebentausend Inhaftierte

und mehr als siebenhundert Toten in der unmittelbaren Folge des 20. Juli 1944. Erst Peter Hoffmann wies in seinem Standardwerk «Widerstand – Staatsstreich – Attentat» Ende der Sechzigerjahre daraufhin, dass diese Zahlen weit übertrieben waren und tatsächlich weit weniger als tausend Menschen festgenommen worden waren.

Neuere Schätzungen sprechen von sechshundert bis siebenhundert Verhaftungen nach dem 20. Juli 1944. Dabei sind in dieser Zahl die so genannten Sippenhäftlinge eingeschlossen. Dies ist immer noch eine ungeheuer grosse Zahl, deren Gewicht steigt, wenn man sich bewusst macht, dass es sich um Angehörige der nationalsozialistischen Gegen-Elite handelte, die Deutschlands Entwicklung nach dem Untergang des nationalsozialistischen Staates hätten beeinflussen und gestalten können.

Heute benötigen die nach dem 20. Juli 1944 einsetzenden Verfolgungen keiner Dramatisierungen und schon gar keiner Übertreibungen, dies umso weniger, als die Wirklichkeit der letzten Kriegesmonate mit Bombenkrieg, Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft schlimm genug war.

Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof fanden im grossen Sitzungssaal des Kammergerichts am Kleistpark statt, weil der eigentliche Sitz des Gerichts in der Bellevuestrasse nahe dem Potsdamer Platz wegen Bombenschäden nicht genutzt werden konnte. Die Verfahren wurden systematisch und schnell vorbereitet. Propagandaminister Joseph Goebbels notierte am 23. Juli 1944 in seinem Tagebuch: «Das Strafgericht, das jetzt vollzogen werden muss, muss geschichtliche Ausmasse haben. Auch die eine unklare Stellung bezogen haben, haben die Todesstrafe verdient [...]. Überhaupt sollen alle Generäle, die in das zivile Leben hineingegriffen haben oder sich ausserhalb der Verfassung stehende Gewalt anmassen, vor den Volksgerichtshof gebracht und zum Tode verurteilt werden. Militärgerichte kommen nicht mehr in Frage. Sie werden zuerst ihres Ranges verlustig erklärt, aus der Wehrmacht

ausgestossen und dann Freisler übergeben. Er wird schon die richtige Tonart finden, mit ihnen fertig zu werden.»

Zehn Tage nach dem Attentat, am 30. Juli 1944, erschienen Reichsführer SS Himmler und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, zum Vortrag bei Hitler im Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg in Ostpreussen. Sie koordinierten das weitere Vorgehen gegen die am Umsturzversuch Beteiligten. Himmlers Vortragszettel zu diesem Termin erweist sich als ein zentrales Dokument des Verfolgungswahns und illustriert die Rachegeleüste der nationalsozialistischen Führung. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, seit 1943 auch Reichsinnenminister, wurde nach dem 20. Juli 1944 ausserdem zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt; Himmler fungierte somit als potenzieller Chef der gesamten Exekutive, denn bei inneren Unruhen sollte die vollziehende Gewalt im Zuge des Belagerungszustandes auf die militärische Gewalt übergehen. Auf einem Zettel notierte er: «1. Gerichtsverfahren, 2. Familie Stauffenberg, 3. Angehörige Seydlitzfamilie.»

Als Erstes wurde ein so genannter Ehrenhof errichtet, dem unter Vorsitz von Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt mehrere Generale, unter ihnen Keitel und Heinz Guderian, angehörten. Der Ehrenhof sollte die Verdächtigen des 20. Juli zur Ausstossung oder Entlassung aus der Wehrmacht vorschlagen, damit sie dem zivilen Volksgerichtshof und nicht dem eigentlich für Soldaten und Offiziere zuständigen Reichskriegsgericht zur Aburteilung überstellt werden konnten.

Hitler misstraute der eigenständigen Militärgerichtsbarkeit; sie schien ihm nicht das geeignete Sanktionsinstrument zu sein, obwohl sie objektiv zu den schärfsten Organen der politischen Verfolgung im Nationalsozialismus gehörte. Zwischen dem 4. August und dem 14. September 1944 wurden fünfundfünfzig Offiziere aus der Wehrmacht ausgestossen und weitere neunundzwanzig Soldaten entlassen.

Das zweite Ergebnis der Besprechung war der Befehl, die gesamte Familie Stauffenberg in Sippenhaft zu nehmen. Als letzter Punkt wurde auch Sippenhaft gegen die Familie des seit Februar 1943 in sowjetischer Gefangenschaft befindlichen Generals Walther von Seydlitz-Kurzbach angeordnet. Seydlitz war bereits im Frühjahr 1944 vom Reichskriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil er an führender Stelle dem Bund Deutscher Offiziere im Nationalkomitee «Freies Deutschland» angehörte. Anfang August 1944 setzte die massenhafte Verhaftung von Angehörigen der Widerstandskämpfer ein, die am 20. Juli 1944 beteiligt waren oder zu den Unterzeichnern des Manifestes des Nationalkomitees «Freies Deutschland» gehörten. Beiden Gruppen galt der besondere Hass der Nationalsozialisten.

Zwei Tage nach der Besprechung vom 30. Juli, am 1. August 1944, teilten Reichsjustizminister Otto Thierack und Volksgerichtshofspräsident Roland Freisler Hitlers Entscheidung dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Ernst Lautz mit. Sie legten den ersten Verhandlungstermin auf den 7. August 1944 fest. Der Oberreichsanwalt reagierte umgehend. Um jedes bürokratische Hindernis von vornherein auszuschliessen und ein schnelles Verfahren zu sichern, richtete die Registratur des Volksgerichtshofs eine neue Serie Aktenzeichen für die Verfahren im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 ein. Insgesamt wurden unter dem Aktenzeichen «OJ» im Jahr 1944 mindestens dreiundsechzig, 1945 noch neunzehn weitere Verfahren eingeleitet. Mehr als zweihundert Menschen wurden in mehr als fünfzig Prozessen angeklagt, mehr als hundert von ihnen zum Tode verurteilt. Genaue Zahlen sind wegen der unvollständigen Überlieferung der Akten immer noch nicht bekannt.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes, das von Ulrike Hett und Johannes Tuche für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Archiven des In- und Auslandes durchgeführt wurde, konnten inzwischen aus den mindestens zweiundachtzig eingeleiteten Verfahren in mühe-

voller Kleinarbeit lediglich elf Anklageschriften und siebenundzwanzig Urteile ermittelt werden. Vollständige Verfahrensakten des Oberreichsanwalts liegen in nur ganz wenigen Fällen vor. Oft haben Zufälle die Überlieferung bestimmt. So wurde die Verfahrensakte des Reichsjustizministeriums gegen den preussischen Finanzminister Johannes Popitz und den Rechtsanwalt Carl Langbehn 1945 zufällig neben einer Eisenbahnstrecke gefunden. Die meisten überlieferten Anklagen und Urteile stammen aus dem Hauptarchiv der NSDAP, das 1945 nach Tirol ausgelagert worden war. Die Lücken im Aktenbestand werden sich wohl niemals schliessen lassen.

Man kann davon ausgehen, dass die Unterlagen des Volksgerichtshofs gegen die Beteiligten am 20. Juli 1944, soweit sie nicht dem Luftangriff am 3. Februar 1945 zum Opfer gefallen sind, ebenso gezielt vernichtet wurden wie die Parallelakten im Reichsjustizministerium und die Verhörprotokolle der Geheimen Staatspolizei. Es steht zu hoffen, in den von den Sowjets erbeuteten deutschen Aktenbeständen noch weitere Unterlagen des Volksgerichtshofs zu finden. Eine systematische Durchsicht solcher Bestände im Moskauer Sonderarchiv erbrachte zu diesem Bereich bisher nur zwei Seiten über Adam von Trott zu Solz und drei Seiten über Eugen Gerstenmaier.

Die schlechte Quellenlage erklärt, weshalb die zusammenfassenden Gestapo-Berichte, die nach 1945 als «Kaltenbrunner-Berichte» mehrfach ediert wurden, so wichtig für die Forschung sind, obgleich sie historisch von höchst zweifelhaftem Wert sind. In ihnen spiegelt sich die Sicht der Gestapo auf die Verschwörer; sie enthalten willkürliche Wertungen auf der Grundlage nicht mehr nachvollziehbarer Zitatencollagen. Diese Berichte der Gestapo sollten auch dazu dienen, im internen Machtkampf der Nationalsozialisten bewusst gegen den Einfluss der Wehrmacht und gesellschaftlicher Kreise wie den des Adels oder ehemaliger Mandats träger der Weimarer Republik vorzugehen.

Lückenhafte Überlieferung ist für den Historiker nichts Ungewöhnliches. Seine Kunst zeichnet sich dadurch aus, bei nur rudimentä-

rer Aktenlage an Hand anderer Überreste ein möglichst weit greifendes Bild zu zeichnen. Zu den Überresten gehören Fotografien von Angeklagten, die ihre charakterfeste Haltung bewahrten; solche Fotografien lassen aber auch den Hass und die Niedertracht der sich kaum zügelnden Ankläger, Richter und die Betroffenheit mancher Zuschauer erkennen. Sie prägen unser Bild von der Zeit und bahnen einen Zugang zu denen, die nach ihrem Tod in Erinnerung bleiben und dadurch auch die Entwicklung «deutscher Dinge» bestimmt haben.

Anfang August 1944 nahm die Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof nach Hitlers Vorgaben die Arbeit auf. Bereits am 7. und 8. August fand der erste Prozess gegen Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, Oberleutnant Peter Graf Yorck von Wartenburg, Generaloberst Erich Hoepner, Generalleutnant Paul von Hase, Generalmajor Hellmuth Stieff, Hauptmann Karl Friedrich Klausning, Oberleutnant Robert Bernardis und Oberleutnant Albrecht von Hagen statt, der mit Todesurteilen für sämtliche Angeklagten endete.

Die Verfahren waren als Schauprozesse angelegt. Sie standen in der Tradition öffentlich wirksamer, die Stimmung aufputschender Gerichtsverfahren, die diktatorische Regime benutzten, um Gegner zu diffamieren und zugleich den eigenen Anspruch auf die Zukunft zu manifestieren. Sie prägten nachhaltig – heute könnte man sagen, fast zu stark – das Bild von der Unrechtsjustiz des Volksgerichtshofes, der auch viele weniger bekannte Menschen zum Opfer fielen.

Nicht nur Pressefotografen hielten das Geschehen fest, sondern auch hinter Hakenkreuzfahnen versteckte Kameras zeichneten jedes Detail der Freislerschen Prozessführung auf. Die Angeklagten wurden in entwürdigendem Zustand, in schlechter, vielfach geflickter Kleidung, ohne Hosenträger und Schnürsenkel, vor das Tribunal geführt. Sie erhielten keine Wahlverteidiger. Erst kurz vor der Verhandlung bekamen ihre Pflichtverteidiger Einsicht in die Anklageschriften. Wie bei

Schauprozessen üblich, standen die Urteile – hier die Todesurteile – von vornherein fest.

Die Verhandlungsführung war eine reine Farce. Freisler agierte für die Kameras; Adressat seiner Vorstellung war Hitler, nicht das anwesende Publikum. Die Angeklagten wurden nach der Verkündung der Todesurteile am zweiten Verhandlungstag, dem 8. August, in der Berliner Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordet. Hitler selbst hatte angeordnet, dass die Hinrichtungen nicht durch das Fallbeil, sondern durch Erhängen erfolgen sollten. Die Vorrichtung hierfür war Ende 1942 installiert worden. Die ersten Opfer, die auf diese Weise ermordet wurden, waren Männer und Frauen der Gruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen.

Fast alle Hinrichtungen fanden kurze Zeit nach Verkündung der Todesurteile statt. Manche der Verurteilten erhielten geistlichen Zuspruch durch die Gefängnispfarrer Harald Poelchau und Peter Buchholz. Die Angehörigen wurden oft erst Wochen später durch kurz gehaltene Schreiben des Oberreichsanwalts über das vollstreckte Todesurteil informiert. Todesanzeigen durften nicht veröffentlicht werden. Weil das Vermögen der Hingerichteten durch das Urteil des Volksgerichtshofs für das Deutsche Reich meist eingezogen wurde, blieben die Familienangehörigen, soweit sie nicht selbst in der so genannten Sippenhaft inhaftiert waren, völlig mittellos zurück.

Über den ersten Prozess informierte die nationalsozialistisch gelenkte Presse noch ausführlich und druckte Passagen der Verhandlungen wörtlich ab. Die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof bereitete die weiteren Verhandlungen zügig vor. Der zweite Prozess am 10. August 1944 endete mit Todesurteilen gegen Erich Fellgiebel, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, Alfred Kranzfelder und Georg Hansen, die am selben Tag in Plötzensee vollstreckt wurden. Dieses und die beiden folgenden Verfahren wurden ebenfalls vor einer breiteren Öffentlichkeit durchgeführt. Am

15. August 1944 verurteilte der Volksgerichtshof Bernhard und Hans-Georg Klamroth, Egbert Hayessen, Wolf Heinrich Graf von Helldorf, Adam von Trott zu Solz und Hans-Bernd von Haeften zum Tode.

Zwischen dem 21. August und dem 29. September 1944 wurden in weiteren sieben Prozessen dreissig Menschen ausschliesslich zum Tode verurteilt. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis durfte die Presse über diese und die noch folgenden Verfahren nicht mehr berichten. Eine weitere Öffentlichkeit hätte die Breite der Widerstandsbewegung offenkundig werden lassen und die offizielle nationalsozialistische These von der «kleinen Clique gewissenloser Verräter» konterkariert.

Freisler führte die meisten Prozesse selbst. Die überlieferten Film-, Foto- und Tondokumente geben einen Eindruck von seinem hasserfüllten Verhandlungsstil. Am 7. und 8. September 1944 wurde mit Carl Friedrich Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Josef Wirmer, Ulrich von Hassell und Paul Lejeune-Jung auch gegen die zivilen Köpfe des Umsturzversuches verhandelt. Die Sozialdemokraten Julius Leber, Hermann Maass und Adolf Reichwein wurden am 20. Oktober 1944 zum Tode verurteilt; der Mitangeklagte Gustav Dahrendorf erhielt eine Strafe von sieben Jahren Zuchthaus.

In die Prozessserie wurden seit Oktober 1944 auch Fluchthelfer und Unterstützer der Verschworenen einbezogen. Ende November 1944 wurden allein von den Fluchthelfern des Generals Fritz Lindemann, der kurz nach seiner Festnahme an den Folgen einer Schussverletzung gestorben war, fünf zum Tode verurteilt: Erich und Elisabeth Gloeden, Elisabeth Kuznitzky, Hans Sierks und Carl Marks.

Vom 9. bis 11. Januar 1945 fand der grosse Prozess gegen die Angehörigen des Kreisauer Freundeskreises statt. Helmuth James Graf von Moltke, der bereits im Januar 1944 verhaftet worden war, weil er eine Warnung an Angehörige des Solf-Kreises weitergegeben hatte, schrieb, vielleicht tröstend, an seine Frau Freya: «Wir werden gehenkt,

weil wir zusammen gedacht haben.» Gemeinsam mit Franz Sperr und Alfred Delp wurde er zum Tode verurteilt; wenige Tage später verurteilte Freisler Theodor Haubach, Theodor Steltzer und Nikolaus Gross zum Tode.

Am 2. Februar 1945 wurde der Kreis um Klaus Bonhoeffer angeklagt. Gegen ihn, seinen Schwager Rüdiger Schleicher, Hans John und Friedrich Justus Perels wurden Todesurteile verhängt. Dies war der letzte Prozess, den Freisler führte. Am 3. Februar 1945 wurde er bei einem Luftangriff im Gebäude des Volksgerichtshofes in der Bellevuestrasse von einem herabstürzenden Balken erschlagen.

Fast einen Monat lang kam es nicht zu weiteren Verhandlungen. Erst am 26. Februar fielen die Todesurteile gegen Franz Leuninger und Oswald Wiersich. Im März 1945 wurde der Chef des Reichskriminalpolizeiamtes und Einsatzgruppenleiter Arthur Nebe zum Tode verurteilt. Ihm folgte bald Generaloberst Friedrich Fromm, gegen den trotz seiner Entscheidung, den Umsturzversuch nicht zu unterstützen, das Todesurteil erging.

Die späten Urteile machen die ganze Spannbreite und auch die Problematik der am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligten Verschwörer deutlich: Der SS-Offizier Nebe, mindestens für den Massensmord an fünfundvierzigtausend russischen Juden verantwortlich und doch mit Verbindungen zu Widerstandskreisen, wäre nach dem Ende des Krieges mit Sicherheit vor ein alliiertes Gericht gestellt und wegen seiner Verbrechen zum Tode verurteilt worden.

Spätere Todesurteile lassen sich dokumentarisch nicht mehr belegen. Die letzte Verhandlung fand offenbar am 19. April 1945 statt; der spätere Bundesverfassungsrichter Paulus van Husen erhielt drei Jahre Zuchthaus; der spätere Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek wurde freigesprochen.

Insgesamt lassen sich drei Phasen abgrenzen, die die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof prägten:

Die ersten Schauprozesse dienten der Propaganda und der hasser-

füllten Abrechnung mit den Verschwörern, die sich aus dem Zentrum der Macht gegen Hitler gestellt hatten.

In der zweiten Phase wurden vor allem die zivilen Beteiligten am Umsturzversuch verurteilt, die an Konzepten für ein nachnationalsozialistisches Deutschland mitgedacht und -gearbeitet hatten.

In der letzten Phase wurden zahlreiche diejenigen angeklagt, die die Verschwörer unterstützt oder ihnen auf der Flucht geholfen hatten. Ihre Strafen waren ebenso hart wie die gegen die eigentlichen Verschwörer. Erst nach Freislers Tod führte die Spruchpraxis des Volksgerichtshofes nicht mehr ausnahmslos zum Tode des Angeklagten; dies bewirkte wohl auch die Erwartung des nahen Kriegsendes.

Weil unser Bild der Verhandlungen gegen die Verschwörer bis heute vor allem von Film- und Tonaufnahmen bestimmt ist, die die nationalsozialistische Führung selbst herstellen liess, dürfen wir nicht übersehen, dass diese Aufnahmen der Propaganda und der Diffamierung der Widerstandskämpfer dienten. Zugleich bezeugen diese Aufnahmen oftmals auch den Widerstandswillen der Verschworenen und sind letzte Dokumente ihrer Motivation, gegen das nationalsozialistische Regime aufzustehen.

Das zeigt eindrucksvoll eine Filmsequenz über Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, der die nationalsozialistischen Verbrechen klar als «Morde» bezeichnete und dadurch den Zorn Freislers ins Groteske steigerte. So spiegelt sich im Bild der Prozesse nicht nur Authentizität, sondern auch eine Aufrichtigkeit, die bis heute Bewunderung hervorruft und belegt, wie wenig sich die Attentäter über ihr Schicksal beklagten, wie bewusst sie «ihren Weg zu Ende» gingen, wie Julius Leber es ausgesprochen hatte.

Die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof nach dem 20. Juli waren aber nur ein Teil des nationalsozialistischen Versuches, sich brutal an politischen Gegnern zu rächen und das Aufkommen jeder Oppo-

sition zu verhindern. Parallel zu den Prozessen gab es im August 1944 noch eine andere Massnahme: die «Aktion Gewitter».

Am 14. August 1944 trafen sich Hitler und Himmler in der Wolfsschanze zu einer weiteren Besprechung. Himmler notierte: «Verhaftung S.P.D. u. K.P.D. Bonzen.» Sie beschlossen an diesem Tag nicht nur die Ermordung Ernst Thälmanns, sondern auch die massenhafte Verhaftung ehemaliger KPD- und SPD-Funktionäre. Hitler hatte ein derartiges Vorgehen gegen die mögliche Neubildung jeder politischen Opposition im Kreise seiner Mitarbeiter bereits mehrfach angekündigt.

Wenige Stunden nach Hitlers Entscheidung setzte die Aktion Gewitter mit umfangreichen Verhaftungen von Kommunisten und Sozialdemokraten ein, am 17. August 1944 auch von ehemaligen Funktionären des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Am 18. August wurde Thälmann, der langjährige Vorsitzende der KPD, im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Allein im Zuständigkeitsbereich der Gestapo Bremen wurden, wie aus einer Vollzugsmeldung an das Reichssicherheitshauptamt vom 25. August 1944 hervorging, zweihundertundsechs Personen verhaftet, darunter zahlreiche ehemalige Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete. Weil die Verhafteten bereits vor 1933 politisch aktiv gewesen waren, handelte es sich bei ihnen vorwiegend um ältere und zum Teil kranke Menschen. In der Bevölkerung Bremens stiess diese Verhaftungswelle auf Unverständnis und löste Unruhe aus. Die meisten der Verhafteten wurden daher nach zwei bis vier Wochen wieder entlassen. Viele der insgesamt über fünftausend im ganzen Reich Verhafteten blieben bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 in Haft oder starben an den unmenschlichen Umständen der Haft.

Wie aber ging man mit den Urteilen des Volksgerichtshofs nach dem Krieg um? Vielen Witwen und Kindern der Opfer wurde nach

1945 lange Jahre eine Entschädigung oder eine Rentenzahlung verweigert, so dass die von den Angehörigen gegründete Stiftung Hilfswerk 20. Juli 1944 unterstützend einspringen musste. Zu einer gesetzlichen Regelung für die Opfer des 20. Juli kam es in den fünfziger Jahren nicht. Im Gegenteil, lange mussten die Angehörigen für ihr Recht kämpfen.

So lehnten es etwa das Bayerische Landesversorgungsamt und das Bayerische Oberversicherungsamt ab, der Witwe des am 8. August 1944 zum Tode verurteilten und hingerichteten Generals Hellmuth Stieff eine Witwen-Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz zu bewilligen. Erst am 23. Mai 1958 – also dreizehn Jahre nach Kriegsende – gab das Bayerische Landessozialgericht einer Klage der Witwe von Stieff statt. Doch das Oberversicherungsamt München legte gegen das Urteil Revision ein, so dass die endgültig positive Entscheidung durch den elften Senat des Bundessozialgerichts erst im Juli 1960 erfolgte – fünfzehn Jahre nach Kriegsende. Es liessen sich beliebig viele weitere Beispiele anfügen.

Unausweichlich müssen wir diese Diskrepanzen bei einer Würdigung der Gegner des nationalsozialistischen Regimes in der deutschen Nachkriegsgesellschaft aushalten. In der Tat musste die Respektierung des Widerstands in der Nachkriegsgesellschaft erst von denen durchgesetzt werden, die den Widerstand niemals als Verrat angesehen hatten. So ähnelt die Erinnerung an den Widerstand durchaus der Thematisierung von nationalsozialistischen Verbrechen insgesamt und der kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Justiz im Einzelnen.

In der Rückschau lassen sich für die fünfziger Jahre überraschende Diskrepanzen zwischen den Reden zum Jahrestag des 20. Juli 1944 und den tatsächlichen Hilfen für die Angehörigen der Ermordeten feststellen. Das geflügelte Wort des ehemaligen Offiziers der Wehrmacht und Chefs des Bundesnachrichtendienst Reinhard Gehlen nach dem Über-

tritt / der Entführung (1954) Otto Johns in die DDR «einmal Verräter – immer Verräter» gilt exemplarisch für viele Äusserungen in dieser Zeit.

Kein einziger Richter des Volksgerichtshofes wurde nach 1945 von einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen.

Die Unrechtsurteile, die der Volksgerichtshof vor und nach dem 20. Juli 1944 gefällt hat, hatten noch bis in die späten neunziger Jahre Bestand. Dieser Umstand muss uns nachdenklich stimmen, weil er das Kontinuitätsproblem der deutschen Zeitgeschichte spiegelt. Deshalb muss der historische Hintergrund aufgehellert werden.

Es bedurfte aus Gründen der Bewusstseinsbildung unserer Rechtsstaatlichkeit der – inzwischen erfolgten – Aufhebung sämtlicher Urteile des Volksgerichtshofes, der nationalsozialistischen Sondergerichte und der Militärgerichtsbarkeit ohne Prüfung des Einzelfalls. Mit der Aufhebung sämtlicher Unrechtsurteile wurde auch denjenigen, die am 20. Juli 1944 die «Majestät des Rechts» wiederherstellen wollten und in deren Scheitern es zu den rechtswidrigen Verfahren kam, eine späte Genugtuung zuteil.

Die Aufhebung der Urteile ist ein Zeichen, gewiss. Andererseits hat Eberhard Bethge, der Freund von Dietrich Bonhoeffer, viele seiner Zuhörer tief beeindruckt, als er die Frage zu beantworten hatte, wie wichtig ihm die Aufhebung der Verurteilung von Bonhoeffer sei. Diese Verurteilung sei eine Ehre gewesen.



Dietrich Bonhoeffer (4. v.l.) im Gefängnis Tegel

Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen, wir sind mit vielen Wassern gewaschen, wir haben die Künste der Verstellung und der mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung misstrauisch gegen die Menschen geworden und mussten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch unerträgliche Konflikte mürbe oder vielleicht sogar zynisch geworden – sind wir noch brauchbar?

DIETRICH BONHOEFFER, «Nach zehn Jahren» (1942/43)

«Wer hält stand?»

Das 20. Jahrhundert wurde entscheidend durch zwei Weltkriege, durch Verfolgungen, Völkermord und Vertreibungen geprägt. Es war ein Zeitalter der Destruktivität, der Extreme und des Zivilisationsbruchs als Folge eines europäischen Bürgerkriegs, der seine totalitäre Energie aus den nationalistischen Ideologien des 19. Jahrhunderts und den technischen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts zog.

Das 20. Jahrhundert erscheint aber auch als ein Zeitalter von Menschen, die Partei zu ergreifen wussten. Ihnen ging es immer auch um die individuelle Entscheidung angesichts von Zumutungen, die aus dem politischen System erwachsen, gegen blinden Gehorsam, gegen die platte «Monopolisierung des Vaterlandes», gegen gesellschaftliche Selbstgleichschaltung und eine deprimierende Folgebereitschaft von Zeitgenossen, die sich als Zuschauer verstanden und ihrem Überlebenswunsch alles unterordneten. Wer sich den Tendenzen zur Vereinnahmung widersetzte, schloss sich aus und trat zugleich in einen kleinen Kreis von Gleichgesinnten, die sich auf überkommene Traditionen, Wertvorstellungen und Massstäbe beriefen. Sie wurden von den Herrschenden kriminalisiert, ausgegrenzt, verfolgt, schliesslich vernichtet.

Widerständigkeit setzt die Kraft zur Eindeutigkeit voraus. Die Bereitschaft zum Widerstehen ist nicht selten wertorientiert, traditionsverhaftet und normgeleitet. Angesichts der in einer Diktatur ideologisierten Parteigänger stellt sich darum die Frage: «Wer hält stand?» Wer

ist Träger einer ideologischen Massenbewegung, wer nicht? Wer verfügt über die Kraft zu einem Engagement, das in die Distanzierung führt oder so gerade jene Grenzen zu wahren und zu verteidigen weiss, die totalitäre Bewegungen und Bestrebungen einzureissen suchen?

Dies ist ohne Zweifel eine Grundfrage des Jahrhunderts der Diktaturen, das nicht nur durch Menschen verachtende Machthaber, sondern auch durch Individuen geprägt wurde, die sich immer wieder zu den Menschenrechten bekannten und auf diese Weise aus dem Jahrhundert millionenfacher Unterdrückung und Entwertung des anders Denkenden auch Beispiele für ein stellvertretendes mitmenschliches Handeln von Einzelnen bot, die sich nicht anpassten und unterwarfen. Prinzipien der Individualität stehen in jedem Jahr des vergangenen Jahrhunderts gegen kollektive Legitimitätsmuster und die Entrechtung von Gruppen.

Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zeigte sich, dass die Mehrheit der Menschen Zumutungen des Zwanges und der Gewalt nur schwer aushält. Der Mensch passt sich an, folgt Befehlen, die er als unrecht erkennt, oftmals gegen sein Gefühl – aus Gründen, die sich nicht nur aus seiner Feigheit erklären, sondern sich auch als Folge einer «grossen Maskerade des Bösen» begreifen lassen.

In der Tat wurden im 20. Jahrhundert ethische Begriffe durcheinandergewirbelt wie niemals zuvor: «Das Böse» in der «Gestalt des Lichts, der Wohltat, des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten» ist nicht fremd, es wird vielmehr vertraut. Wer also die Frage: «Wer hält stand?» aufwirft, zielt auf die Klärung der Voraussetzungen von Standhaftigkeit und Widerständigkeit. In seiner Antwort sucht der Mensch nach den Bedingungen individueller Selbstbehauptung angesichts des umfassenden Herrschafts- und Unterdrückungsanspruchs, nicht zuletzt der Selbstrechtfertigung von Diktaturen, die auf eine fundamentale Weise das Recht des Individuums auf Sicherheit, Freiheit und Entfaltung seiner Persönlichkeit verletzen.

«Wer hält stand?» Die Frage wurde von Dietrich Bonhoeffer gestellt und ist von ebenso aktueller wie prinzipieller Bedeutung. Denn sie zielt nicht nur auf das Verhalten des Individuums, sondern versucht auch, die Grenzen und Ziele menschenwürdiger Ordnung zu bestimmen. Wer nach dem Widerstandsrecht fragt, will die Qualitäten eines Gemeinwesens so bestimmen, dass die Verletzung seiner Normen die Auflehnung nach sich ziehen kann. In diesem Sinne wurde mehr als zwanzig Jahre nach Kriegsende auch ein Absatz in das Grundgesetz (Artikel 20, Absatz 4) der Bundesrepublik Deutschland eingefügt, der Widerstand als letztes Auskunftsmittel des Menschen gegen Rechtsverletzungen – mögen sie von Trägern des Staates verursacht worden oder aus gesellschaftlichen Konflikten erwachsen sein – rechtfertigt.

Widerstand aber ist nicht die Folge einer Proklamation des Widerstandsrechts, sondern der Bereitschaft zum Handeln gewesen. Nach dem Umbruch in Europa in den Jahren 1989/90 wurde deutlich, dass auch zur Geschichte der DDR und der anderen europäischen Diktaturen der Widerstand gehört. Dennoch gilt nach wie vor, dass sich ohne den Bezug auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum über die Frage nachdenken lässt, wer standhalten konnte und sich zum Widerstand durchrang.

So lässt sich auch unser Versuch begreifen, das Leben einzelner Regimegegner vor Augen zu rücken. Dabei konzentrierte ich mich auf einige jener, die über die zerstörten Grundlagen politischen und menschlichen Zusammenlebens nachdachten, weil sie in der Zerstörung des Rechts eine entscheidende Herausforderung für sich selbst sahen. Sie handelten nicht, weil sie das Ende des Dritten Reiches vor Augen hatten, sondern sie wollten durch ihren Widerstand die Herrschaft Hitlers überwinden. Sie sehnten die militärische Niederlage herbei, weil sie Deutschland liebten und in der Kapitulation die Voraussetzung für dessen Befreiung sahen.

Zu einer Haltung entschlossener Ablehnung und Konspiration rangen sich viele Regimegegner bereits zu einer Zeit durch, zu der das Ende des nationalsozialistischen Staates nicht abzusehen war. Sie hatten Hitlers Regierungsübernahme von Anbeginn abgelehnt und in der Konsolidierung seiner Herrschaft die Kapitulation der Deutschen vor der Willkür gesehen. Sie hatten Übergriffe gegen anders Denkende und die rassenideologisch motivierte Verfolgung von Juden wahrgenommen und in ihrer Auseinandersetzung mit dem von Hitler legitimierten Unrecht wichtige Konturen einer menschenwürdigen Herrschaft entwickelt, die nach dem Untergang der Diktatur entstehen sollte.

Durch ihre Widerständigkeit und Auflehnung gaben sie ihre Antwort auf die prinzipielle Frage der Nachlebenden nach den Voraussetzungen und Umständen der als vorbildlich empfundenen Standhaftigkeit und Widerstandsbereitschaft, Fragen, die nach dem Ende des Dritten Reiches beschworen wurden. Die Frage «Wer hält stand?» hat Dietrich Bonhoeffer wenige Monate vor seiner Verhaftung im Rückblick auf zehn Jahre nationalsozialistischer Diktatur gestellt.

Manchen erschien die individuelle Bereitschaft zur klaren Stellungnahme im Sog der Zeit als Konsequenz eines wertgebundenen Handelns. Man übersah, dass Entscheidungen häufig eine merkwürdige Vielfalt von persönlichen Motivationen spiegelten. Denn Parteigängerschaft konnte die Folge politischer Optionen, aber auch ganz entgegengesetzter Wertentscheidungen sein, die sich auf Traditionen bezogen und sich auf das Gewissen des Einzelnen beriefen. Grenzen politischer Gestaltung aus Überzeugungen abzuleiten, die sich in Eigenständigkeit angesichts von Zumutungen der Folgebereitschaft und Anpassung an Zeittendenzen bewähren mussten, ist seitdem ein zentrales Thema der Widerstandsforschung geblieben.

Sie steht nach wie vor im Banne der Ereignisse des 20. Juli 1944, so sehr auch in den vergangenen vierzig Jahren der Blick auf die Breite, Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Widerstands gelenkt wurde. Das

Attentat, das Stauffenberg verübte, stand im Zentrum der Kontroversen, zunächst der unmittelbaren Zeitgenossen, dann der Nachlebenden, die sich zunehmend mit politischen Deutungen konfrontiert sahen, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in die Vorgeschichte der Nachkriegsordnung Deutschlands einbezogen haben.

Gegenwärtig dokumentiert sich das Interesse an Widerstand und 20. Juli 1944 in der Konkurrenz der beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, ARD und ZDF, um den – gemessen an der Zuschauerquote – erfolgreichsten Fernsehfilm über die Regimegegner im Umkreis von Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Ludwig Beck, Oberst der eine, demissionierter Generaloberst der andere. Stauffenberg war 1944 nicht einmal vierzig Jahre alt, Beck hingegen fast dreissig Jahre älter. Der mit grossem finanziellen Aufwand produzierte Film von Jo Baier erreichte in der Bundesrepublik etwa siebeneinhalb Millionen Zuschauer und selbst in Österreich noch einmal fast eine Million Interessierte. Obwohl sich Kritiker fragten, ob der Film die innere Entwicklung von Stauffenberg angemessen dargestellt hätte, war man sich einig, das bemerkenswerte Interesse der Zuschauer als Anzeichen für die Bereitschaft der Nachlebenden zu sehen, sich mit der Tat selbst zu beschäftigen. Dass sich dabei Fiktion und Realität unentwerrbar überlagerten, war unausweichlich und mündete schliesslich in die Feststellung der Produzentin Gabriele Sperl, Peter Hoffmann als der schärfste Kritiker des Dokumentar-Spielfilm kenne den «wahren Stauffenberg» «so wenig» wie die Verantwortlichen der Film-Produktion.

Die Konkurrenz der deutschen Fernsehanstalten machte deutlich, in welchem Masse sechzig Jahre nach dem Anschlag vom 20. Juli 1944 die Würdigung des Hitler-Attentäters Stauffenberg und seiner Tat einfach geworden zu sein scheint. Dies ist vielleicht eine Folge der allgemeinen Anerkennung des nationalsozialistischen Staates als Unrechtsregime, vielleicht auch ein Ergebnis der Traditionspflege der Bundes-

wehr, die sich nicht mehr an dem Leitbild der deutschen Wehrmacht, sondern des Widerstands orientiert. In der Tat erinnert seit Jahrzehnten die zentrale Gedenkveranstaltung im Innenhof des Berliner Bendlerblocks an den Anschlag auf Hitler im ostpreussischen Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg, ein Attentat, das seinem Ziel denkbar nahekam. Vergessen ist angesichts dieses Wettbewerbs der beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten um das Publikum, wie schwer sich die Deutschen mit der Würdigung dieser Tat und des Attentäters Stauffenberg über viele Jahrzehnte hinweg getan haben.

Zunächst bestimmte die nationalsozialistische Propaganda das Bild. «Ehrgeizzerfressene Offiziere» hätten versucht, ihn zu töten, verkündete Hitler schon in den frühen Abendstunden in seiner ersten Rundfunkansprache. Die meisten Deutschen machten in den folgenden Tagen aus ihrem Abscheu keinen Hehl, und der Sicherheitsdienst registrierte fleissig, wie sehr die Deutschen der «Vorsehung» vertrauten. Stauffenberg wurde nur insgeheim von jenen bewundert und gerechtfertigt, die wussten, dass Deutschland allein durch eine Niederlage von der nationalsozialistischen Herrschaft zu befreien war. Die meisten Zeitgenossen sahen in der Tat nur den Versuch eines hohen Offiziers, in letzter Stunde die eigene Haut zu retten. Welcher Mut zur entscheidenden Tat gehörte, was Stauffenberg, schwer verletzt in Nordafrika, verheiratet, Familienvater, mit dieser Tat riskierte, wollten sie weder wissen noch würdigen. Nur zu gerne glaubten sie den Ausfällen nationalsozialistischer Propaganda gegen Adelige und Generalstabsoffiziere.

Die Mitverschwörer Stauffenbergs luden überdies in den Verhören einen grossen Teil ihrer Verantwortung auf den bereits in der Nacht zum 21. Juli 1944 erschossenen Verschwörer ab, denn sie fühlten sich dazu berechtigt, weil sie ihn nicht mehr gefährden konnten.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wechselte die Perspektive der Deutschen. Nun wurde Stauffenberg nicht mehr offen als

Verräter diffamiert, wurde seine Familie nicht mehr geächtet. Geächtet wurde er freilich auch nicht. Vielmehr suchten Mitläufer – Theodor Heuss sprach von den «moralisch Anspruchslosen» – vor allem ihre eigene Passivität zu rechtfertigen, wenn sie Stauffenberg weniger das Attentat als vielmehr dessen angeblich dilettantische Ausführung anlasteten; viel zu spät sei der Bombenanschlag erfolgt, und nicht konsequent sei seine Ausführung gewesen. Respekt fand Stauffenberg lange Zeit nicht. So lehnten es die meisten Deutschen bis weit in die fünfziger Jahre ab, eine Schule oder eine Strasse ihrer Gemeinde nach dem Attentäter zu benennen. Diese Ablehnung lässt sich wohl nur tiefenpsychologisch erklären. Denn Fragen der Nachwachsenden nach der Vergangenheit ihrer Eltern und Grosseltern wurden in der Regel so beantwortet, dass sich fast immer eine Entlastung, ebenso oft eine Rechtfertigung für die Angepassten und Mitläufer ergab, die durch ihr Verhalten vieles von dem ermöglicht hatten, wogegen sich Stauffenberg gestellt hatte.

Dennoch kam seine Tat und seine Herkunft Mitte der fünfziger Jahre vielen der Deutschen gelegen, die für Deutschland einen Platz in der Welt schaffen wollten und den Widerstand als Ausdruck eines anderen Deutschland deuteten. Das Wort von dem einen Gerechten, dessen Existenz Deutschland vor dem Verderben bewahren sollte, wurde oft zitiert. Nicht selten schien es, als sei das Deutsche Reich das erste von den Nationalsozialisten besetzte Land gewesen – mit Stauffenberg als Freiheitskämpfer.

Die beiden Nachfolgestaaten auf dem Boden des Deutschen Reiches, des nationalsozialistischen Staates, wollten zehn Jahre nach der Niederlage der Wehrmacht einen Teil ihrer Traditionen aus dem Widerstand begründen. Drüben, in der DDR, sah die Führung die Sache einfach. In entscheidendem Masse sei der Widerstand von den Kommunisten angeleitet worden, und die Moskauer Kommunisten seien die führende Kraft des Gesamtwiderstands gewesen. Hüben las sich die Sache anders: Die Regimegegner hätten sich der Vollmacht eines Ge-

wissens gebeugt, das vor allem die Menschenwürde zum Massstab gemacht habe.

Dass die Bundeswehr Stauffenberg seit Mitte der fünfziger Jahre in ihr Traditionsverständnis aufgenommen hatte, war nur folgerichtig, denn die Bundeswehr sollte keineswegs mehr durch die Pflicht zum unbedingten Gehorsam charakterisiert werden können. Ein Kamerad Stauffenbergs, Wolf Graf von Baudissin, hatte Anfang der fünfziger Jahre das Konzept der «Inneren Führung» entwickelt und der Auseinandersetzung des Soldaten mit den ethischen Grundlagen des Soldatentums und den Grenzen des Gehorsams einen hohen pädagogischen Stellenwert zugeschrieben. Er griff einen Grundgedanken des Widerstands auf und schuf die Voraussetzungen dafür, dass der «unbedingte Gehorsam» für die im Aufbau befindliche Bundeswehr kein positiver Wert mehr sein konnte, weil sich jeder Befehl an Recht und Gesetz und an der Menschenwürde zu orientieren habe.

Es war ein langer Weg, bis die Deutschen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht nur in seinem Charakter anerkannten. Sicherlich schoss man in den Deutungen zunächst über das Ziel hinaus, als man behauptete, Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 hätten die freiheitlich-demokratische Grundordnung verwirklichen wollen, sie seien gleichsam die «Unserigen». Kritik an dieser Vereinnahmung richtete sich aber nicht so sehr gegen diejenigen, die sich in die Tradition des Widerstands stellen wollten, als vielmehr gegen die Regimegegner selbst, denen immer wieder angelastet wurde, dass sie sich nicht entschieden zu den Grundwerten der Demokratie, des parlamentarischen Verfassungsstaates und einer europäischen Friedensordnung ohne deutsche Hegemonialmacht in der Mitte Europas bekannt hätten.

Warum, so liesse sich fragen, war es für Historiker so schwer, Menschen aus den Denkvorstellungen ihrer Zeit zu entwickeln und zu würdigen? Warum vergassen die Nachlebenden so rasch, dass sie wussten, was sie wussten, nur weil es sich ereignet hatte?

Wäre es nicht angemessener gewesen, Regimegegner wie Stauffenberg aus der Mitte ihrer Erfahrungen, historischer Entwicklungen und politischer Entscheidungen zu bewerten, um seine Leistung objektiv zu bewerten?

Heute hat sich der Widerstand in seiner Breite und Vielfalt, auch in seiner Widersprüchlichkeit, aller Kritik zum Trotz, inzwischen einen Platz im Gedächtnis der Deutschen gesichert. Niemand verkörpert ihn anscheinend besser als Stauffenberg und Tresckow, als Goerdeler und Beck und manch andere Regimegegner, die in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des Dritten Reiches Positionen überwandern, die sie zumindest teil- oder zeitweise mit den Nationalsozialisten geteilt hatten.

Regimegegner übernahmen Verantwortung, obwohl und weil sie wussten, dass Diktaturen alle Untertanen schuldig machen können. Insofern ist zu hoffen, dass wir ernsthaft Reinhold Schneiders Worte durchdenken: «Gehen Sie mitten hinein! Retten werden Sie nichts. Denn der Herr rettet, nicht die Menschen. Werden Sie zum Zeugen, mitten im Feuer! Aber Sie müssen wissen, wofür Sie eintreten sollen.»

Nicht nur die Angehörigen des militärischen Widerstands setzten sich diesem «Feuer» aus, denn auch andere wussten, wofür sie einzutreten hatten. Manche hatten sich bereits zusammengefunden, ehe der Krieg begonnen hatte. Sie reagierten auf aussenpolitische Risiken und suchten nach alternativen Optionen, um eine gewaltsame Auseinandersetzung um die Hegemonie in der Mitte Europas zu verhindern.

Andere wiederum reagierten auf rechtswidrige Übergriffe, sei es des Völkerrechts, sei es des Verwaltungs- oder des Bürgerlichen Rechts. Zu ihnen gehörte ein Regimegegner wie der Offizier im Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, Hans Oster, der den Vorwurf des Landesverrats nicht scheute. Andere wiederum bereiteten sich frühzeitig durch Diskussionen mit gleich Gesinnten auf die Grundfragen einer Neuordnung der Verfassung, wichtiger politisch zu

gestaltender Bereiche der Gesellschaft wie der Universitäten, der Schule, der Kirchen und der Parteien oder der aussenpolitischen Strukturen Europas vor. Die wichtigste Gruppe war in dieser Hinsicht der Freundeskreis um Moltke und Yorck, die sich auch Gedanken über die Bestrafung der Rechtsschänder machte.

So sehr darum der Anschlag vom 20. Juli 1944 im Zusammenhang mit den vorangegangenen Umsturzversuchen gesehen werden muss, die seit Anfang 1943 mit dem Ziel, einen Staatsstreich einzuleiten, an der Ostfront im Stab der Heeresgruppe Mitte 1943 vorbereitet wurden und mit dem Namen von Henning von Tresckow verbunden bleiben, so sehr muss sich der Historiker bewusst machen, dass er immer wieder in der besonderen Gefahr steht, jeweils unabhängig voneinander verlaufende Ereignisse miteinander zu verknüpfen.

Die Attentäter hatten unter den Bedingungen der Diktatur keinen Zugang zur Öffentlichkeit und mussten sich streng an konspirative Regeln halten. Sie mussten zunächst einen Weg zum Diktator selbst finden, denn ein Anschlag konnte nur dort erfolgen, wo Hitler mit grösster Sicherheit anzutreffen war: im Führerhauptquartier in Ostpreussen oder auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden. Der Anschlag war der erste Schritt zum Umsturz. Wäre er gelungen, sollte durch die Losung «Walküre» ein Plan ausgeführt werden, der eigentlich zur Niederschlagung innerer Unruhen im Reich vorgesehen war. Innere Unruhen lagen durchaus im Bereich des Möglichen, befanden sich doch mehr als sieben Millionen Kriegsgefangene, Fremd- und Zwangsarbeiter in Deutschland, die überwiegend in der Kriegsproduktion arbeiten mussten.

Die Operation Walküre ist von Joachim C. Fest kongenial geschildert worden. Er hat deutlich gemacht, dass der Umsturz gut vorbereitet worden und durchaus erfolgversprechend war. Die führenden Köpfe der Verschwörung wie Tresckow, Friedrich Olbricht und Stauffenberg hatten in ihren militärischen Positionen im Allgemeinen Heeresamt

und im Stab des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres Zugang zu den Plänen Walküre und brauchten sie nur für die Durchführung des Umsturzes umzufunktionieren. Dadurch wären sie selbst unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur nicht ohne Chancen gewesen. Auf keinen Fall lassen sie sich als dilettantisch bezeichnen. Die Pläne enthielten Risiken und Unwägbarkeiten, wie sie bei jedem Umsturzversuch aufgetreten wären. Sie hatten aber den Vorteil, dass sie zumindest in der Startphase keinen grossen Kreis von Mitwissern voraussetzten, dass sie sich für einen angenommenen Ernstfall tarnen liessen, auf den sich vorzubereiten nicht nur legitim, sondern sogar verantwortungsvoll war.

Die Operation Walküre hätte die Isolation der nationalsozialistischen Machtzentralen, die Herrschaft über den Rundfunk, die alleinige Verfügung über entscheidende Befehlswege der Wehrmacht, die unverzügliche Neubildung einer neuen und von der NSDAP unabhängigen militärischen und politischen Führung ermöglicht und eingeleitet. In den Tagen unmittelbar nach dem Umsturz wäre es darauf angekommen, langfristig die Entstehung eines neuen politischen Konsenses der Gegner des Nationalsozialismus selbst zu sichern. Sie mussten eine eigene Basis in der Bevölkerung suchen und deren Stimmung sowie Opferbereitschaft mobilisieren. Erst danach liess sich an die Klärung ausserpolitischer Fragen denken, die den Bestand der Nation berührten.

In diesem Aufgabenkatalog werden neben den Chancen aber auch die Schwierigkeiten, Unwägbarkeiten und schliesslich die Ursachen des Scheiterns des Umsturzes deutlich. Stauffenberg war die entscheidende und zentrale Gestalt. Er führte den Anschlag in Ostpreussen aus und hätte fast gleichzeitig in der Berliner Zentrale, im Bendlerblock, sein müssen, um die Operation Walküre auszulösen. Er musste zivile und militärische Kreise mobilisieren und gleichzeitig ausserhalb Berlins Unterstützung organisieren. Bei Schwierigkeiten, die dann Zuhauf auftraten, hätte er persönlich intervenieren müssen.

Die Beteiligten wussten ohne Ausnahme, was sie riskierten. Es gab für sie keine Alternative, vor allem aber kein Zurück mehr. Sie hatten nicht nur auf soldatische Tugenden und militärische Mechanismen gesetzt, sondern auch auf das Vertrauen einzelner Kameraden und Vorgesetzter. Darum fühlten sich alle Beteiligten in den Abendstunden, als das Scheitern des Umsturzes nicht mehr zu leugnen war, zunehmend so hoffnungslos verraten wie Stauffenberg.

Die Geschichte des Anschlags lässt sich als eine Fülle von parallel stattfindenden Ereignissen und Handlungen darstellen, die insgesamt aus dem Anschlag einen Staatsstreich und aus diesem einen Umsturz gemacht hätten. An den verschiedenen Orten spielten sich dramatische Szenen ab. Von entscheidender Bedeutung war die Entwicklung im Führerhauptquartier selbst und in den Berliner Kräftezentren, im Bendlerblock als dem Zentrum der Attentäter und ihrer Freunde, in den Zentralen der NSDAP und der SS, der Wehrmacht und der Polizei. Und schliesslich ist auch das weit in den Westen und Süden von Berlin und des Reiches ausgreifende Netzwerk zu beleuchten, das von den Verschwörern in jahrelanger Arbeit vorbereitet worden war.

In der Lagebaracke der Wolfsschanze löste der Anschlag, der gegen 12.45 stattfand, verheerende Zerstörungen aus, obwohl Stauffenberg nicht die ganze Sprengladung schärfen konnte. Opfer des Anschlags waren zunächst vier Menschen, die ihr Leben liessen, und fast zwanzig Verletzte. Hitler selbst wurde nur leicht verletzt. Die Detonation der Bombe löste in beiden Sperrkreisen Alarm aus. Das Führerhauptquartier wurde abgeriegelt. Erich Fellgiebel, General der Nachrichtentruppe, verhängte eine Nachrichtensperre, die allerdings nicht die SS einschloss und auch nicht völlig dicht hielt. Aus diesem Grunde konnte Goebbels, der in Berlin weilte, erstmals um 13.00 Uhr über einen Anschlag informiert werden, ohne Genaueres zu erfahren; das bedeutete aber, dass er eine Viertelstunde vor den Vertrauensleuten Stauffenbergs in Berlin gewarnt war.

Um diese Zeit übernahm der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann in Rastenburg die Initiative. Heinrich Himmler, der bald danach, kurz vor zwei Uhr, am Detonationsort eintraf, leitete unverzüglich die kriminalpolizeilichen Massnahmen ein. Bereits zu dieser Zeit richtete sich ein erster Verdacht gegen Stauffenberg, nachdem man zunächst Mitarbeiter der Organisation Todt verdächtigt hatte. Himmler befahl, Stauffenberg, der bereits auf dem Rückweg nach Berlin war, bei der Landung zu verhaften. Gegen 16 Uhr wurde die Nachrichtensperre aufgehoben. Nun konnten alle Wehrkreiskommandos über den Anschlag informiert werden.

Kurz vor 16 Uhr erreichte ein Anruf des Befehlshabers des Ersatzheeres, Generaloberst Friedrich Fromm, Aufmerksamkeit, mit dem er sich Klarheit über die Folgen des Anschlags verschaffen wollte. Generalfeldmarschall Keitel untersagte Fromm, die Walküre-Befehle abzusetzen. Eine Stunde später ordnete Himmler erneut die unverzügliche Verhaftung von Stauffenberg an. Alle Augenblicke gehen zwischen 16.00 und 17.00 Uhr in Rastenburg Anfragen der Wehrkreisbefehlshaber ein, die sich erkundigen, ob Hitler lebe. Gegen 17.00 Uhr wurde entschieden, im Rundfunk zu melden, Hitler habe einen Mordanschlag überlebt. Zwanzig Minuten später verständigte Hitler Goebbels und ordnete an, entsprechende Meldungen zu veranlassen. Mehrmals im Laufe des Abends hörten die Deutschen aus dem Radio vom Anschlag auf den Führer.

Nach allem, was über die Entwicklungen im Bendlerblock bekannt ist, hatten sich die Verschwörer bereits im Laufe des Vormittags endgültig auf den Umsturz eingestellt. Gegen 11.00 wurde der Berliner Polizeipräsident Graf Wolf Heinrich von Helldorf, eine Stunde später der Berliner Stadtkommandant, Generalleutnant Paul von Hase, über das Attentat informiert. Etwa eine Viertelstunde vor der Detonation liefen die unmittelbaren Vorbereitungen an. Aus dem Bendlerblock forderte gegen 12.30 Uhr Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim einige

mit den Verhältnissen in verschiedenen Ministerien vertraute Kriminalbeamte an. Gleichzeitig trafen enge politische Vertraute im Bendlerblock ein. In wichtigen Ministerien, vor allem im Auswärtigen Amt, hielten sich Mitwisser bereit, andere informierten die wenigen eingeweihten Beauftragten in den Wehrkreisen rund um Berlin.

Eigentlich war von den Verschwörern beabsichtigt gewesen, in der Mittagszeit, etwa zum Zeitpunkt des Anschlags, durch den Chef des Allgemeinen Heeresamtes, General Friedrich Olbricht, die Operation Walküre auszulösen. Offiziell sollte die Parole ausgegeben werden, parteifremde Elemente hätten versucht, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen.

Die Initiierung des Falles Walküre wurde um entscheidende Stunden verzögert. Vermutlich war nach Berlin durchgesickert, dass das Attentat Hitlers Leben nicht ausgelöscht hatte. Olbricht forderte den Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Friedrich Fromm auf, die Befehle telegraphisch abzusetzen. Fromm vergewisserte sich zuvor in Rastenburg bei Keitel über den Stand der Dinge und erfuhr, dass Hitler den Anschlag überlebt hatte. Er weigerte sich nun, der Aufforderung Olbrichts zu folgen, und untersagte die Ausgabe der Befehle. Dadurch war der Mechanismus von Befehl und Gehorsam erstmals entscheidend unterbrochen.

Daraufhin setzten die Verschwörer die Walküre-Befehle auf eigene Verantwortung gegen 15.50 Uhr ab. Eine der ersten Einheiten, die die Befehle übermittelt bekamen, war das Berliner Wachbataillon Grossdeutschland, dessen Aufgabe darin bestand, zentrale Stellen der Partei und der Regierung im Zentrum von Berlin zu umstellen und von der Aussenwelt abzuriegeln. Der Kommandeur des Wachbataillons, Major Otto Ernst Remer, begab sich umgehend in die Stadtkommandantur, um weitere Weisungen entgegenzunehmen. Etwa gleichzeitig traf der pensionierte Generaloberst Ludwig Beck im Bendlerblock ein. Eine gute halbe Stunde später traf Stauffenberg im Bendlerblock ein,

erstattete Fromm Meldung und gab sich als Attentäter zu erkennen. Olbricht informierte Fromm, dass die Operation Walküre liefe. Als dieser sich weigerte, die Verschwörer zu unterstützen, veranlasste er die Festsetzung von Fromm.

Zwischen 16.30 und 17.30 Uhr wurden weitere Walküre-Befehle unter Hinweis auf bevorstehende drohende «innere Unruhen» abgesetzt. Einige Wehrmachtseinheiten, die vermutlich bis gegen halb sechs Uhr informiert werden konnten, wurden alarmiert. Dadurch verfügten die Verschwörer, die die Kommandeure der um Unterstützung gebeten Verbände allerdings nicht über die Hintergründe des Anschlags informiert hatten, sondern auf die Bereitschaft zum Ausführen scheinbar ordentlich erteilter Befehle setzten, über motorisierte Verbände, die sich auf die Stadt zubewegten. Aus Cottbus rückten überdies Verbände auf den Deutschlandsender in Königs Wusterhausen vor.

Zu dieser Zeit, kurz vor 17 Uhr, wies Remer die Offiziere des Bataillons an, das Regierungsviertel abzuriegeln. Ein zufällig in den Räumen des Wachbataillons anwesender Offizier und Referent aus dem Propagandaministerium informierte seinen Minister Goebbels über die Lage, der daraufhin Remer zu sich beorderte. Remer, der gegen 18.30 das Regierungsviertel abgeriegelt hatte, traf gegen 19.00 im Propagandaministerium ein, wurde von Goebbels direkt mit dem Führerhauptquartier verbunden und erfuhr, dass er ab sofort Hitler direkt unterstellt sei und den Putsch niederzuschlagen habe. Die so präzise vollzogene Abriegelung des Regierungsviertels kehrte sich jetzt gegen die Verschwörer.

Gleichzeitig spitzte sich auch die Lage im Bendlerblock zu. Ein dorthin beordertes SS-Oberführer wurde festgenommen. Er sollte auf Befehl Himmlers Stauffenberg verhaften. Den Verschwörern wurde deutlich, dass nunmehr die Gegner des Umsturzes zu handeln begannen. Auch der Befehlshaber im Berliner Wehrkreis weigerte sich, den Befehlen der Verschwörer Folge zu leisten. Er wurde daraufhin kurzer-

hand von Beck abgesetzt, der couragiert erklärte, sich so verhalten zu wollen, als sei Hitler tot.

Unter den Verschwörer begann nun ein verzweifelter Wettlauf gegen die Zeit. Etwa um 18.30 Uhr informierten sie die meisten Wehrkreiskommandos darüber, dass die «vollziehende Gewalt» an die Vertreter der Wehrmacht übergegangen sei. Dadurch wurde die zweite Phase der Operation Walküre eingeleitet. Eine Stunde später traf der pensionierte Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben im Bendlerblock ein. Er hielt nach kurzer Zeit den Umsturz offensichtlich für gescheitert und verliess eine knappe Stunde später den Ort des Geschehens. Eine dramatische Wende trat gegen 20 Uhr auf dem Fehrbelliner Platz in Berlin-Wilmersdorf ein, der inzwischen von einer Panzer-Ersatzbrigade besetzt worden war. Denn der Panzergeneral Wolfgang Thomale ordnete die gewaltsame Niederschlagung des «Putsches» an und beschwor dadurch die Gefahr einer bürgerkriegsartigen Auseinandersetzung zwischen militärischen Verbänden in Berlin herauf.

Im Vorzimmer von Goebbels hatte Remer zu dieser Zeit seinen Kommandostand eingerichtet. Auch der berüchtigte Sicherheitsdienst griff jetzt ein, nachdem der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, sich zu Goebbels begeben hatte. Die erhoffte Ausschaltung der Kräfte des Regimes war nicht gelungen. Gleichzeitig wurde die Nachrichtenlage immer unübersichtlicher, denn die aus dem Führerhauptquartier und aus dem Bendlerblock ausgehenden Befehle widersprachen sich naturgemäss. Zur selben Zeit, als die Verschwörer noch beteuerten, Hitler sei tot, sprach er im Rundfunk. Während immer wieder aus dem Bendlerblock die Übernahme der vollziehenden Gewalt befohlen wurde, gingen aus dem Führerhauptquartier Weisungen ein, unter keinen Umständen den Befehlen aus Berlin Folge zu leisten.

Die Verschwörer konnten nur noch versuchen, einzelne Wehrkreiskommandos zu erreichen und dort den Übergang der vollziehen-

den Gewalt auf die Wehrkreisbeauftragten und die Politischen Beauftragten ihres Vertrauens zu forcieren. Dadurch splitterten sich die Aktionen immer mehr auf. Denn seit 21.00 Uhr war der Bendlerblock von Soldaten des Wachbataillons umstellt. Der Stadtkommandant Paul von Hase wurde verhaftet, und auch die Nachrichtenzentrale des Bendlerblocks übernahm seit 21.30 Uhr wieder alle Befehle, die aus der Wolfsschanze eintrafen. Die Attentäter hatten die wenigen Stunden des Befehlsvakuums nicht für sich nutzen können und ihr Ziel nicht erreicht.

Dennoch spitzte sich die Situation noch einmal zu. Denn obwohl Stauffenberg sich seit zehn Uhr abends eingestehen musste, dass das Attentat misslungen und der Umsturzversuch fehlgeschlagen war, ergaben sich die Verschwörer nicht. Olbricht ordnete gegen 22.30 die Bewachung der Eingänge durch sechs Generalstabsoffiziere an. Über einen Nebeneingang gelangte aber ein kleiner Trupp von Offizieren in das Gebäude und versuchte, einen «bewaffneten Gegenstoss» durchzuführen, der zur Befreiung von Fromm führte. Fromm forderte wenig später Beck auf, Hand an sich selbst zu legen. Beck versuchte, seinem Leben ein Ende zu setzen, verletzte sich aber lediglich schwer und wurde von einem Feldwebel getötet. Fromm betrieb nun entschlossen und ohne Rechtsgrundlage die Ermordung der Anführer des Umsturzversuchs. Kurz vor Mitternacht besetzte eine Kompanie des Wachbataillons den Bendlerblock. Eine halbe Stunde später fand die Hinrichtung durch Erschiessen von Stauffenberg, Olbricht, Werner von Haefen und Mertz von Quirnheim im Innenhof des Bendlerblocks statt.

Die letzten Fernschreiben des Tages trugen wieder die Unterschrift von Fromm: «Putschversuch blutig niedergeschlagen.» Fromm, der seinen Kopf nicht retten konnte und Monate später in Brandenburg-Goerden hingerichtet wurde, sprach diesmal die Wahrheit und kündigte denjenigen den zukünftigen Schrecken der Verfolgung an, die in dieser

Nacht nicht, wie die ihnen nahestehenden Angehörigen sich später tröstend sagten, im Widerstand gegen Hitler gefallen waren.

Die historische Bilanz des Fehlschlags war in ihren Ausmassen nur schwer vorstellbar, denn nach dem 20. Juli 1944 starben bis zum Kriegsende fast ebenso viele Menschen wie in all den Kriegsjahren zuvor. Auch die innenpolitischen Folgen des Anschlags waren schwerwiegend. Das Regime festigte seine Stellung: Himmler etwa, der einen Tag nach dem Anschlag zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt wurde, gelangten auf den absoluten Höhepunkt seiner Macht. Hitler selbst war nach allem, was wir über die Stimmung der Deutschen in dieser Zeit wissen, niemals zuvor in so hohem Masse von den Deutschen verehrt worden wie nach dem Attentat. In den Tagen des Juli und August 1944 galt er mehr denn je als Begünstigter einer «Vorsehung».

Weil der Anschlag misslang, brachte der 20. Juli 1944 weder eine Wende im Weltkrieg, noch beeinflusste er dessen weiteren Verlauf. War also das Datum bedeutungslos? Manche trösteten sich später mit der Feststellung, dieser Kriege hätte in allen seinen Folgen von den Deutschen getragen werden müssen. Sie kleideten diese Überzeugung in die Metapher, der Kelch hätte wohl unausweichlich von den Deutschen bis zur Neige geleert werden müssen. Andere äusserten die Befürchtung, ein Gelingen des Anschlags hätte möglicherweise zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geführt. Dabei verwies man auch auf Gefahren, die von einer neuen Dolchstosslegende – die Heimat wäre der Front in den Rücken gefallen – ausgegangen wären.

Letztlich handelt es sich bei solchen Überlegungen um Spekulationen, die sich angesichts der ausserordentlichen Verluste nach dem 20. Juli 1944 zu bewähren haben. Sie sind nicht von der Hand zu weisen, können aber auch nicht die Schwierigkeiten einer Entscheidung relativieren, vor die sich die Attentäter gestellt sahen.

Die Tragödie der Verfolgung vollzog sich in Berlin, in den Verfol-

gungsmassnahmen, Verurteilungen und Hinrichtungen, die nach dem 20. Juli 1944 einsetzten. Wenige der Beteiligten überlebten. Dem «Triumph des Bösen» war nicht Einhalt geboten worden. Aber sichtbar blieb, dass es Vertreter eines anderen Deutschland gab, nicht nur willige Vollstrecker, sondern Menschen, die den Mächtigen widerstanden und ihnen nur noch vor Gericht und unter dem Galgen die Wahrheit entgegenhalten konnten.

Warum waren diese Menschen im Unterschied zu vielen bereitwilligen Mitläufern und Tätern in der Lage und willens, standzuhalten?

Sie orientierten sich an Wertvorstellungen, die sie gegenüber den Nationalsozialisten moralisch zu den Stärkeren machten. Sie waren zugleich überzeugt, auch dann die Zukunft zu verkörpern, wenn sie scheiterten. Sie orientierten sich an politischen Traditionen, die sich durch ein unerschütterliches Rechtsverständnis auszeichneten. Sie wussten, dass politische Strukturen nur dann entwicklungsfähig waren, wenn sie den Grundgedanken der Pluralität spiegelten und fortentwickelten. In vielen Überlegungen zeigte sich ein neues Nachdenken über die Grundlagen politischen Zusammenlebens bei kultureller und politischer Vielfalt sowie gesellschaftlicher und konfessioneller Differenzierung, die durch Rechtllichkeit und Redlichkeit Grundlage neuer Formen des politischen Miteinanders werden sollten.

Insofern lässt sich die Tat des 20. Juli 1944 nur begreifen als Ausdruck eines Willens und Sehns aller, die im Widerstand lebten. Dies bedeutet, dass der 20. Juli 1944 nicht tagespolitischen Bewertungen und Vereinnahmungen ausgesetzt werden darf. Es ging um Prinzipien von Politik, Ethik und Moral auf der Grundlage politischen Vertrauens der Beteiligten, die politische, soziale und kulturelle Unterschiede überwinden sollten. Dass dies immer wieder vergessen zu werden drohte, war besonders in der Phase deutscher Teilung tragisch, denn keiner der Regimegegner war nur für einen Teil Deutschlands gestorben.

Wer Willkür durch Recht ersetzen will, hatte nicht nur situativ richtig zu handeln, sondern er musste sich mit den Grundlagen einer rechtlich verfassten Ordnung auseinandersetzen. Das geschah nicht selten im Gespräch untereinander, in der Auseinandersetzung mit zu beobachtendem Unrecht, in der Auseinandersetzung mit den Verfolgern. Jeder, der sich für den Widerstand entschied, wusste, dass er sein Leben riskierte. Vielleicht fand er sich deshalb bereit, Verantwortung zu übernehmen, die Selbstlosigkeit voraussetzte. «Von jetzt ab geht es nur noch aufwärts, entweder an die Macht oder an den Galgen», so drückte Carlo Mierendorff seine unbedingte Entschlossenheit aus.

Regimegegner fühlten sich einer Ordnung verpflichtet, die sie in Gesprächen konturierten. Sie empfanden sich nicht als Getriebene, auch nicht als Opfer, sondern als Täter – als Täter des Widerstandes, deren Handeln durch Rechtlichkeit und Redlichkeit bestimmt sein sollte. Deshalb erreichten sie die Vorwürfe eines Freisler nicht. In ihrem Widerstand zeigten sich politisch-ethische Dimensionen, die sich aus dem Bekenntnis zu den Menschenrechten, zu den Prinzipien der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates und zur sittlich begründeten Kritik an der Verletzung der Menschenwürde ergeben.

Eine dichte Schilderung seiner Erfahrungen mit der Diktatur hat Bonhoeffer in seiner kleinen Skizze «Nach zehn Jahren» überliefert. Hier finden wir auch den Satz, der die Summe einer durchlittenen Konfrontation bezeichnet. Was steckt, so fragte Bonhoeffer, «eigentlich hinter der Klage über die mangelnde Civilcourage?» In diesen Jahren, so fuhr er fort, habe man «viel Tapferkeit und Aufopferung, aber fast nirgends Civilcourage gefunden». Dies sei nicht «Ausdruck persönlicher Feigheit», sondern die Folge einer spezifischen Tugend der Deutschen, ihrer «Kraft zum Gehorsam».

Wenn Sinn und Grösse unseres Lebens in der Unterordnung persönlicher Wünsche und persönlicher Gedanken unter einen «uns ge-

wordenen Auftrag» liegen sollen, dann bleiben die Blicke nach oben gerichtet, nicht in sklavischer Furcht, sondern im «freien Vertrauen» in «Beruf und Berufung». Lieber dem Befehl von oben als dem eigenen Gutdünken zu folgen, dies führe dazu, Gehorsam in Verbindung mit dem «Äussersten an Tapferkeit und Lebenseinsatz» zu rücken. Freiheit werde so zu Freiheit vom Eigenwillen.

Diktaturerfahrung heisst zu erkennen, dass die Bereitschaft zur Unterordnung, zum «Lebenseinsatz» missbraucht werden könne «für den Auftrag [...] zum Bösen». Dies bringe zwar «alle sittlichen Grundbegriffe des Deutschen ins Wanken», schaffe aber die Voraussetzung für etwas, was Karl Wilhelm Fricke als Vermächtnis des Widerstands bezeichnen wollte und was die «Erfahrung aus dem Widerstand» genannt werden könnte: Wenn die Deutschen der Beschäftigung mit dem Widerstand die «entscheidende Grunderkenntnis» verdanken, sei es auch notwendig, dass sie ihre freie und verantwortliche Tat gegen Beruf und Auftrag richten, denn dadurch ist die Gefahr einer «verantwortungslosen Skupellosigkeit» gebannt. Gefahren gehen dann von einer Stimmung «selbstquälerischer Skrupelhaftigkeit» aus, die – so Bonhoeffer – «nur zur Tat führte».

Zivilcourage bezeichnet Bonhoeffer als «freie Verantwortlichkeit des freien Mannes». Die Deutschen, schrieb er, fingen erst heute, 1943, an zu entdecken, was freie Verantwortung heisse. Bonhoeffer war optimistisch.

Er setzte auf die Lernfähigkeit. Er lebte aus der Vision, nicht Genies, nicht Zyniker, nicht Menschenverächter, nicht raffinierte Taktiker werde man nach dem Untergang der nationalsozialistischen Diktatur brauchen, sondern «schlichte, einfache, gerade Menschen», die gegen das «Aufgezwungene stark genug seien» und uns zur «Aufrichtigkeit gegen uns selbst schonungslos» zwingen.

Literatur

- Albrecht, Richard, Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff 1897-1943. Eine Biographie, Bonn 1987
- Amlung, Ullrich, Adolf Reichwein 1898-1944. Ein Lebensbild des Reformpädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers, Frankfurt am Main 1999
- Balfour, Michel, Withstandig Hitler in Germany 1933-45, London und New York 1988
- Bethge, Eberhard, Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, 8. Aufl., Gütersloh 2004
- Boveri, Margret, Verrat im 20. Jahrhundert, Reinbek 1976
- Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Mainz 1984 [gesammelt und erstmals hrsg. von Annedore Leber]
- Graf, Willi, Briefe und Aufzeichnungen, hrsg. von Anneliese Knoop-Graf, Frankfurt am Main 1988
- Graml, Hermann, Hrsg., Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt am Main 1984
- Hoffmann, Peter, Widerstand gegen Hitler und das Attentat vom 20. Juli 1944, München und Zürich 1979
- Hoffmann, Peter, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 4. Aufl. (überarbeitet und ergänzt), München 1985
- Jens, Inge, Hrsg., Briefe und Aufzeichnungen von Hans u. Sophie Scholl, Frankfurt am Main 1984
- Kissener, Michael, Hrsg., Widerstand gegen die Judenverfolgung, Konstanz 1996

- Klemperer, Klemens von, Enrico Syring und Rainer Zitelmann, Hrsg., «Für Deutschland». Die Männer des 20. Juli, Frankfurt und Berlin 1994
- Klemperer, Klemens von, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945, Berlin 1994
- Kiessmann, Christoph, Hrsg., Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt am Main und New York 1980
- Large, David C., Hrsg., Contending with Hitler. Varieties of German Resistance in the Third Reich, Cambridge/Mass. 1991
- Lill, Rudolf, Hrsg., 20. Juli. Portraits des Widerstands, München 1984 [aktualisierte und überarbeitete Neuaufl., Düsseldorf 1994]
- Lühe, Irmgard von der, Lebenswege im Widerstand, Münster und Hamburg 1993
- Mehring, Hartmut, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997
- Mommsen, Hans, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000
- Müller, Klaus-Jürgen, Hrsg., Der deutsche Widerstand 1933-1945, 2. Aufl., Paderborn 1990
- Pechei, Rudolf, Deutscher Widerstand, Zürich 1947
- Reichwein, Rosemarie, «Die Jahre mit Adolf Reichwein prägten mein Leben». Ein Buch der Erinnerung, München 1999
- Roon, Ger van, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967
- Roon, Ger van, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 6. Aufl., München 1994
- Rothfels, Hans, Die Deutsche Opposition gegen Hitler, Zürich 1994 [Erstausgabe englisch 1948, deutsch 1949]
- Schlabrendorff, Fabian von, Offiziere gegen Hitler, neue und erweiterte Ausgabe, hrsg. von Walter Bussmann, Berlin 1984 [Erstausgabe Zürich 1946]

- Schmädeke, Jürgen, und Peter Steinbach, Hrsg., Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München und Zürich 1985
- Schmitthenner, Walter, und Hans Buchheim, Hrsg., Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln und Berlin 1966
- Schwerin, Detlef von, «Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt». Die junge Generation im deutschen Widerstand, München und Wien 1991
- Steinbach, Peter, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, 2. Aufl., Paderborn und München 2001
- Steinbach, Peter, und Johannes Tucheit, Hrsg., Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994
- Steinbach, Peter, und Johannes Tucheit, Hrsg., Widerstand in Deutschland 1933-1945. Ein historisches Lesebuch, 3. durchgesehene Aufl., München 2000
- Trott, Clarita von, Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe B, Bd. 2), Berlin 1994
- Zeller, Eberhard, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, Berlin 1963

Nachweise

Die Beiträge für diesen Band gehen zurück auf Vorträge und Publikationen aus verschiedenen Anlässen. Sie sind bearbeitet und aktualisiert worden.

«Nach Hitler kommen wir»

Vortrag auf der wissenschaftlichen Tagung «Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus», 1984 in Berlin und anlässlich der Einweihung der Erinnerungstafeln im Berliner Sitz des Bundesverteidigungsministeriums 2002.

«Was ethisch nicht zu verantworten ist, kann nicht entschuldigt werden»

Vortrag am 50. Todestag von Helmuth James Graf von Moltke im Gemeindezentrum Berlin-Plötzensee 1995 und im Südwest Rundfunk (SWR) 1995.

«Den Geist kann man uns nicht nehmen»

Aufsatz in «Für Deutschland», herausgegeben von Klemens von Klemperer (Berlin 1994) und Vortrag auf einer Tagung über die Ordnungsvorstellungen des Freundeskreises von Moltke und Yorck in Kreisau 1999.

«Der Staat schlägt den Menschen»

Rede anlässlich der Eröffnung der Wilhelm-Leuschner-Gedenkstätte in Bayreuth 2003.

«Wer wagt es noch, sich von den Dingen treiben zu lassen?»

Vortrag vor dem Arbeitskreis Geschichte des Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn 1999 und publiziert in der Vortragsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung 1999.

«Ein Leben ohne Kapitulation»

Vortrag vor dem Arbeitskreis Geschichte des Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn 2001.

«Die Welt mit den Augen des anderen sehen!»

in Teilen in Einführung zu «Adam von Trott zu Solz», herausgegeben Clarita von Trott zu Solz (Berlin 1994).

- «Preis des Sieges – die Zerstörung der Zivilisation!»
in Teilen Geleitwort für eine Doppelbiografie von Christine und Hans von Dohnanyi, Gütersloh 2002.
- «Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt»
Vortrag auf dem Symposium der Weissen Rose in München 2003.
- «Jenseits von Staat und Markt»
Vortrag am 100. Geburtstages von Otto Heinrich von der Gablentz in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.
- «Mensch geht vor Prinzip»
Vortrag auf der wissenschaftlichen Tagung «Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus», in Berlin 1984 und im Rahmen des Studium Generale der Universität Mainz 1993.
- «Die vielen Morde ...»
Vortrag anlässlich der Einweihung der Gedenktafel zur Erinnerung an die vom Volksgerichtshof Verurteilten des 20. Juli 1998 im Hauptverhandlungssaal des Berliner Kammergerichts und in Teilen im Rückgriff auf Hett, Ulrike, und Johannes Tucheit, Hrsg., Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 377-389.
- «Wer hält stand?»
Gedächtnisvorlesung für Henning von Tresckow vor dem Führungsstab des IV. Korps in Potsdam 1996.

Abbildungen

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Personenregister

- Abendroth, Wolfgang 270
Aicher geb. Scholl, Inge 240
 Arendt, Hannah 56, 59, 299
Aristoteles 246, 265
Baier, Jo 323 Barth, Karl 162
Baudissin, Wolf Graf von 326
Bauer, Fritz 42, 51
Bausch, Victor 146
Bavaud, Maurice 224
Beck, Ludwig 16f., 19, 24, 38, 42,
 44f., 47, 49f., 96, 99, 218f.,
 300, 303, 323, 327, 332f., 335
Becker, Carl Heinrich 157
Bernardis, Robert 310
Best, Werner 115, 139f., 147
Bethge, Eberhard 7, 28-30, 204,
 223, 317
Bloch, Marc 198, 227
Blomberg, Werner von 35, 37
Bohnenkamp, Hans 174
Bolz, Eugen 51
Bonhoeffer, Dietrich 14, 29f., 56,
 103f., 120, 155, 173, 194, 201,
 215-220, 219f., 222-224, 228f.,
 232, 301, 317f., 321, 338f.
Bonhoeffer, Karl 216
Bonhoeffer, Klaus 313
Bormann, Martin 18, 331
Bracher, Karl Dietrich 287
Bredow, Ferdinand Eduard von
 26
Brüning, Heinrich 24, 159, 165
Buchholz, Peter 311
Büchner, Georg 131
Canaris, Wilhelm 44, 215, 223
Cicero, Marcus Tullius 246
Curtius, Ernst Robert 155, 172,
 174
Dahrendorf, Gustav 312
Delbrück, Justus 214, 219, 224
Delp, Alfred 98f., 313
Dick, Uwe 131
Dohnanyi geb. Bonhoeffer,
 Christine von 216f., 220, 223,
 226, 228, 232
Dohnanyi, Hans von 12, 103f.,
 155, 214-233, 260
Einsiedel, Horst von 170, 259,
 267f.
Eliade, Mircea 285
Elser, Johann Georg 223f.
Eppelmann, Rainer 9
Eschenburg, Theodor 271
Eucken, Walter 169
Fechenbach, Felix 119, 138, 143,
 144

- Fellgiebel, Erich 311, 330
 Fest, Joachim C. 328
 Fichte, Johann Gottlieb 252
 Flechtheim, Ossip K. 270
 Flitner, Wilhelm 164, 169
 Fontane, Theodor 79
 Fraenkel, Ernst 270, 286
 Freisler, Roland 80, 87, 90, 105f.,
 122, 203, 306f., 308, 310-314,
 338
 Freyer, Hans 265
 Fricke, Karl Wilhelm 339
 Fritsch, Werner Freiherr von 26,
 35, 37
 Fromm, Friedrich 313, 331-333,
 335
 Gablentz, Otto Heinrich von der
 168, 258-281
 Galen, Clemens August Graf von
 30
 Gehlen, Reinhard 316
 Gersdorff, Rudolf-Christoph Frei-
 herr von 231
 Gerstenmaier, Eugen 171, 309
 Giordano, Ralf 7
 Gisevius, Hans Bernd 221
 Gloeden, Elisabeth 312
 Gloeden, Erich 312
 Goebbels, Joseph 24, 50, 141,
 235, 239, 244, 257, 306, 330,
 333f.
 Goerdeler, Carl Friedrich 16, 19,
 38, 42, 44-48, 50, 88, 99, 104,
 121, 125, 178, 201, 203, 293-
 295, 298, 303f., 312, 327
 Gollwitzer, Helmut 29, 266
 Göring, Hermann 21, 235f., 219
 Graf, Willi 13, 234, 238, 240, 242,
 251
 Gross, Nikolaus 313
 Guderian, Heinz 307
 Gurian, Waldemar 271
 Guttenberg, Karl-Ludwig Freiherr
 von und zu 214-216, 219
 Haecker, Theodor 242
 Haefthen, Hans-Bernd von 57, 170,
 189, 312
 Haefthen, Werner von 335
 Haffner, Sebastian 239
 Hagen, Albrecht von 310
 Halder, Franz 38, 219
 Hammerstein-Equord, Kurt Frei-
 herr von 23
 Hansen, Georg 311
 Harder, Richard 253-256
 Harnack, Arvid 201, 243, 279,
 311
 Hase, Paul von 310, 331, 335
 Hassell, Ulrich von 16, 44, 99,
 201, 203, 219, 312
 Haubach, Theodor 96, 131, 138,
 141, 145, 167, 170f., 173f.,
 177f., 313
 Havel, Vaclav 56
 Hayessen, Egbert 312
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich
 187f., 200
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von
 283, 312, 331
 Henk, Emil 145
 Hensel, Paul 169, 183
 Hermes, Andreas 271

Hett, Ulrike 308
 Heusinger, Adolf 34
 Heuss, Theodor 141, 325
 Himmler, Heinrich 21, 219, 305,
 307, 315, 331, 333, 336
 Hindenburg, Paul von Benecken-
 dorf und von 20, 35, 159f.
 Hirzel, Hans 256
 Hitler, Adolf 8, 15, 17, 20, 23f.,
 33, 35-39, 45,47-49, 51, 59, 62,
 81, 87f., 91f., 98, 113, 116f.,
 126, 148, 150, 155, 169, 172f.,
 179, 195-197, 201, 205, 211f.,
 215, 218-220, 224f., 230f.,
 236-238, 241, 244, 246, 249,
 254, 283f., 287f., 294-297, 303,
 305, 307f., 310f., 314f., 321-
 323, 328, 330-332, 334-336
 Hoch, Hans Peter 7
 Hoegner, Wilhelm 143
 Hoepner, Erich 310
 Hofacker, Cäsar von 47, 90, 203
 Hoffmann, Peter 323
 Huber, Kurt 238, 241, 252, 293
 Husen, Paulus van 313
 Jacob, Franz 179f.
 Jessen, Jens 99
 John, Hans 313
 John, Otto 145, 317
 Kaiser, Hermann 16f., 47
 Kaiser, Jakob 51,120
 Kaltenbrunner, Ernst 18, 47, 81,
 104, 177, 309, 334
 Kant, Immanuel 252, 293
 Kapp, Wolfgang 23
 Kardorff, Ursula von 304
 Katte, Martin von 84
 Keitel, Wilhelm 307, 331f.
 Keisen, Hans 67
 Kershaw, Ian 218
 Kessel, Albrecht von 85, 90, 97
 Kinz, Franziska 144f.
 Klamroth, Bernhard 312
 Klamroth, Hans-Georg 312
 Klatt, Fritz 162
 Klausener, Erich 26
 Klausing, Karl Friedrich 310
 Kleist, Heirich von 206f.
 Knöchel, Wilhelm 243
 Knoop-Graf, Anneliese 13
 Knopp, Guido 34
 Kogon, Eugen 270f.
 Köhler, Henning 227
 König, Lothar 99
 Kordt, Erich 201
 Kordt, Theodor 201
 Kranzfelder, Alfred 311
 Kuznitsky, Elisabeth 312
 Landshut, Siegfried 228, 270f.
 Langbehn, Carl 309
 Lautz, Ernst 308
 Leber, Annedore 27, 143, 156f.,
 222
 Leber, Julius 16, 19, 27, 51, 102-
 104, 124, 126, 138, 143, 145f.,
 148, 155, 167, 170-174, 177-
 181, 302, 312, 314
 Leibholz geb. Bonhoeffer, Sabine
 228
 Leibholz, Gerhard 228f., 301
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 241
 Leipart, Theodor 117f.

- Lejeune-Jung, Paul 312
 Leonidas, König von Sparta 235
 Lessing, Theodor 66, 114
 Leuninger, Franz 313
 Leuschner, Wilhelm 12, 16, 27,
 51, 110-127, 139, 144-146,
 148, 173, 177, 180, 194, 229,
 312
 Ley, Robert 119f., 144
 Lindemann, Fritz 312
 Locke, John 58, 301
 Lowenthal, Richard 270
 Luckner, Heinrich Graf von 97
 Lukaschek, Hans 86, 313
 Lynar, Wilhelm-Friedrich Graf
 zu 125
 Maass, Hermann 146, 148, 173,
 177, 312
 Malone, Henry O. 197
 Mann, Golo 271
 Mann, Klaus 270
 Marks, Carl 312
 Martin, Kingsley 129
 Marx, Karl 112, 188
 Meding, Dorothee von 205
 Meinecke, Friedrich 159
 Mendelssohn Bartholdy,
 Albrecht 228
 Mertz von Quirnheim, Albrecht
 Ritter 331, 335
 Messersmith, George S. 211
 Meyer, Winfried 221, 227
 Mierendorff, Carlo 12, 96, 102-
 104, 115, 118, 120, 128-153,
 163, 170f., 173f., 177f., 194,
 260, 338
 Moltke, Carl Viggo von 67, 71
 Moltke geb. Innes, Dorothy Rose
 Gräfin von 58
 Moltke geb. Deichmann, Freya
 Gräfin von 55, 59-63, 65f., 74,
 84, 147f., 172, 259-262, 312f.
 Moltke (gest. 1891), Helmuth
 Graf von 79
 Moltke, Helmuth Graf von 58
 Moltke, Helmuth James Graf von
 12, 42, 50, 54-77, 79-81, 90-
 96, 99-104, 145, 147f., 151,
 155, 167f., 170-172, 177f.,
 183, 186, 189f., 194, 202, 214,
 259-262, 265, 267, 275, 277,
 279, 282, 288-293, 295, 312,
 328
 Müller, Hermann 159
 Müller, Josef 201
 Müller, Klaus-Jürgen 36
 Muth, Carl 242
 Napoleon L, Kaiser der Franzosen
 79, 254
 Nebe, Arthur 283, 313
 Neubauer, Theodor 243
 Niebuhr, Reinhold 189
 Niedergall, Ernst Elias 131
 Niekisch, Ernst 238
 Niemoller, Martin 29f., 266
 Nohl, Herman 164
 Olbricht, Friedrich 47, 50, 328,
 332f., 335
 Ollenhauer, Erich 296
 Oster, Hans 17, 104, 201, 215f.,
 219, 221, 227, 231, 328
 Papen, Franz von 24, 26, 165

Paulus, Friedrich 236
 Perels, Friedrich Justus 313
 Peters, Hans 260
 Platon 73, 246, 288
 Poelchau, Harald 171, 205, 232,
 311
 Popitz, Johannes 99, 309
 Preysing, Konrad Graf von 99
 Probst, Christoph 238, 240, 242,
 247
 Rahner, Karl 65
 Rambow, Ernst 179
 Reichwein, Adolf 133, 146, 148,
 154-184, 259, 312
 Reichwein geb. Pallat, Rosemarie
 172f., 176, 181
 Reichwein, Sabine 173
 Remer, Otto Ernst 332, 334
 Repgen, Konrad 30-32
 Röhm, Ernst 24, 26, 34f., 230,
 299
 Roon, Ger van 100, 149, 277f.
 Rösch, Augustin 99
 Rosenberg, Alfred 28, 253
 Rothfels, Hans 19, 42, 279
 Rundstedt, Gerd von 307
 Sack, Karl 223
 Saefkow, Anton 19, 179f.
 Schindler, Oskar 63
 Schleicher, Kurt von 24, 26, 117,
 224
 Schleicher, Rüdiger 313
 Schmid, Carlo 271
 Schmid, Rudolf 179
 Schmitt, Carl 57, 286
 Schmorell, Alexander 238, 240,
 242, 247
 Schneider, Reinhold 327
 Scholl, Hans 234, 238, 240, 252
 Scholl, Inge siehe Aicher Scholl,
 Robert 240
 Scholl, Sophie 238, 240, 242,
 252f.
 Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf
 von der 33, 50, 90f., 98, 100,
 103, 170, 201f., 288, 311
 Schulze-Boysen, Harro 243, 311
 Schumacher, Kurt 138, 167
 Schwamb, Ludwig 115, 146
 Schwarzwald, Eugenie 67
 Schwarzwald, Hermann 67
 Schwerin von Schwanenfeld,
 Ulrich Wilhelm Graf 85, 90,
 314
 Seekt, Hans von 23
 Seydlitz-Kurzbach, Walther von
 308
 Sierks, Hans 312
 Solf, Johanna 43, 279, 312
 Sperl, Gabriele 323
 Sperr, Franz 98f., 313
 Stalin, Josef W. 212
 Stauffenberg, Familie 308
 Stauffenberg, Berthold Schenk
 Graf von 47, 90, 311
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf
 von 17, 19, 41f., 50, 72, 90,
 103, 177, 179-181, 202f., 293,
 323-331, 332-335
 Steil, Hermann 217
 Steltzer, Theodor 86, 261, 267,
 313
 Sternberger, Dolf 44, 68, 271
 Stieff, Hellmuth 310, 316

Strasser, Gregor 162
 Strasser, Otto 162
 Suhr, Otto 270
 Thälmann, Ernst 315
 Thierack, Otto 308
 Thomale, Wolfgang 334
 Thomas von Aquin 246
 Thomas, Ferdinand 179
 Thun-Hohenstein, Romedio Graf von 221
 Tiburtius, Joachim 268
 Tillich, Paul 188
 Todt, Eduard 221
 Tresckow, Henning von 17, 41f., 304, 327f.
 Trotha, Carl Dietrich von 86, 168, 264, 268, 270
 Trott zu Solz, Adam von 57, 158, 186-212, 309, 312
 Trott zu Solz geb. Tiefenbacher, Clarita von 186, 189, 191, 195, 205
 Tuchel, Johannes 7, 12, 308
 Tucholsky, Kurt 228
 Uexküll-Gyllenbrand, Nikolaus Graf von 90
 Ulbricht, Walter 182
 Vagts, Alfred 228
 Voegelin, Eric 271
 Wagner, Josef 88, 96
 Walther, Elisabeth 169
 Weber, Max 94, 136f., 151f.
 Weizsäcker, Ernst Freiherr von 33
 Weizsäcker, Richard Freiherr von 7
 Wiersich, Oswald 313
 Wilhelm II., König von Preussen und Deutscher Kaiser 85
 Wirmer, Josef 122, 312
 Witzleben, Erwin von 310, 334
 Wolff, Theodor 142
 Wurm, Theophil 30
 Yorck von Wartenburg, Hans Graf 84
 Yorck von Wartenburg (Vater von Peter Yorck), Heinrich Graf 83, 85, 107
 Yorck von Wartenburg, Heinrich Graf 84, 97
 Yorck von Wartenburg, Irene Gräfin 84, 100
 Yorck von Wartenburg, Johann David Ludwig Graf 79, 83
 Yorck von Wartenburg geb. Winter, Marion Gräfin 80, 83f., 88, 100, 105, 107f.
 Yorck von Wartenburg, Paul Graf 84
 Yorck von Wartenburg, Peter Graf 12, 42, 50, 57, 69, 75, 78-109, 145, 151, 155, 168, 170, 172, 189f., 259-261, 265, 275, 288, 290-292, 295, 302, 310, 328
 Yorck von Wartenburg, Sophie Gräfin 83, 107
 Zuckmayer, Carl 131, 134, 145, 147